

Stenografischer Bericht

– öffentliche Anhörung –

18. Sitzung des Innenausschusses
12. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses
14. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses

16. Januar 2015, 10:10 bis 17:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender INA Abg. Horst Klee (CDU)
Vorsitzender KPA Abg. Lothar Quanz (SPD)
Vorsitzende SIA Abg. Claudia Ravensburg (CDU)

CDU

Abg. Lena Arnoldt
Abg. Sabine Bächle-Scholz
Abg. Dr. Ralf-Norbert Bartelt
Abg. Alexander Bauer
Abg. Holger Bellino
Abg. Christian Heinz
Abg. Hans-Jürgen Irmer
Abg. Heiko Kasseckert
Abg. Irmgard Klaff-Isselmann
Abg. Hugo Klein (Freigericht)
Abg. Petra Müller-Klepper
Abg. Michael Reul
Abg. Günter Schork
Abg. Ismail Tipi
Abg. Tobias Utter
Abg. Joachim Veyhelmann
Abg. Astrid Wallmann
Abg. Bettina Wiesmann

SPD

Abg. Corrado Di Benedetto
Abg. Tobias Eckert
Abg. Nancy Faeser
Abg. Dieter Franz
Abg. Lisa Gnadl
Abg. Karin Hartmann
Abg. Heike Hofmann
Abg. Rüdiger Holschuh
Abg. Gerhard Merz
Abg. Ernst-Ewald Roth
Abg. Dr. Daniela Sommer
Abg. Turgut Yüksel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Martina Feldmayer
Abg. Jürgen Frömmrich
Abg. Daniel May
Abg. Mürvet Öztürk

DIE LINKE

Abg. Barbara Cárdenas
Abg. Hermann Schaus
Abg. Marjana Schott

FDP

Abg. Wolfgang Greilich
Abg. Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn

Fraktionsassistentinnen und Fraktionsassistenten:

Johannes Keßner	(Fraktion der CDU)
Anja Kornau	(Fraktion der SPD)
Lena Kreuzmann	(Fraktion der SPD)
Lena Witte	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Adrian Gabriel	(Fraktion DIE LINKE)
Jascha Hausmann	(Fraktion der FDP)

Landesregierung, Rechnungshof, Datenschutz, Landtagskanzlei:

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amts-/ Dienstbezeichnung	Ministerium, Behörde
Peter Beuth	M	HMdluS
Simon Grütne	Parlamentarient	HMdluS
Simone Schiefrok	LNK i	- u -
Marco Krause	WZ	u

und weitere Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung

Anzuhörende:

Institution	Name
LKA Rheinland-Pfalz	Dr. Marwan Abou Taam
	Christoph Bräutigam, MA Sozialwissenschaftler
ZDK-Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH	Claudia Dantschke
Friedrich-Schiller-Universität Jena Institut für Kommunikationswissenschaft Abt. Kommunikationspsychologie	Prof. Dr. Wolfgang Frindte
Philipps-Universität Marburg Centrum für Nah- und Mittelost-Studien FB Islamwissenschaft	Prof. Dr. Albrecht Fuess

	Dr. Ralph Ghadban
Philipps-Universität Marburg FB 21 – Erziehungswissenschaften Institut für Erziehungswissenschaft	Geschäftsführender Direktor Prof. Dr. Benno Hafener
Fritz Bauer Institut Pädagogisches Zentrum	Dr. phil. Türkan Kanbicak
Lehrstuhl für Sozialpsychologie	Prof. Dr. Thomas Kessler
Westfälische Wilhelms-Universität Münster	Prof. Dr. Mouhanad Khorchide
Ufuq.de e. V.	Dr. Jochen Müller
Goethe-Universität Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam	Prof. Dr. Susanne Schröter
	Düzen Tekkal Journalistin, Autorin
Konrad-Adenauer-Stiftung	Thomas Volk
Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung	Prof. Dr. Harald Müller Frau Dr. Weipert-Fenner
European Foundation for Democracy	Ahmat Mansour
	Wolfgang Malik
Polizeipräsidium Frankfurt am Main	Wolfgang Trusheim Leiter Staatsschutzkommissariat
Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AMKA)	Herr Dr. von Ungern-Sternberg, Amtsleiter Christamaria Weber
Hessische Landeszentrale für politische Bildung	Jamila Adamou
HMdluS Landespolizeipräsidium Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus	Ltd. KD Gregor Dietz
Hessisches Landeskriminalamt	Präsidentin Sabine Thurau
Landesamt für Verfassungsschutz Hessen	Bernd Paul
Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen	Präsidentin Maren Brandenburger
Violence Prevention Network Hessen e. V. Frankfurt am Main	Geschäftsführer Thomas Mücke

Protokollierung: Frau Filla-Hombach, Herr Filla, Sonja Samulowitz

Öffentliche mündliche Anhörung zu dem Thema Islamismus / Salafismus

hierzu:

Antrag

der Fraktion der FDP betreffend Gefahren durch radikalen Islamismus begegnen – gemeinsames gesellschaftliches Signal setzen

– Drucks. [19/634](#) –

INA, SIA, KPA

und

Dringlicher Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Religionsfreiheit und Rechtsstaat gegen Fundamentalisten verteidigen – Salafismus in Hessen bekämpfen – weltoffene Gesellschaft schützen, Sicherheit und Demokratie bewahren

– Drucks. [19/696](#) –

INA, SIA, KPA

Stellungnahmen der Anzuhörenden

- Ausschussvorlage/INA/19/12a –
- Ausschussvorlage/KPA/19/12a –
- Ausschussvorlage/SIA/19/22a –

(Teil 1 verteilt am 09.01.15, Teil 2 am 13.01.15, Teil 3 am 15.01.15)

Vorsitzender Horst Klee: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie jetzt, Platz zu nehmen. Ich habe zunächst eine Information an die Medien. Wir haben entschieden, dass jetzt Aufnahmen gemacht werden können, und dass die Medien zudem die Möglichkeit haben, die Gesprächsteilnehmer bei Bedarf draußen im Foyer zu interviewen. Während der Anhörung ist das Drehen jedoch nicht gestattet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie alle sehr herzlich begrüßen. Ich mache das dann noch einmal etwas ausführlicher. Ich bitte Sie zunächst, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Als wir vor einigen Wochen im Innenausschuss des Hessischen Landtags auf Initiative der Freien Demokraten gemeinsam beschlossen haben, uns mit dem Thema „Islamismus und Salafismus“ zu befassen, haben wir nicht erahnt, welche aktuellen Ereignisse uns bei dieser Anhörung zu diesem Thema begleiten.

Die Ereignisse in Paris und auch gestern in Belgien haben in erschreckender Weise vor Augen geführt, welches aktuelle Gefahrenpotenzial uns bedroht. Die Anhörung heute

und am nächsten Donnerstag soll uns die Gesamtproblematik verdeutlichen und uns als politisch Verantwortliche gegebenenfalls Handlungsanweisungen ermöglichen.

Heute sind unsere Gedanken bei den Opfern und deren Angehörigen, und wir zeugen unsere Solidarität mit dem französischen und belgischen Volk. Die Welt ist nicht mehr so wie vor den schrecklichen Gräueltaten. Ich bitte Sie um eine Minute des Schweigens und Gedenkens. – Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Ich darf dann ordnungsgemäß die Sitzung eröffnen. Ich eröffne die 18. Sitzung des Innenausschusses, die 12. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses und die 14. Sitzung des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses.

Ich darf den Hessischen Innenminister und die Damen und Herren aus der Landesverwaltung herzlich begrüßen. Ich begrüße meine Mitvorsitzenden, die Kollegin Claudia Ravensburg vom Sozialpolitischen Ausschuss und den Kollegen Lothar Quanz vom Kulturpolitischen Ausschuss. Darüber hinaus darf ich die Medien und alle Anzuhörenden sehr herzlich begrüßen.

Da uns Ihre schriftlichen Stellungnahmen vorliegen, möchte ich zur Kenntnis geben, dass die Anzuhörenden sich bitte konzentriert äußern. Denn wir haben heute 23 Anzuhörende. Das heißt, es ist ein Ganztagesprogramm, und deshalb muss ich darauf achten, dass die gesamte Zeit nicht schon am Anfang verbraucht wird. Denn ich möchte zum Schluss nicht allein geschäftsführend hier vorne sitzen, weil viele zu wichtigen Terminen die Anhörung verlassen müssen.

Ich möchte noch daran erinnern, dass wir am kommenden Donnerstag diese Anhörung mit bis jetzt auch schon 22 Zusagen fortsetzen werden. Es wird sich somit ebenfalls um eine ganztägige Anhörung handeln. Im Anschluss werden sich die Ausschüsse mit den Ergebnissen befassen, wenn das Protokoll vorliegt.

Ich darf nun das Thema und die Anträge zu der heutigen mündlichen Anhörung verlesen.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Dr. Jochen Müller das Wort. – Bitte schön.

Herr **Dr. Müller**: Vielen Dank für die Einladung. Es fällt mir gerade ein bisschen schwer, zu sprechen, zum einen deshalb, weil ich der erste Redner von sehr vielen bin. Sie müssen dann die anderen Anzuhörenden darauf hinzuweisen, Wiederholungen zu vermeiden. Zum anderen – das wurde gerade bereits angesprochen – haben wir für einen Moment der Opfer gedacht. Das ist sicher sehr angemessen. Vor diesem Hintergrund fällt es mir schwer, zu sprechen, zumal – das sage ich gleich zu Beginn; ich werde das gleich noch etwas ausführen – es wichtig ist, dass wir einen großen Teil dessen, womit wir uns heute hier beschäftigen werden – ich meine diese Bilder von Gewalttaten, vom Islamischen Staat, von Terror und Extremismus –, ein Stück weit ausblenden, insbesondere wenn es um den Bereich „Prävention“ geht. Ich werde gleich noch zwei, drei Sätze dazu sagen. Das ist angesichts der Ereignisse der letzten Wochen und Monate schwer. Wenn man an den IS denkt, dann ist es sogar schon etwas länger akut.

Damit vielleicht ein bisschen der Boden bereitet ist, beziehe ich mich zu Anfang ganz kurz zum Einstieg auf die Fragen des FDP-Antrags, bevor ich dann noch eigene Thesen vorstellen werde, die Sie auch, glaube ich, in dem dritten Heft ganz am Ende relativ schnell finden werden.

Die erste Frage der FDP lautet: Was ist Salafismus? – Der Salafismus ist eine Form des islamischen religiösen Fundamentalismus, der von sich behauptet, die einzig mögliche Interpretation, die einzige Wahrheit zu vertreten. Ganz kurz: Es gibt verschiedene Spektren im Salafismus. Es gibt puristische Salafisten, also Leute, die das einfach nur für sich leben wollen, es gibt aber auch dschihadistische oder missionarische Salafisten. Letztere sind Personen, die andere missionieren und verändern wollen. Es gibt aber auch politisch-ideologisch-missionarische Salafisten, die die Gesellschaft verändern wollen. Da fangen die Probleme an. So würde ich es benennen. Es gibt auch diejenigen, die das mit Gewalt umsetzen wollen. Das wäre der dschihadistische Salafismus. Das wollte ich zu den Spektren des Salafismus ausführen.

Welche Prozesse der Sozialisierung führen zu Radikalisierungen? – Ich würde ganz grob sagen, dass es Entfremdungserfahrungen sind, die bei verschiedenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen – wir reden im Groben ungefähr über das Altersspektrum 15 bis 35 Jahre – ganz unterschiedlich sein können. Das hat etwas mit Migrationserfahrungen, mit Nichtanerkennungserfahrungen bei Leuten mit Migrationshintergrund, mit den Familienverhältnissen bzw. Brüchen in den Familien und Biografien sowie mit sozialer Perspektivlosigkeit zu tun. All das kann bei Radikalisierungstendenzen eine Rolle spielen.

Wie können wir sie frühzeitig erkennen? – Hiermit nähern wir uns ein bisschen der Praxis an. Ich möchte jetzt keine Phänomene benennen, sondern sagen, dass es um Multiplikatoren geht, sprich darum, Leute, die mit diesen Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten, für die Themen und Konflikte und auch für die Thesen und Ideologien, die diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen manchmal vertreten, zu sensibilisieren. Das ist das eine.

Darüber hinaus müssen wir diesen Jugendlichen Räume geben, sich mit ihren Themen, Konflikten und Widersprüchen auseinandersetzen zu können, und zwar in dem Rahmen, in dem Multiplikatoren arbeiten. Das fehlt ganz fundamental.

Hierbei spielt auch die Frage eine Rolle: Was können wir dem entgegensetzen? Welche Möglichkeiten gibt es für Schulen, Vereine oder Träger von Jugendeinrichtungen? – Es gibt für mich drei Hauptaspekte, die dabei aus meiner Sicht eine Rolle spielen. Der erste Aspekt ist die Arbeit mit Jugendlichen selbst, der zweite – das habe ich eben genannt – ist die Arbeit mit denjenigen, die mit Jugendlichen arbeiten, nämlich den Multiplikatoren. Der dritte Aspekt sind die Materialien. Das heißt, die Multiplikatoren müssen auch Materialien zur Verfügung haben, mit denen sie mit den Jugendlichen arbeiten können. In allen drei Feldern stehen wir, muss man sagen, noch ganz am Anfang. – So viel zum Einstieg.

Mein Verein Ufuq.de sitzt in Berlin. Wir arbeiten seit einigen Jahren im Feld der Islamismusprävention, und zwar in den drei Feldern, die ich genannt habe. Es werden aber sicher noch andere dazukommen. Wir erstellen Materialien für die pädagogische Praxis, arbeiten mit Multiplikatoren und haben in den letzten Jahren etwa 2.000 Multiplikatoren geschult. Zudem bieten wir Jugendlichen in verschiedenen Städten Workshops

an. Außerdem kooperieren wir in Frankfurt seit dem letzten Jahr mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten.

Zu den Thesen. Der erste Aspekt liegt auf der Hand. Sensibilisierung ist absolut notwendig. Alarmismus und eine Kultur des Verdachts sind kontraproduktiv. Das ist, glaube ich, allen klar. Eine Kultur des Verdachts wäre lediglich Wasser auf den Mühlen des Salafismus, der genau damit Jugendliche und junge Erwachsene ködert.

Meiner Ansicht nach – das habe ich eben schon angedeutet – ist eine klare Trennung von Prävention und Deradikalisierung unerlässlich. Derzeit wird das in öffentlichen Verlautbarungen, sei es in der Politik oder den Medien, schwer durcheinandergebracht. Es ist aber unbedingt erforderlich, gerade wenn wir in die Praxis gehen wollen, diese Bereiche strikt auseinanderzuhalten, und zwar auch institutionell. Das heißt, man muss sich fragen: Wer macht was?

Prävention ist etwas anderes als Deradikalisierung. Die Deradikalisierung beschäftigt sich mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die bereits ideologisiert und im Zweifel auch radikalisiert sind. Wir kennen das aus dem Rechtsextremismus, aus dem die Jugendlichen nicht einfach mit irgendeinem Argument wieder herauszuholen sind. Das sind manchmal Prozesse, die sehr lange dauern und nicht unbedingt gelingen. Da geht es im Übrigen auch um Rückkehrer, mit denen entsprechend verfahren werden muss. Ich würde sagen, es geht um lokale Netzwerke, die gebildet werden müssen. In diesem Feld der Deradikalisierung kommen idealerweise verschiedene Experten zusammen: der Verfassungsschutz, die Sicherheitsbehörden, möglicherweise aber auch Familienangehörige, Lehrerinnen und Lehrer oder Vertrauenspersonen des einzelnen Jugendlichen. Verschiedene Akteure kommen dabei zusammen, die sich idealerweise gemeinsam um den einzelnen Jugendlichen kümmern. Das sind lokale Netzwerke, die versuchen, einzelne Jugendliche, die schon radikalisiert oder ideologisiert sind, zu erreichen. Das ist die eine Seite.

Die Prävention arbeitet total anders. Die Prävention arbeitet erst einmal mit – in Führungszeichen – „ganz normalen“ Jugendlichen, wie wir sie auch in gemischten Gruppen in der Jugendarbeit in Schulklassen haben. Es handelt sich also um Jugendliche mit verschiedenen Migrationshintergründen, Jugendliche deutscher Herkunft etc. Das ist weit im Vorfeld von Radikalisierungsprozessen. Deswegen sage ich: Wir müssen die Bilder vom Irak, von Syrien und von den Anschlägen in Paris usw. für die Präventionsarbeit aus dem Kopf bekommen. Sie helfen uns nämlich dabei nicht weiter. Die Präventionsarbeit richtet sich an Jugendliche, die mit Gewalt, IS usw. gar nichts zu tun haben. Das ist, glaube ich, ein ganz wesentlicher Faktor. Insofern betrifft das sehr viele Jugendliche. Im Grunde kann man sagen, es trifft fast alle, wenn man so möchte.

Wenn ich die Jugendlichen mit Migrationshintergrund beschreiben sollte, würde ich sie die 9/11-Generation nennen. Das sind Jugendliche, die in diesem Land mit dem Bewusstsein groß geworden sind, nicht so richtig dazugehören und denen – insbesondere, wenn sie sich als Muslime verstehen – immer mit einer gewissen Skepsis begegnet wird. Die haben diese Erfahrung von Nichtanerkennung und Nichtzugehörigkeit gemacht. Das betrifft eine ganze Generation.

Das steht aber im Kontrast zu ihrem Selbstverständnis. Sie sind nämlich ganz selbstverständlich deutsche Jugendliche. Die werden hier leben – das wissen sie auch – und ihre Familien großziehen. Das ist ein Unterschied zu dem Leben ihrer Eltern und Großeltern.

Die haben sich oft – ich formuliere das mal so; das sagen auch viele der Jugendlichen und jungen Erwachsenen – ein Stück weit weggeduckt. Diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen dieser neuen Generation sind ganz selbstverständlich hier und stellen ihre Forderungen nach Anerkennung und Zugehörigkeit viel offensiver und teilweise sehr provokativ und aggressiv. Das wird oft so interpretiert, als seien diese Personen in einem islamistischen Feld. Darum geht es aber erst einmal nicht. Das sind in einer Einwanderungsgesellschaft sehr häufig sehr legitime und integrative und emanzipatorische Positionen und Forderungen, selbst wenn – ich sage es noch einmal – sie manchmal in einer aggressiven, radikalen oder provozierenden Form in Erscheinung treten. Das kann dann noch weiter gehen. Das sind erst einmal nur Forderungen.

Deswegen noch einmal der Appell an die allgemeine, universelle Prävention, von der ich gerade spreche: Überall dort, wo Jugendliche sind, müssen Räume geschaffen werden, das heißt primär in Schulen und in der Jugendarbeit. Das gilt aber auch für Medien und Politik. Denn wenn wir als Gesellschaft diese Räume nicht bieten, dann kommen andere und geben diesen Jugendlichen Räume, und das sind dann zum Beispiel Salafisten, aber auch andere, die ihre Antworten auf die Fragen, Konflikte und die Themen der Jugendlichen haben. Dieser Prozess bzw. Weg, den ich gerade beschreibe, bei dem ich in der Präventionsarbeit ganz am Anfang ansetze und der sich dann weiterentwickeln kann, kann bei einigen Jugendlichen auch bis zur Gewaltbereitschaft führen. Das gilt zwar nur für einige Wenige, aber, wie gesagt, wir fangen am Anfang an, wo einer wie Pierre Vogel hingehen und sagen kann: Hier in Deutschland wirst du nie dazugehören. Die werden dich immer anfeinden, nur weil du Muslim bist. Komm zu uns. Hier bist du stark, hier sind wir zusammen, hier können wir etwas machen. – Das ist attraktiv, und das ist für sehr viele Jugendliche der Einstieg.

Prävention setzt also universell ganz am Anfang an. Träger solcher Angebote – ich habe das schon angesprochen – müssen zum einen zivilgesellschaftliche Akteure sein, zum Beispiel Organisationen und Einrichtungen und – das ist ganz wichtig – Migranten- und Moscheevereine, also Organisationen, die mit Jugendlichen arbeiten. Zum anderen – das habe ich bereits erwähnt – ist die Arbeit mit Multiplikatoren wichtig. In erster Linie denke ich dabei an Lehrkräfte, die – das ist unsere Erfahrung – für die Anliegen, Fragen und Konflikte der Jugendlichen oftmals erst sensibilisiert werden müssen, damit sie in der Lage sind, sich überhaupt mit den Jugendlichen auseinandersetzen zu können. Das ist ein Prozess, der durchlaufen werden muss. Unsere Erfahrung an Schulen belegt, dass das nicht von heute auf morgen passiert. Vielmehr müssen die Multiplikatoren tatsächlich erst in die Lage versetzt werden, mit den Anliegen und Fragen der Jugendlichen, mit denen sie es zu tun haben, zu arbeiten.

Dazu sind Rahmenbedingungen zu schaffen. Die genannten zivilgesellschaftlichen Träger müssen ebenso wie Schul- und Jugendarbeit durch Bund, Länder, Kommunen, Stiftungen etc. identifiziert, ausgestattet und es muss entsprechendes Personal ausgebildet werden – das ist ganz klar –, damit den Jugendlichen die erforderlichen Angebote in der Präventionsarbeit gemacht werden können. Das ist gerade unser Problem. Ich glaube, ich kann auch für andere Einrichtungen sprechen, die hier teilweise schon hier im Saal sind. Wir bekommen tagtäglich bundesweit Anfragen von Schulen nach Fortbildungen für Kolleginnen und Kollegen zu Multiplikatoren. Es fehlt schlicht und einfach an Leuten, die die Kompetenzen und Erfahrungen haben, um diese Sachen zu machen. Das ist momentan, glaube ich, eines der Hauptthemen, an denen wir in den nächsten Monaten und vielleicht auch Jahren zu arbeiten haben werden.

Ein paar Bemerkungen zur Praxis. Insbesondere wenn wir über die Multiplikatoren sprechen, ist unsere Erfahrung, dass es oft weniger Wissen und Information sind, die der Schlüssel zum Erfolg, sondern eine Haltung. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Wenn jemand im Unterricht lauthals hinausposaunt, dass die Scharia ihm wichtiger sei als das Grundgesetz, dann sollte das für einen Pädagogen oder für eine Pädagogin kein Anlass sein, den Verfassungsschutz zu rufen, sondern in die Klasse hineinzufragen: Was ist uns denn wichtig im Leben? Was ist uns wichtig? Wie wollen wir leben? – Falsch wäre es, eine Gegenposition einzunehmen, aufgeregt zu sein. Das gilt im Übrigen auch für Politik und Öffentlichkeit.

Schaut man momentan nach Frankreich – ich weiß nicht, ob Sie es heute gesehen haben –, sieht man, dass es Schweigeminuten in den Schulen gibt. Dabei gab es anscheinend verschiedenste Vorfälle in verschiedenen französischen Orten, wo Jugendliche aufgestanden sind, gepfiffen und „Allahu akbar“ gerufen haben, um das zu stören. Es wäre nicht gut, mit einer aggressiven Gegenposition zu reagieren. Ich meine, inhaltlich muss es natürlich eine klare Konfrontation geben, aber wenn es direkt zu so etwas kommt, müssen wir das bekämpfen. Das darf nicht sein. Dann übergehen wir komplett die Bedürfnisse der Jugendlichen, die sich in solchen Formen artikulieren. Das heißt, wir verschärfen dann eher die Konflikte und die Kampfsituation bzw. die Kampfbeziehung, von der wir als Pädagogen sprechen, als dass wir sie auflösen würden. Das ist ganz wichtig. Das heißt nicht, dass es keine konkreten Positionen gibt. Es muss aber eins nach dem anderen geschehen.

Ich komme zu den Inhalten. Islamfeindlichkeit ist ein wichtiges Thema. Im Rahmen unserer Workshops sind wir in den letzten Jahren bei der Arbeit mit Jugendlichen zu der etwas plakativen These gekommen: Wer mit den Jugendlichen über Islamismus sprechen will, darf bei Islamfeindlichkeit nicht schweigen. – Denn das ist die Lebenserfahrung, die sie immer wieder und tagtäglich machen, und das ist die Basis, auf der ich dann auch über andere Dinge sprechen kann.

Bei der Arbeit mit Jugendlichen nützt es nicht – und das sage ich auch noch einmal in Richtung der Medien –, Salafismus und Islamismus zum Anlass von Interventionen zu machen. Das ist nicht der primäre Aspekt der Präventionsarbeit. Primär sind die Aspekte zu behandeln, die konkret vorliegen. Man arbeitet zum Beispiel mit konkreten Abwertungen in der Schulklasse oder der Jugendeinrichtung. Man sollte nicht einfach sagen: „Wir müssen den Islamismus oder Salafismus bekämpfen“, sondern: „Wir haben es hier mit Abwertungen zu tun. Es werden Leute diskriminiert und Freiheiten eingeschränkt.“ Wenn jemand nicht so herumlaufen darf, wie er oder sie es gerne möchte, und andere sagen: „Du musst fünfmal beten oder dies und jenes machen“, dann haben wir ein Problem.

Das bezieht sich im Grunde auf alles. Es wäre auch eine Möglichkeit, diese Pädagogik in verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzubinden. Denn dann richtet sich das nicht nur gegen „Muslime“ – in Führungszeichen –, sondern auch gegen Sexismus, Homophobie, sprich gegen verschiedenste Formen von Diskriminierung. Darüber – das ist unsere Erfahrung – kann man mit Jugendlichen sehr gut sprechen. Man kann mit Ihnen nicht so gut über Formeln wie das Grundgesetz oder Demokratiefeindlichkeit sprechen. Das fassen die nicht. Viele dieser Begriffe sind für sie verbrannt. Wenn man aber ganz konkret über das spricht, worum es geht, nämlich Abwertungen, Gehorsamsverlangen, Einschränkung der Freiheiten usw., dann kommt man sehr gut ins Gespräch. Ich würde das, wie gesagt, nicht nur auf die Jugendarbeit be-

schränken, sondern den Appell auch an Medien und Politik richten, ganz konkret zu benennen, worum es geht, wenn wir von problematischen Positionen oder Verhaltensweisen sprechen, aber nicht, lapidar „Islamismus“ und „Salafismus“ zu sagen. Das hilft oft nicht weiter.

Vorsitzender Horst Klee: Sie müssten auf die Zeit achten.

Herr **Dr. Müller:** Ich komme zum Schluss. – Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass Präventionsarbeit ganz am Anfang von Radikalisierungsprozessen ansetzt. Ich will an dem Punkt eigentlich noch gar nicht von Radikalisierung sprechen. Vor dem Hintergrund müssen wir – das habe ich bereits gesagt – die Bilder aus Syrien und Paris aus dem Kopf bekommen. Wir bekämpfen nicht Salafismus.

Prävention heißt letztendlich Demokratieerziehung – eine Demokratieerziehung, die hier unter ganz spezifischen Vorzeichen und mit ganz spezifischen Inhalten stattfindet. Diese Demokratieerziehung eröffnet Jugendlichen neue Perspektiven. Sie eröffnet Räume – und das soll sie –, in denen sie ihre Themen, Fragen und Konflikte zum Ausdruck bringen können. Ich nenne Ihnen ein kurzes Beispiel: In einer Hamburger Schulklasse waren ein, zwei, drei Jugendliche, die in der nahen salafistischen Moschee unterwegs sind. Die haben diese Klasse agitiert. Daraufhin sind wir mit unserem Workshop dorthin gekommen und haben dort gearbeitet. Wir haben dort ganz viele Jugendliche muslimischer Herkunft vorgefunden, die mehr oder weniger religiös waren; das spielt jedoch keine große Rolle. Die trauten sich nicht mehr, etwas zu sagen. Sie wollten nämlich gegenüber denjenigen, die dort das Wort führten, weil sie ein bisschen mehr über den Islam wissen oder vorgeben zu wissen, nicht als schlechte Muslime dastehen. Also haben sie geschwiegen. In dem Moment, in dem man anfängt, darüber zu sprechen – nicht nur über Religiosität, sondern über viele andere Fragen –, kann es gelingen, die Jugendlichen, die vorher in diesen Fragen geschwiegen haben, denk- und sprechfähig zu machen. Das ist das Allererste. Die Erfahrung war, dass die Agitatoren sich bald – das ist aber kein Allheilmittel – aus diesen Gruppen zurückziehen bzw. sozusagen die Lufthoheit über die den Klässentischen in dem Moment verlieren, in dem die Jugendlichen selbst denk- und sprechfähig werden. Ich glaube, das ist ein zentraler Punkt.

Eine letzte Anmerkung: Religion und Religiosität spielen oft gar keine große Rolle. Sie spielt oberflächlich eine große Rolle, sie ist oft der Bezugsrahmen, in dem sich die Jugendlichen artikulieren und in dem sie ihre Forderungen stellen. Aber das heißt überhaupt nicht, dass die Religion dabei eine Rolle spielt oder dass diese Jugendlichen religiös sind. Es geht vielmehr um Forderungen nach Anerkennung und Zugehörigkeit. Das gilt sogar für diejenigen, die im Namen der Religion töten.

Weil aber Religion – ich sage es noch einmal – und nicht unbedingt Religiosität für das Selbstverständnis der Jugendlichen, also für das, was sie möglicherweise als ihre Identität verstehen, wichtig ist, ist es auch wichtig, Räume für die Auseinandersetzung mit Religion und Religiosität zu schaffen und darin – das ist mein letzter Appell – endlich die Vereinbarkeit zum Beispiel von Islam und Demokratie sowie Scharia und Grundrechten herauszustellen, statt diese immer wieder infrage zu stellen. Das ist unsere Erfahrung mit den Jugendlichen, die ich eben bereits erwähnt habe. Sie wissen, dass sie ihre Familien hier großziehen. Das sind deutsche Jugendliche, die sowohl deutsch als auch demokratisch als auch muslimisch, arabisch, türkisch usw. sein wollen, auch wenn sie das nicht

äußern. Es wird ihnen oft vermittelt: Ihr müsst euch entscheiden. – Mein Appell hingegen ist: Nein. Wir müssen ganz deutlich sagen, dass hier keine Entscheidungen gefragt sind, sondern dass es einen prima Stuhl gibt, auf dem sie die verschiedenen Vorstellungen, die ihnen wichtig sind, miteinander vereinbaren können.

Wenn man den Jugendlichen diese Option vermittelt – ich spreche von Jugendlichen, die Konflikte haben und auf Orientierungssuche sind, was einige für den Salafismus empfänglich macht –, dann sieht man manchmal buchstäblich, wie eine Last von ihren Schultern fällt. – Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Horst Klee: Herzlichen Dank, Herr Dr. Müller. – Das Wort hat jetzt Herr Prof. Dr. Thomas Kessler vom Lehrstuhl für Sozialpsychologie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena.

Herr Prof. **Dr. Kessler:** Ich begrüße Sie ganz herzlich. Es ist mir eine große Ehre, hier zu sein. Ich habe mich tatsächlich auch gefragt, warum ich eingeladen worden bin. Denn ich bin kein Experte zum Salafismus und auch nicht zum Islamismus, sondern ich beschäftige mich mit Gruppenprozessen, mit Intergruppenbeziehungen, Diskriminierung, Vorurteilen und diesen Dingen. Das heißt, ich werde tatsächlich einen generelleren Blick auf unser Problem werfen. Da mein Statement bereits vorliegt, werde ich versuchen, mich sehr kurzzufassen. Sie wissen sicher, dass mein Beruf es typischerweise erfordert, dass ich stundenlang Vorlesungen halte. Ich werde allerdings versuchen, es hier kurz zu halten.

Ich denke, wir müssen hier tatsächlich schon mit der Problemdefinition beginnen. Wir hören hier etwas zu Salafismus und Islamismus. Ich denke, wogegen wir möglicherweise deutlicher auftreten müssen, sind tatsächlich alle Formen von Gewalt, die im Namen irgendwelcher Vorstellungen, Ideologien und Religionen verübt werden. Das heißt, wir müssen bei der Beschreibung unseres Problems tatsächlich ziemlich genau aufpassen, wie wir das formulieren. Das bedeutet, je allgemeiner wir Menschen beschreiben, desto eher unterstellen wir, dass diese Menschen selbst schlecht sind. Wenn man sagt, der Mörder hat irgendetwas verübt, dann suggeriert man, es liegt in der Person und ist unveränderlich, wie dieser Mensch agiert, und deswegen müssen wir gegen diesen Menschen vorgehen. Wir können das natürlich auch viel aktionsnäher beschreiben, was dann diese Taten verurteilt, aber den Menschen durchaus noch als veränderungsfähig ansieht. Das ist der erste wichtige Punkt bei Problembeschreibungen.

Wenn wir zu Gewalttaten dann die Identitäten von Tätern benennen – es war zum Beispiel ein Mann, es war ein Deutscher, es war ein Moslem –, dann suggerieren wir, dass diese Identitäten tatsächlich zur Erklärung dieser Straftaten wesentlich beitragen. Es ist übrigens eine gute Frage, ob wir jedem Mörder seine Erklärung für einen Mord abnehmen. Ich denke, wir sollten nicht direkt den Tätern folgen. Vielmehr sollten wir darauf achten, dass wir nicht durch die Beschreibung von Straftaten in einer bestimmten Art und Weise Erklärungen für unsere Gesellschaft nahelegen und von den Moslems versus die Mehrheitsgesellschaft oder versus das Christentum oder von den Männern versus die Frauen usw. sprechen. Damit müssen wir wirklich vorsichtig umgehen. Denn durch diese Kategorisierungen werden tatsächlich auch Intergruppenkonflikte kreiert. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, auf den wir schauen müssen.

Diese Kategorisierungen, die wir verwenden, legen typischerweise auch nahe, wo Konfliktlinien innerhalb von Gesellschaften verlaufen. Wir wissen aus einer Masse an Studien im Labor wie auch anhand von Feldstudien, dass allein durch die Kategorisierung, sprich durch die Tatsache, dass wir von „wir“ versus „die anderen“, von den Deutschen versus den Franzosen, den Christen versus den Moslems oder von uns versus bestimmten radikalen Tendenzen oder den Rechtsradikalen sprechen, auf einfachste Weise Intergruppenkonflikte produziert werden. Das geschieht, indem die Eigengruppe typischerweise bevorzugt behandelt wird: Wir sind das Gute, die anderen sind das Böse, was wir ablehnen.

Das passiert ganz simpel im Labor, wo wir in allen möglichen Versionen herausfinden, dass die Outgroup typischerweise noch nicht einmal als vollständiger Mensch wahrgenommen wird. Dadurch produzieren wir Konflikte, je nachdem, wie wir Gewalttaten beschreiben und welche Kategorien wir tatsächlich verwenden.

Wenn Kategorien verwendet und damit bestimmte Gruppenstrukturen nahegelegt werden, geschieht es, dass die Menschen, die auf diese Weise kategorisiert werden, tatsächlich beginnen, sich auch mit diesen Kategorien identifizieren und zu sagen: Das ist mir wichtig. – Das heißt, wenn viele Muslime in Deutschland permanent als „Ihr seid die Moslems“ und nicht einfach als junge Deutsche, die hier groß geworden sind oder Fußballer oder Mitschüler usw. – je nachdem, in welchem Kontext sie angetroffen werden –, bezeichnet werden, dann übernehmen diese Leute diese Identität natürlich immer stärker.

Das gilt vor allem dann, wenn dann noch die Vorstellung von bestimmten Chancen oder realen Dingen damit verbunden ist, die entweder erlangt oder nicht erlangt werden können, wie zum Beispiel eine gute Schulbildung oder Arbeitsplätze, weil man sagt: „Das hat reale Konsequenzen für mich, wenn ich Mitglied dieser oder jener Gruppe bin.“ Dadurch entstehen massive Konflikte. Das können wir zeigen, und zwar ungeachtet von der spezifischen Persönlichkeit der Menschen. Deswegen schauen wir als Sozialpsychologen nicht notwendigerweise auf die Charakterstrukturen von Personen. Denn die sind größtenteils gar nicht so entscheidend. Vielmehr ist es tatsächlich die Frage, wie diese Situation gegenwärtig gesehen wird. Das liegt häufig nicht in der Hand des Einzelnen. Wenn sich die Vorstellung breitmacht: „Wir als Moslems haben gar nicht dieselben Chancen auf dem Arbeitsmarkt“, dann muss man natürlich etwas dagegen getan werden. Dann müssen sie tatsächlich in Wettbewerb treten und zeigen, dass sie möglicherweise genauso gut oder besser sind als diejenigen, die ihnen diese Arbeitsplatzchancen vorenthalten. Das führt dazu, dass man sich mit diesen Gruppen stärker identifiziert und dass sie sich stärker polarisieren. Dadurch entsteht tatsächlich eine Tendenz zur Extremisierung zwischen Gruppen.

Eine Anmerkung aus den psychologischen Labors: Allein diese Kategorisierung führt dazu, dass wir Unterschiede innerhalb der Kategorien minimieren. Wenn wir von „den Deutschen“ oder „uns Deutschen“ oder von „den Salafisten“ reden, dann tun wir so, als gäbe es gar nicht so viele Variationen. Herr Müller hat das gerade schön beschrieben. Es gibt alle möglichen Schattierungen innerhalb des Salafismus. Man tut aber so, als wäre das ein homogener Haufen. Dasselbe gilt übrigens auch, wenn von „den Rechtsradikalen“ die Rede ist. In dem Moment tut man so, als wären sie eine konsistente Gruppe, die sie aber gar nicht sind. Es gibt ganz viele Widersprüche. Indem wir diese Kategorien, diese Homogenisierung und Differenzierung zwischen den Gruppen besonders hervorheben, schaffen wir Grundlagen für eine Extremisierung.

Ich möchte als Sozialpsychologe ganz klar sagen: Das finden wir möglicherweise bei Salafisten in derselben Art und Weise wie bei Rechtsradikalen, radikalen Umweltschützern oder Tierschützern, die zum Beispiel irgendwelche Bauernhöfe anzünden. Alle möglichen Radikalen sind damit impliziert. Das belegen die Erkenntnisse aus unseren Studien. Es sind immer dieselben psychologischen Prozesse. Ich denke, in dieser Hinsicht unterscheiden sich Islamismus und Salafismus gar nicht von irgendwelchen anderen extremen Tendenzen innerhalb unserer Gesellschaft. „Pegida“ – davon war bereits die Rede – bedingt möglicherweise den Salafismus und umgekehrt. Die beiden speisen sich sozusagen gegenseitig.

Wenn es um die Bewertung von Identitäten geht, gibt es ein großes Problem, nämlich wenn sich diese Gruppen entweder aufgrund der Kategorisierung von außen oder weil man selbst diese Gruppe definiert mit „Wir sind etwas Besonderes“. Das Problem besteht in der positiven Bewertung, die der eigenen Gruppe zugeschrieben wird: „Wenn wir richtig glauben bzw. glauben, dass wir richtige Deutsche sind, haben wir einen besonderen Wert.“ Das heißt, wir schauen tatsächlich nur auf unsere Eigengruppe, verleihen uns diesen Wert und dominieren dann psychologisch in der Bewertung andere, indem wir uns für besser halten. Typischerweise sperrt sich diese Gruppe auf diese Weise gegen Kritik von außen, sodass sie mehr und mehr abgeschlossen sozusagen in eine Art „Groupthink“ dahindriftet und objektive Bewertungen, die in der Gesellschaft dominierend sind, die Angehörigen dieser Gruppe gar nicht mehr so sehr betreffen. Das führt dann zu weiterer, deutlicher Radikalisierung. Das haben wir beim NSU bemerkt, wo die Leute ziemlich unbeeindruckt vom weiteren gesellschaftlichen Konsens ihre Straftaten verüben konnten und gedacht haben, sie machen eigentlich nur das, was für viele Leute Konsens wäre, weil sie gar nicht mehr den Kontakt zur Mehrheit der Gesellschaft hatten.

Ich möchte nun einen Ansatz vorstellen, wie wir innerhalb der Sozialpsychologie sagen würden, wie wir einigermaßen gegen eine solche Diskriminierung dieser Intergruppenkonflikte und Vorurteile vorgehen können. Das gelingt, indem wir unser Bild von Deutschland und vom Deutschsein so weit neu diskutieren und gestalten, dass es möglichst inklusiv ist und dass zum Beispiel die Unterscheidung „wir Deutsche versus die Moslems“ gar nicht zum Tragen kommt. Es kann tatsächlich viel inklusiver gedacht werden. Das heißt, wir brauchen hier eine Diskussion darüber, wie facettenreich die deutsche Identität ist und dass es so etwas wie den Zwang zur Entscheidung – bin ich jetzt Moslem, oder bin ich Deutscher, oder bin ich Türke? – gar nicht notwendig geben muss, weil viele dieser Aspekte natürlich zum Deutschsein gehören. Deswegen hilft es in dieser Diskussion nicht nur nicht, zu sagen, Deutschland ist kein Einwanderungsland, sondern es ist tatsächlich schädlich. Das trägt tatsächlich zu dem Problem bei.

Bei dieser Diskussion über Toleranz müssen wir aber auch sozusagen die Grenzen der Toleranz berücksichtigen. Diese werden in unterschiedlichen Diskursen geliefert, und die Grenzen der Toleranz sind potenziell ein echtes Problem. Denn wir brauchen eine intensive gesellschaftliche Diskussion darüber, wo die Grenzen liegen sollen. Schließlich können wir uns mit dieser Grenzziehung wiederum Probleme einhandeln. Ein drastisches Beispiel, das wir alle kennen, ist, wenn Menschenrechte mit Guantánamo Bay verteidigt werden. Werden damit noch einmal die eigenen Werte untergraben? Deswegen ist diese Grenzziehung in Bezug auf die Toleranz ein wesentlicher Aspekt, den wir wirklich in einem breiten Konsens diskutieren müssen.

Ich denke, ein wichtiger Aspekt dieser komplexen Identitäten und der Vorstellung einer möglichst inklusiven Gesellschaft ist, dass wir Doppelstandards verhindern müssen, die sich einschleichen können. Vergeben Sie mir, dass ich auf einzelnen Sprüchen von Parteien herumreite. Wenn zum Beispiel die CSU diesen wunderschönen Spruch äußert, Ausländern sollten zu Hause Deutsch reden – das ist grandios –, dann wird nur auf einen Teil der Bevölkerung geschaut, als ob nicht alle zu Hause Deutsch reden sollten, wenn man das sozusagen ungebaised sagen würde. Das ist natürlich immer noch eine ziemlich idiotische Aussage, die verschleiern, dass der Punkt, den die machen wollen, möglicherweise gar nicht so schlimm oder sogar sehr richtig ist, nämlich zu sagen: Es ist von Vorteil, in Deutschland Deutsch zu reden. – Das hilft nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern überall. Man müsste es aber anders formulieren, sodass diese Idee der Doppelstandards gar nicht aufkommen kann und ganze Bevölkerungsgruppen dadurch unter Druck stehen, während andere als korrekt und richtig im Hintergrund verschwinden.

Der letzte Punkt. Eine inklusive Identität ist aus folgendem Grund wichtig: Ich habe bisher von einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion geredet, die wir brauchen. Sozialen Einfluss können wir im Wesentlichen innerhalb von Gruppen ausüben. Das heißt, innerhalb unserer eigenen Gruppe, zum Beispiel innerhalb von Deutschland, werden Beiträge von Deutschen eher gehört, weil man sagt, die anderen seien Nichteingruppenmitglieder bzw. Nichtdeutsche. Das bedeutet, dass deren Argumente zu einem großen Teil noch nicht einmal gehört werden. Das heißt, um sozialen Einfluss ausüben zu können, müssen wir möglichst inklusiv kategorisieren. Das gilt für den Einfluss in Richtung Islamismus, Salafismus, aber natürlich auch in Richtung Rechtsradikalismus oder aller möglichen Extremisten. Möglicherweise sollte man auch deutlicher mit Pegida-Anhängern reden, um zu sagen: Wir bekommen noch Einfluss. Wenn wir wiederum kategorisieren und sie als „die anderen“ bezeichnen, dann werden weder unsere noch deren Argumente gehört, und so etwas wie eine Diskussion findet einfach nicht mehr statt. Vielmehr findet nur noch Extremisierung statt.

Damit möchte ich es belassen. Viele Details habe ich bereits beschrieben. Ich stehe gerne für weitere Fragen zur Verfügung. – Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Horst Klee: Vielen Dank, Herr Prof. Kessler. – Ich rufe Herrn Prof. Dr. Mouhanad Khorchide von der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster auf. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Herr Prof. **Dr. Khorchide:** Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Ich muss mich bei Ihnen entschuldigen, dass ich mein Paper erst heute Morgen geschickt habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schwierig, von Ursachen für Salafismus oder Extremismus zu sprechen. Wir können jedoch konkret über die Rahmenbedingungen reden, die die Rekrutierung in salafistische oder extremistische Milieus begünstigen. Dort können wir handeln und die Rahmenbedingungen verändern. Diese Rahmenbedingungen betreffen unterschiedliche Ebenen. Eine Ebene ist die persönliche Ebene mit Kränkungen in der Sozialisation, Frustration sowie Krisen in der eigenen Biografie. Darauf haben wir wenig Einfluss, aber wir können Pädagoginnen und Pädagogen in den Schu-

len, Jugendvereinen und Jugendverbänden motivieren, es wahr- und ernst zu nehmen, wenn Jugendliche, die aus bestimmten Milieus kommen bzw. sich in der Nähe bestimmter religiöser und extremistischer Milieus, bewegen, frustriert sind, zu Gewaltbereitschaft oder Hass neigen. Durch entsprechende pädagogische und psychologische Maßnahmen kann man bereits präventiv eingreifen.

Die zweite Ebene, die in meinen Augen noch wichtiger ist, ist die soziale Ebene. Ich möchte nicht viel wiederholen, aber es liegt auf der Hand, und das zeigen auch die Biografien derer, die jetzt in Syrien oder im Irak sind. Sie kommen aus sozial prekären Verhältnissen, haben entweder die Schule abgebrochen oder sind im Bildungssystem nicht weitergekommen, waren prekären Verhältnissen am Arbeitsmarkt ausgesetzt.

Eine noch wichtigere Rolle spielt – das hat mein Vorredner angesprochen – die Frage nach der Identität. Was das Bildungssystem angeht, müssen wir uns langfristig Gedanken darüber machen, welche Maßnahmen das Bildungssystem benötigt, damit wir möglichst immer weniger Bildungsverlierer bzw. – in Anführungszeichen – „soziale Verlierer“ erzeugen. Wenn die Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen in die Schule kommen, bald auf der Hauptschule landen und dort nicht weiterkommen können, keine Universität besuchen oder eine entsprechende Fachausbildung absolvieren können, dann müssen wir das Bildungssystem hinterfragen und überlegen, was wir hier verbessern oder verhindern können. Das gilt auch für den Arbeitsmarkt. Wie können wir hier Räume schaffen, um Personen, die vielleicht schlechte Qualifikationen mitbringen, dennoch gut am Arbeitsmarkt integrieren?

Es gibt aber, wie gesagt, meiner Ansicht nach noch einen wichtigeren Bereich, mit dem ich selbst als Ausbilder für Religionslehrerinnen und Religionslehrer für den islamischen Religionsunterricht in Münster in Berührung komme, und das ist die Frage nach der Identität. Junge Menschen, die hier geboren worden und aufgewachsen sind, zum Teil in der dritten Generation, wenn ihre Eltern bereits hier aufgewachsen sind, haben hohe Erwartungen an uns als Gesellschaft. Die erste Generation hat nur wirtschaftliche Erwartungen. Diejenigen, die hier geboren und aufgewachsen sind, erwarten, eine Heimat geboten zu bekommen, in der es nicht heißt „wir Deutsche“ und „ihr Muslime“. Denken Sie an die vor zwei Jahren geführte, lange Diskussion, in der der ehemalige Bundespräsident gesagt hat, der Islam gehöre zu Deutschland. Auf die jungen Menschen wirkt diese Diskussion über die Frage, ob der Islam historisch gesehen zu Deutschland gehört, nicht fachlich oder sachlich. Vielmehr denken sie: Sie diskutieren die ganze Zeit, ob ich dazugehöre. Aber ich bin doch hier geboren und aufgewachsen. – Diese Jugendlichen werden in der Türkei beschimpft, weil sie Türkisch mit Akzent sprechen, sich anders anziehen, andere Musik hören und ihre Mentalität eine andere ist. Sie sind dort fremd. Für sie ist hier ihr zu Hause. Das ist zumindest ihre Erwartung.

Wenn wir ihnen aber subtil vermitteln – Diskriminierung muss nicht unbedingt direkt sein, sie kann auch indirekt sein –: Ihr gehört nicht dazu. Ihr seid die anderen – und diesen Diskurs haben wir seit dem 11. September leider verstärkt, und es wird nunmehr pauschalierend von Muslimen gesprochen. Früher hat man von Gastarbeitern, von Ausländern oder Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen. Heute sind alle ehemaligen Gastarbeiter und deren Nachkommen alle Muslime. Diese Fremdzuschreibung wurde zur Eigenzuschreibung. Vergleichen Sie die empirischen Studien. Immer mehr Jugendliche antworten auf die Frage „Wo fühlst du dich zugehörig?“, sie würden sich als Muslim fühlen. Vor wenigen Jahren haben wir eine Studie durchgeführt. Jugendliche, die gesagt haben: „Ich bin ein stolzer Muslim“, haben mehrfach in Gesprächen

sogar den Koran aus der Tasche gezogen und gesagt: „Mit dem Koran fühle ich mich stark“ und „Der Islam bedeutet mir viel“. Auf die Frage hin, ob sie denn auch im Koran lesen würden, antworteten viele: Nein, ich weiß nicht was drinsteht. Ich kann kein Arabisch und habe ihn nie gelesen.

Auf banale Fragen nach der Religion antworteten viele, sie hätten keine Ahnung und auch kein Interesse. Das heißt, die Zuwendung vieler Jugendlicher zum Islam hat nichts mit der Suche nach spirituellen Erfahrungen oder nach Sinnsuche zu tun, sondern ist lediglich mit der Suche nach der Identität und einem Wir-Gefühl verbunden. Es ist die Suche nach einem Wir-Gefühl in Abgrenzung zu einer Gesellschaft, die sagt: Ihr Muslime und wir Deutsche. – Diese Fremdzuschreibung wurde zu einer Eigenzuschreibung.

Das heißt, wir haben es hier mit einer Entwicklung zu tun, in der junge Menschen sich immer stärker mit dem Islam identifizieren und angeben, stolzer Muslim zu sein, aber zugleich immer weniger Wissen über ihre Religion haben und wenig reflektiert sind. Ich nenne das eine ausgehöhlte Identität, also eine Identität ohne Kern. Die Jugendlichen sagen: Ich bin das, aber ich weiß nicht, was das ist. Ich kann im besten Fall nur sagen, was ich nicht bin. Ich bin kein Deutscher, ich esse kein Schweinefleisch und trinke keinen Alkohol. Aber was macht mich aktiv aus? – Das ist für viele Jugendliche sehr schwierig. Das bedeutet nicht, dass diese Jugendlichen morgen nach Syrien fahren oder Salafisten werden, aber es sind Rahmenbedingungen, die begünstigen, dass sie in Milieus rekrutiert werden, die ihnen sagen: Kommt! Wer sagt, dass ihr Verlierer in diesem Systems seid? Mit einem starken Gott an eurer Seite, der alle anderen bis in die Ewigkeit in der Hölle verdammen wird, seid ihr die wahren Gewinner. – Durch dieses Angebot wird das ganze salafistische und extremistische Milieu für diese Jugendlichen attraktiv.

Was kann man dagegen tun? Religionsunterricht ist dringendst notwendig, damit für diese Jugendlichen ein Raum geschaffen wird, in dem sie sich reflexiv mit ihrem Glauben auseinandersetzen können, einen Zugang zu ihrem Glauben haben und wissen, was es wirklich bedeutet, wenn sie sagen: Ich bin ein stolzer Muslim.

Allerdings möchte ich hier auch selbstkritisch sagen, dass das Problem damit nicht gelöst ist, wenn Religionsunterricht eingerichtet wird. Die Frage ist: Was wird im Religionsunterricht unterrichtet? – Wenn ein Salafist oder ein Mensch mit ähnlichem Gedankengut unterrichtet, haben wir das Problem nur verstärkt. Das heißt, wir als muslimische Theologen müssen uns die Frage stellen: Welche Theologie entwerfen wir hier für die Ausbildung der Religionslehrkräfte? Was wird letztendlich im Religionsunterricht unterrichtet? Darauf kommt es an.

Wir setzen uns sehr stark mit diesen Themen auseinander. Mir gefällt der Diskurs der letzten Tage gar nicht, in dem gesagt wurde: Das alles hat gar nichts mit dem Islam zu tun. Das sind irgendwelche Leute, die aus dem Nichts gekommen sind. – Es sind Menschen, die sich auf den Koran berufen. Sie berufen sich da und dort auf Positionen, die in der islamischen Tradition vorkommen, auch wenn das zum Teil marginalisierte Positionen sind. Es gibt sie aber. Das muss man thematisieren, und man muss die Argumente auch innerislamisch ernst nehmen. Was sind die Argumente derer, die Menschen im Namen des Islams töten, die Menschen in irgendeiner Weise im Namen des Islams von der Gesellschaft abschotten oder die meinen, Scharia und Demokratie seien nicht vereinbar? Was sind deren theologischen Argumente, und was sind die Gegenargumente?

Und darum geht es, nämlich die Gegenargumente starkzumachen, die Argumente derer zu entschärfen. Es gibt Stellen im Koran, die Gewalt ansprechen. Die Frage ist, wie man damit im 21. Jahrhundert umgeht. Wie kann man sie im Kontext des 7. Jahrhunderts auf eine Weise historisch kontextualisieren, sodass sie nicht als Imperative im Sinne von „Tötet Menschen, die nicht Muslime sind, weil sie nicht Muslime sind!“ gelesen werden. Es geht um kriegerische Auseinandersetzungen von damals, die im Koran kommentiert werden. Diese historische Kontextualisierung muss auch in einer Form geleistet werden, dass es Mainstream wird.

Ich möchte noch auf einen letzten Punkt eingehen. Wir haben Ressourcen, auf die wir zu wenig zurückgreifen, wenn wir uns über Prävention oder überhaupt über Maßnahmen Gedanken machen. Es gibt aufgeklärte Imame, die für diese Jugendlichen als geistliche Autoritäten gelten. Wir brauchen Aufklärung in der Mehrheitsgesellschaft, wie der erste Referent bereits gesagt hat. Wir brauchen vor allem dringend Aufklärung bei den Lehrern. Damit meine ich nicht die Religionslehrer, sondern Mathe- oder Deutschlehrer, die mit muslimischen Schülern konfrontiert sind. Man muss verstärkt in deren Ausbildung auch über den Islam aufklären. Ich erlebe bei Fortbildungen immer wieder, dass die Lehrer sagen: Ich habe viele muslimische Schüler, die mir Dinge über den Islam erzählen, aber ich habe keine Ahnung und weiß nicht, was davon stimmt und was nicht.

Wenn Lehrer den muslimischen Schülern oder jungen Muslimen erzählen wollen, was der Islam ist, ist das nicht authentisch. Deswegen brauchen wir auf der anderen Seite muslimische Religionslehrer, die für die Schüler authentisch sind. Auf der anderen Seite brauchen wir aber auch Geistliche, also Imame, die aufgeklärt sind und eventuell bei Krisen zu Hause in Moscheen aufklären. Diese müssen in der Jugendarbeit eingesetzt werden. Sie müssen nicht unbedingt Deutsch sprechen, sollten aber mit den hiesigen Problemen und der Kultur vertraut sein und eine gewisse Autorität haben. Das ist eine wichtige Ressource.

Jugendliche suchen nach Anerkennung. Sie fühlen sich zum Teil in der Gesellschaft marginalisiert und brauchen ein Ventil. Extremismus ist ein Ventil. Aber warum versäumen wir es, andere Ventile anzubieten, nicht nur um das eine Ventil zu bekämpfen, sondern auch um Alternativen anzubieten? Dafür brauchen wir Projekte für Jugendliche, in denen mit den Jugendlichen gemeinsam gearbeitet wird, seien es Musik- oder Theaterprojekte. Es sollten kreative Projekte sein, in denen sich Jugendliche, die vielleicht im Schulsystem stehen geblieben sind, dennoch entfalten können.

Ein wichtiger Punkt ist, dass sich Jugendliche heutzutage immer mehr über das Internet radikalieren. Wir kritisieren gewisse salafistische Strömungen sehr stark, die stark im Internet vertreten sind, aber wir bieten keine Alternative im Internet an. Wenn ich heute auf YouTube gehe und „Islam“ eingebe, dann kommt sehr viel aus dem salafistischen Milieu heraus und viel zu wenig aus einer vernünftigen Sicht. Da brauchen wir auch Unterstützung für Projekte, bei denen die Jugendliche mitmachen, die auch unsere Studierenden, auch Studierende der Theologie an anderen Zentren in Deutschland gestalten. Das braucht jedoch Fördermittel und Konzepte.

Ich möchte eine allerletzte Bemerkung machen. Vorhin wurde dieser Aspekt bereits angesprochen. Wir dürfen denjenigen, die sich radikalieren, nicht die Argumente liefern, indem wir diesen Opferdiskurs füttern, indem mit dem Zeigefinger nur kritisiert wird.

Ich erlaube mir in diesem mehr oder weniger geschlossenen Rahmen, mich etwas kritischer zu äußern.

Vor meinen Studierenden oder in der muslimischen Community möchte man nicht auf die Jugendlichen schimpfen und sagen: „Ihr seid schlecht“ oder „Ihr macht das nicht so gut“. Vielmehr durchlaufen wir den Prozess gemeinsam. Das heißt, wir dürfen nicht den Opferdiskurs füttern, indem wir zeigen: „Ihr seid schlecht.“

Das gilt übrigens auch für überflüssige Diskussionen jenseits von theologischen Argumentationen. Warum gibt es zum Beispiel immer noch dieses leidige Kopftuchthema? Ich kenne das aus eigenen Erfahrungen. Die Hälfte unserer Studentinnen, die in zwei Jahren hoffen, in den Schulen tätig zu sein, um dort aufzuklären, trägt ein Kopftuch. Es handelt sich um wunderbare und super gebildete Mädchen, die sehr gut reflektiert sind über ihren Glauben. Man wir ihnen aber die Türen verschließen, wenn man ihnen sagt: Ihr dürft mit dem Kopftuch aber nicht in den Schulen unterrichten. – Vor allem bei den Jugendlichen, die hier aufgewachsen sind, kommt das so an: Das, was mir wichtig ist, wird mir verboten. „Die wollen uns nicht.“ Oft wird dann pauschaliert: „Der Westen will uns Muslime nicht.“ Dadurch entstehen Fronten. An diesen Fronten sind wir aber schuld. Ich sage nicht, die Schuld liege bei uns, aber wir sollten bestimmte Themen nicht überstrapazieren, die eigentlich unwichtig sind. Dasselbe gilt für den Bau von Moscheen und Minaretten und die Frage, wie hoch oder niedrig diese sein dürfen.

Je mehr wir in der Gesellschaft und in der muslimischen Community signalisieren: „Was euch wichtig ist, ist uns auch wichtig“, desto eher können wir von einem großen Wir sprechen. Alle Politiker reden heutzutage davon, dass wir in Deutschland ein großes Wir brauchen. Ein Teil dieses Wir sind die Muslime, ein anderer Teil sind die Atheisten, ein Teil die Agnostiker, Christen und Juden. In der Theorie klingt es sehr schön, von einem großen Wir zu sprechen, aber wie realisiert man das in Handlungen, wenn wir im nächsten Schritt eine „Das verbieten wir dir“-Debatten führen, sobald jemand sagt: „Das ist mir wichtig.“? Vor eineinhalb Jahren war die Beschneidung ein ganz großes Thema. Das sind unnötige Themen. Wir haben, glaube ich, Wichtigeres, worüber wir gemeinsam reden können, anstatt Fronten zu schaffen, die uns allen schaden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Horst Klee: Viele Dank. – Ich darf nun Herrn Prof. Dr. Albrecht Fuess von der Philipps-Universität Marburg aufrufen. Bitte schön, Herr Fuess.

Herr Prof. **Dr. Fuess:** Vielen Dank für die Einladung. – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme vom Centrum für Nah- und Mittelost-Studien in Marburg und vertrete dort die Islamwissenschaft, und als solcher war ich dann auch gebeten, etwas zum Salafismus, zu Begriffserklärungen, theologischen Positionen und einzelnen Strömungen zu sagen. Am Schluss werde ich Ihnen meine allgemeine Beobachtung mitteilen.

Ich werde vor allem heute über die theologischen Positionen und einzelnen Strömungen sprechen. Lassen Sie mich zum Anfang noch einmal sagen: Der Begriff „Salafismus“ kommt, wie viele von Ihnen auch schon gelesen haben, von „Salaf aṣ-Ṣāliḥ“, also von den frommen Altvorderen. Es sind die drei Generationen zur Zeit des Propheten und

diejenigen, die nach ihm gelebt haben. Und was hier sehr wichtig ist, ist, stets den direkten Kontakt zum Propheten zu haben. Das ist auch etwas, was den Sunniten sehr wichtig ist, also der Brauch des Propheten, seine Lebensweise. Das heißt: Wer kann authentisch etwas darüber sagen, wie der Prophet gelebt hat, wie er sich bewegt hat?

Bei den Salafisten führt das dazu, dass Sie – das haben Sie auch schon gesehen – eine bestimmte Kleidung tragen. Die Hose muss bis über die Knöchel reichen, sie müssen ein Zahnputzstäbchen dabei haben, weil der Prophet auch immer eins dabei hatte, was zu großen, neuen Plantagen in Pakistan geführt hat. Darüber hinaus tragen sie einen wilden Bart mit rasierter Oberlippe.

Was auch für die Salafisten sehr wichtig ist, wie gesagt, diese zentrale Position des Propheten, ihn nachzuahmen, und wenn sie sich in ihrem Leben so stark auf den Propheten beziehen, dann können Sie die Salafisten auch persönlich beleidigen. Auch wenn sie sich nicht praktisch für den Propheten halten, aber sich sehr stark an ihm ausrichten, fühlen sie sich doch persönlich beleidigt, wenn man den Propheten beleidigt.

Zu den theologischen Positionen. Wie andere Sunniten bezeichnen sich die Salafisten als „Ahl as-Sunna wa-l-jama'a“, also als „Leute des Brauchs und der Gemeinschaft“, sie bestehen aber darauf, die richtige Glaubenslehre, die sogenannte Aqida, zu vertreten. Sie seien die Einzigen, die den Glauben der frommen Altvorderen richtig praktizieren würden. Ihre elitäre Denkweise führt dazu, dass sie für sich in Anspruch nehmen, die einzige Gruppe unter allen Muslimen zu sein, die ins Paradies kommt. Nichtsalafisten kämen in die Hölle. Ihre Glaubenslehre nennen sie daher zuweilen auch „die Glaubenslehre der Paradiesbewohner“.

Dreh- und Angelpunkt salafistischer Glaubensvorstellung ist der Eingottglaube, Tawhid. Salafistische Theologen teilen diesen Eingottglauben im Gegensatz zu anderen Sunniten in drei unterschiedliche Konzepte. Das Erste ist der Glaube an Gott als alleinigem Schöpfer und Bewahrer der Schöpfung, Tawhid al-rububiyya. Da aber der Glaube an einen Schöpfergott, einen Hochgott Allah, auch in vorislamischer Zeit bekannt gewesen sei, müssten die Muslime, die danach kommen, sich stark davon abgrenzen; denn das seien schließlich Polytheisten. Sie müssten – das ist bei Salafisten sehr wichtig – in ihrem täglichen Handeln ein Glaubensbekenntnis ablegen. Das wird den meisten Muslimen hier auch vorgeworfen: Sie würden ihre Religion nur passiv leben. – Man muss es also aktiv machen. Aus diesem Prinzip heraus lehnen Salafisten auch streng den Heiligenkult der Sufis ab, denn nur Gott allein sei verehrungswürdig. Auch das sehen wir in den Bewegungen. Wir sehen auf einmal, dass Heiligengräber in der islamischen Welt zerstört werden, die eigentlich seit Jahrhunderten Zentren in lokalen Gemeinschaften waren.

Das dritte Konzept hinsichtlich der Einzigartigkeit Gottes behandelt das Wesen Gottes. Da unterscheiden sie sich auch von rationalistischen Vorstellungen. Die Frage ist immer: Wie sieht Gott aus? – Im Koran heißt es in der Sure 42, Vers 11: Nichts ist ihm gleich. – Allerdings wird im Koran auch erwähnt, dass er eine Hand hat, dass er einen Thron und Ähnliches mehr hat. Salafisten kommen dann zu der Auffassung, Gott habe eine Hand, habe Körperteile, aber die seien andersartig als bei Menschen; denn nichts sei ihm gleich. Das sind Problematiken, die sich ergeben, wenn man alles extrem wörtlich auslegt.

Ein weiterer Hauptgrundsatz im salafistischen Milieu ist das Konzept der „Loyalität und Lossagung“; davon hört man sehr viel, al-wala' wa-l-bara'. Hiermit ist gemeint, dass

man sich gegenüber Mitgliedern aus der eigenen Gruppe unbedingt loyal zu verhalten habe, sich aber von der nichtmuslimischen Außenwelt loszusagen habe. Kontakte zu Nichtmuslimen seien zu vermeiden. In der Zeit der existenziellen Bedrohung der islamischen Welt durch Kreuzfahrer und Mongolen im 13. Jahrhundert wandte es der syrische Gelehrte Ibn Taimiyya darauf an, strikten Abstand zu Nichtsunnniten zu halten. Ihm und seinen Schülern ging es dabei um eine klare Trennung der Muslime und Nichtmuslime wegen der äußeren Bedrohung.

Die Analogien zum 13. Jahrhundert liegen vor allem für dschihadistische Salafisten klar auf der Hand. Die islamische Welt steht in einem fundamentalen Abwehrkampf gegen äußere Feinde. Die äußeren Feinde, Amerikaner und westliche Truppen, stehen in sehr großer Zahl in islamischen Kernländern. Die potenziellen inneren Feinde, also Christen, schiitische Gruppen, aber auch Jesiden, wie wir gesehen haben, helfen den äußeren Feinden. Daher muss die Gesellschaft klar nach den einzelnen Gruppen getrennt werden.

Der saudische Gelehrte Muhammad Ibn Abdel Wahhab nahm dann im 18. Jahrhundert das Prinzip der „Loyalität und Lossagung“ in seine wahhabitische Lehre auf. Die Attraktivität des Prinzips für eine puritanische, religiöse Erneuerungsbewegung liegt auf der Hand. Die Welt kann klar in Schwarz und Weiß unterschieden werden. Saudische Gelehrte erklärten auf Grundlage dieses Prinzips, dass dem saudischen Königshaus absolute Loyalität geschuldet sei. Allerdings bestanden die Gelehrten darauf, dass die Wahhabiten mit Nichtmuslimen keinen Umgang pflegen dürften. Das erklärt dann auch diese Compounds, diese speziellen Siedlungen, in denen sich die Ausländer getrennt befinden.

Als die saudischen Herrscher 1990 dann amerikanische Truppen ins Land holten, wurde dies von vielen wahhabitischen Gelehrten als klarer Bruch dieses theologischen Prinzips gewertet. Einige salafistische Gruppierungen wie die Anhänger Osama bin Ladens kündigten dem Herrscher die Loyalität auf und sagten sich von ihm los, weil das Prinzip nicht mehr verfolgt wurde.

Im salafistischen Kontext ist auch das Prinzip des Takfir, das heißt, einen Herrscher zu einem Ungläubigen zu erklären, sehr bedeutsam. Das heißt, jemanden wird gesagt, er sei ungläubig, was besonders schwierig ist, wenn es jemand ist, der sich selbst als Muslim bezeichnet. Diesem muss man praktisch absprechen, ein Muslim zu sein. Außerdem ist es ein sehr harter Vorwurf. Denn sobald Sie einen Herrscher als ungläubig bezeichnen, hat das gewisse Folgen. Dann müssen Sie aktiv gegen ihn kämpfen.

Ein Aspekt, der auch bei Salafisten sehr attraktiv ist, ist – das gilt gerade im Zusammenhang mit der Diskussion um Konvertiten –, dass sie keine ethnische Unterscheidung machen. Das heißt, jeder kann mitmachen, der sich zu dieser Ideologie in irgendeiner Weise bekennt. Die Richtlinien, wer zu dieser Gruppe gehört, gehen nicht über Ethnien, sind also nicht rassistisch, sondern lehnen sich an dieser Ideologie an. Salafisten nennen sich gerne Ghuraba, also Fremde, weil sie in der islamischen Welt als kleine Elitegruppe aufbrechen, um die Welt wieder zu reislamisieren. Die Diskriminierung gegenüber Nichtgruppenmitgliedern erfolgt nicht über rassistische Unterscheidungsmerkmale, sondern auf der Basis des Bekenntnisses zur salafistischen Ideologie. Konvertiten können Teil dieser Avantgarde der Fremden sein. Ihre bedeutende Rolle für die globale Bewegung wird durch das folgende Prophetenwort unterstrichen: „Der Islam begann als etwas Fremdes und wird als etwas Fremdes wiederkommen. Preis sei den Fremden.“

Jetzt komme ich ganz kurz zu einzelnen Strömungen. Die Salafisten werden in der Forschung in drei Gruppierungen eingeteilt. Die größte Bewegung unter ihnen sind die quietistischen Puristen. Unter Puristen fasst man die salafistischen Gruppen zusammen, die sich nicht politisch und parlamentarisch beteiligen, Abstand von politischen Debatten nehmen und auch nicht dschihadistisch extrem auffallen. Denn sie sagen: Gott ist ohnehin größer als alles, was hier passiert. Gott steht über den Dingen. – Sie missionieren für ihre Lebensweise und lehnen die Demokratie als Staatsform in Europa ab, aber auch andere Sachen, die sie als unislamisch ansehen. Dauerhaften Kontakt zu Nichtmuslimen meiden sie auch, wenn keine Konversion erfolgt. Wenn nach ein paar Diskussionen klar ist, dass derjenige nicht konvertieren will, wird der Kontakt abgebrochen.

Die überwiegende Mehrzahl der aktiven Salafisten in Deutschland gehört dabei verschiedenen puristischen Strömungen an. Dies gilt für die Gruppen um Hassan al-Dabbagh, Pierre Vogel, aber auch Ibrahim Abou Nagie. Das sind in verschiedenen Umformungen Puristen, wobei wir hier eine große Diskussion zwischen den entsprechenden Gruppierungen haben, wer wann als ungläubiger Herrscher zu bezeichnen ist. Da gab es schon große Dispute, da haben sie sich entzweit, mittlerweile wohl aber wieder versöhnt.

Als zweite Gruppe der Salafisten gelten die politischen Salafisten. Die politischen Salafisten sind eine relativ neue Erscheinung, und besonders ins Licht getreten sind sie im Arabischen Frühling vor allem in Ägypten. Sie haben vielleicht gehört, dass es die Partei Hizb an-Nur gibt, die Partei des Lichts, die nach den Muslimbrüdern bei den Parlamentswahlen die zweitmeisten Stimmen bekommen hat und die sehr stark von finanzieller und ideologischer Unterstützung durch Saudi-Arabiens profitiert hat, dessen Herrscher sich in Ägypten ein loyales religiöses Gegengewicht zu den umstürzlerischen Muslimbrüdern wünschten, die eventuell bei ihnen auch noch agitieren würden. Das heißt, man hat die Salafisten aufgebaut. Die Salafisten in Ägypten setzten sich dann auch gegen die Muslimbrüder ein. Während des Putsches gegen Präsident Mursi stand die Partei des Lichts auf Seiten des Militärs gegen die Muslimbruderschaft, beteiligte sich aber nicht an der folgenden Übergangsregierung. Die ägyptischen politischen Salafisten wollen durch Bildung und Mission einen graduellen Umbau des ägyptischen States erreichen. Vorbild dieser politischen Salafisten ist Saudi-Arabien; das wäre die ideale Gesellschaft.

Die zahlenmäßig kleinste, aber gefährlichste Gruppierung bilden die dschihadistischen Salafisten. Obwohl alle salafistischen Gruppierungen den Dschihad als integrativen Bestandteil des Islams betrachten, unterscheiden sich die dschihadistischen Salafisten dadurch, dass sie offen den Aufstand gegen unislamische Herrscher befürworten. Sie beziehen sich sehr stark – und da treffen wir uns mit dem ägyptischen Islamismus der 60er-Jahre – Sayyid Qutb, aber auch auf andere, die gesagt haben, der Dschihad sei die sechste Pflicht des Muslims, die sechste Säule der Glaubenspraxis. Man müsse nicht warten, bis ein Herrscher den kollektiven Widerstand ausrufe. Jeder Muslim sei im Verteidigungsfall ein Kämpfer, und momentan herrsche für Muslime der globale Verteidigungsfall.

Für Salafi-Dschihadisten stellt jeder ihrer Terrorakte einen Akt der Verteidigung dar. Die Aggression geht für sie seit dem Beginn des europäischen Kolonialismus im 19. Jahrhundert – eigentlich schon seit der Kreuzfahrerzeit – bis heute eindeutig, fortwährend und immer nur vom Westen oder korrupten, vom Westen unterstützten Regimen aus. Jeder

Anschlag im Westen ist somit legitim, da er der Verteidigung der angegriffenen islamischen Welt dient.

Jetzt möchte ich gerne noch ein paar persönliche Bemerkungen machen in diesem Kontext. Es ist für mich als Islamwissenschaftler immer schwierig, das darzustellen. Das Publikum denkt sicherlich, Salafisten machen nur 1 bis 2 % aus, aber letztendlich rede ich andauernd vom Salafismus und Islam. Das wird sehr stark verbunden. Es ist aber auch nicht so, als ob es mit dem Islam nichts zu tun hätte. Das hat Herr Khorchide gerade auch gesagt. Natürlich hat das etwas mit dem Islam zu tun, weil diese ideologischen Verbindungen da sind, weil historische Ereignisse herangezogen werden. Für mich ist fast eine zu große Islam-Diskussion in der Luft. Es wird zu viel darüber gesprochen. Muslime werden mit Migranten gleichgesetzt; auch das haben wir schon gesehen. Auch ich als Islamwissenschaftler werde in öffentlichen Diskussionen andauernd gefragt, ob ich konvertiert sei, und zwar sowohl von der deutschen Mehrheitsgesellschaft, wenn man sie einmal so nennen will, als auch vom muslimischen Gemüsehändler. Wenn ich dort ein paar Brocken Arabisch rede, freut er sich und sagt: Du bist doch bestimmt einer von uns geworden. – Das ist auf beiden Seiten schwierig. Und bei der deutschen Mehrheitsgesellschaft heißt es: Der hat uns schon verlassen. Sonst würde er so nicht reden.

Ich bin eigentlich Historiker. Das heißt, wenn ich die Diskussion abbrechen will, sage ich, mein Spezialgebiet sind die Mamluken. Dann hören die auf.

(Heiterkeit)

Die Islam-Diskussion geht so weit, dass mein achtjähriger Sohn von seinen Lehrern gefragt wird, ob der Papa abends auch den Koran vorliest. Die Diskussion ist einfach viel, viel zu präsent. Mein Anliegen wäre, zu sagen, man müsste die Islam-Diskussion einfach ein bisschen runterfahren und perspektivisch stärker einordnen.

Eine Anti-Gewalt-Diskussion im Islam – auch das ist angesprochen worden – ist wichtig. Schließlich gibt es auch in den islamischen Ländern eine große Diskussion, wie man mit dschihadistisch begründeter Gewalt leben will. Die meisten Menschen wollen das nicht. Sie wollen ihre Kinder in Ruhe in die Schule schicken. Auch das ist etwas, was wir in Ägypten sehen, wo ich kürzlich war. Es sind nicht alle glücklich über die Entwicklung in Ägypten, wie sie momentan läuft, aber sie können endlich wieder ihre Kinder in die Schule schicken. Das sind Aspekte, die wir hier mit aufnehmen sollten. Der Abgrenzung zu Dschihadisten in der islamischen Welt, aber auch zu Muslimen in Europa sollte man mehr Prominenz einräumen, ebenso diesen transnationalen Aspekten. Wir beurteilen das sehr aus der nationalen Sicht. Die gesamte Islam-Diskussion ist eine deutsche, eine französische usw. Das ist getrennt. Hier gibt es aber transnationale Bewegungen, die sehr stark sind. Hier müssen wir das Lokale mit dem Globalen verbinden, und zwar vor allem unter Einbeziehung der islamischen Welt. – Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Horst Klee: Herzlichen Dank, Herr Prof. Fuess. – Wir kommen nun zur ersten Fragerunde. Bitte schön, Herr Bellino.

Abg. **Holger Bellino**: Vielen Dank an alle dafür, dass Sie uns in die Materie eingeführt haben und uns Ihre Sicht der Dinge dargestellt haben.

Herr Prof. Khorchide, Sie haben auch in Ihrem Vortrag von dem Ventil gesprochen. Sie sagten, dass für den einen oder anderen – so habe ich es zumindest verstanden – der Extremismus ein Ventil sein kann, dass – so habe ich Sie weiter verstanden – wir aber auch die Aufgabe haben, nach anderen Ventilen zu suchen. Vielleicht können Sie uns – damit meine ich uns als Politiker, aber auch uns als Gesellschaft – ein wenig weiterhelfen, was das Ihres Erachtens sein könnte.

Zweitens möchte ich eine Frage bezüglich des Internets stellen; auch das haben Sie angesprochen. Sie forderten Alternativen im Internet. Vielleicht können Sie noch etwas zu diesem Gedankengang ausführen; denn wir haben immer wieder mit Sorge zur Kenntnis zu nehmen, dass ein Großteil der Radikalisierung im Internet stattfindet. Allerdings habe ich noch gestern gehört, dass die Rolle des Internets überschätzt wird. Vielleicht können Sie auch dazu Stellung nehmen. Aber was können wir tun, um das Internet pro-aktiv zu nutzen?

Herr Dr. Müller, Sie haben sehr stark auf die Jugendlichen abgestellt. Welche Rolle könnten die Schulen und auch das persönliche Umfeld verstärkt spielen, um Radikalisierung zu verhindern oder dieser entgegenzuwirken, wenn man das Gefühl hat, dass da etwas passiert?

Welche Rolle spielt das Internet Ihrer Meinung nach tatsächlich? Wird das von uns vielleicht überbewertet?

Meine letzte Frage: Welchen Einfluss könnten oder sollten die Islamverbände nehmen? Was könnten bzw. sollten die in der überwiegenden Mehrzahl friedliebenden Muslime tun, um hier als Multiplikatoren zu wirken, also nicht nur, um nicht zu radikalieren, sondern aktiv zu werden, wenn sie das Gefühl haben, dass da etwas passiert, was wir verhindern wollen?

(Herr Dr. Müller: Ich muss tatsächlich gehen! Ich würde die Fragen noch kurz beantworten, wenn das noch gewünscht ist! Das tut mir leid, aber ich habe jetzt eine dreitägige Fortbildung in Bonn! – Abg. Marjana Schott: Ich habe eine Frage an ihn!)

Vorsitzender Horst Klee: Frau Schott, dann stellen Sie Ihre Frage. Aber ich kann nicht jedem gerecht werden. Wenn jemand weg muss, kann ich Einzelne nicht bevorzugt drannehmen. Das ist jetzt das erste und letzte Mal, dass ich das mache.

Abg. **Marjana Schott**: Sie haben von der Vereinbarkeit von Scharia und Grundrechten gesprochen. Wie stellen Sie sich das vor?

Herr **Dr. Müller**: Scharia und Grundrechte – das klingt für viele nach einem Widerspruch. Es wird auch meistens so verhandelt. Scharia – Mouhanad Khorchide kann das sicherlich besser beschreiben – kann man als einen Lebenskodex verstehen. Das kann man sehr wohl. Denn Scharia ist nicht nur Strafrecht mit Hand-Abhacken usw., was man sich gemeinhin darunter vorstellt. Diese Werteorientierung – und das ist ganz wichtig – muss

man mit den Jugendlichen erarbeiten. Meistens ist es genau das, was Mouhanad Khorchide beschrieben hat. Sie sagen: Ich bin stolzer Muslim, ich trinke keinen Alkohol, ich esse kein Schweinefleisch, und bei uns ist das so und so. – Das ist aber etwas sehr Äußerliches und dient in der Regel erst einmal nur der Abgrenzung.

Wenn es uns gelingt, mit den Jugendlichen über Werte zu sprechen, also über Gerechtigkeit, über die Frage, wie wir leben wollen, Barmherzigkeit, Solidarität – das sind natürlich alle Werte, die ganz selbstverständlich auch im Islam an erster Stelle stehen –, dann ist sehr viel gewonnen. Wenn man die Scharia in diesem Sinne begreift – ich sage nicht, dass es einen guten und einen schlechten oder einen falschen und einen richtigen Islam gibt –, dann passen Scharia und Grundrechte sehr gut zusammen, weil es dabei vor allem um einen Lebenskodex und eine Werteorientierung geht. Das geht meistens unter vor dem Hintergrund dieser Konzentration auf diese Äußerlichkeiten, beispielsweise die Frage, wie oft man beten muss, die oft eher im Vordergrund stehen.

Zu den Schulen. Ich glaube, Schule ist der Aktionsraum, in dem alle Jugendlichen am allerersten zu erreichen sind. Da sind alle. Das heißt, im Rahmen von Prävention – ich spreche ganz bewusst von Prävention und nicht von Deradikalisierung – ist die Schule der allererste Ort, auf den wir gucken müssen, wenn wir da etwas verändern wollen, und da geht es – Sie haben es angesprochen – um die Sensibilisierung von Multiplikatoren, von Lehrern, von Lehrkräften. Ich glaube, da ist unglaublich viel zu tun. Das heißt aber auch, dass in Schule dafür Räume geschaffen werden müssen. Wir sind sehr viel an Schulen, und die klagen natürlich über das, was sie als Reparaturbetrieb der Nation noch alles machen sollen. Das ist ein Riesenproblem, mit dem man sich auch auf pragmatischer Ebene auseinandersetzen muss, in welcher Form das gelingen kann. Der Religionsunterricht war angesprochen. Diese Räume müssen also geschaffen werden.

Die meisten Lehrerinnen und Lehrer haben keinen Migrationshintergrund, und noch weniger sind Muslime. Ich glaube aber trotzdem, dass auch diese Lehrerinnen und Lehrer sehr wohl darüber mit den Jugendlichen ins Gespräch kommen können. Sie müssen keine Islamexperten sein, um mit den Jugendlichen über Religion, Religiosität, Werte und das, was einem im Leben wichtig ist, zu sprechen. Wie gesagt, unsere Erfahrung ist, dass schon das immunisiert und schützt, wenn die Jugendlichen anfangen, sich über genau solche Sachen Gedanken zu machen und darüber zu sprechen. Das nützt sehr viel, und dafür ist Schule der ideale Raum.

Zum Internet. Ich kann es nur bestätigen: Internet spielt eine Riesenrolle bei der Radikalisierung. Jugendliche im Suchprozess, im Orientierungsprozess sind im Internet. Sie fragen weniger ihre Eltern. Denn diese können ihnen oft keine Antworten geben. Sie fragen auch nicht den Imam. Der kennt sich nämlich nicht auf Facebook aus. Die gehen ins Internet und stoßen dort auf die Angebote der Salafisten.

Was ist im Internet zu tun? Da stehen wir ganz am Anfang. Es reden immer noch alle von den – in Anführungszeichen – „neuen Medien“, die die Jugendlichen so beschäftigen. Es gibt demgegenüber kaum etwas in Richtung Medienkompetenz in Bezug auf neue Medien. Da muss dringend nachgearbeitet werden. Das sage ich in allgemeiner Form. In spezieller Form kann man dann noch mal gucken, was man den muslimischen Jugendlichen anbietet. Momentan wird über eine Gegeninitiative gesprochen. Es sollen eigene Videos ins Internet gestellt werden, um auf diese Art und Weise Gespräche und Auseinandersetzungen unter Jugendlichen in Gang zu bringen.

Abg. **Ismail Tipi**: Herr Dr. Müller, bevor Sie gehen, habe ich doch noch eine Frage an Sie. Sie haben vorhin gesagt, wenn eine Schülerin oder ein Schüler die Scharia fordert, soll man sich nicht aufregen, sondern sie mit Samthandschuhen anfassen. Wo ist die Grenze? Was ist, wenn diese Schülerin oder der Schüler die Scharia fordert und den Dschihad verherrlicht? Sollte man nicht zumindest mit den Eltern oder der Schulleitung reden? Wo ist die Grenze, wenn zum Beispiel der Koran in den Klassenzimmern verteilt wird? Wie ist es, wenn eine Schülerin im Vollsleier in die Schule kommt? Sollte man sich dann aufregen und Gedanken darüber machen oder einfach schweigen und es hinnehmen?

Herr **Dr. Müller**: Ich habe nicht gesagt, dass man darauf nicht reagieren soll und dass man sie mit Samthandschuhen anfassen sollte. Ich glaube, darum geht es nicht. Ich will nur darauf hinweisen: Wenn Schüler und Jugendliche lauthals solche Positionen formulieren, dann dient es oftmals der Provokation.

Das wird aufseiten der Lehrkräfte sehr oft als Angriff verstanden, und dann gehen diese in eine Verteidigungshaltung über. Dann entsteht genau die Kampfsituation, die zu nichts führt. Sehr oft sind genau solche Provokationen Gesprächsangebote, nämlich die Forderung: Hey, lass uns mal darüber sprechen. – Meine Reaktion als Lehrkraft, als Pädagoge ist dann die, zu sagen: Jetzt lass uns darüber sprechen. Wie wollen wir hier in der Schule, in der Klasse, in der Gesellschaft leben? – Dann werden sich Positionen dabei herausstellen, und dann gilt es natürlich, Grenzen zu ziehen. Aber die ziehe ich nicht, weil jemand die Scharia oder das Grundgesetz fordert. Die ziehe ich, wenn jemand sagt: „Ich will die Freiheit von anderen einschränken“ oder wenn Mädchen darauf angesprochen werden, ein Kopftuch zu tragen. Dann interveniere ich. Dann interveniere ich nicht – das habe ich vorhin gesagt – wegen Islamismus oder Salafismus, sondern dann interveniere ich, weil einige Leute meinen, anderen vorschreiben zu können, was sie zu denken und wie sie zu leben haben. Das ist der springende Punkt. Da interveniere ich.

Aber vorher gilt es ganz oft, diesen Provokationen mit einer gewissen Gelassenheit zu begegnen und nicht gleich die IS-Terroristen im Kopf zu haben. Das wäre wirklich kontraproduktiv. Vielmehr geht es darum, den Jugendlichen erst einmal die Gelegenheit zu geben, darüber zu sprechen, sich darüber auszutauschen. Das hilft, und dann kann ich abwarten. Wenn dann Positionen kommen, die menschenverachtend sind, die ideologisch sind, die Feindbilder haben, in denen andere abgewertet und unterdrückt werden, dann interveniere ich, aber idealerweise – und jetzt wird es sehr pädagogisch – in der Form, dass ich die Klasse oder die Gruppe frage: Was haltet ihr davon? – Ich stelle mich aber nicht selbst hin; denn dann bin ich ganz schnell wieder in dieser Kampfsituation.

(Abg. Ismail Tipi: Gibt es dieses Rezept auch für Rechtsradikale?)

Vorsitzender Horst Klee: Nein, nein, nein. So machen wir es nicht. Wir führen keinen Dialog. – Nun hat Herr Yüksel das Wort.

Abg. **Turgut Yüksel:** Herr Khorchide, Sie haben die Ereignisse in den letzten Wochen und Tagen und die darauf erfolgten Reaktionen angesprochen. Dabei geht es eigentlich nicht um den Islam, und das hat auch nichts mit dem Islam zu tun. Trotzdem gehen die Muslime gleich in eine Verteidigungshaltung über und sehen sich ständig als Opfer. Wie kann man sie aus dieser Opferhaltung herausholen, um eine innerislamische Diskussion zu führen?

Herr Fuess, Sie haben vom Salafismus gesprochen. Salafismus ist eine extreme Form des Islamismus. Sollten wir nicht auch Strategien entwickeln, um nicht nur den Salafismus zu bekämpfen? Wo fängt der Islamismus an?

Abg. **Hans-Jürgen Irmer:** Ich habe zwei Fragen. Meine erste Frage betrifft das Thema der Informationen über den Islam insgesamt. Es ist hier um Ausdruck gekommen, dass viele nicht so ganz darüber informiert sind, was sich unter dem Oberbegriff „Islam“ verbirgt. Was würden Sie von der Idee halten, eine Art Islam-Leitfaden Pädagogen, Erziehern an die Hand zu geben, um über Grundlagen zu informieren, losgelöst von der weiteren Frage der intensiveren Fortbildung? Was halten Sie von einer solchen Idee, um Pädagogen irgendetwas an die Hand zu geben?

Meine zweite Frage: Es ist dankenswerterweise mehrfach darauf hingewiesen worden, dass Islamismus sehr wohl irgendwo etwas mit dem Islam zu tun hat. Die Grundproblematik besteht darin, dass gerade Islamisten den Koran als Rechtfertigung für die eigenen Taten heranziehen. Herr Khorchide, es gibt im Koran einige Dutzende Stellen, die zum Kampf gegen die Ungläubigen aufrufen. Wie gehen Sie mit diesen Koranversen im Rahmen der Ausbildung der islamischen Religionslehrer um? Wie wird das bei Ihnen bearbeitet?

Abg. **Mürvet Öztürk:** Ich möchte mich auch bei allen Anzuhörenden bedanken und meine Fragen speziell an Herrn Prof. Dr. Fuess und Herrn Prof. Dr. Mouhanad Khorchide richten.

Herr Dr. Fuess, Sie haben drei Kategorisierungen der Salafisten in Deutschland vorgenommen, nämlich die puristischen, politischen und dschihadistischen. Wenn ich mir Gedanken darüber mache, wie man Jugendliche in der Prävention davor schützen kann, zum Dschihadisten zu werden und ideologisch quasi abzudriften, stelle ich mir die Frage, inwiefern die puristischen Salafisten ein Nährboden für diese Ideologien schaffen. Denn in Ihrem Beitrag hörte es sich so an, als wären diese harmlos. Könnten Sie noch einmal bewerten, wie diese puristischen Salafisten, die missionieren, einen Nährboden für den Dschihadismus schaffen?

Meine zweite Frage an Sie: Welche Rolle könnte der islamische Religionsunterricht spielen, um junge Menschen, die auf Identitätssuche sind, in Deutschland zu unterstützen, einen friedlichen und keinen dschihadistischen Islam kennenzulernen? Was ist Ihre Erfahrung in dem Bereich, und was müsste die Politik dazu leisten?

Herr Mouhanad Khorchide, Sie sind bekannt für Ihre sehr kritischen Äußerungen und Ihren kritischen Diskurs innerhalb des Islam. Dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle danken, weil Ihre Stimme sehr wichtig ist. Sie versuchen auch immer, zu differenzieren, dass viele Muslime nicht in Verbänden organisiert sind, sondern ein Großteil unorganisiert ist. Meine Frage an Sie bezieht sich darauf, wie wir im präventiven Bereich Jugendliche erreichen wollen. Sie haben auf das Internet hingewiesen. In der Vergangenheit wurde oft folgende Theorie vertreten: Wenn Jugendliche in den Moscheen sind, könnten die Moscheen sie vor Radikalisierung schützen. Wie würden Sie die Rolle der Verbände in der Präventionsarbeit für Jugendliche einschätzen? Welche Rolle spielt die islamische Theologie in Deutschland, um Jugendlichen präventiv eine Identitätsformel zu liefern?

Zum Thema „Gewalt“. Von der sozialen Isolation bis zum kampfbereiten Dschihadisten ist es ein langer Weg. Welche Rolle spielen ausländische Finanzierungen, um die Infrastruktur für diese Gewaltausbildung und die technische Ausstattung sicherzustellen? Wir haben in Frankreich gesehen, dass dort mit schweren Waffen hantiert wird, und das ist noch einmal eine andere Qualität. Haben Sie dazu eine Einschätzung?

Abg. **Ismail Tipi:** Herr Prof. Khorchide, wie stehen Sie zu der Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland?

Sie sprachen von einer Ausbildung für Imame in Deutschland. Glauben Sie, dass wir mit gut ausgebildeten und aufgeklärten Imamen das Problem der fundamentalistischen Gesinnung in Deutschland demokratisch bekämpfen könnten? Glauben Sie, dass diese westlich ausgebildeten Imame gerade da, wo wir sie haben wollen, nämlich in den Problem-Moscheen, auch eingesetzt und angenommen werden? Glauben Sie, dass diese Gemeinden, die uns heute die Probleme bereiten, diese weichgespülten – in Anführungsstrichen – „Light-Imame“ haben wollen? Ist damit das Problem gelöst?

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Herr Khorchide, Sie haben in Ihrem Vortrag gesagt, dass die Gruppe, mit der wir uns beschäftigen und über die wir hier reden, aus sozial prekären Verhältnissen kommt. Das habe ich mir zumindest aufgeschrieben. Das valide Material dazu fehlt mir. Denn wenn man einmal in das schaut, was zum Beispiel gleich Herr Prof. Hageneger hier ausführen wird – ich meine die Frage derer, die ausreisen –, stellt man fest, dass dabei die soziale Herkunft oder die Bildungsabschlüsse, die diejenigen haben, eine andere Rolle spielen. Anhand der Zahlen, die mir vorliegen, kann ich Ihre These, dass wir es dabei mit Menschen zu tun haben, die zum großen Teil aus sozial prekären Verhältnissen kommen, nicht nachvollziehen. Haben Sie dazu valides Material?

Vorsitzender Horst Klee: Vielen Dank. – Nun hat zunächst Herr Prof. Khorchide das Wort. Bitte schön.

Herr Prof. **Dr. Khorchide:** Zum Internet. Wichtig ist – das ist auch ein Grundsatz unserer Ausbildung von Religionslehrern –, dass sich junge Menschen in der Schule nicht als Objekte, sondern als Subjekte vorkommen. Also sie gestalten mit, sie kommen sich mit ihren Anliegen wichtig vor. Das gilt genauso für das Internet. Es gibt im Internet intellektuelle Seiten über den Islam, auf denen ein Lehrer sozusagen frontal Unterricht hält und 45 Minuten im Alleingang redet. Es gibt viele Internetseiten über den Islam, die so berich-

ten. Das heißt, sie gehen nicht auf die Anliegen der Jugendlichen ein, sondern sie sagen: So und so und so ist das.

Wenn man sich die YouTube-Videos von Salafisten anschaut, sieht man, dass diese die Jugendlichen in gewissen Aspekten, die sie betreffen, ansprechen und polarisieren. Sie sagen: Die mögen euch nicht. Die sagen euch dieses und jenes. Die wollen uns nicht. – Dann fühlen sich die Jugendlichen angesprochen. Sie denken sich dann: „Ja, gestern wurde ich aus der Mannschaft ausgeschlossen“ oder „Gestern habe ich von der Lehrerin eine schlechte Note bekommen“. – Dabei spielen die Gründe dafür gar keine Rolle. Das wird dann sofort so interpretiert, und sie fühlen sich dann bestätigt durch diese Videos.

Das heißt, wir brauchen Material im Internet, also YouTube-Videos. Die Jugendlichen lesen nicht viel – heutzutage leider auch Erwachsene nicht sehr viel –, aber wenn es etwas Visuelles ist, ist es einfach zu konsumieren. Noch wichtiger ist, dass es nicht in Form einer Predigt läuft. Besser wären Diskussionen mit Jugendlichen, in die sich die Jugendlichen einbringen können, und noch besser wäre es, wenn sich die Jugendlichen an der Gestaltung dieser Videos beteiligen könnten, indem Sie beispielsweise Fragen an bestimmte geistliche Autoritäten stellen können. Das wäre ein Ventil.

Zu der ersten Frage: Was sind Ventile für Jugendliche? – Wenn ein Jugendlicher Anerkennung spürt, wenn er spürt, er ist wichtig, ist das ein Ventil für ihn. Die Gesellschaft sagt ihm, er ist ein Versager, ein Verlierer, aber er möchte wichtig sein. Das wäre ein Projekt für sich eigentlich, also ein Projekt, das eine Stiftung ausschreiben könnte, also die Suche nach Ventilen oder die Suche nach Projekten fürs Internet.

Wichtig ist gerade für die aggressiven Jugendlichen der Sport. Dort können sie ihre Aggressionen abbauen. Wir haben zum Beispiel Felix Sturm, den Box-Weltmeister, am 3. Februar zu uns nach Münster eingeladen. Er stammt aus Bosnien und hat einen muslimischen Hintergrund. Er gilt als Vorbild für viele Jugendliche. Er ist selbst praktizierender Moslem, sieht sich aber als loyaler Europäer, loyaler Deutscher. Er kommt, um über sich und seinen Werdegang – auch religiösen Werdegang – zu erzählen. Wir mussten den Saal wechseln, weil sich so viele angemeldet haben, und zwar nicht nur von unseren Studierenden, sondern überhaupt war das Interesse groß.

Ein Ventil wären Sportwettbewerbe. Wir Erwachsene machen interreligiösen Dialog, also muslimisch-christlich, indem wir an einem Tisch sitzen. Man könnte interreligiöse Sportereignisse gestalten – beispielsweise Fußball, Boxen, Handball –, sodass die Jugendlichen – von mir aus auch diejenigen mit Aggressionen – das Gefühl haben, sie können den anderen besiegen. Dabei lernen sie den Umgang mit Niederlagen, mit Siegen, mit Konkurrenz. Ich glaube, das ist eher die Sprache der Jugendlichen, wenn es um Ventile geht, und weniger die abstrakte Sprache, und schon gar nicht von uns Professoren.

Nur eine kurze Anmerkung zum Thema „Scharia“. Es wurde von der Scharia hier so geredet, als ob wir alle wüssten, was Scharia ist. In Saudi-Arabien sind Demokratie und Scharia keineswegs miteinander vereinbar. In Indonesien heißt es, Demokratie sei Teil des Verständnisses von Scharia. Das heißt, wenn jemand sagt: „Mir ist Scharia wichtig“, muss man sofort fragen: Entschuldigung, was verstehst du unter Scharia? – Die absolute Mehrheit der Muslime würde sagen: Ich verstehe darunter, dass ich meine Gebete bete, dass ich im Ramadan faste, dass ich ein guter Mensch bin, dass ich zu meinen Eltern gut bin und ab und zu spende.

Übrigens, auch die Jugendlichen, die sich radikalisieren lassen, sagen, wenn man sie danach fragt, was sie eigentlich unter Scharia verstehen, nach langem Nachdenken: Ich trinke keinen Alkohol. – Noch was? Irgendeine Körperstrafe, die im Koran angesprochen wird, fällt ihnen vielleicht ein. Aber mehr kommt nicht. Wir haben also Angst vor einem Abstraktum, das nur als Kampfansage verwendet wird, um sich gegen eine Gesellschaft zu positionieren, die Angst vor der Scharia hat. Indem wir also sagen, dass wir die Scharia nicht wollen, machen wir Werbung für die Scharia. Also sagen sie den Jugendlichen: Das ist für euch interessant. Damit könnt ihr euch identifizieren. Dann seid ihr die anderen. – Das greifen die Jugendlichen auf, und da gilt es aufzuklären, indem man den Jugendlichen sagt: Nein, auch wir Deutsche haben keine Angst vor der Scharia, wenn man die Scharia so versteht, wie sie im Koran dargelegt ist, aber nicht so, wie sie manche Extremisten darlegen. – Dann nehmen wir ihnen die Argumente aus der Hand: Auch wir Deutsche wissen, was Scharia und Dschihad bedeuten. Es ist nicht das, was ihr uns erzählt und was eigentlich gar nicht stimmt. – Man muss ihnen sehr klug und mit Argumenten die Karten aus der Hand nehmen.

Zur Opferrolle. Was ist zu tun? Auf keinen Fall dürfen wir aus Opfern Täter machen. Wir dürfen also nicht von einem Extrem zum anderen Extrem kommen. Was habe ich damit gemeint? Wie gesagt, man liefert Menschen viele Argumente dafür, dass sie sich in der Opferrolle sehen. Oder anders ausgedrückt: Diejenigen, die sich in der Opferrolle befinden, kommen nicht mit Kritik zurecht. Das ist auch eine innerislamische Angelegenheit: Wie gehe ich mit Kritik um? – Nicht jede Form von Kritik ist „Niedermachen“, sondern es gibt auch berechtigte Kritik, und da gilt es, innerislamisch aufzuklären. Die Bertelsmann Stiftung hat kürzlich gesagt, 57 % der Deutschen haben Angst vor dem Islam. Das heißt bei vielen – das habe ich selbst gehört und verfolge es auch auf Facebook –: Ja, die wollen uns nicht, die haben Ängste vor uns. – Man muss das ernst nehmen. Diese 57 % haben nicht Angst vor dem Islam, weil sie gehässig sind, sondern sie haben wirklich Angst vor dem Islam, weil sie Islam mit dem 11. September, jetzt mit Paris und anderen Dingen assoziieren. Da gilt es, innerislamisch aufzuklären; denn diese Ängste sind berechtigt, und daher muss man auf diese Ängste, nicht aber auf den Opferdiskurs eingehen. Dann müssen wir aber damit aufhören, mit dem Finger gegenseitig auf uns zu zeigen, und wir dürfen nicht mehr von „euren“ Problemen reden, sondern müssen von „unseren“ Problemen reden. Salafisten sind unser aller Kinder. Das ist ein Problem von uns allen. Dann ist die Grenze nicht mehr zwischen „wir“ und „ihr“, sondern zwischen der Herausforderung und den Problemen. Somit stellen wir uns gemeinsam gegen dieses Problem.

Sie haben darüber hinaus gefragt, ob es nicht hilfreich wäre, einen Leitfadens zu erstellen. Das ist nicht nur zu begrüßen, sondern dringend notwendig. Viele evangelische oder katholische Religionslehrer, die muslimische Schüler haben, haben mir gesagt, dass sie so etwas wie einen Leitfaden, wie Handreichungen brauchen. So etwas sollte einfach geschrieben und praxisorientiert sein. Ich habe diese Idee – ich wusste nicht, dass Sie mich danach fragen – im Verlag Herder eingereicht. So etwas wäre als Projekt schön, an dem mehrere Personen arbeiten würden, die aus der Praxis kommen und wissen, welches die Fragen sind, die die Leute beschäftigen.

Des Weiteren wurde gefragt, wie wir in der Ausbildung mit Kampfansagen im Koran umgehen. Das geht nur, indem man den historischen Kontext dieser Aussagen erläutert. Es gab damals Kriege. In der ersten Phase von Mekka hat es noch keine Kriege gegeben, weil untersagt war, sich zu wehren. In der 5. Sure heißt es: Euch wurde heute der Krieg erlaubt, weil euch Unrecht getan wurde. – Dann muss man junge Menschen auf-

klären, worum es hier geht. Es heißt im Koran: Weil euch Unrecht getan wurde, um Recht wieder herzustellen, um sich zu verteidigen, kam es im 7. Jahrhundert zu kriegerischen Auseinandersetzungen. – Das sind keine sogenannten heiligen Kriege. Das ist eine völlig falsche Übersetzung vom Dschihad, von einem heiligen Krieg zu sprechen. Das suggeriert einen Krieg, um andere zum Islam zu zwingen, oder es geht um religiöse Belange. Das gilt auch aufzuklären. Es ging nicht um Religion. Es ging nicht um religiöse Auseinandersetzungen in diesen Kriegen, sondern um politische oder wirtschaftliche Auseinandersetzungen.

Zur Rolle des Religionsunterrichts. Es geht darum, ein Verständnis vom Islam zu vermitteln, das reflektiert ist, das junge Menschen nicht einfach so hinnehmen, wie es in manchen Moscheegemeinden geschieht, wo gepredigt wird. Es muss im Religionsunterricht in den Schulen viel stärker schülerorientiert sein. Das heißt, die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler steht im Mittelpunkt, und genau das ist das, was wir brauchen, damit Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, ihre Religiosität so zu entwerfen, dass sie nicht im Dilemma stehen, ob sie Muslim oder deutsch sind. Sie können loyaler Deutscher und gleichzeitig frommer Muslim sein. Sie brauchen keinen „Islam light“ oder einen aufgesetzten verwestlichten Islam. Da spielt ein Religionsunterricht, wenn er so verstanden wird, eine große Rolle.

Vorhin wurde das Drohen mit der Hölle oder das Anstreben des Paradieses angesprochen. Das ist nicht nur bei Salafisten verbreitet, sondern generell weit verbreitet in der islamischen Theologie. Ich werde oft sehr stark kritisiert von bestimmten Seiten, die nicht salafistisch sind, wenn ich sage, dass wir auch diese Bilder kontextualisieren müssen, wenn vom Paradies als einem Ort mit viel Erotik, Essen und Trinken die Rede ist. Das sind nur Bilder, um etwas zu vermitteln, aber es geht nicht darum, sich diese Bilder eins zu eins vorzustellen. Es geht nicht um eine ewige materielle Vergnügung – dafür lohnt es sich eigentlich gar nicht zu leben – und schon gar nicht um eine Drohung mit einer Hölle, in der es wirklich um materielle Bestrafung geht. Vielmehr sind es Zustände.

Mein letzter Punkt: Zur Rolle der Verbände, wenn es um Jugendliche geht. Die Verbände machen Jugendarbeit und erreichen viele Jugendliche, die bei den Verbänden organisiert sind. Das ist eine wichtige Arbeit. Man darf also nicht die eine Arbeit gegen die andere Arbeit ausspielen, sondern muss sie immer als ergänzend ansehen. Ich halte sehr viel von der Jungen Islam Konferenz in Berlin. Frau Esra Küçük leistet eine wunderbare Arbeit, welche auch gefördert gehört. Es ist keine Moscheegemeinde, aber sie betreut viele und vor allem gebildete Musliminnen und Muslime. Da gilt es, immer mehr Jugendliche zu fördern – auch politisch – und sich auch jenseits von Moscheegemeinden zu organisieren, sodass sich die Arbeiten ergänzen.

Zur ausländischen Finanzierung. Ich begrüße sehr, was in Österreich im Islamgesetz vorgeschlagen wurde und gerade diese Tage heftig im Parlament diskutiert wird. Das Islamgesetz enthält ein Verbot, Moscheegemeinden über Auslandsfinanzierungen zu unterhalten. Natürlich sind davon auch die eher Unschuldigen betroffen, die nicht für Gewalt stehen und sich im salafistischen Milieu bewegen, aber wir wissen, dass Salafismus hauptsächlich aus Saudi-Arabien finanziert wird; das kann ich selbst belegen, weil ich dort war. Wenn man dort zu Stiftungen geht und die Leute befragt, wissen diese ganz genau, welche Moschee sie unterhalten und finanzieren. Ich halte sehr viel von einer Kontrolle von Finanzierungen aus dem Ausland; denn Salafismus wird hauptsächlich aus dem Ausland finanziert.

Zum Satz, der Islam gehöre zu Deutschland. Ich finde, es ist ein wichtiges Signal in Richtung Muslime und Nichtmuslime. Es ist ein integrativer Satz. Pädagogisch bedeutet der Satz für Muslime: Ich bin hier willkommen. – So wird der Satz gedeutet und entsprechend muss man ihn auch kommunizieren.

Imame, die hier ausgebildet sind, sind definitiv eine Lösung. Sie brauchen nur Vertrauen in den Gemeinden. Das ist eine Frage der Generationen. Egal, wie skeptisch manche Verbände zum Beispiel sind, gerade wenn es um Imam-Ausbildung an den Universitäten geht: Allein in Münster haben wir dieses Jahr 1.400 Bewerbungen von jungen Muslimen gehabt. Wir haben 650 Studierende, obwohl wir erst 2012 mit den Studiengängen gestartet sind. Das heißt, bei der jungen Generation kommt es zu einem Wandel. Die jungen Menschen wollen tätig sind. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Vertrauen geschaffen wird. Das ist ein Prozess.

Zur letzten Frage, die an mich gerichtet wurde. Ich muss Sie leider enttäuschen, aber vielleicht kann meine Kollegin, Frau Dantschke, heute Nachmittag näher darauf eingehen. Ich kann zu konkreten Zahlen nichts sagen. Ich kenne nur Biografien von einzelnen Personen, die man kennt, die zurückgekehrt sind oder in den Krieg gegangen sind. Bei diesen Personen hat sich bestätigt, dass sie aus sozial prekären Verhältnissen kommen. Wenn ich von sozial prekären Verhältnissen spreche, dann bezieht sich dies nicht nur auf die Bildung und den Arbeitsmarkt. Was auch eine starke Rolle spielt, ist die Identität. Es kann sein, dass jemand, der sehr gut gebildet und am Arbeitsmarkt etabliert ist, das Gefühl hat, tagtäglich in der Gesellschaft diskriminiert und abgelehnt zu werden. Dann fühlt er sich in seiner Identität verletzt, und das sind Rahmenbedingungen, die die Rekrutierung begünstigen.

Herr Prof. **Dr. Kessler**: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir hier Gefahr laufen, wieder in Schiefelage zu geraten, wenn wir nur auf den Islam, auf die Moslems und die innermuslimische Diskussion schauen. Ich denke, der Islam muss für Moslems wie für Nichtmoslems bekannt sein und wie übrigens auch das Christentum und weitere Religionen diskutiert werden. Das heißt, wir müssen für alle eine gesamtdeutsche Diskussion zur Auslegung von religiösen Texten haben. Das heißt, welche Faktoren führen dazu, dass die toleranten versus die weniger toleranten Interpretationen hier eine Rolle spielen?

Darüber hinaus muss es auch jenseits der Religionen eine Diskussion dazu geben, was uns gemeinsam eigentlich für Demokratie begeistert. Das wäre mir wichtig, damit wir hier aus dieser Schiefelage herauskommen. – Danke.

Herr Prof. **Dr. Fuess**: Zunächst zur Frage von Herrn Yüksel zu Salafismus und Islamismus: Wo sollen wir da Grenzen ziehen? – Ich würde eher sagen, wir müssen überall dort Grenzen ziehen, wo sicherheitspolitische Aspekte relevant sind.

Was können wir sonst machen? Dazu ist vieles schon gesagt worden. Es geht um Respekt. Es geht um Toleranz. Bei Islamismus im Sinne von Personen, die die Gesellschaft reislamisieren wollen, stellt sich die Frage, was davon in irgendeiner Weise strafrechtlich relevant ist oder nicht. Das muss man sich anschauen, und da würde ich sagen – das ist hier schon vielfach angesprochen worden –, dass wir auf Jugendprojekte setzen können, und zwar in Zusammenarbeit mit den islamischen Gemeinden. Das ist schwierig zu

sagen vor allem vor dem Hintergrund, dass Islamismus in den verschiedenen Ländern – damit beschäftigte ich mich schließlich – völlig unterschiedlich ist. Islamismus in Frankreich ist etwas anderes als Islamismus in Deutschland. Da gibt es keine klaren Definitionen. Das, was Gesellschaften bereit sind zu akzeptieren, unterscheidet sich einfach.

Was keine Gesellschaft akzeptiert, ist Gewaltbereitschaft. Das ist ganz klar und der Punkt, wo ich eine Grenze setze. Dem muss man ein breites gesellschaftliches Bündnis entgegenstellen, aber dies gilt auch für Gruppen, die in die Gewaltbereitschaft führen können, und das bringt mich zur Frage von Frau Öztürk.

Ich habe nicht gemeint, dass die puristischen Salafisten harmlos sind. Sie setzen selbst keine Gewalt ein, aber mit ihrem Einsetzen in Schwarz und Weiß, mit ihren klaren Strukturen und ihrer Aussage, sie wollen mit Nichtmuslimen nicht zu tun haben, ist das mit Sicherheit gefährlich und mit Sicherheit auch etwas, was Leute in die dschihadistische Szene lockt. Wenn sie dort aufgenommen werden, bekommen sie dieses Gefühl, und dann finden sie andere. So stark haben wir die politischen Salafisten in Deutschland noch nicht. Es kommt darauf an. Wenn man sagt, die Koran-Aktion ist eine politische Aktion in sich, dann ist das eine andere Sache. Aber alles in diesem Bereich des auch puristischen Salafismus ist aus meiner Sicht wirklich ein Nährboden, um dort abgleiten zu können, und da sollte man auf jeden Fall hinschauen.

Zur Rolle des islamischen Religionsunterrichts. Ich würde ihn einfach nicht so sehr überfrachten wollen. Ich meine, das, was momentan läuft, ist Unterricht für Grundschüler mit einer Stunde in der Woche, und wir reden hier von Sechs- bis Neunjährigen. Wenn die ein positives Gefühl zu ihrer Religion entwickeln, dann ist das schon einmal ganz gut, und dann können sie auch später, wenn die Unterrichtsformen in die Sekundarstufen I und II kommen oder stärker ausgebaut sind, an Diskussionen viel fundierter teilnehmen. Man würde den katholischen und evangelischen Religionsunterricht auch nicht fragen, ob diese Mittel der Integration sind. Insofern würde ich das hier rausnehmen, sehe aber de facto, dass es ein Mittel der Integration wird, weil wir einfach mehr muslimische Vorbilder in die Schulen bringen, also die Lehrer, die die Lebenswirklichkeit der Kinder widerspiegeln. Wir bekommen dann also eine Normalität in die Diskussion hinein. Ich würde aber ungern von einem Siegel „Integration“ oder Mittel zur Terrorbekämpfung sprechen. Was soll ein Achtjähriger in der Grundschule machen?

Herr Prof. **Dr. Hafeneeger**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Es ist schon sehr viel referiert worden. Deswegen möchte ich mich wirklich an die Zeit halten und Wiederholungen vermeiden. Ich möchte aus meiner Perspektive der Erziehungswissenschaften sowie Jugend- und Rechtsextremismusforschung ein paar Akzente setzen und die Diskussion sozusagen noch weiter differenzieren.

Wir haben – das muss man vorwegsagen – relativ wenige valide empirische Befunde vorliegen. Wir stochern vielfach im Nebel, haben viele Hypothesen und Plausibilitäten und auch viele normative Hinweise, in welche Richtung es gehen könnte. Über wirklich solides empirisches Wissen, auf das wir uns beziehen können, verfügen wir allerdings kaum. Die englische Forschung ist da schon weiter. Die kann uns schon einiges anbieten. Auf ein, zwei Aspekte möchte ich noch hinweisen. Die erste große Vorbemerkung ist aus unserer Sicht, dass es einen enormen Forschungs- und Klärungsbedarf gibt, auch wenn wir solide politikberatend argumentieren wollen.

Ich möchte einen ersten Hinweis geben: Wir diskutieren insbesondere in England mit dem Begriff einer neosalafistischen, einer transnationalen Jugendbewegung und Jugendkultur. In der Tat ist die Frage: Haben wir es in der Geschichte der Bundesrepublik mit einer neuen Jugendkultur bzw. einem neuen jugendkulturellen Phänomen zu tun, und mit welchen Ausmaßen haben wir es zu tun?

Wir reden im Moment von etwa 7.000 jungen Leuten in der salafistischen Szene, die für eine bestimmte Gruppe attraktiv ist. Dabei stellt sich die Frage, ob diese jugendkulturelle Dynamik in sich klein, rigide und hermetisch bleibt oder ob sie an Dynamik zunimmt und sukzessive mit ihren Aktivitäten einen noch viel größeren Teil der jungen Generation erreicht. Sollte dies der Fall sein – da stochern wir noch im Nebel –, haben die Bundesrepublik bzw. die Zivilgesellschaft, die Politik und die Pädagogik ein ganz anderes Problem. Bleibt die Gruppierung eher hermetisch kontrollierbar, oder bekommt sie eine Dynamik, die sich öffnet und die in die junge Generation hineinwirkt?

Das ist im Moment eine offene Situation. Seit ein, zwei Jahren konstatieren wir eine neue jugendkulturelle Szene auf dem Markt. Jugendkulturen kommen und gehen. Darüber könnte man jetzt viel referieren. Aber wohin die Reise dieser Jugendkultur geht und welche Attraktivität sie haben wird, wissen wir nicht. Mein Appell ist, sich diese Dynamiken noch einmal genauer anzusehen, zu beobachten und zu untersuchen.

Ich komme auf meinen zweiten Hinweis zu sprechen. Wir haben bisher in der Tat diskutiert, dass die Salafistenszene – auf die beziehe ich mich jetzt einmal – vor allen Dingen von vier Merkmalen charakterisiert ist. Es heißt, sie sei männlich, sie sei muslimisch, sie habe einen Migrationshintergrund, und es seien in der Regel prekäre soziale Lagen.

Zugleich zeigen andere Erfahrungen insbesondere aus Beratungsstellen bzw. aus der Beratungsarbeit, dass die jungen Leute nicht nur aus sozial schwachen Familien kommen, sondern sozial relativ breit platziert sind. Wir haben eine Studie über 378 Personen vorliegen – das ist den meisten wohl bekannt –, die mit einer islamistischen Motivation nach Syrien ausgewandert sind. Diese Daten zeigen ein relativ breites Bild, und zwar auch mit einem breiteren Begriff der Zerrissenheit, des Prekären.

Ich möchte jedoch anhand von Zahlen vergegenwärtigen: 89 % davon waren Männer, und 11 % waren Frauen. Das heißt, wir müssen auch eine geschlechterbezogene Diskussion führen. 125 waren zwischen 21 und 25 Jahren alt, 56 waren im Alter von 15 bis 20 Jahren – das heißt auch viele sehr junge Jugendliche –, und 37 waren im Alter von 31 bis 35 Jahren. Wir haben es hier also mit einer jungen Generation bzw. mit einem weiten Jugendbegriff bis Anfang der 30er-Jahre zu tun.

Ein weitere interessante Zahl: Die Hälfte der Ausgewanderten war verheiratet, und 104 von ihnen hatten Kinder. Somit wäre eine These, dass die familiäre Situation in den Radikalisierungsprozessen nicht bindet. 61 % waren in Deutschland geboren, sind hier aufgewachsen, zur Schule gegangen und somit sozialisiert worden. 37 % hatten nur die deutsche und 24 % die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit. Mit 14 % sind die Konvertiten eine signifikante Größe. Somit spielt auch die Diskussion über die Konvertiten eine wichtige Rolle. Das gilt auch für Österreich, wo ähnliche Daten vorliegen.

Die Daten zu Bildung zeigen, dass 116 einen Schulabschluss hatten. Davon hatten 31 einen Realschulabschluss, 41 einen Gymnasialabschluss. 46 hatten eine Ausbildung begonnen, 43 hatten studiert, acht hatten einen Hochschulabschluss.

Wir müssen also eine soziale Differenzierung vornehmen und dabei auch die Zerrissenheit und Identitätsbildung berücksichtigen sowie die prekäre Lebensweise viel breiter sehen. Denn nicht nur die unteren sozialen Schichten, sprich Menschen, die von Arbeitslosigkeit und ökologischer Armut betroffen sind, kommen hier infrage.

Der nächste Aspekt, über den ich sprechen möchte, sind die Deutungsangebote. Dazu ist viel gesagt worden. Ich möchte dennoch mit ein paar Sätzen vergegenwärtigen, was die lange Jugendphase ausmacht, und zwar mit der Perspektive, dass diese Jugendphase durchaus gelingen kann. Schule, Sozialisation, Einmündung in Arbeit und Beruf, soziale Platzierung, Zugehörigkeit, Demokratiebewusstsein – das gelingt den meisten Jugendlichen bei aller Pluralität und Differenzierung in ihrer Biografieentwicklung und ihrer ökonomisch-sozialen Integration in die Gesellschaft.

Aber die Jugendphase kann auch misslingen. Sie kann scheitern, und zwar mit negativen Anerkennungserfahrungen, Desintegration und einer prekären Lebenssituation. Ein Aspekt dieser langen, hochgradig riskanten, immer auch prekären Jugendphase ist die Zeit – auch auf diesen Aspekt möchte ich gerne eingehen – von „Sinnkonstruktionen“ und dafür, seinen Platz in der Gesellschaft zu finden. Das heißt, die Jugendphase ist mit einer adoleszenten Dynamik verbunden, die offen ist. Man ist auf der Suche nach Zugehörigkeit, Bindung und Identität – diese Begriffe sind bereits alle gefallen – und vor allen Dingen nach einer subjektiven Lebenserfüllung. Die Jugendphase ist aber immer auch verbunden – das wird im Moment kaum in der Wissenschaft diskutiert – mit Omnipotenz- und Allmachtsphantasien. Es gehört zur Jugendphase dazu, über das Ziel hinauszugehen, zu testen, Risiken einzugehen, zu sehen, wohin man gehört. Wenn es eine zentrale Gefühlsdimension ist, adoleszente Dynamiken verbunden mit Allmachts- und Omnipotenzphantasien ausleben zu können, dann ist die Frage: Wie werden die gesellschaftlich und subjektiv-biografisch gebunden? – Wenn es im realen Leben gelingt, sprich in Schule, Jugendarbeit, Arbeit insgesamt, Demokratie und Partizipation, diese Adoleszenzdynamiken und Gefühlswelten zu binden, dann haben wir möglicherweise weniger Ausreißer in die radikalisierten Welten.

Erleben hingegen viele Jugendliche diese Bindungsangebote und die Zugehörigkeit über Bildung, Schule, Arbeit, Jugendarbeit usw. nicht, dann haben wir eine offene, frei fluktuierende – so sagen wir – adoleszente Dynamik. Diese sucht ihre Bindung, und wenn sie die in der Gesellschaft nicht findet, zum Beispiel in Familie oder Arbeit, und in subjektiv sinnvollen Lebensbeziehungen keine Zukunftsentwürfe entwickelt, dann sucht sich diese adoleszente Energie ihren Weg. Dieser Weg kann ein radikalisierender, ein extremistischer oder sektenhafter Weg sein. Das ist eine offene Situation in der Suche nach Bindung der adoleszenten Dynamiken, in die viele Jugendliche hineingeraten. Aber es ist eine generelle Perspektive auf die junge Generation.

Die Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind somit in einer doppelten Situation. Sie leben in mehreren Welten. Denn sie haben viel mehr Entwicklungsherausforderungen anzunehmen und zu bewältigen als deutsche Jugendliche. Das gilt insbesondere für einen Aspekt, der kaum diskutiert wird, nämlich den der Körperlichkeit. In der adoleszenten Dynamik spielt die Körperlichkeit, das heißt die Herausbildung von Körperbewusstsein, die Fähigkeit, mit dem Körper umzugehen, den Körper als Mittel einzusetzen, eine große Rolle. Körperlichkeit wird gelernt. Der Körper spielt sogar in diesen Radikalisierungsprozessen, in dieser Kampfbereitschaft, bis in den Krieg zu ziehen und sein Leben zu opfern, eine ganz große Rolle. Es muss also auch so etwas wie Körpererziehung, Körpersozialisation und der Umgang mit dem Körper stattfinden. In der adoleszenten Dy-

namik gibt es nicht nur eine psychische, sondern auch eine körperliche Energie bzw. Herausforderung. Das sind spannende Themenfragen nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Jugendarbeit und der Schule. Wie wird der Körper sozialisiert? Wie wird die psychische Energie platziert? Wie wird damit umgegangen? Das ist eine besonders schwierige Herausforderung, die mit vielen Krisen für die Familien verbunden ist.

Die Kinder sind möglicherweise – idealtypisch formuliert – kaum religiös. Sie sind westlich, jugendkulturell sozialisiert. Sie sprechen vor allem oder möglicherweise nur die deutsche Sprache. Sie trinken Alkohol, sie rauchen, sie nehmen Drogen, sie kleiden sich westlich, hören ebensolche Musik, und auf einmal verändern sie ihre Lebensweise, kritisieren ihre Eltern, ihr Zuhause für ihre falsche Religiosität, für ihre Lebensweise, idealisieren ihr salafistisches Zuhause, ihre neue Lebensweise. Das erschüttert Familiennormen. Wenn der Familienhaushalt wegbricht und es in der Schule nicht läuft, dann haben wir viele Facetten für den Einstieg in Radikalisierungsprozesse, weil jegliche soziale Instanzen sie möglicherweise nicht mehr erreichen.

Was die Radikalisierungsprozesse, Brüche in den Elternhäusern, das Gewaltpotenzial und die Männlichkeitsbilder, die entstehen, betrifft, gibt es viele Parallelen zur Rechtsextremismusforschung. Also muss das Rad möglicherweise gar nicht neu erfunden werden. Wir haben mittlerweile über 20 Jahre Erfahrung im Rahmen von vielen Programmen des Umgangs mit Rechtsextremismus, und viele Facetten finden sich hier natürlich sozusagen immer auch gedoppelt im Kontext von Salafismus und Dschihadismus wieder.

Was die Biografien und die Motive angeht, ist die englische Sozialforschung schon ein bisschen weiter und bietet uns unterschiedliche Motivmixe in den Radikalisierungsprozessen an, bis hin zur Bereitschaft, in den Dschihad zu ziehen. Die englischen Befunde sagen – das gilt sicherlich nicht nur für England, sondern für alle anderen westeuropäischen Länder –, dass in der Bevölkerungsrelation sehr viele aus Österreich und Belgien in den Dschihad gezogen sind, und zwar mehr als aus Frankreich und Deutschland. Das heißt, es gibt auch innereuropäisch und zwischenstaatlich interessante Entwicklungen, die man sich genauer anschauen sollte.

In der englischen Diskussion heißt es: Junge Männer sind auf der Suche nach Halt und Eindeutigkeit, nach Abenteuer und Heldentum; sie wollen Helden sein und mit ihren Brüdern gegen die „Ungläubigen“ im „Heiligen Krieg“ kämpfen und sind vernarrt in Waffen – das ist ein ganz zentraler Punkt – und haben mit Waffen verbundene Machtphantasien. Das zeigen auch die Bilder.

Zweitens steht am Ende eines Radikalisierungsprozesses immer die Faszination, einer scheinbar elitären Gruppe zuzugehören, mit einem Nimbus der Unbesiegbarkeit. Es geht um Selbstaufwertung. Dabei spielen Identität und Selbstinszenierung wieder mit hinein. Es lockt das Angebot zu den Stärkeren und Ersten des neuen Islamischen Staates, Kalifats, zu gehören. Entsprechende Stichworte sind hier die Selbstaufwertung der Identität und die Vorstellung, Teil einer angeblich neuen „Erzählung“ der Welt zu sein, für die man auch bereit ist, sein Leben zu geben. Das kennen wir auch aus der Rechtsextremismusforschung. Am Ende eines Radikalisierungsprozesses in der rechtsextremen Szene steht auch die Bereitschaft, für seine Ideologie in den Knast zu gehen. Das wertet einen in der Szene auf. Diese Phänomene gibt es dort auch. Deshalb kann man für weitere Überlegungen zur Prävention und Intervention relativ viele Aspekte übernehmen.

Die englische Forschung sagt aber auch, dass einige humanitär – wie auch immer man das formulieren mag – motiviert seien. Sie wollen mit ihren Brüdern und Schwestern gegen Assad kämpfen, ihnen beistehen und sie verteidigen helfen, weil sie in den Medien sehen, wie es ihren Brüdern und Schwestern geht.

Es gibt natürlich deutliche, religiös-ideologische Motivationen, in den Krieg zu ziehen, sich als Kämpfer zu verstehen und für den Ausbau des Kalifats zu kämpfen, verbunden mit einer enthemmten Gewalt- und Tötungsfantasie, bereit, sein Leben zu geben.

Der nächste Aspekt betrifft das Internet. Das Internet ist eine zwielfichtige Angelegenheit. Es spielt in der Kommunikation, in der Informationsbeschaffung, in den Mailkontakten und auch in der Mobilisierung eine große Rolle. Beim konkreten Einstieg in den Prozess der Radikalisierung spielt es jedoch eine weniger große Rolle. Es sind hier vor allem die kleinen sozialen Netzwerke, es sind die Kontakte, die Freundschaften, die überschaubaren Netzwerke, die konkreten Personen innerhalb der Szene, die von Bedeutung sind. Diese binden einen ein. Man muss also beide Perspektiven berücksichtigen. Das Internet bietet eine breite Plattform von Kommunikation und Informationsbeschaffung, Kontaktaufnahme, Mailkontakt. Aber die konkreten Prozesse sind sozusagen immer beziehungsbezogen, wenn man keine anderen Freunde hat oder keine andere Szene vorfindet. Das heißt, man muss auch in Bezug auf das Internet differenzieren und nicht schablonenhaft „entweder, oder“ sagen. Es gibt dabei unterschiedliche Facetten.

Was die Herausforderungen betrifft, kann ich nur dem bereits Gesagten zustimmen. Meine große Überschrift wäre: Es geht in der Tat in einer generellen präventiven Perspektive um eine Pädagogik der Anerkennung. Je mehr Anerkennung, Zugehörigkeit, Demokratiebewusstsein und Partizipation die junge Generation in allen Sozialisationsbereichen vom Kindergarten, über die Jugendarbeit bis hin zur Schule erlebt, desto größer ist hoffentlich die Immunisierung gegenüber anderen, sich radikalisierenden Prozessen und Ideologien. Das gilt für den ganzen Bereich.

Die Überschrift könnte sein: Wir brauchen auch landesbezogen eine Art demokratiepolitische Offensive in der Gesellschaft und in die junge Generation hinein. Das wäre ein zentraler Punkt.

Der zweite zentrale Punkt: Wir brauchen eine sehr intensive bzw. sich intensivierende Familienarbeit und -beratung. Es geht um die Zerrissenheit von muslimischen Familien und Familien mit Migrationshintergrund, die sensibel beobachten, wohin sich ihre Kinder entwickeln. Es bedarf einer Sensibilisierung, Begleitung und des Beistandes der Familien. Im weitesten Sinne bedarf es einer Familienbildung, Beratung und Begleitung.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ergänzen, der in den letzten Tagen stärker in die Diskussion gekommen ist. Die Zahl der Inhaftierten mit islamistischem und dschihadistischem Hintergrund wird in den nächsten Monaten und Jahren zunehmen. Was bedeutet das unter den Bedingungen, wie wir sie im Moment kommentierend insbesondere in Frankreich vorfinden? – Unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten der Justiz geht es um Ausstieg, Begleitung, Beratung, Therapie in einem sehr konkreten und personenbezogenen Sinne, um diesen Jugendlichen und jungen Erwachsenen bzw. Männern, die inhaftiert sind, eine Chance zu geben, wenn sie nicht mehr inhaftiert sind, sich wieder in die Gesellschaft eingliedern zu können. Hier eröffnet sich ein ganz neues Feld.

Meine Bilanz ist: Wir brauchen im Prinzip auf allen Ebenen – das gilt auch für den Strafvollzug bzw. die Haftanstalten – eine Art Offensive von Professionalisierung bzw. Qualifizierung der Profession, eine Sensibilisierung von Erzieherinnen und Erziehern im Schulbereich – das haben wir bereits angeschnitten – und in der Jugendarbeit, um bereits andeutungsweise zu erkennen, wohin sich Biografien entwickeln und um neben Prävention auch von Anfang an intervenieren zu können. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Lothar Quanz: Ich darf Ihnen, Herr Prof. Hafeneger, im Namen des Auditoriums herzlich für Ihren Beitrag danken, und darf nun Frau Dr. Türkân Kanbıçak aufrufen. Wir bitten sehr herzlich um Ihr Statement.

Frau **Dr. Kanbıçak:** Ich darf mich auch zunächst für die Einladung bedanken und begrüße Sie alle recht herzlich. – Sehr geehrte Damen und Herren, islamistische Terroranschläge nicht nur in Paris, sondern auch die Morde der Terrormiliz Boko Haram in Nigeria, bei der mehr als 2.000 Menschen ums Leben kamen, islamfeindliche Pegida-Demonstrationen, die Zehntausende Wutbürger auf die Straßen treiben, um gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes zu kämpfen, und Gegendemonstrationen für mehr Toleranz oder in Deutschland der Vielfalt – all diese Ereignisse prägen gegenwärtig unsere Wahrnehmung.

Betrachtet man nun die Innenansicht migrantischer Milieus – und damit meine ich vorwiegend die der ehemaligen Gastarbeiter –, so zeichnet sich ein Bild, bei dem häufig die Desillusion vorherrscht. Der angestrebte ökonomische und soziale Aufstieg – zu Beginn die Motivation vieler Migranten – stellte sich bei den meisten Migranten nicht oder nur zögerlich ein.

Desillusionierung, Diskriminierungserfahrungen und Degradierungserfahrungen mischen sich zu einem Gefühl von „nicht angekommen“ bis „nicht erwünscht zu sein“. Dies hinterlässt Spuren in der Seele, in der emotionalen Befindlichkeit dieser Migranten und beeinflusst das Bild, das sie sich über die Mehrheitsgesellschaft machen. Hinzu kommen defizitäre Fremdzuschreibungen der Mehrheitsgesellschaft, von denen wir heute Morgen schon öfters gehört haben, vor allem auch durch die mediale Berichterstattung.

Bekanntermaßen gibt es einen dialektischen Zusammenhang zwischen Fremdzuschreibung und der Übernahme oder Abwehr solcher Zuschreibungen. Auch dazu haben wir heute Ausführliches gehört.

Ich möchte dies am Beispiel der Gruppe der türkischen Migranten konkretisieren. Zu Beginn der Gastarbeiter-Einwanderung waren sie Fremdarbeiter, dann Ausländer oder Türken. Dann saßen sie alle wegen des Lebens in zwei Kulturen immer zwischen zwei Stühlen. Nun sind sie zu Muslimen geworden.

Die Gruppenzugehörigkeit zur sozialen Gruppe der Muslime mutierte insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September zum dominanten Gruppenmerkmal in der Fremdzuschreibung und in der interpersonalen Wahrnehmung, ja, sogar im Prozess der Vergesellschaftung, und dies ungeachtet des Grads der tatsächlichen Religiosität. Dabei ge-

rieten und geraten sozioökonomische Determinanten, die zur Benachteiligung oder gar zum Ausschluss bestimmter sozialer Gruppen führten, aus dem Visier.

Wie sieht es eigentlich mit der Bildungsbeteiligung und dem Bildungserfolg, die einen beachtenswerten Einfluss auf die Integration und die demokratische Partizipation von Schülern mit Migrationshintergrund haben, aus? Auch wenn die Bildungserfolge beispielweise von Schülern türkischer Herkunft in letzter Zeit gestiegen sind, belegen doch die PISA-Studien immer noch eine Benachteiligung bzw. einen geringeren schulischen Erfolg als in der Vergleichsgruppe von Schülern ohne Migrationshintergrund. Einer der Gründe hierfür ist im dreigliedrigen Schulsystem zu suchen, welches häufig einer systemimmanenten Benachteiligung bildungsferner Gruppen unabhängig von ethnischer Herkunft gleichkommt und die soziale Mobilität einschränkt.

Aus der schulischen Praxis weiß ich, wie schwierig es für Schüler mit türkischem oder nordafrikanischem Hintergrund ist, einen attraktiven Ausbildungsplatz zu ergattern. Und dies gilt insbesondere für Schülerinnen mit muslimischem Glauben, die ihren Glauben durch das Tragen eines Kopftuchs demonstrativ nach außen tragen.

Die Sarrazin-Debatte mitsamt den diffamierenden und rassistischen Entwertungen von Migranten und muslimischen Glaubens hat zu kollektiven Kränkungen geführt. Dass derartige Debatten überhaupt eine solche mediale Bühne erhielten, zeugt ebenso von mangelnder Sensibilität medialer Akteure wie von der Unentschiedenheit der Politik, die sich um die Fragen, ob der Islam oder die Muslime zu Deutschland gehören, lange hin und her gewunden hat.

Rechtspopulistischer antimuslimischer Rassismus und gegenwärtige Pegida-Demonstrationen leisten einen weiteren Beitrag zum Gefühl von negativer Integration. Inmitten dieser emotional aufgeladenen Zeit versuchen wir gemeinsam zu überlegen, welche Präventionsmöglichkeiten gegen die sich zunehmend radikalisierende salafistische Szene zu ergreifen seien.

Bevor wir uns diesen Fragen stellen, sollte sich Politik zu einer eindeutigen Integrationspolitik und der Zugehörigkeit von Muslimen und des Islams zu Deutschland bekennen. Im Übrigen ist auch die Benutzung des Wortes „Islam“, das ein Fremdwort ist, und deren Nichtsetzung in den Genitiv ein Teil linguistischer Ausnahmefremdzuschreibung. Die Erstarkung und Radikalisierung politisch religiöser Extremisten ist eine Entwicklung, die in ihren Anfängen ignoriert wurde. Längst haben sich die Netzwerke politisch religiöser Extremisten etabliert. Mitunter greifen sie nach unseren Schülern, um gewaltbereite Dschihadisten zu rekrutieren. Im Prozess der islamistischen Radikalisierung spielen der Antisemitismus, offene Israelfeindlichkeit und ein dumpfer Antiimperialismus eine bedeutsame Rolle. Der Antisemitismus wird als zentrale Indoktrinierungsideologie instrumentalisiert und befeuert und untermauert offen zutage tretenden Judenhass, wobei ich es für notwendig erachte, zu betonen, dass der Antisemitismus nicht primär oder vermehrt das Problem muslimischer Migranten ist.

Unverhüllte antisemitische Parolen hörten wir während des letzten Nahost-Konflikts auf unseren Straßen. Dies und die Verflechtungen und Austragungen von Konflikten, die ihren Ursprung nicht in Deutschland haben, zeigen einmal mehr, dass wir es in Deutschland und in Europa vermehrt mit exterritorialisierten Konflikten zu tun haben.

Politische Diskurse und Terroranschläge spiegeln sich in Form von Schülerfragen, in Erklärungsversuchen der Lehrkräfte und sogar in Dienstanordnungen für Lehrkräfte wider. Für den Alltag in den Schulen wirft das viele Fragen auf: Wie sollen Lehrer mit jenen Schülern umgehen, die sich im Unterricht mit radikalen Parolen zu Wort melden, die vom wahren Islam, von dem selbstverständlich die Lehrer keine Ahnung haben, reden, Schüler die die Evolutionstheorie im Unterricht ablehnen oder gar jene, die sich auf den Weg zum Heiligen Krieg machten?

Sowohl Lehrer als auch Eltern verlieren sich in der akuten Konfrontation in Wut, Unverständnis und Ohnmacht. Wie ist es dazu gekommen, dass dieser unauffällige, nette, freundliche Schüler in solch extremistische Zirkel abrutschen konnte? Was kann Schule als wichtige Sozialisationsinstanz und Akkulturationseinrichtung leisten? Oder was hat Schule nicht leisten können?

Meine Beobachtungen hinsichtlich der Sozialisationsinflüsse und der Attraktivität religiös-extremistischer Zirkel für Jugendliche habe ich ausführlich in meiner schriftlichen Stellungnahme dargestellt. Ich hoffe, Sie haben Ihre Hausaufgaben gemacht und das gelesen.

(Heiterkeit und Zuruf)

– Ja, sonst gibt es einen Eintrag ins Klassenbuch. – Um Wiederholungen zu vermeiden, möchte ich hier nur auf einige prägnante Ergänzungen eingehen.

Schüler, die bislang die Erfahrung von Selbstwirksamkeit nicht machen konnten und denen ihre eigene Einflussnahme auf den Verlauf der Dinge und insbesondere auf den Verlauf ihrer Biografie nicht erfahrbar war, die sich machtlos fühlen, sind besonders anfällig für Ideologien, die ihnen klare Orientierungen geben. Ich nenne den theoretischen Überbau Ideologien, weil anstelle des Islamismus auch andere religiöse Sekten oder andere extremistische Ideologien treten könnten.

Hinsichtlich des Islamismus trifft diese Frage auf jene Schüler zu, die bereits in den Islam geboren wurden, und auf jene, die zum Islam konvertierten, wobei letztere ihre neue Religion besonders ernst nehmen und sich in ihrem Eifer für ein gottgefälliges Leben schnell verirren können.

Die Dogmatik und das scheinbar eindeutige Weltbild, klare Freund-Feind-Bilder, klare Geschlechterrollen und klare Regeln geben Sicherheit, insbesondere da, wo Individualisierungsprozesse und Pluralität unterschiedliche Lebenskonzepte ermöglichen. Schüler können durch die Initiierung von Lernarrangements, die das Prinzip der Selbstwirksamkeit erfahrbar machen, gestärkt werden.

Ein einfacher Weg zur Vermittlung von Selbstwirksamkeitserfahrungen ist so etwas Alltägliches wie die Unterstützung der Schüler bei der Vorbereitung auf Klassenarbeiten. Ich versuche, sehr konkret zu werden, um deutlich zu machen, um welche kleinen Dinge es eigentlich auch gehen kann. Sie bemerken, dass sie Einfluss auf den Verlauf der Dinge haben.

Unsichere Schüler gehen bei der Leistungsbeurteilung davon aus, dass es eine Frage des Glücks sei oder dass es an den Lehrkräften liege, weshalb sie gute oder schlechte Beurteilungen erhalten. Es ist von großer Bedeutung, den Lernenden klarzumachen und

zu beweisen, dass sie das, was sie für Glück oder Zufall halten, selbst beeinflussen können. Dieser Zusammenhang hört sich zunächst einmal sehr banal an. Allerdings zeigt die Schulwirklichkeit, dass ein Großteil der Lernenden nicht ernsthaft daran glaubt, dass sie selbst Teil der Leistungsbeurteilungen sind.

Kreativer Unterricht – auch dazu haben wir vorhin schon etwas gehört; hier denke ich vor allem an darstellendes Spielen, Musik, Kunstunterricht und vieles andere – bietet viele Möglichkeiten, Lernarrangements zur Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit zu initiieren. Ebenso bietet der Sportunterricht hervorragende Chancen, sich im Bereich der Motorik, der Körperlichkeit unter Beweis stellen zu können. In diesem Zusammenhang möchte ich die Möglichkeiten und die Bedeutung von Sportvereinen hervorheben.

Gut geplanter Projektunterricht oder gar schulische Projekte geben den Lernenden viel Raum für Erfahrungen von Selbstwirksamkeit. Hierbei ist es wichtig, dass den Lernenden tatsächliche Mitgestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Weiterhin fallen mir da alle Arten von schulischen Exkursionen und Studienreisen ein, in deren Vorbereitung die Lernenden aktiv mitgestaltet involviert sein könnten. Die Lehrer müssten dazu allerdings lernen, die pädagogischen Freiräume, die die Lehrpläne bieten, auszuschöpfen. Das Superman-Syndrom, das hier als eine Metapher dient – das haben wir vorhin bereits gehört –, dieses Gefühl, etwas bewirken zu können, zu entsprechen – das kennen wir alle von Walt Disney –, sich für eine gute Sache einsetzen zu wollen, auf der Welt etwas bewegen zu wollen, kann sinnvoll und positiv in einem Engagement für soziale oder ökologische Aktionen, für die Schüler viel Aufmerksamkeit und Anerkennung erfahren, genutzt werden. Dies könnten ein ehrenamtliches Engagement oder aber auch schulisch initiierte Projekte sein.

Bedeutsam scheint mir hier die Erkenntnis zu sein, dass es sich bei der Indoktrinierung vornehmlich um die Aktivierung und Mobilisierung emotionaler Prozesse handelt. Bei genauer Analyse von salafistischem Filmmaterial, das im Internet insbesondere auf Facebook zu finden ist, wird deutlich, dass sie auf der Ebene der Emotionen anzusiedeln sind. Die gezeigten Bilder und filmischen Darstellungen appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl und an das Ehrverständnis der Rezipienten. Sie dämonisieren Juden und machen den Zionismus für alles Elend der Welt verantwortlich. Die Darstellungen konzentrieren sich häufig auf leidende oder getötete Frauen und wehrlose Kinder oder auf die Verherrlichung von Märtyrern bzw. Selbstmordattentätern. In manchen Videos werden die Anschläge als große Siege gefeiert. Daher sollte der emotional-ästhetischen Gestaltung dieser Videoclips besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Was hindert uns daran, das Internet für emotionale Aufklärung zu nutzen, indem eben genau die gleichen Emotionen mithilfe dieser Ästhetik durch jugendliche Akteure angesprochen werden? Möglicherweise bedarf es hierzu eines Teams, das über werbepsychologische Kenntnisse und Erfahrungen verfügt. Wichtig bei all dem ist es, die Lernenden eben nicht nur auf der kognitiven, sondern auch auf der emotionalen Ebene anzusprechen.

Der schulische Umgang mit bereits indoktrinierten Schülern gestaltet sich äußerst schwierig. Hier ist aufmerksame Zurückhaltung seitens der Lehrkräfte häufig pädagogisch sinnvoller als der Versuch, sie aufzuklären zu wollen. Denn den Indoktrinierten geht es dann nicht mehr um den Erwerb von Informationen und Wissen, sondern nur noch um eine emotionale Grundhaltung, nämlich um Loyalität mit dem religiös-extremistischen Zirkel, der dann bereits die Rolle des Referenzrahmens übernommen

hat. Gespräche mit Lehrkräften, Eltern oder sonstigen religiösen Autoritäten sind dann ohnehin meistens vergebene Liebesmühen.

Weiterhin stellt sich die Frage nach den Professionalisierungsaspekten, die in der Lehrerausbildung bislang nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Der schulische Alltag verlangt den Lehrenden große Empathie und klare Selbstpositionierung in vielen Fragen ab. Hier spielen vermehrt interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen eine gewichtige Rolle. Und dabei meine ich nicht nur interreligiöse Kompetenzen bei Religionslehrern, ich meine das für alle Lehrer, die man eigentlich ab der Sek. I oder Sek. II schwer als Pädagogen bezeichnen kann, weil das Thema „Pädagogik“ vor das Wort „Fachwissenschaft“ in ihrer pädagogischen Ausbildung gestellt wird. Die meisten Lehrer sind Fachwissenschaftler und verstehen sich auch als solche – mehr denn als Pädagogen.

Lernende sind wie Seismografen. Sie nehmen Unsicherheiten im Verhalten, Irritationen oder Schwächen sofort wahr. Daher gilt es, angehende Lehrkräfte nicht nur in ihrer Fachwissenschaft, sondern insbesondere in sozialen und psychologischen Bereichen zu befähigen.

Wie können Schule und bestehende Netzwerke für Prävention und Intervention näher zusammenarbeiten? – Lehrkräften sind die bereits bestehenden Netzwerke für Prävention und Intervention durch geeignete Maßnahmen bekannt zu machen.

Kann es eine gelingende Kooperation von Lehrenden und dem Sicherheitsapparat geben? – Eine konstruktive Kooperation von Lehrenden und dem Sicherheitsapparat bedarf einer empathischen Annäherung beider Berufsgruppen. Bestehende Vorurteile, die sich aus unterschiedlichem Selbstverständnis und divergierendem Berufsethos ergeben, gilt es aufrichtig zu thematisieren. Lehrkräften muss auch klar werden, wann ihre pädagogische Arbeit einfach nicht mehr funktioniert und wann die Schwelle, ab der der Staatsschutz eingeschaltet werden muss, erreicht ist.

Ich denke, dass hier gegenseitige Aufklärungsarbeit notwendig ist, und zwar auch hinsichtlich der Risikoeinschätzung. In diesem Feld gibt es sicherlich einen hohen Informationsbedarf aufseiten der Lehrkräfte. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Lothar Quanz: Und wir danken Ihnen. Vielen Dank. – Als Nächstes dürfen wir um das Wort von Herrn Prof. Dr. Harald Müller vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung bitten.

Herr Prof. **Dr. Müller:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst einmal vielen Dank für die Einladung. Es ist eine große Ehre für mich, für unser Fünf-Personen-Team, das unsere Stellungnahme erarbeitet hat, hier sprechen zu dürfen. Die Kollegin Weipert-Fenner wird Fragen beantworten, die sich auf den Islamischen Staat und die Einwirkungen der nahöstlichen Ereignisse auf unsere Breiten beziehen.

Ich möchte Ihnen keine Kurzfassung unserer gesamten Stellungnahme vortragen, sondern vier prioritäre Befunde umreißen, eine Beobachtung zu der Gemeinsamkeit zu einer Frage aus der Lektüre der anderen Stellungnahmen aus dem wissenschaftlichen

Bereich machen und schließlich abschließen mit einer kulturkritischen Überlegung, die unseren Blick auch auf den Balken im eigenen Auge richten soll.

Unsere Befunde. Der erste Befund geht zu dschihadistisch-salafistischen Karrieren, also denjenigen Karrieren junger Leute, die am übelsten Ende, nämlich der Gewaltbereitschaft oder Gewaltausübung, geendet haben. Die Datenlage ist, wie ein Kollege schon gesagt hat, begrenzt, aber aus den vorliegenden Erkenntnissen kann man sagen, dass sich diese Karrieren aus drei Komplexen speisen.

Der erste Komplex ist die Grundmotivation der jungen Leute. Häufig sieht man traumatische Erlebnisse wie das Verlassenwordensein, Konflikte, teilweise gewaltsame Konflikte im Elternhaus, Zerschlagen der Familie, eigenes Versagen in Schule oder Berufsausbildung, Abgleiten in die Kleinkriminalität, massive Identitätsprobleme zwischen der Lage als jungem Deutschem und einem wurzellosen Bezug zum Herkunftsland, eine sich daraus speisende, schwere Selbstwertproblematik, Elemente von Generationskonflikt in der Familie und dann die gesellschaftliche Erfahrung von Diskriminierung, ein Entfremdungsprozess, der wesentlich gespeist wird durch die Begegnung mit Islamophobie und am Ende eine Verfeindung gegenüber der Gesellschaft, in der man lebt.

Der zweite Komplex sind die Angebote des Salafismus, die zum guten Teil angepasst sind an diese besonderen Motivationslagen, das Angebot einer eindeutigen Identität, die in einfache Regeln mündet, als Teil einer simplen Schwarz-Weiß-Weltsicht, das Aufgefangenwerden in der Brüderlichkeit der Gruppe, das Überlegenheitsgefühl, das sich aus dem Bewusstsein und dem Glauben ergibt, Teil einer kleinen Avantgarde zu sein, das antiautoritäre Element, das interessanter und kurioserweise im Salafismus steckt, nämlich die Ablösung von der herkömmlichen, traditionellen Religionspflege in Elternhaus und Gemeinde mit einem religiösen Standpunkt, der dort als Provokation empfunden wird und sich klar davon abgrenzt, und überhaupt Provokation und das Erregen von Aufmerksamkeit in der Umgebung, was jungen Heranwachsenden immer sehr guttut.

Der dritte Komplex schließlich sind Kontextfaktoren, die gewissermaßen den Kanal darstellen, aus denen Motivationen und Angebote zusammenkommen: charismatische Prediger, Islamseminare – sehr wichtig –, persönliche Netzwerke oder virtuelle soziale Netzwerke, in denen gelegentlich, wenn auch nicht zu häufig Mobilisierung ohne direkte Kontakte zustande kommt, die dschihadistische Popkultur, mit der die Werber sehr geschickt Elemente von Jugendkultur mit ihren eigenen Inhalten füllen und schließlich – und ich muss sagen, das hat uns bei der Lektüre dieser Biografien eigentlich am meisten geschockt – sehr häufig Gefängniskontakte. Das heißt, dass vorübergehende Sein im Strafvollzug führt dazu, dass die Leute sich dort radikalieren, weil sie auf charismatische Werber für den Dschihadismus treffen.

All das sind Ansatzpunkte für präventive Gegenmaßnahmen. Es zeigt aber auch, wie ungemein komplex der Kampf gegen diese Entwicklung ist und dass es tatsächlich keine einzelnen Patentrezepte gibt, mit denen man dem wehren kann.

Zweiter Befund. Die Islamophobie und der ausländerfeindliche Diskurs sind eine wesentliche Ursache in diesen Karrieren, weil die an der schwachen Stelle, nämlich der Identität, ansetzen und die Entfremdungs- und Verfeindungsprozesse entscheidend verstärken.

Hier sind natürlich Phänomene wie Pegida in neuerer Zeit von ausgesprochen unangenehmer Wirkung. Dies gilt auch für Teile des Mediendiskurses. Ich möchte aber in diesem Rahmen hier besonders darauf hinweisen, dass auch der Politik und den Äußerungen der Politiker in Deutschland zum Islam und zu den Moslems und zu Immigranten eine besondere Bedeutung und Verantwortung zukommen. Den Politikern wird zugeschrieben, Repräsentanten dieser Gesellschaft zu sein. Und deswegen treffen ihre Äußerungen, die medial natürlich transportiert werden, auf besondere Aufmerksamkeit.

Von Herrn Sarrazin war schon die Rede, früherer Berliner Finanzsenator, der trotz allem immer noch Mitglied der SPD ist. Politiker müssen auch sehr genau überlegen, was die Konsequenzen dessen sind, was sie sagen oder – das möchte ich hier in Hessen besonders betonen – in der Zeitung schreiben, und zwar auch in der eigenen.

Richtungsweisend war dagegen, was die Bundeskanzlerin in den letzten Wochen gemacht hat: Sie hat eine sehr klare Kante zur Frage gezeigt, ob der Islam zu Deutschland und damit auch die Muslime zu Deutschland gehören. Sie, gewissermaßen als höchste Autorität auf der politischen Bühne außer dem Bundespräsidenten, ist natürlich in ganz besonderer Weise eine Person, der diese Autorität, für das Land als Ganzes zu sprechen, von den betroffenen Jugendlichen zugeschrieben wird.

Ich meine, man darf nicht vergessen, dass es hier um die wichtigste Aufgabe der Innenpolitik und um die nationale Sicherheit geht. Zu versuchen, diese jungen Leute auf ihrem Pfad zu bremsen und zurückzuholen, ist nicht nur für diese Menschen wichtig, sondern letzten Endes geht es um Leben und Tod.

Der dritte Befund. Eine differenzierte Medienberichterstattung auch über das, was sich im Nahen Osten abspielt, wäre wichtig. Die Darstellung der Kämpfer des Islamischen Staats ist in dieser Beziehung nicht glücklich. Die Darstellung als blind gläubige Gotteskrieger und Monster kann die Folge haben, dass die Heroisierung dieser Personen bei den jungen Moslems eher zunimmt und zugleich der Rest der deutschen Öffentlichkeit durch das Monströse nur noch mehr in Furcht und Panik versetzt wird. Günstiger wäre eine Entzauberung, das heißt die Betonung des strategischen Kalküls des Islamischen Staats, die kriminelle Einkommensgenerierung, die Gewalt gegen Muslime. All das würde helfen, diesen Folgen, die ich skizziert habe, zu wehren.

Vierter Befund. Die ständige Aufforderung an Muslime und muslimische Verbände, ritualistische Distanzierungen von der Gewalt abzugeben, ist kontraproduktiv und hilflos, wenngleich sie ja dauernd befolgt wird. Besser wäre es, die aktive und positive Rolle der Muslime und ihrer Verbände als Teil des zivilgesellschaftlichen Diskurses zu ermutigen. Denn diese haben das Potenzial, das natürlich zu nutzen ist, das dem Staatsorgan und der nicht muslimischen Zivilgesellschaft abgeht, nämlich die theologisch-politische Auseinandersetzung mit dem Salafismus zu führen und darin das Leitbild eines freiheitlichen Islams zu entwickeln.

Zentral dabei könnte die offenkundige Erkenntnis sein, dass die vom politischen und dschihadistischen Salafismus angestrebte politische Ordnung, das Kalifat, die gescheiterte autokratische Tyrannei, die in der Mehrzahl die muslimischen Länder vor allen Dingen im arabischen Raum kennzeichnet, sich noch bis zum Extrem zuspitzt. Dagegen wäre der Entwurf eines Lebens als Moslem in der Demokratie zu setzen, und das vor allen Dingen auch als Gegenstand für den Schulunterricht.

Es gibt eine sehr interessante Konvergenz der Beiträge hier aus dem wissenschaftlichen Bereich. Die überwältigende Mehrheit der Stellungnahmen betont, was der Kollege Fuess auch ausgeführt hat, nämlich die Differenzierung innerhalb des Salafismus und die Mehrheitsposition des quietistischen oder puristischen Salafismus, der keine politischen Ziele verfolgt und die Gewalt ablehnt. Und hier darf ich darauf verweisen, dass der Entschließungsantrag der Regierungsparteien ebenso wie der der FDP keine solche Differenzierung enthält, sondern davon spricht, den Salafismus in Hessen zu bekämpfen.

Auch teilen die Stellungnahmen der Sicherheitsorgane für diese Anhörung den Salafismus lediglich in die politische und die dschihadistische Strömung ein, weil, vermute ich, nur diese beiden für beobachtenswert gehalten werden. Der quietistische, puristische Zweig kommt bei ihnen nicht vor, und so hat sich auch die Berichterstattung der „Frankfurter Rundschau“ heute Morgen über die Pressekonferenz des Innenministers gelesen.

Ich gebe zu bedenken, dass eine solche Enddifferenzierung kontraproduktiv sein kann, weil sie die Teile des Salafismus, die sich gegenseitig ideologisch bekämpfen, aufeinander zutreiben kann, vor allen Dingen wenn diese Enddifferenzierung dann auch Ausgangspunkt oder Grundlage für repressive Maßnahmen wird.

Man übersieht auch dabei, dass der theologische Streit gegen die Einseitigkeit und Widersprüchlichkeit der dschihadistischen Position und insbesondere gegen ihre Position zur Gewaltanwendung gegenwärtig sehr stark von der quietistischen Seite aus geführt wird, die also trotz demokratiefernere Theologie insoweit potenzieller Verbündeter sein kann, wie das natürlich auch für die Moslemverbände gilt, über die wir von dem nächsten Redner, Herrn Dr. Ghadban, wie ich vermute, Kritisches hören werden.

Ich darf, wenn ich hier von möglichen Verbündeten spreche, daran erinnern, was Churchill gegenüber Kritikern seines Bündnisses mit Stalin im Zweiten Weltkrieg gesagt hat: Wenn der Teufel beginnen würde, Hitler zu bekämpfen, würde Herr Churchill zumindest eine höfliche Bemerkung im Unterhaus machen. – Wenn man in einem Kampf wie diesem steht, der langwierig ist und um Leben und Tod geführt wird, muss man die Bündnispartner, die sich anbieten, die da sind, denke ich, letzten Endes auch annehmen.

Meine abschließende Überlegung: Der Salafismus antwortet für die jungen Leute auf ihrer Suche nach Lebenssinn. Das ist am Rande angesprochen worden, aber ich möchte es etwas zentraler stellen. Die Suche nach Lebenssinn ist einer der Jobs, die man als Heranwachsender hat, und natürlich gilt das auch für junge Muslime und auch für junge Konvertiten.

Angebote an Lebenssinn aus unserer Gesellschaft sind verarmt. Wir sprechen viel über unsere Werte, wir glauben an sie – Sie wie ich –, aber in der Lebenswelt junger Menschen dominiert die Erfahrung wachsender Ökonomisierung aller Lebensbereiche, durch die der Lebenssinn auf den Erwerb materieller Güter schrumpft. Das steigert die Attraktivität des salafistischen Antimaterialismus, der etwas Spirituelles anbietet. Spektakuläre Fälle von Regelverstößen durch die Eliten unseres Landes – Wirtschaftsführer, Politiker, Sportgrößen, Wissenschaftler usw. – verstärken bei den jungen Menschen den Verdacht einer herrschenden Amoralität. Die salafistischen Vorschriften für ein gottgefälliges Leben wirken als Gegenmodell. Die jungen Leute erfahren bei einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, bei denen ihre eigenen Lebensaussichten eher auf

der Seite Arm enden, und einer als zutiefst unfair empfundenen Lasten- und Kostenverteilung diese Gesellschaft als zunehmend ungerecht. Auch diese Lücke füllt oft der Salafismus mit seiner sehr betonten, transzendentalen Gerechtigkeitslehre.

Die vor einer Generation – ich erinnere mich lebhaft – angekündigte moralische Wende ist unter der neoliberalen Welle ausgeblieben. Eine Werterenaissance wäre ein wichtiger Beitrag zur Bearbeitung unseres Problems. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzende Claudia Ravensburg: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Müller. – Als nächsten Anzuhörenden habe ich jetzt Herrn Dr. Ghadban.

Herr **Dr. Ralph Ghadban:** Vielen Dank für die Einladung. – Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Heute ist zu Recht Präventionsarbeit angesagt. Dabei stellt sich unter anderem die Frage, mit welchen Muslimen man kooperieren kann, um diese Arbeit zu leisten. Und gegen welche Muslime ist diese Arbeit gerichtet?

Dabei kommen wir auf den Islam zu sprechen. Immer, wenn ein Muslim einen Terrorakt begeht, wird behauptet, dies hätte mit dem Islam nichts zu tun. Wenn wir die Berichte des Verfassungsschutzes lesen, dann unterscheiden sie ganz genau zwischen Islam und Islamismus.

Diese Haltung setzt voraus, dass es einen orthodoxen Islam gibt. Eine Orthodoxie wie bei den Christen existiert aber nicht im Islam. Was wir im Islam haben, ist so eine Art Mehrheitsislam, der sich im 11. Jahrhundert kristallisiert hat. Man nennt ihn den traditionellen Islam – manche wollen in ihm einen orthodoxen Islam sehen –, und dieser Islam umfasst alle Richtungen, von den relativ liberalen Sufi bis zu den erzkonservativen Hambaliti. Alles kommt unter diese Decke. 90 % der Muslime gehören zu diesem Mehrheitsislam. Und die Schiiten und alle anderen Sekten haben nur einen Anteil von 10 %.

Wenn wir das mit dem Christentum vergleichen: Die katholische Kirche vertritt 50 % der Christen. In keiner Weltreligion haben wir so eine Einhelligkeit, aber in keiner Weltreligion haben wir auch solche massiven interreligiösen Kriege und Kämpfe, wie sie immer wieder im Namen von Apostasie-Vorwürfen geführt werden. Muslime erklären andere Muslime als Abtrünnige, gehen auf sie los, erklären ihnen den Dschihad, und dann bringen sie sich um. Die massive Anwesenheit von einem solchen Apostasie-Vorwurf ist ein ganz deutlicher Hinweis darauf, dass eine klar umrissene Orthodoxie im Islam noch nicht existiert.

Im 18. Jahrhundert und in der Folge der europäischen Expansion sind in Westafrika, Arabien und Indien Widerstandsbewegungen entstanden, um die islamische Identität und die Macht der Muslime aufrechtzuerhalten. Um das zu realisieren, haben sie sich an dem Vorbild der Altvorderen – auf Arabisch „al-salaf al-salih“; daher kommt der Name „Salafisten“ – orientiert und wollten den wahren Islam wiederherstellen, um ihre Identität und Solidarität zu stärken. Aber dafür mussten sie auch ihren Islam reinigen von Allerneuerungen, die sich im Laufe der Jahrhunderte akkumuliert haben. Man nennt sie puristisch. Ich hasse diesen Begriff, weil er so verharmlosend ist und man die Puristen mit den Christen assoziiert. Das ist falsch. Es ist eine Bewegung, die eher mit totalen Ideolo-

gien, wie Faschismus und Kommunismus, zu vergleichen ist und nicht mit dem christlichen Pietismus.

Jetzt versucht diese Bewegung etwas, was eine moderne Reaktion darstellt, nämlich eine neue Orthodoxie durchzusetzen. Aber genau wie der alte Mehrheitsislam ist diese Bewegung auch vielfältig. Es ist unmöglich, im Islam eine Orthodoxie wie bei den Christen zu haben. Historisch gesehen sind als Erste die Wahhabitiden entstanden und die indischen Kommunitaristen. Aus diesen Bewegungen hat sich später, Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhundert, der politische Islam entwickelt. Und aus dem politischen Islam hat sich nach den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts der Dschihadisten-Islam entwickelt.

Um zu realisieren, welche Gefahr das darstellt, muss man nicht die europäische Presse lesen. Man braucht einfach Konferenzen wie jene, die im Dezember in Kairo stattgefunden hat, aufgerufen von Al Asar, an der 35 Länder und 200 Gelehrte teilgenommen haben, die alle ihre Angst vor der Spaltung des Islam erklärt haben. Denn diese neue Orthodoxie gewinnt immer mehr Anhänger.

Es ist wichtig, zu erwähnen, dass parallel dazu im 19. Jahrhundert ein Versuch, eine andere Orthodoxie entstehen zu lassen, nämlich eine liberale mit Al-Nahda, die versucht, den Islam neu zu interpretieren, um den Anschluss an die Moderne zu finden, auch stattgefunden hat; aber sie ist überall gescheitert. Die Liberalen finden wir alle im Ausland oder im Grab. In den Verbänden in Europa und Amerika sehen wir keinen einzigen Liberalen, als ob sie nicht zum Islam gehörten. Sie sind gescheitert.

Jetzt sind alle diese Bewegungen mit der Migration in den Westen gekommen, und im Westen hat man gar nicht realisiert, was da passiert. Da gab es keine Integrationspolitik. Man dachte, die Ausländer kommen und gehen dann wieder nach Hause, und die Sache ist erledigt. Deshalb hatten diese Verbände freie Hand in der islamischen Gemeinschaft, und sie haben eine antiwestliche Kultur propagiert. Ich erinnere zum Beispiel an die Frage von damals: Darf ein Muslim in eine Partei eintreten? Was heute selbstverständlich ist, das war damals nicht selbstverständlich. Sie haben entscheidend dazu beigetragen, dass eine Integration bei den Muslimen nicht stattgefunden hat. Unter allen Ausländern ist die Gruppe, die bis heute am wenigsten integriert ist, die der Muslime. Und das gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa.

Deshalb hat man in den 90er-Jahren, als die Ideologie des Multikulturalismus quer durch alle Parteien Einzug in Deutschland hielt, die Parole „Integration durch Partizipation“ eingeführt. Das hat auch nichts gebracht.

Im Jahre 2006 hat die Bundesregierung die Initiative ergriffen und einen Integrationsgipfel errichtet. Aber gleichzeitig hat sie parallel dazu eine Islam Konferenz berufen, weil die Politik die Integration der Religion wollte. Das Problem dabei war – ich war Mitglied der ersten Islam Konferenz von 2006 bis 2009 –, dass sie keinen Ansprechpartner hatte. Dann begann die Politik, diesen Ansprechpartner zu konstruieren.

Inzwischen sind die Verbände der Ansprechpartner der Regierung in dieser dritten Islam Konferenz. Und da fragt man sich: Vertreten diese Verbände die Muslime? – Alle Verbände zusammen vertreten im besten Fall 20 % der Muslime. Die vier großen Dachverbände, die sich in dem Koordinationsrat der Muslime zusammengetan haben, erreichen kaum 15 % in der Vertretung der Muslime. Aber da der Staat unbedingt einen Partner haben möchte – über das Warum kann man diskutieren –, begann der Staat,

die Verfassung zu umgehen. Das heißt, es waren alle keine anerkannten Religionsgemeinschaften; die meisten von ihnen sind es bis heute noch nicht. Für diese Anerkennung muss man den Vorgaben der Verfassung folgen. Die Politik dachte, sie können sie einfach umgehen. Noch schlimmer: Die Politik begann, unsere Rechtsstaatlichkeit auszuhöheln. Plötzlich hören wir, dass Länder Staatsverträge mit diesen konstruierten Vertretungen abschließen, die rechtlich eigentlich wertlos sind. Das ist eine Seelenmassage, muss man sagen.

Noch schlimmer ist, dass beschlossen wurde – man muss sich einmal überlegen, was die Politik hier macht –, dass man einen deutschen Islam wollte. Man hat Lehrstühle für islamische Theologie an den Universitäten errichtet, und man beschließt, dass die Verbände mit Mitspracherecht in diesen Beiräten sitzen. Sie haben ähnliche Befugnisse wie Kirchen, ohne den Status zu haben.

Was kann man dagegen tun bzw. was kann man überhaupt tun? – Erstens muss sich Politik endlich einmal an Verfassung und Rechtsstaatlichkeit halten. Zweitens. Die Politik darf nicht das Neutralitätsgebot des Staates verletzen, indem sie sich in Religionsfragen einmischt. Mein Vorredner hat auf die Aussage von Frau Merkel als große Autorität hingewiesen. Ich als normaler deutscher Bürger bin empört, dass Frau Merkel oder irgendjemand mir vorschreibt, wie ich glauben soll. Das ist nicht die Angelegenheit der Politik. Die Politik ist in Religionsfragen inkompetent. Das ist nicht ihre Aufgabe. Das ist eine Aufgabe der Theologen und der Religionsgemeinschaft. Sie müssen das Problem lösen. Und was Frau Merkel gestern gesagt hat, ist das Richtige. Sie sind aufgefordert, alle diese fragwürdigen Aspekte in ihrer Religion irgendwie neu zu interpretieren, damit sie in einem modernen demokratischen Staat leben können.

Für die Integration ist der Integrationsgipfel zuständig. Für die Religion ist die Islam Konferenz überflüssig und muss abgeschafft werden.

Ein letzter und wichtiger Punkt. Man redet immer davon, die Muslime vor den Deutschen zu beschützen. Man muss aber ergänzen, dass man die Muslime vor den Verbänden schützen muss. Das klingt komisch, aber das ist die Realität. Ihre Politik lässt die emanzipierten und integrierten Muslime, deren Anteil nach der letzten Studie der Bertelsmann Stiftung 63 % beträgt, in die Arme dieser Vertretungen laufen, die sie überhaupt nicht vertreten.

Als Letztes ist zu sagen, dass sich die Verbände nicht bewegt haben, sondern wir uns vielmehr geändert haben. Der beste Beweis dafür ist diese merkwürdige Veranstaltung am Brandenburger Tor und auch die Aussage von Frau Merkel, der Islam gehöre zu Deutschland. Dabei hat sie vergessen, zu erwähnen, um welchen Islam es geht.

(Beifall)

Vorsitzende Claudia Ravensburg: Vielen Dank, Herr Dr. Ghadban. – Als Nächste darf ich Frau Tekkal nach vorne bitten.

Frau **Düzen Tekkal:** Ich freue mich sehr, dass ich zu diesem Thema eingeladen wurde. Ich bin Jesidin, ich bin Journalistin, und trotzdem glaube ich, dass ich zu diesem Thema

viel und möglicherweise auch Dinge zu sagen habe, die wir vorher noch nicht besprochen haben.

Ich will mich zum einen zu der differenzierten Medienberichterstattung, die hier mehrfach kritisiert worden ist, und zum anderen zu meinem Verhältnis zu dem Thema „Salafismus“ äußern. Ich würde das ganz gerne autobiografisch aufziehen, weil ich finde, dass daran ganz viel deutlich wird.

Ich bin eines von elf Kindern, wir sind Kurden, aber mein Vater kommt aus dem südöstlichen Teil der Türkei. Ich bin hier geboren und aufgewachsen, und im Grunde genommen hat eigentlich alles gegen eine gelungene Integration gesprochen. Meine Mutter kann nicht lesen und schreiben. Ich komme aus einem bildungsfernen Elternhaus. Zu Hause wurde kein Deutsch gesprochen, wir hatten keine Bücher, wir haben nicht gelesen. Aber die Frage ist ja, warum es trotzdem funktioniert hat, und zwar nicht nur in meinem Fall, sondern auch was meine zehn Geschwister angeht.

Ich glaube, das hat ganz viel damit zu tun, dass uns zumindest – und das ist wohl das Wichtigste – die richtigen Werte vermittelt worden sind, und zwar waren das Werte, die mit der Mehrheitsgesellschaft, in der ich lebe und in der ich geboren wurde, durchaus kompatibel sind. Deswegen habe ich das nie als Gegensatz empfunden. Das ist durchaus möglich: eine gelungene Integration, obwohl ganz viele Dinge dagegen sprechen und man behauptet, jemand sei nur integriert, wenn er Deutsch spricht. Ich glaube aber, es ist viel wichtiger, was derjenige – in dem Fall mein Vater – denkt und was er mir beibringt. Er hat uns zu Toleranz und zu Offenheit erzogen, und das wurde auch daran deutlich, dass bei uns immer Tag der offenen Tür war und dass letztlich zum Beispiel auch Nachbarn und Lehrer eine Ersatzfunktion übernehmen durften, weil es gewollt war.

Hierin liegt zum Beispiel mein erster Kritikpunkt. Denn ich erzähle gerne von dem, was ich erlebe. Denn das hat, glaube ich, mehr Beweiskraft, als Theoretisches zu äußern. Das war bei meinen muslimischen Freunden überwiegend – ich will das jetzt nicht verallgemeinern – leider anders. Da musste man sich rechtfertigen, und zwar nicht nur als Deutscher, was man sich oft auch gar nicht mehr getraut hat. Auch ich als Jesidin musste mich plötzlich rechtfertigen und sah mich mit dem Vorwurf konfrontiert, was meine Herkunft angeht, obwohl ich dachte, eigentlich hätten wir das schon hinter uns gelassen. Meine Eltern sind aus dem Druck heraus hierher geflüchtet, dass sie zwangsislamisiert werden durften. Früher kannte keiner Jesiden, und es interessierte sich auch kaum jemand für unser Schicksal, aber im Zuge der letzten Monate und der barbarischen Übergriffe seitens des IS auf meine Religionsgemeinschaft hat sich das Blatt gewendet, und so brutal das auch ist, möchte ich die Gelegenheit nutzen, darauf aufmerksam zu machen und nach Lösungsansätzen zu suchen und diese Tragödie auch als Chance zu begreifen, damit wir auch gehört und wahrgenommen werden.

Im Moment habe ich das Gefühl, dass die Jesiden viel übernehmen müssen, auch für die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Ich erinnere mich an einen Beitrag, den ich für „SPIEGEL.TV“ gemacht habe. Das war in Herfort. Da war es zum Beispiel so, dass es zu Konflikten zwischen Jesiden und Salafisten kam. Herfort ist eine Salafistenhochburg, es wohnen aber auch 300 jesidische Familien dort. Jesiden wurden angegriffen, nur weil sie zu einer Demonstration aufgerufen haben. Deshalb kam es zu Übergriffen, es kam zu einer Messerstecherei. Ich habe mit beiden Seiten gesprochen. Damit sind wir auch schon beim Thema „differenzierte Medienberichterstattung“. Was heißt denn das?

Heißt das, dass ich die Probleme nicht erwähnen darf? – Ich finde, das ist meine Aufgabe als Journalistin ist, das zu benennen.

Wir haben von den anderen Anzuhörenden bereits gehört, dass man ein bisschen aufpassen muss, was das Thema „Migrationshintergrund“ betrifft, dass man die Herkunft nicht benennt. Aber ich glaube, das ist ein ganz großer Teil unseres gegenwärtigen Problems. Ich finde es ganz wichtig, das zu benennen und zu betonen. Denn das spielt selbstverständlich eine große Rolle.

Ich habe einen Beitrag gemacht – vor fünf Jahren war das schon – zum Thema „Intensivstraftäter mit Migrationshintergrund“. Damals habe ich das ganz klar benannt und bin quasi den Weg gegangen, zu hinterfragen, warum es so weit gekommen ist. Natürlich kommt an irgendeinem Punkt die deutsche Mehrheitsgesellschaft ins Spiel. Man kann natürlich nicht nur den Migranten als solchen darauf reduzieren. Beide Seiten – und das ist wirklich das, was mir in den letzten paar Stunden gefehlt hat – müssen im Grunde genommen den Salafismus erklären. Es geht darum, dass wir uns fragen, wie es dazu kommen kann und wie wir dem präventiv entgegenwirken können. Aber ich finde, das geht ein bisschen an der gefühlten Lebenswirklichkeit vorbei. Zumindest stelle ich das dort draußen fest. Es ist eher so, dass mir entgegengebracht wird, dass Leute benachteiligt werden, weil sie Deutsche sind. Ich drehe zum Beispiel auch häufig in Neukölln. Dort habe ich Beiträge zu Polygamie in Migrantenfamilien oder auch islamische Paralleljustiz gemacht und habe in dem Zusammenhang mit Jugendlichen gesprochen, die zu mir gesagt haben: Ich glaube an die Scharia und nicht an das deutsche Grundgesetz.

Das wollen wir jetzt vielleicht nicht gerne hören, weil das nichts pc ist, aber das passiert leider. Dazu gehört auch, dass mir nicht die Hand gegeben wurde oder ich vorher gefragt wurde, ob ich bete. Das passiert alles in Deutschland. Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll, weil mich das Thema okkupiert und ich plötzlich aufgrund der Tatsache, dass ich Jesidin bin, zur Kriegsberichterstatteerin geworden bin.

Das heißt, ich komme gerade aus dem Irak. Ich war in Syrien und in Kobane und konnte mich quasi davon überzeugen, was im Namen dieser Religion, die jetzt sozusagen von den IS-Terroristen benutzt wird, alles angerichtet wird. Ich habe mit Kindern gesprochen, die mittlerweile Vollwaisen sind, deren Väter mit Schwertern – man kann es leider nicht anders sagen – geschlachtet worden sind. Diese Menschen berufen sich quasi auf religiöse Schriften, die sie eins zu eins interpretieren. Letztlich haben mir die Menschen, die aus Shingal oder Kotscho kommen, dort erzählt – und das fand ich ganz wichtig –, dass das nicht nur durch den IS gelungen ist. Sie haben mir erzählt: Es waren unsere muslimischen Nachbarn, die uns verraten haben und den IS-Kämpfern gesagt haben, wo wir leben. Und als wir die Masken abgenommen haben, waren das auf einmal unsere Nachbarn, bei denen wir uns als sicher gewöhnt haben.

Was hat das mit Deutschland zu tun? – Ganz viel. Ich finde es auch falsch, zu sagen: „Das müssen wir jetzt mal beiseitelassen, und wir dürfen uns über diese Bilder keine Gedanken machen.“ Nein, wir müssen uns darüber Gedanken machen und uns damit auseinandersetzen, denn schließlich sind 500 Personen aus Deutschland dort, die gegen meine Religionsgemeinschaft kämpfen, und das ist ein komisches und ekelhaftes Gefühl. Natürlich bin ich auch betroffen, oder vielleicht würde man jetzt fragen: Ist sie noch neutral genug als Journalistin? – Ich glaube, dass ich dadurch auch den Mut hatte, dorthin zu fliegen. Sonst hätte ich mich das, glaube ich, nicht getraut.

Ich glaube, an meiner Reaktion merkt man, dass mich dieses Thema sehr okkupiert, weil ich die letzten drei Monate mit nichts anderem zu tun hatte. Nichtsdestotrotz hoffe ich, dass das, was ich sage, dadurch jetzt nicht geschmälert wird, was den Inhalt angeht. Denn ich finde es wichtig, zu sagen, dass uns das alles etwas angeht, nicht nur die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Dabei stellt sich nicht die Frage: Was ist mehr deutsch und was nicht? Was macht einen Bio-Deutschen deutscher als mich? – Ich bin sehr deutsch, um nicht zu sagen patriotisch. Aber ich denke, dass wir besser differenzieren müssen. Das sage ich, obwohl ich Jesidin bin.

In dem letzten Beitrag, den ich gemacht habe, habe ich auch mit einer muslimischen Familie in Berlin gedreht, die erst nicht mitmachen wollte. Es hat ganz viel Überredungskunst gekostet, und ich habe auch ganz offen thematisiert, dass ich Jesidin bin. Man hat sich dann aber doch darauf eingelassen, weil diese Familie gesagt hat, sie wolle das Bild der Zuwanderer in den Medien nicht den Radikalen überlassen. Und das waren religiöse Muslime und Deutsche. Trotzdem muss man jedes Mal wieder aufs Neue allen Menschen die Chance geben, sich zu äußern. Ich glaube, dass man mir auch nicht ansieht, dass ich keine Muslima bin, sondern zufällig Jesidin. Wenn ich jetzt stigmatisiert werden würde, weil ich so bezeichnet werde, wäre das auch komisch für mich. Das zeigt, wie absurd das Ganze eigentlich ist. Insofern glaube ich schon, dass wir uns auf einen gemeinsamen Nenner einigen können, nämlich die Ausrichtung auf den deutschen Rechtsstaat.

Was die Lösungsansätze betrifft, möchte ich auf die ganzen Behörden in Politik, aber auch vor allem in der Justiz verweisen; denn dort haben wir wirklich mit problemorientierten Dingen zu tun. Man sollte auch die Beamten mit Migrationshintergrund im Fokus haben, weil auch dort interessante Dinge passieren. Das habe ich festgestellt, als ich einen Beitrag zum Thema „Polizei in der Multikulti-Falle?“ gemacht habe. In dem Moment nämlich, wo zum Beispiel der ägyptische Polizeibeamte mit seinem entsprechenden religiösen und polizeilichen Fachwissen so einem Achmed gegenübersteht – das ist nicht despektierlich gemeint –, führt er das Ganze ad absurdum. Denn dann kann das Gegenüber nicht sagen: „Du bist rechtsradikal.“ Vielmehr zeigt er ihm damit: Auch meine Karriere ist möglich. Reduziert euch nicht darauf, dass ihr benachteiligt werdet, sondern nutzt eure Möglichkeiten. – Und das ist durchaus möglich. Es gibt noch andere Beispiele. Das ist, glaube ich, sehr wichtig. Ich habe immer wieder festgestellt, dass, wenn wir Menschen mit Migrationshintergrund auf der anderen Seite hatten, der Vorwurf dann nicht mehr galt.

Ein großes Problem in Deutschland ist leider auch, dass man sich aus Angst, in die rechte Ecke gestellt zu werden, mit seiner Kritik zurückhält. Es ist aber meine feste Überzeugung – um zum Abschluss zu kommen –, dass wir Probleme ansprechen dürfen und müssen, auch wenn sie unangenehm sind und auch wenn uns danach vorgeworfen wird, das sei islamkritisch oder islamfeindlich. Dies ist aber im Grunde genommen wichtig, um diesen Menschen zu helfen und ihnen die Augen zu öffnen und zu sagen: So geht es nicht weiter.

Und das findet gegenwärtig nicht statt. Die Tatsache, dass man sie mit Samthandschuhen anfasst und denkt, das erledige sich schon, fliegt uns gerade um die Ohren. In dieser Hinsicht finde ich es ganz wichtig, dass wir einen ehrlicheren, offeneren und wirklichen Dialog führen, in dem wir uns auch wirklich begegnen. Das setzt aber voraus, dass wir ehrlich zueinander sind. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Claudia Ravensburg: Frau Tekkal, ganz herzlichen Dank für Ihren sehr eindrücklichen Vortrag. – Als letzten Anzuhörenden dieses Blocks begrüße ich jetzt Herrn Thomas Volk von der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Herr **Thomas Volk:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe jetzt in der Tat eine schwierige Aufgabe, nachdem Frau Tekkal mit bewegenden Worten gesprochen hat und weil ich als Letzter vor der Pause sprechen soll. Ich versuche aber, mich kurzzufassen und doch noch einiges aus der Perspektive der Politikberatung darzulegen.

Wenn wir uns die islamistischen Bewegungen, die derzeit auf der Welt agieren, anschauen, sehen wir die Schabab-Miliz in Somalia, wir sehen die Boko Haram in Nigeria, die Hisbollah im Libanon, die Hamas im Gazastreifen, wir sehen die Al-Quaida, wir sehen zuletzt den Islamischen Staat. All dies sind Organisationen, die sich auf den Islam berufen und im Namen dieser Religion Schreckliches begehen. Es lohnt sich also noch mal, deutlich vor Augen zu führen: Was ist Islamismus, und welche Definition kann dafür herhalten?

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und auch der Länder nutzen dafür seit einigen Jahren eine sehr zutreffende und auch sehr aussagekräftige Definition – ich zitiere –:

Islamismus beginnt dort, wo religiöse islamische Gebote und Normen als verbindliche politische Handlungsanweisungen gedeutet werden. Islamismus ist eine politische Ideologie, die einen universalen Herrschaftsanspruch erhebt und mitunter Gewaltanwendung legitimiert, um als „islamisch“ definierte Ziele umzusetzen.

Das heißt – ganz wichtig –, es geht dabei um eine politische Ideologie, die sich allerdings sehr wohl in ihren Grundfesten auf islamische Gebote und Normen beruft. Wir sprechen beim Islamismus von einem Phänomen des 20. Jahrhunderts. Die 1928 von Hassan al Banna in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft ist im Grunde die erste Form des tatsächlichen islamistischen Verbandes bzw. der ersten islamistischen Organisation, und gleichwohl muss – und das haben einige meiner Vorredner bereits betont – zwischen einem gewaltorientierten und einem friedlichen Islamismus unterschieden werden.

Während die Verfassungsschutzbehörden in Deutschland von mehr als 44.000 Personen sprechen, die dem islamistischen Personenpotenzial in Deutschland zuzuzählen seien, ist der überwältigende Teil dieser Gruppe den sogenannten Legalisten zuzurechnen, also der Gruppe, die Gewalt ablehnt, allerdings eine islamistische Ideologie vertritt. Das beste Beispiel hierfür ist sicherlich die Millî-Görüş-Bewegung, die auch unter Beobachtung der Verfassungsschutzbehörden steht, wenn auch nicht mehr von allen. In Hamburg gibt es derzeit Lockerungen, was die Beobachtung der Millî Görüş angeht. Aber immerhin handelt es sich nach der DITIB sozusagen um den zweitgrößten Verband an Moscheeträgern in Deutschland.

Wenn wir uns die Frage nach der tatsächlichen theologischen Begründung verdeutlichen – und dafür bin ich nun einmal Islamwissenschaftler, um immer wieder in die Quellen zu schauen –, so hat Herr Prof. Khorchide zu Recht angesprochen, dass es hier durchaus Legitimationsgrundlagen gibt, die Islamisten dazu verleiten können, die Religion zu pervertieren und zweckzuentfremden, um im Grunde Gewalt im Namen des Islam zu rechtfertigen.

In 28 Versen im Koran kommt an unterschiedlichen Stellen – insgesamt 35 Mal – der Begriff „Dschihad“ zumindest in seiner Wurzel in verschiedenen Bedeutungen vor, der nicht, wie oft medial benutzt, als Heiliger Krieg übersetzt werden kann, sondern als Kampf, Bemühung, Selbstanstrengung hin auf den Weg zu Gott. Zeitgleich unterscheiden doch die meisten Islamwissenschaftler und islamischen Gelehrten zu Recht zwischen einem kleinen und einem großen Dschihad. Der große Dschihad, der eine tatsächlich allgemeine, auch individualisierte Pflicht eines jeden Gläubigen ist, ist die Selbstanstrengung hin auf dem Weg zu Gott, sei es durch Fasten im Fastenmonat Ramadan, sei es durch sonstige Enthaltensamkeit. Der kleine Dschihad wiederum, der tatsächlich im Sinne von kriegerischer Auseinandersetzung und physischer Gewalt verstanden werden kann, ist keine individualisierte, sondern eine kommunale Pflicht.

Dazu existiert eine ganz interessante Tatsache: Im Zusammenhang mit den Schreckens-taten des Islamischen Staates haben sich 126 muslimische Gelehrte im September 2014 in einer gemeinsamen Stellungnahme gegen die Taten des Islamischen Staates ausgesprochen und dabei auch in einem ausführlichen Katalog aufgelistet, wo die Fehlinterpretationen des Islamischen Staates liegen würden.

Gleichwohl wurde auch ganz deutlich die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Dschihad-Varianten ausgeführt und selbst das ordentliche Benehmen im Dschihad geregelt. Und so heißt es an einer Stelle dieses Textes der muslimischen Gelehrten – und es gibt bekanntlich keine letzte, autoritative Instanz im Islam; ich zitiere –:

Der Grund für den Dschihad ist das Kämpfen der Muslime gegen all jene, die gegen sie kämpfen. Weder ist es das Kämpfen gegen friedlich Gesinnte noch gegen jene, die nicht gegen sie vorgegangen sind.

Ende des Zitats. – Da es nun aber keine im Islam verankerte und schon gar nicht den Kirchen vergleichbare Institutionen gibt, kommt jedem einzelnen Gläubigen doch eine enorm große Verantwortung in der Auslegung der Schriften und vor allem in der Auslegung, wann nun die Gemeinschaft der Muslime, die Umma, unter Angriff stehen würde, zu.

Da es zeitgleich im Islam ein Verbot des Abbildes des göttlichen Antlitzes oder auch des Propheten Mohammed gibt, kann also schon das Abbild des Propheten als Beleidigung und von wenigen auch als Angriff gegen die Gemeinschaft der Muslime verstanden werden und somit zum Ausrufen des kleinen Dschihad führen. Was wir im Grunde jetzt bei vielen erleben, die Bilder oder Satire und Karikatur als Angriff empfinden, kann hier auch seine Ursachen finden. Es gilt dennoch, zu betonen, dass im Falle des Angriffes der muslimischen Gemeinschaft diese 126 muslimischen Gelehrten daran festhalten, dass der Dschihad als kommunale Aufgabe, nicht als individualisierte, als eine tugendhafte Pflicht der Muslime gelte.

Wenn wir nun also über den Salafismus als einer besonderen Form des Islamismus sprechen, so gilt es auch hier – Herr Prof. Fuess hat das bereits eindrücklich dargelegt –, zu differenzieren. Der Salafismus selbst und, wie gesagt, das Nacheifern nach dem Vorbild der Prophetengefährten und der ersten drei Generationen sind per se erst einmal keine problematische Sache. Ich spreche daher eher von einer neosalafistischen Ausprägung, die wir derzeit erleben und die viel radikaler tatsächlich bedingungslos der als nostalgisch gezeichneten Zeit des Goldenen Zeitalters um den Propheten Mohammed herum nacheifert. Wir sehen einen deutlichen Trend dieser neosalafistischen Bewegungen – seit 2011 in den Verfassungsschutzberichten überhaupt als eigenes Phänomen aufgelistet – mit einem erheblichen Anstieg in Deutschland. 2011 gab es noch geschätzt 3.800 diesem neosalafistischen Milieu zugehörigen Personen, und Ende 2014 sprach der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Maaßen bereits von mehr als 7.000 salafistischen Personen, die in Deutschland tätig sind. Wir wissen, dass circa 10 % der etwa 30 000 sich dem IS angeschlossenen Kämpfer aus europäischen Staaten kommen sollen; davon stammen etwa 500 bis 600 aus Deutschland.

Im Kern dieser neosalafistischen Generation steht meiner Meinung nach ganz eindeutig das Konzept einer ethnizitätsblinden Umma – die Umma als die Gemeinschaft aller Muslime und ethnizitätsblind daher, weil es eben nicht mehr entlang ethnisch-kultureller Linien und auch nicht mehr entlang der Herkunftslinien der Großeltern oder Urgroßeltern organisiert ist. Vielmehr wird jeder Einzelne – völlig irrelevant, welcher Herkunft er ist – zu einem Pionier, zu einem wichtigen Teil dieser islamistischen Avantgarde, wenn er bedingungslos der salafistischen Ideologie Folge leistet.

Dabei spielt ganz zentral auch die Sprache eine Rolle. Wenn wir uns anschauen, wie Pierre Vogel und Ibrahim Abou-Nagie sprechen, beide im neosalafistischen Milieu als Paradebeispiele gefeierte Imame, aber auch Denis Cuspert, der aus Berlin nach Syrien Ausgewanderte, der dort jetzt wesentlich für die Internetpropaganda auf deutscher Seite verantwortlich ist, sehen wir, dass dabei immer wieder die deutsche Sprache eine zentrale Rolle spielt. Denn viele gerade der dritten Generation sind oftmals weder des Türkischen noch des Arabischen noch des Bosnischen mächtig. Daher sind diese deutschen Ansprachen der salafistischen Imame, geschickt mit einem Jugendjargon ausgestattet, für dieses Milieu von entscheidender Bedeutung.

Es wäre daher im Zweifel auch zu überlegen, ob langfristig in den Moscheegemeinden in Deutschland die Predigten nicht tatsächlich auf Deutsch abzuhalten wären, sodass tatsächlich jeder – unabhängig von seiner ethnischen Herkunft – den Predigten problemlos folgen könnte und nicht, wie zum Beispiel bisher der Fall in DITIB-Moscheen, die Predigten nach wie vor auf Türkisch abgehalten werden.

Zu den weiteren Empfehlungen zählt – damit komme ich zum Schluss – unsererseits eindeutig die Ausweitung der historisch-kritischen Koranexegese in der islamischen Theologie. Die vier Standorte für islamische Theologie wurden benannt. Diese Standorte, die tatsächlich mit Theologen ausgestattet sind, sollten für die Politik stärker als Ansprechpartner in theologischen Fragen dienen als die Islamverbände. Bis auf die DITIB – diese wiederum ist der Ableger der türkischen Religionsbehörde Diyanet – sind alle drei anderen wesentlichen Islamverbände – der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland, Verband der islamischen Kulturzentren, VIKZ, und der Zentralrat der Muslime – keine religiösen Verbände, sondern politische Organisationsformen der Muslime in Deutschland. Deren Vorsitzende sind mehrheitlich weltliche Akteure, die keinerlei theologisches Studium des Islam aufweisen. Das heißt, die richtigen Gesprächspartner sind die Theologen

an den islamischen Standorten in Deutschland und nicht die Islamverbände, zumal dort wiederum im Islamrat die stärkste Gruppe die islamistische Millî Görüş ist oder auch der Zentralrat der Muslime stark von den Muslimbrüdern dominiert werden. Neun der 24 Mitgliedsorganisationen des Zentralrats der Muslime sind ganz eindeutig islamistische Organisationen, die der Muslimbruderschaft zuzuordnen sind.

Zum Schluss möchte ich natürlich auf das in Hessen seit einem Jahr bereits durchgeführte Angebot des Islamunterrichts an Schulen hinweisen. Hier stellt sich allerdings auch wieder die Frage: Mit wem spricht man? Welche tatsächlichen Ansprechpartner hat man? In Hessen ist es die Ahmadiyya-Gemeinde, die jetzt auch den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt bekommen hat. Bei der DITIB wiederum ist doch ein sehr starker Einfluss des sunnitischen Islams hanafitischer Rechtsschule zu bemerken, wovon sich wiederum Aleviten, aber zum Beispiel auch schiitische Muslime nicht angesprochen fühlen. Auch hier stellt sich die Frage, wie genau das Kurrikulum des Islamunterrichts letzten Endes ausgestattet ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Horst Klee: Schönen Dank, Herr Volk. – Wir sind damit in der nächsten Frageunde. Als Erstem erteile ich dem Kollegen Bauer das Wort.

Abg. **Alexander Bauer:** Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Hafeneger. Er hat sich in seiner Darstellung schwerpunktmäßig auch um die entsprechenden Möglichkeiten bemüht, den Radikalisierungstendenzen frühzeitig entgegenzutreten. Meine Frage ist: Was ist denn mit den Personen, die sich bereits radikalisiert haben? Welche Möglichkeit der Ansprache hat man für solche Personen, die schon in einem fortgeschrittenen Stadium sind?

Meine nächste Frage richtet sich an Herrn Volk. Sie hatten eben dargestellt, dass es sehr differenzierte islamische Anschauungen im Islam insgesamt gibt. Vorhin gab es den Hinweis, dass es sinnvoll wäre, Lehrpersonal einen Leitfaden über Grundkenntnisse des Islam an die Hand zu geben. Wie schätzen Sie das ein, dass so etwas von der islamischen Seite selbst erarbeitet werden kann und auch auf breiten Konsens stößt?

Abg. **Holger Bellino:** Die erste Frage hat mir der Kollege Bauer vorweggenommen. Insofern sparen wir Zeit. Ich würde aber Herrn Prof. Hafeneger gerne fragen, ob er das Stichwort „Familienbegleitung“ – ich hatte mir notiert, dass Sie gesagt haben, da könne man auch viel tun, unabhängig von der Schule – noch etwas untermauern kann und uns noch etwas aufschlauen kann.

Meine zweite Frage richtet sich an Frau Tekkal. Ich hoffe, dass ich das einigermaßen richtig ausgesprochen habe. Das geht mir mit meinem Namen ähnlich.

(Zuruf)

– Ja, ja. – Sie haben gesagt, wir brauchen einen fairen und offenen Dialog. Ich hätte gerne noch ein bisschen erläutert, wie man das anreichern kann.

Abg. **Ismail Tipi:** Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Meine erste Frage richtet sich an Herrn Prof. Dr. Müller. Wir haben heute schon mehrfach über diese Differenzierung der Salafisten gesprochen, nämlich den – in Führungsstrichen – „gemäßigten“, politischen Salafisten und Dschihadisten und den gewaltbereiten Salafisten.

Ist Salafismus allgemein eine Gefahr für unseren demokratischen Rechtsstaat und für unsere Verfassung? Denn Salafismus will ja nur eines: Scharia, und alles andere, was ich aufgezählt habe, gilt für sie nicht. Deswegen stellt sich die Frage: Ist Salafismus eine allgemeine Gefahr für unsere Grundwerte und unsere Gesellschaft?

Die nächste Frage richtet sich an Herrn Dr. Ghadban. Wie stehen eigentlich die Chancen für einen eigenständigen europäischen Islam? Wie bindet man die muslimische Gesellschaft am besten ein, und zwar ohne die, wie Sie gesagt haben, offiziellen Dachverbände und Organisationen, die eigentlich nur einen geringen Teil der Muslime erreichen, wie wir heute von Ihnen gehört haben?

Meine nächste Frage richtet sich an Frau Tekkal. Ich war sehr betroffen davon, dass Sie und insbesondere Ihre Glaubensbrüder dieses Leid unter der salafistischen Gesinnung in Syrien ertragen mussten. Was dort an Unmenschlichkeit passiert, das kann man, glaube ich, nicht in Worte fassen. Es gibt ein Sprichwort im Türkischen, das sinngemäß sagt: Feuer brennt dort, wo es hinfällt. – Ich kann Ihren Schmerz sehr gut verstehen.

Was muss Politik überhaupt tun, damit in Zukunft weiterhin kein Mensch mehr weinen muss? Was muss Politik Ihrer Meinung nach tun, damit Mütter und Väter nicht um ihre Kinder weinen müssen? Was muss Politik, was müsste unsere Gesellschaft machen, damit diese Gefahr des Salafismus nicht zur größten Bedrohung für unseren inneren Frieden, für unsere Gesellschaft, für unsere Demokratie und Verfassung wird?

Abg. **Wolfgang Greilich:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Ghadban und an Herrn Volk, die anknüpft – ich muss ganz kurz ausholen – an das, was wir im Laufe des Vormittags schon zum Thema „Religionsunterricht, Ausbildung von Religionslehrern für bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht“ gehört haben. In diesem Zusammenhang komme ich auf Ihre Hinweise darauf zu sprechen, dass die bekannten muslimischen Verbände nur in eingeschränktem Maß Repräsentanten der 4,5 Millionen Muslime in Deutschland sind.

Die spannende Frage, die sich stellt, ist: Wer ist denn der richtige Gesprächspartner? Ich verweise darauf, dass es gerade in diesen Tagen auch eine kritische Stellungnahme verschiedener Religionswissenschaftler gab, die in der Lehrerbildung tätig sind und die letztlich auch darauf hingewiesen haben, dass die Verbände nicht unbedingt die Ansprechpartner für die Gestaltung eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts sind. Auf der anderen Seite haben wir nun einmal nur eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die bislang als Ansprechpartner im islamischen Glaubensbereich zur Verfügung steht.

Was sind Ihre Vorschläge? Wie sollen wir es denn organisieren im Lichte der Verfassung und des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht, der mir wichtig zu sein scheint insbesondere im Hinblick auf religiöse Bildung? Bildung ist bekanntlich die Grundlage dafür, Irrungen und Wirrungen entgegenzutreten zu können.

Abg. **Barbara Cárdenas**: Danke schön, Herr Vorsitzender. – Ich habe an mehrere Vortragende Fragen, und zwar als Erstes an Frau Dr. Kanbiçak. Nach Ihren schriftlichen Ausführungen ist die Lehrerausbildung eine ganz entscheidende Weiche bei der Prävention radikaler Einstellungen. Was muss Ihrer Ansicht nach allgemein und insbesondere in Hessen geändert werden?

Dann habe ich zwei Fragen an Herrn Dr. Müller von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Inwieweit tragen die Kriege im Irak, in Afghanistan, in Palästina, in Syrien und die westliche Beteiligung daran zu einer Radikalisierung in Deutschland bei?

Sie haben gesagt, Änderungen im Strafvollzug seien notwendig. Wir wissen – das war auch Thema eines gestrigen Fernsehbeitrages –, dass auch eine starke Radikalisierung im Strafvollzug stattfindet. Welche Notwendigkeit von Änderungen sehen Sie im Strafvollzug, um solche Radikalisierungsprozesse zu verhindern? Wie können die konkret aussehen?

Dann habe ich noch zwei Fragen an Herrn Hafeneger von der Uni Marburg. Wie sieht das mit der Gefängnisrekrutierung aus? Wie kann man sich das vorstellen? Was kann man dagegen tun, damit die Gefängnisse in der Hinsicht genutzt werden?

Sie haben rechte Kameradschaften mit dschihadistischen Strukturen verglichen. Deshalb stellt sich für mich die Frage: Worin bestehen hier die Ähnlichkeiten bzw. die Gemeinsamkeiten? Wie muss man sich das vorstellen?

Meine letzte Frage richtet sich an Herrn Volk von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie haben dargestellt, dass man den Neosalafismus vom anderen Salafismus unterscheiden muss. Welche Konsequenzen hat das aus Ihrer Sicht für die Politik? Wie müssen wir damit umgehen, um dem entsprechend Rechnung zu tragen? – Danke schön.

Abg. **Jürgen Frömmrich**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Frau Cárdenas hat gerade in Richtung von Herrn Hafeneger eine Frage zur Sozialisation von Jugendlichen gestellt. Danach wollte ich auch fragen, aber das hat sich dann erledigt.

Die zweite Frage würde ich gerne an Herrn Ghadban stellen. Sie haben am Ende Ihres Vortrags, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, so schön gesagt: Wer schützt die Muslime vor den Verbänden? – Das ermuntert zwar in einer solchen Anhörung zum Schmunzeln, gleichwohl möchte ich darauf hinweisen, dass wir an verschiedenen Punkten auch darauf aufmerksam gemacht werden, dass Bildung und Religionsunterricht ein wichtiger Schlüssel sind, dass es also verschiedene Aspekte gibt, anhand derer wir sozusagen auf junge Menschen und Jugendliche insbesondere in ihrer Prägungsphase einwirken können. Darüber hinaus müssen wir darauf achten, dass wir die richtigen Wege gehen.

Wenn man die These „Wer schützt die Muslime vor den Verbänden?“ anführt, wer ist dann aber für uns der Ansprechpartner für diese Prozesse und für das Entwickeln solcher Kurrikula? Vorhin wurde bereits darüber gesprochen, einen Leitfaden über den Islam zu entwickeln. Dafür müssten wir jedoch einen Ansprechpartner haben. Wer ist in dem Zusammenhang unser Ansprechpartner, und wie bekommt man so etwas dann verfasst?

Vorsitzender Horst Klee: Es gibt jetzt keine weiteren Fragen mehr. – Frau Tekkal.

Frau **Düzen Tekkal:** Ich möchte erst einmal die zweite Frage von Herrn Tipi beantworten, was man zumindest in Deutschland konkret gegen den Salafismus tun kann. In dem Zusammenhang möchte ich ein konkretes Beispiel anführen.

Vor wenigen Monaten, als der IS-Terror begann, hat zum Beispiel Pierre Vogel in einer Videobotschaft Jesiden dazu aufgerufen, zum wahren Glauben zu konvertieren. Das habe ich als persönliche Schmach empfunden. So ging es vielen Jesiden. Daraufhin habe ich mich auch bei führenden Politikern erkundigt und gefragt: Kann ich den wegen Volksverhetzung anzeigen? – Mir wurde jedoch davon abgeraten und gesagt, er bekomme dann nur eine Bühne, und im Grunde genommen sei es dann kontraproduktiv, weil er sich dann darüber definieren würde. Ich hätte in dieser Hinsicht eigentlich keine Möglichkeiten.

Dahin gehend würde ich einfach vorschlagen, dass wir überlegen, welche rechtlichen Grundlagen zu schaffen sind, um dem besser Einhalt gebieten zu können. Denn andererseits gibt es entsprechende Gesetze, und wenn man diese richtig anwendet, kann auch etwas dabei herkommen, zumindest ist das mein Gefühl. Ich denke, diese Leute, deren mediale Offensive wir gerade erleben, sind keine Leute, von denen wir erst seit zwei Tagen wissen, dass sie unseren Rechtsstaat gefährden, sondern jetzt reagiert man möglicherweise anders, und dafür braucht es noch nicht einmal neue Gesetze. Das heißt, man sollte in dieser Hinsicht vielleicht konsequenter handelt. Natürlich muss man sich dann auch wieder über das Thema „Vorratsdatenspeicherung“ Gedanken machen. Hierbei wird natürlich wieder das Argument angeführt, dass das nicht für alle gilt. Das muss es auch nicht, aber in dem Moment, in dem es einen Anfangsverdacht gibt und man weiß, dass in diesen Kreisen verkehrt wird, kann man das doch aus eigenen Sicherheitsgründen in Anspruch nehmen, ohne dass das naiv klingen soll. Das wäre mein Ansatz.

Als Nächstes möchte ich auf die Frage der offenen Begegnung zu sprechen kommen. Damit meinte ich im Grunde genommen, dass ich das Gefühl habe, dass der Dialog immer noch zu unehrlich ist. Es gibt immer noch so viele Vorurteile auf beiden Seiten, die dann auch nicht ausgesprochen werden, sondern sich zum Beispiel eher in Bewegungen wie Pegida ausdrücken. Man merkt, man muss immer sensibler sein. Das heißt, wenn ich „Islamkritik“ – in Anführungsstrichen – äußere oder mir bestimmte Dinge eben nicht passen, dann bin ich ganz schnell im Pegida-Fahrwasser. Umgekehrt bediene ich dann wiederum die eine Seite.

Ich denke, in dieser Hinsicht ist eine gesellschaftliche Mitte gefragt. Deshalb würde ich zum Beispiel auch mit Angela Merkel d'accord gehen, die sagt, dass man sich auf die eigenen Werte rückbesinnen und fragen muss: Wie sehen diese Werte aus? Was muss man diesem Kämpferischen gegenhalten? Denn Kuschen bringt herzlich wenig. Man sollte sich selber vielleicht auch einmal fragen: Wer bin ich eigentlich, und was sagt das über meine Rolle als Deutscher aus, wenn ich dem nichts entgegensetzen kann?

Mein Appell ist ganz klar, nicht immer gleich die Schiene zu fahren: Ich werde doch jetzt nur so behandelt, weil ich Kurdin, Türke, was auch immer bin. – Das muss komplett verschwinden. Vielmehr sollte man den Leuten beweisen, dass man mit Migrationshinter-

grund durchaus Leistungsträger sein kann und dass das keine Ausnahme darstellt. Damit führen wir diese ganze Diskussion ad absurdum.

Herr **Prof. Dr. Hafeneeger**: Ich fange in Stichworten einmal mit der letzten Frage an: Strukturähnlichkeiten, Gemeinsamkeiten, rechtsextreme Szene, Kameradschaften, salafistische und extremistische Kultur – das sind zumindest mal fünf Überschriften. Beide Richtungen bieten so etwas wie eine eigene Lebenswelt an, in die man möglicherweise totalisierend hineinkommt. Am Ende der Radikalisierung ist das sozusagen noch die einzige Lebenswelt, in der man sich befindet und in der man sozialisiert wird. Man macht schließlich keine anderen Lebenserfahrungen mehr im normalen Leben.

Zweiter Punkt. Eine ideologisch-hermetische Welt, die relativ einfach, binär sozusagen die Welt codiert: Gut – Böse, zugehörig – nicht zugehörig und so weiter und so fort.

Drittens. Das Führerprinzip. Die Delegation der Identität sozusagen an eine autoritäre Führungsfigur, der man bedingungslos folgt. Man ist sogar am Ende dieses Radikalisierungsprozesses gänzlich bereit, aus dem bürgerlichen Leben bzw. Lebensentwurf auszuweichen, aus Schule, Beruf, Arbeit, Geldverdienen. Man lebt nur noch totalisierend in dieser Community, in dieser Kultur, in dieser radikalisierten Lebenswelt.

Der vierte Aspekt ist die Gewaltsozialisation. Darin inbegriffen sind die Gewaltakzeptanz, die Gewaltbereitschaft bis hin zur Gewaltanwendung und die gewaltsame Opferung des eigenen Lebens. Es gibt schon eine Reihe von Strukturähnlichkeiten, die dann auch für Gegenstrategien von Bedeutung sind.

Zu der Frage Haft und Inhaftierung möchte ich einen Aspekt benennen, nämlich die Bedeutung von religiös kompetenten Personen und deren Begleitung während der Inhaftierungszeit als interessante Erwachsene, die man annimmt und die einen sozusagen sowohl in der Haftzeit als auch im Leben danach begleiten. Das wird ein ganz zentraler Punkt sein. Wenn man keine anderen Erwachsenen kennenlernt, die einem etwas anzubieten haben in Bezug auf den Wertehorizont, aber auch in Bezug auf die weitere Lebensplanung, dann wird man möglicherweise in seiner Sozialisation und Kultur mit den Mitgefangenen bleiben. Das ist neben den Sicherheitsfragen, ob man zum Beispiel diese Häftlinge trennen soll, nur ein Aspekt. Das sind im Moment die weiteren Diskussionen.

Eine Berliner Familienberatung bzw. Familienbildung. Ich fände es gut, wenn erst einmal auf der allgemeinen Ebene überprüft würde, was die Volkshochschulen bzw. was die Zivilgesellschaft mit ihren Bildungsprogrammen macht. Gibt es hier einen Aspekt, der sich ganz gezielt mit religiösen Fragen, mit Sozialisationsfragen, Religion und dem Aufwachsen in unserer Kultur beschäftigt und dies relativ breit angeboten als ganz zentralen Programmpunkt in die Bildungsarbeit hineinnimmt?

Der zweite Punkt wäre – und ich denke, dazu bietet das neue Netzwerk in Hessen auch einiges an – der Zugang zu den Familien. Es geht darum, die Familien aufzusuchen und sie nicht alleinzulassen, sobald man irgendwelche Entwicklungen und Probleme wahrnimmt. Die Familien brauchen eine Adresse, an die sie sich wenden können.

In unserem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Marburg – sehr verkürzt formuliert – gehen mittlerweile Dutzende von Anrufen von Eltern ein, die uns zum Teil

hilflos mitteilen: Meine Tochter, mein Sohn ist in einer Entwicklung. Ich beobachte das etwas. Im Zimmer hängt eine Reichskriegsflagge, und auf einmal bringt er ganz neue Freunde mit. – Wohin wenden sich diese Eltern? Mittlerweile bekommen wir Dutzende von Anrufen von Eltern, die um eine Beratung bitten. Das heißt, die Strategie muss sein: Die Eltern müssen wissen, wo sie sich hinwenden, wenn sie Entwicklungen bei ihren Kindern wahrnehmen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt – das ist heute deutlich geworden – ist eine viel bessere Qualifizierung der Multiplikatoren, die mit Familien und Jugendlichen zu tun haben. Auch im Rahmen des Rechtsextremismus haben wir gute Erfahrungen beispielsweise in der Qualifizierung von Jugendfeuerwehrwarten, von Jugendgruppenleitern im Sportbereich gemacht. Es geht darum, dass diese Multiplikatoren in der Zivilgesellschaft von Anfang an bestimmte Entwicklungen wahrnehmen, zum Beispiel: Es wird ein Hakenkreuz gemalt, es wird ein Witz erzählt, es wird Musik mitgebracht. – Nimmt man das überhaupt wahr? Erkennt man solche sensiblen Phänomene am Anfang einer Entwicklung?

Zentral sind also Sensibilisierung, Qualifizierung und natürlich sehr differenzierte Strategien, um damit umzugehen.

Es gibt natürlich auch Entwicklungen, wo wir pädagogisch und therapeutisch keinen Zugang mehr haben. Am Ende einer Entwicklung, wenn es sich um hermetische Welten handelt, ist es nur noch eine Frage der Kontrolle und auch des Kontrolldrucks der Polizei, und möglicherweise folgt dann die Konfrontation mit Polizei und Justiz bis zur Inhaftierung. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Aber die Frage ist: Wann nehmen wir präventiv und intervenierend zur Kenntnis, wenn Anfangsentwicklungen vorliegen? Anfangsentwicklungen bedeuten neue Freunde, neue Kleider, mit den Eltern wird nicht mehr geredet, den Eltern werden Vorwürfe gemacht, im Kontext von Rechtsextremismus werden Hakenkreuze gemalt und wird Musik abgespielt, es wird auf einmal eine andere Flagge aufgehängt.

Hierbei spielen je nach Entwicklung und Radikalisierungsprozess in die Szene hinein eine sehr differenzierte Sensibilisierung und Intervention eine Rolle. Aber ab einem bestimmten Punkt erreichen wir eine kleine Gruppe von Radikalisierten pädagogisch und therapeutisch nicht mehr, sondern nur über Justiz, Polizei und Maßnahmen der Sicherheitspolitik.

Herr **Dr. Ralph Ghadban**: Die drei Fragen haben eines gemeinsam, nämlich die Frage nach dem Ansprechpartner. Wenn die Verbände nicht geeignet sind, wie soll die Politik dann handeln? – Das ist eine berechtigte Frage.

Die dritte Frage bezog sich auf die Äußerung zum Schutz der Muslime. Das wurde als Gag verstanden. Es ist aber kein Gag oder Scherz, sondern das ist ernst gemeint. Ich nenne Ihnen ein Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung. Ich bin schließlich seit Jahrzehnten in dem Bereich auf allen Ebenen tätig, und zwar nicht nur theoretisch.

Wenn ein junger religiöser Muslim eine Frage hat, geht er zum Beispiel in die Moschee und fragt einen Imam: „Wie soll ich mich in diesem Fall verhalten?“ Daraufhin holt der Imam uralte Bücher aus dem Mittelalter heraus und sagt ihm, die Gelehrten würden dies und jenes sagen. In einer anderen Moschee bekommt er eine Fatwa der

salafistischen Imame – davon gibt es jede Menge –, es sei denn, der junge Mann findet diese Antworten direkt im Internet. Das heißt, ob Traditionalist oder Salafist, beide gehen nicht auf seine Bedürfnisse ein.

Jetzt will die Politik das lösen und strebt einen Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 an. Art. 7 Abs. 3 für den bekenntnisorientierten islamischen Unterricht setzt voraus, dass es Ansprechpartner gibt. Anstatt sich in diesen Bereich einzumischen, gibt es den Rechtsweg. Insbesondere in Hessen haben wir gesehen, wie die Ahmadiyya diesen Rechtsweg gegangen ist und Erfolg gehabt hat. Das ist ein offener Weg in unserer Demokratie. Das sollte der einzige Weg bleiben. Alle anderen Versuche sollte man lassen. Die bringen nichts und sind illegal.

Es wurde gesagt, in Hessen gibt es die DITIB, die die Voraussetzung mehr oder weniger erfüllt. Das Hauptproblem bei DITIB, die den traditionellen Islam vertritt, liegt darin, dass sie sehr eng mit dem türkischen Staat verbunden ist. Das muss man lösen. Da kann die Politik intervenieren, aber der Rest ist eine Verfassungsangelegenheit.

Was macht man, bis es soweit ist und diese Gemeinschaften das Problem selbst lösen? – Wir haben in verschiedenen Ländern bereits Initiativen für die Islamkunde eingerichtet. Die Islamkunde liefert schon Informationen. In Hamburg gibt es eine andere Version eines gemeinsamen Religionsunterrichts der drei Religionen. Diese sind alle im Vorfeld und haben ihren Sinn. Für diese Leute gibt es schon eine Imamausbildung. Diese Imame können in Zukunft, wenn die Religionsgemeinschaften anerkannt sind, auch diese Aufgabe übernehmen.

In Nordrhein-Westfalen erleben wir gerade die Situation, dass für den Religionsunterricht Beiräte errichtet worden sind, in denen die Verbände sitzen und – das ist wie in der Inquisition – die säkularen Muslime fragen: Besuchen Sie eine Moschee? – Und wer hat die Moscheen? – Die Verbände. Das heißt, sie zwingen sie Mitglieder ihrer Verbände zu werden, und das kann hier in Deutschland nicht sein. Das können wir nicht akzeptieren. Manche können das vielleicht, aber im Allgemeinen kann man das nicht tolerieren.

Das sind die vorhandenen Möglichkeiten, und sie sind real. Das ist keine Illusion. Es dauert vielleicht etwas länger, aber Religionsfragen – das möchte ich wiederholen – sind keine Angelegenheit der Politik. Es ist eine Angelegenheit der Religionsgemeinschaften. Ich lehne es gründlich ab, dass irgendwelche Politiker mir sagen, wie ich glauben soll. Die Politik hat nur eine Abwehrfunktion. Wenn ich an Sachen glaube, die gefährlich sind, dann sagt die Politik: Halt, junger Mann – na gut, so jung bin ich nicht mehr –, das ist gegen unsere Verfassung und unsere Menschenrechte. – Das ist ihre Rolle. Das ist negativ und nicht aktiv.

Frau **Dr. Weipert-Fenner**: Ich würde gerne auf die Frage nach der Rolle der Kriege im Nahen Osten und der westlichen Beteiligung antworten. Ich bin sehr dankbar für diese Frage, weil wir im Prinzip die ganze Zeit den deutschen Kontext dieser Mobilisierung von Salafisten diskutieren, und eigentlich beschäftigt uns auch die Frage der ausländischen Kämpfer, die aus Deutschland ausreisen, um in Syrien zu kämpfen. Insofern muss es auch irgendetwas mit dem Nahen Osten zu tun haben, und ich denke, es ist auch kein Zufall, dass gerade der syrische Bürgerkrieg mobilisiert wie kein anderer zuvor in diesem Spektrum.

Ich habe drei Punkte, entlang denen ich Ihnen gerne zeigen möchte, inwiefern die Kriege und die westliche Beteiligung die salafistischen Diskurse anschlussfähig machen und auch mobilisierend wirken.

Zum einen ist der Nahe Osten – das muss ich Ihnen wahrscheinlich nicht erklären – eine extrem komplexe Lage, und zwar aus internationalen, regionalen, nationalen und lokalen Faktoren und Prozessen, die wir sehen und die unglaublich schwer zu transportieren und aufgrund ihrer Komplexität schwer darzustellen sind. Ich denke, das ist der erste Grund, warum einfache Diskurse, die sagen: „Hier ist das Gute, und dort ist das Böse“, erst einmal anschlussfähig sind.

Warum betrifft das gerade die jungen Menschen? – Wir haben die Problem- und Motivationslage hier diskutiert, und ein Faktor, der mobilisierend zu wirken scheint, ist dieser Gerechtigkeitssinn, die Motivation, die Welt zu verbessern und das Gefühl: Irgendetwas stimmt hier nicht. – Wenn man auf den syrischen Bürgerkrieg schaut – das teilen wir, glaube ich, alle –, erkennt man, dass dort eine ganze Menge nicht stimmt. Es sind 200.000 Menschen gestorben, wenn nicht noch mehr. Millionen Menschen sind auf der Flucht.

Ich finde, es ist wichtig, dass wir uns bewusst machen: Hierin liegt der Grundkern einer Empörung und einer Ablehnung der Verhältnisse, die wir gemeinsam haben. Ab dann wird es natürlich sehr unterschiedlich. Aber ich denke, man sollte die Jugendlichen, die ein Problem mit der Situation vor Ort sehen, auch ernst nehmen.

Was dann für uns schwieriger wird, ist der dritte Punkt, und das sind die Widersprüche und die Dilemmata der westlichen Außenpolitik. Ich möchte hier das Beispiel der USA in der Intervention gegen den Islamischen Staat anführen. Wir sind, denke ich, alle zu Recht empört über die Gräueltaten des Islamischen Staats, aber – und das macht zum Beispiel den Diskurs der westlichen Doppelmoral so anschlussfähig – während die Amerikaner leider in Abstimmung mit Assad den IS bombardierten, erlaubte Assad, seine Angriffe auf Aleppo mit Fassbomben zu verstärken und die Kräfte zu konzentrieren.

Das ist nur ein Beispiel, anhand dessen es natürlich leicht ist, die Aussage zu generieren: Schaut her, der Westen ist antiislamistisch. Sie bombardieren den Islam, und wenn Sunniten bombardiert werden, dann hilft keiner. – Es ist natürlich viel komplexer, und es gilt, das zu erklären und einzubetten in die Dilemmata der internationalen Politik, auch warum der UN-Sicherheitsrat blockiert ist. Das hängt mit der Ukraine-Krise zusammen. Ich möchte es jetzt nicht ausbuchstabieren, aber das ist komplex, und das muss man aufarbeiten und offenlegen.

Zweiter Punkt. Deutschland kooperiert mit den Golfstaaten, unter anderem mit Saudi-Arabien. Wir haben schon gehört, das sind an sich Financiers des salafistischen Glaubens. Für die Salafisten ist das erst einmal anschlussfähig: Seht her, die Golf-Regime sind auch nur Ungläubige, die mit dem Westen kooperieren. – Aber sie treffen natürlich auch einen Widerspruch in unserer eigenen Politik, dass wir nämlich mit Regimen kooperieren, die die Menschenrechte – fangen wir bei Frauenrechten an – auch nicht akzeptieren, die sich letztendlich, insbesondere Saudi-Arabien, in einem regionalen Kampf oder einem Hegemonialkampf mit dem Iran beschäftigen, versuchen, sich gegen demokratische Transformationsprozesse zu unterdrücken et cetera pp. Also, hier haben wir auch ein Problem.

Wenn wir nach Ägypten schauen: Auch dort gibt es Ableger bzw. Salafisten, die sich zum IS bekannt haben, auch hier wird es anschlussfähig, zu sagen: Seht her, der Westen unterstützt antiislamistische Kräfte. – Ein Beispiel dafür ist General as-Sisi, der auch die Muslimbrüderschaft mit ins Boot genommen hat und hier sehr repressiv vorgeht.

Das ist hier aber nicht der Ausschuss zur Außenpolitik. Darum geht es natürlich heute nicht. Deswegen komme ich jetzt zum Schluss und möchte das Plädoyer in den Raum werfen, einmal natürlich die politische Bildung über den Nahen Osten zu verstärken, gerade weil sie für unsere innenpolitische Entwicklung relevant ist, und natürlich auch Themen wie Intervention, Waffenlieferungen durchaus kritischer und offener zu diskutieren. Das ist Aufgabe der Medien und der Politik, aber auch der politischen Bildung, derer wir uns hier ausgedehnt annehmen sollten. – Danke.

Herr **Thomas Volk**: Ich fasse mich kurz. Zunächst möchte ich auf die Frage nach den Lehrmitteln über den Islam eingehen und darauf, ob die Islamverbände daran mitwirken sollten. Ich würde davon abraten. Schließlich wurde bereits erwähnt, dass lediglich 10 bis 15 % der Muslime durch diese vertreten werden. Auch die islamische Theologie dürfte nicht der richtige Ansprechpartner für solch ein neutrales Überblickslehrmittelmaterial sein, da mehrheitlich sunnitisch geprägt. Zudem gibt es zum Beispiel noch keinen tatsächlichen Lehrstuhl für schiitische Theologie in Deutschland, allerdings wurde jetzt erstmals einen Lehrstuhl für das Alevitentum am Institut für Weltreligion der Universität Hamburg eingerichtet. Das heißt, es tut sich etwas in Bezug auf die muslimische Vielfalt.

Ich würde die Lehrstühle für Islamwissenschaft damit beauftragen bzw. dort der historisch-kritischen Koranexegeese und auch dem nichtbekenntnisgebundenen Mittel durch eine sehr kulturspezifische und vor allem linguistische Herangehensweise am ehesten zutrauen, eine tatsächlich objektive Zusammenstellung von Lehrmaterial über den Islam zu realisieren.

In Ihrer zweiten Frage hatten Sie nach Ansprechpartnern für den Islamunterricht gefragt. Herr Ghadban ist auch schon darauf eingegangen. Es könnte zukünftig so sein, dass die Absolventen der islamischen Theologie – und im Idealfall eben nicht nur der sunnitisch geprägten, sondern auch der des Alevitentums und der schiitischen Theologie – in einem gemeinsamen Gremium zusammenkommen, um Kurrikula zu erstellen, die es tatsächlich auch schiitischen und alevitischen Schülern ermöglichen, wenn sie es möchten, an diesem Unterricht teilzunehmen. Und ich würde auch ein Plädoyer dafür abgeben, jenseits der Rechtsform der Körperschaft des öffentlichen Rechts nach möglichen alternativen Organisationsformen des Islam in Deutschland Ausschau zu halten. Österreich mit seinem neuen Islamgesetz ist hier als Beispiel zu nennen.

Zur dritten Frage zum Salafismus und Neosalafismus. Man muss hier, wie gesagt, unterscheiden zwischen dem Salafismus selbst als Orientierung in der Frühzeit des Islam, die im Grunde im Jahr 855 endete, also tatsächlich der Prophetengeneration und der drei Nachfolger als etwas theologisch Unproblematischem, und der neosalafistischen Ausprägung, die für mich durchaus gravierender ist. Ich würde also ein Plädoyer an die Politik richten, inhaltlich deutlicher zu differenzieren und das Phänomen der beschriebenen ethnizitätsblinden Umma als den Kern der neosalafistischen Ideologie ernster zu nehmen, also Deutsch als Sprache innerhalb dieses Milieus.

Frau **Dr. Kanbiçak**: Ich möchte auf Ihre Frage eingehen, was sich in der Lehrerausbildung ändern müsste. Ich denke, spätestens in der zweiten Phase der Lehrerausbildung wäre es wichtig, dahin gehend zu sensibilisieren, dass die Fähigkeit entsteht, diese Multiperspektive einnehmen zu können. Denn es ist wichtig, zu wissen, woher ich mein Selbstbild, aber auch woher ich mein Weltbild beziehe.

Für Deutschland hieße das natürlich, sich mit dem Postkolonialismus und mit der Position eines postnationalsozialistischen Deutschlands auseinanderzusetzen. Das impliziert natürlich auch, zu hinterfragen: Woher kommen meine Werte – es geht hier um die Werteorientierung –, und woher nehme ich den Maßstab, was aufgeklärt ist oder was nicht aufgeklärt ist?

Ich beziehe das auf Folgendes: Wenn Sie in den Schulalltag hineingehen, dann sehen Sie, dass Lehrer, die unterschiedliche Fächer unterrichten, häufig zu vielen Themen befragt werden; sie müssen Position beziehen zu Werten und zu ihrer Weltanschauung. Deswegen ist es ganz wichtig, dass sie wissen, woher sie ihre Weltanschauung beziehen und woher die Deutungshoheit, die sie sich herausnehmen, kommt.

Das könnte dazu führen, dass sie etwas sensibler im Umgang mit den Schülern sind, die vor ihnen sitzen, und dass sie nicht von vornherein sagen: So und so ist das normal, und du musst dich hier den und den Dingen anpassen. – Wir haben es häufig mit Kollegen zu tun, die diese Sensibilität nicht haben bzw. diese vielleicht noch erlernen könnten, die den Jugendlichen dann einfach sagen: Ich vertrete hier die aufgeklärte Position des Westens, und du hörst jetzt mal auf mit deinem Glauben. Ich will dir mal erklären, dass das alles Evolutionstheorie ist und, und, und. – Da bedarf es einer großen Sensibilität und einer Aufklärung der eigenen Selbstpositionierung.

Des Weiteren ist interkulturelle Kompetenz bislang kein festes Modul, das in der Lehrerausbildung angeboten wird. Vielmehr obliegt es dem Studierenden bzw. dem Lehramtsstudenten, was er wählt oder nicht wählt. Ich halte es aber für äußerst dringend geboten, sich damit zu beschäftigen, weil nämlich der Schulalltag ein anderer ist und man nicht nur von einer homogenen Gruppe ausgehen kann.

Zudem haben wir gehört, dass interreligiöse Fragen nicht nur im Islamunterricht aufkommen, sondern sich auch im Alltag stellen. Insofern wäre es angesagt, dass alle zukünftigen Lehrkräfte die Grundlagen der Weltreligionen zumindest kennen sollten und damit auch eine gewisse Sicherheit in der Argumentation gegenüber ihren Schülern haben. Denn häufig erleben wir Situationen – heute Morgen hat das bereits irgendjemand erwähnt; ich weiß nicht mehr, wer –, in denen die Schüler irgendetwas über den Islam sagen und wobei es dann häufig um Provokation und um Grenzaustestung geht: Wie sehr kann ich jetzt den Lehrer nerven? Wie viel Aufmerksamkeit bekomme ich? Was kann ich machen? – Wir kennen das zum Beispiel von bestimmten Schimpfwörtern, die die Jugendlichen im Unterricht benutzen. Damit die Lehrer in keine Verhaltensunsicherheit geraten, wäre es unheimlich wichtig, dass sie in den Grundlagen interreligiöser Bildung ein Basispaket mitgegeben bekämen.

Als Letztes plädiere ich dafür, dass Psychologie und Pädagogik ebenfalls verpflichtende Module in der Lehrerausbildung sein sollten, und zwar nicht nur die Fachwissenschaftlichkeit, sondern wirklich eine Pädagogik, mit der sie im Unterricht auch im Hinblick auf Erkenntnisse zu gruppenspezifischen Prozessen umgehen können, damit sie nicht in diese Verhaltensunsicherheitsfallen tappen.

Herr Prof. **Dr. Müller:** Es gibt zwei Fragen, die ich beantworten sollte. Die erste Frage, ob der Salafismus im Allgemeinen eine Gefahr für die demokratische Grundordnung sei, hatte Herr Tipi an mich gerichtet. Alle salafistischen Strömungen teilen die gleiche Vermischung von Religion und politischer Ideologie, und die sich daraus ergebende politische Theologie ist mit unserer Verfassung nicht vereinbar. Die Gefahr, die sie alle in gleichem Maße darstellen, ist die Abwerbung junger Menschen von der Verfassungstreue. Das gilt für alle drei Strömungen.

Die dschihadistische bietet darüber hinaus natürlich eine konkrete Gefahr nicht nur für die demokratische Grundordnung, sondern unmittelbar für die öffentliche Sicherheit. Und das unterscheidet sie von den beiden anderen. Der politische Salafismus bietet ein langfristiges Risiko durch die Werbung von Anhängern und den Versuch, langfristig die freiheitliche Grundordnung abzuschaffen.

Demgegenüber ist bei der puristischen oder quietistischen Strömung die Gefahr relativ gering, weil sie erstens ihre Anhänger auffordert, sich gesetzestreu im Gastland zu verhalten, und zweitens der Gewalt grundsätzlich absagt und das auch ihren Anhängern predigt. Hier ist die Hauptgefahr, dass sie gewissermaßen als Einstiegsdroge für junge Muslime gilt, die von dort in die radikaleren Zweige überwandern.

Die Frage von Frau Cárdenas betraf Änderungen im Strafvollzug. Worin besteht das Grundproblem? – Das Grundproblem besteht darin, dass multiplikatorfähige Einsitzende junge Kleinkriminelle für den Dschihad werben. Die Lösung besteht offensichtlich darin, dass man in dem Moment, in dem man solche multiplikationsfähigen Personen identifiziert hat – und das sind beispielsweise Gefangene, die sich zuvor als Dschihad-Prediger hervorgetan haben, oder Veteranen, die aus Syrien, dem Irak oder sonst wo zurückkehren –, ihnen die Kommunikation unterbindet, das heißt ein gewisses Maß an Isolation auferlegt. Wie das operativ gemacht wird, überlasse ich sehr gerne den Experten. Ich erinnere mich aber sehr wohl daran, dass zu Zeiten, als die RAF-Führung in Stammheim einsaß, solche Isolationsmaßnahmen getroffen wurden. Daran wird man sich dann wohl entsinnen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Horst Klee: Schönen Dank, Herr Prof. Müller. – Wir sind damit am Ende dieser Fragerunde. Ich möchte nur bekannt geben, dass wir jetzt eine Stunde überzogen haben. – In der zweiten Runde rufe ich Herrn Prof. Dr. Wolfgang Frindte von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Kommunikationspsychologie, auf.

Herr Prof. **Dr. Frindte:** Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung. Ich möchte mich zu Beginn für die Schreibfehler in der Langfassung meiner Stellungnahme entschuldigen. Ich habe Sie wahrscheinlich auch ein bisschen überfrachtet mit vielen esoterischen Abbildungen, auf die ich aber gleich eingehen werde. Wie das manchmal so ist: Meine jungen Kollegen waren nicht da, um den Chef zu kontrollieren, also kam meine Lese- und Rechtschreibschwäche wahrscheinlich durch.

Ich möchte im Vorfeld etwas zu salafistischen und dschihadistischen Bewegungen sagen, die im internationalen Bereich als islamistischer Fundamentalismus bekannt und beforscht sind. Darüber hinaus möchte ich Ihnen die qualitativen und quantitativen Befunde der letzten Jahre aus meinem Team vorstellen.

Aber lassen Sie mich vorher noch eine andere Bemerkung machen. Ich war am Montag in Suhl und vor 14 Tagen in Dresden und habe dort erfahren müssen, dass die Angriffe auf unsere deutsche Demokratie zumindest aus meinem Blickwinkel momentan aus einer ganz anderen Richtung kommen. Ich habe also die Pegida-Leute in Dresden erlebt und die sogenannten Sygida in Suhl. Das hat mir nicht nur Sorgen bereitet, sondern das hat mir tatsächlich Angst gemacht und mich eigentlich noch mal motiviert, mich tatsächlich mit dieser Frage zu beschäftigen: Was hat denn die Religion mit dem Islamismus zu tun?

Islamistischer Fundamentalismus – ich muss das nicht wiederholen; Sie wissen das aus vielen Veröffentlichungen, in denen darüber geredet worden ist – hat zunächst etwas mit dem Islam zu tun, natürlich. Der Islam fungiert als generelle Grundlage für die gesellschaftliche Grundordnung – so ist es zumindest nachzulesen –, aber auch für das individuelle Leben. Die Tatsache, dass die Welt in Gut und Böse eingeteilt wird, findet man im islamistischen Fundamentalismus ausgeprägt, dass die Gebote und Verbote ausschließlich auf Allah und Mohammed begründet und andere religiöse Auffassungen als falsch und feindlich dargestellt und unter Umständen auch bekämpft werden.

Im Jahr 2013 hat mein Kollege Ruud Koopmans vom Wissenschaftszentrum in Berlin eine Studie vorgestellt – sechs europäische Länder waren die Zielpunkte –, und er hat gefragt, wie der religiöse Fundamentalismus in diesen Ländern ausgeprägt ist. Dabei hat er differenziert zwischen dem christlichen und religiösen Fundamentalismus und fand heraus, dass der islamisch-religiöse Fundamentalismus doch sehr weit verbreitet ist. Ich will nur zwei Zahlen nennen. Auf die Aussage, dass nur eine wahre Auslegung des Koran bindend sei oder dass die religiösen Regeln wichtiger seien als säkulare Gesetze, antworten zwischen 65 und 75 % der Muslime in sechs europäischen Ländern mit Zustimmung. Bei den christlichen Fundamentalisten sind es knapp 20 bzw. 12 %.

Was die internationalen Forschungsergebnisse angeht – und ich argumentiere als Psychologe bezüglich der Ursachen für islamistischen Fundamentalismus –, so ist das Bild sehr differenziert. Ich will darauf nicht im Einzelnen eingehen. Wir haben vor dem Hintergrund beispielsweise solcher Fragen, wie ich sie gerade aus dieser Studie von Ruud Koopmans vorgestellt habe, mehrere Untersuchungen durchgeführt und als Erstes danach gefragt, wie denn die Ausprägung dieses islamistischen Fundamentalismus sozusagen als die Vorstufe für mögliche radikale Differenzierungen bei den jungen Muslimen in Deutschland ausgeprägt ist. In diesem Fall waren es circa 750 14- bis 32-Jährige in einer anonymen Befragung und mittlerweile etwa 100 in qualitativen Interviews. Der islamistische Fundamentalismus ist bei den Sunniten viel ausgeprägter als bei den Schiiten, Aleviten oder Ahmadis. Man darf es eigentlich nicht als repräsentativ ansehen, weil es keine repräsentative Studie ist. Ich sagte, 800 junge Muslime haben wir befragt. Wenn man einmal überlegt, dass wir etwa 4,1 Millionen Muslime in Deutschland haben, dann würden 30 % von Ihnen dort hineinfallen. Repräsentativ ist es also nicht. 41 % der Sunniten, 27 % der Schiiten, 3 % der Aleviten und 21 % der Ahmadi vertreten sehr stark islamistisch-fundamentalistische Überzeugungen in unserer Stichprobe.

Dann haben wir uns gefragt: Was sind denn die Ursachen? Was könnten denn zumindest empirisch die sozialwissenschaftlich fassbaren Ursachen für solche islamistischen, fundamentalistischen Überzeugungen sein? – Dabei zeigt sich zunächst einmal das, was auch in verschiedenen Beiträgen schon angedeutet wurde. Es hat schon etwas mit dem Medieneinfluss zu tun. Starke Präferenzen für fundamentalistische Webseiten und für türkisches und arabisches Fernsehen spielen eine Rolle. Wir haben in einer anderen

Studie etwa 20.000 Stunden Fernsehnachrichten der deutschen, der türkischen und der arabischen Nachrichtensender ausgewertet. Türkische Sender waren Kanal D und TRT Türk. Arabische Sender waren die zwei großen arabischen Nachrichtensender Al Jazeera und al-Arabiya. Bei dem Vergleich mit den privaten deutschen Fernsehsendern zeigte sich schon – und es geht um die Nachrichten, die wir ausgewertet haben –, dass der Islam vor allen Dingen als Bedrohung dargestellt wird. Fast spiegelbildlich erscheint sozusagen als das Fokussierte in den türkischen und arabischen Fernsehsendern der Westen als Bedrohung. Dass der Westen differenzierter ist oder der Islam noch differenzierter sein kann, findet sich sozusagen im Fokus dieser Nachrichten nicht.

Die zweite große Erklärergruppe für diese fundamentalistischen Überzeugungen könnte man als die Rolle der Mehrheitsgesellschaft bezeichnen. Dabei geht es sozusagen auch um erlebte Diskriminierung als junger Moslem oder junge Muslima. Eine dritte Gruppe hat etwas mit der familiären Sozialisation zu tun. Der Kollege Hafener hat darüber schon gesprochen: sehr stark ausgeprägte autoritäre Überzeugungen und eine sehr stark ausgeprägte Fokussierung auf die familiären Sitten und Gebräuche. Auch die Rolle der religiösen Führer findet sich als sehr starke Ursache in zumindest diesen großen quantitativen Studien, die wir gemacht haben.

Nun kommt noch etwas ganz Spannendes hinzu. Ich habe also vier große Variablen oder Ursachengruppen genannt. Wenn man noch ein bisschen tiefer hineinschaut – und wir haben uns in den letzten Tagen diese Daten noch einmal genauer angeguckt –, findet sich etwas scheinbar Triviales, für uns Sozialwissenschaftler aber durchaus Spannendes. Denn wir finden eine Gruppe von jungen Muslimen, bei denen das Muslimsein das Ausschließliche oder, wie wir es genannt haben, die omnipräsente Identifikation mit der muslimischen Gemeinschaft ist. Das ist nicht selbstverständlich. Das wäre so, als würde ich mich ständig nur als Juden betrachten – hier bin ich als Hochschullehrer – oder vielleicht als Jenaer. Was macht diese omnipräsente Identifikation? Das ist der entscheidende Punkt. Da verschwindet die Stärke der anderen Bedingungen, von denen ich gesprochen habe, und es bleibt nur noch diese omnipräsente Identifikation übrig. Ich hatte gesagt, das sei scheinbar trivial, und ich will auch gleich sagen, warum.

Diese islamistisch-fundamentalistischen Überzeugungen haben auch etwas mit Gewaltbereitschaft zu tun, und wenn Sie in diese esoterischen Abbildungen hineinschauen, finden Sie Maßzahlen, die man vielleicht ganz vorsichtig als Prozente interpretieren kann. So könnte man also sagen, zu 17 % könnten diese fundamentalistischen Überzeugungen auch zur Gewaltbereitschaft führen. Es gibt aber sozusagen noch solche Links bzw. Vermittler. Es hat nämlich etwas mit der Wut und dem Hass auf den Westen zu tun und nach unserer Studie auch mit starken Vorurteilen gegenüber den Deutschen. Diese beiden Erklärer sind sozusagen die Mittler. Wenn diese stark ausgeprägt sind, dann verstärkt sich auch die Gewaltbereitschaft.

Wir haben auch versucht, diese jungen Leute – in dem Fall waren es 700 – zu gruppieren. Dabei findet sich eine Gruppe – das sind 87 % –, bei denen die Werte, die wir erhoben haben, relativ niedrig ausgeprägt sind. Das heißt, dieser Fundamentalismus ist bei ihnen niedrig ausgeprägt, die Vorurteile gegenüber Deutschland, Hass und Wut auf den Westen, Vorurteile gegenüber Juden – das habe ich noch hinzugenommen in Ergänzung zur Stellungnahme – und die Bereitschaft zur politischen Gewalt.

Dann gibt es eine Gruppierung – das sind etwa 11 % –, bei der der Fundamentalismus sehr stark ausgeprägt ist. Es gibt somit eine relativ hohe Gewaltbereitschaft. Dann gibt

es noch eine kleine Gruppe, und das ist, glaube ich, die spannende. Diese umfasst zumindest in unserer Gruppe nur 2 %. Da taucht der Fundamentalismus gar nicht auf, sondern nur dieser Vorurteile gegenüber Deutschland und eine relativ hohe Gewaltbereitschaft. Nun muss man feststellen und sich fragen: Das hat offenbar gar nichts mehr mit der Religion zu tun und auch nicht mit einer fundamentalistischen Ausprägung einer Religion. Wo kommt das her? Das lasse ich einmal offen. Ich habe darauf auch noch keine richtigen Antworten.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas sagen. In einem der Interviews, die wir geführt haben, sagte ein junger Mann: Ich gehe raus, und wenn ich rausgehe, sehe ich, wie jemand trinkt, und jemand macht das und das, was in meiner Religion verboten ist, dann bin ich manchmal so deprimiert und fertig, weil ich das als Einziger nicht darf, obwohl es alle anderen machen. Du bist so durcheinander zwischen den Welten. – Was sich da eigentlich zeigt, ist so etwas wie eine – so haben wir es bezeichnet – Ambivalenz zwischen der Notwendigkeit, die eigene Religiosität zu leben und gleichzeitig mit den Anforderungen der moderne fertig zu werden. Interessanterweise zeigt sich zumindest in den Interviews – ich kann es in den große Studien nicht belegen –, dass diese Ambivalenzen, gleichzeitig auch religiös sein zu wollen oder zu müssen, aber auch die positiven wie negativen Herausforderungen der Moderne akzeptieren und leben zu wollen, am besten den jungen Frauen gelingen und weniger den jungen Männern. Dafür gibt es sehr gute und nachvollziehbare Erklärungen.

Was passiert aber nun mit den jungen Muslimen, die sehr religiös sind und sich gleichzeitig mit Deutschland identifizieren? – Ein weiterer Befund aus dieser quantitativen Untersuchung zeigt – und hier gibt es tatsächlich auch wieder etwas ganz Spannendes –: Da verschwinden alle andere Erklärungen für den Fundamentalismus, und es bleibt bloß die Religiosität übrig. Diese kann sozusagen auch die Identifikation mit Deutschland noch verstärken, aber es gibt überhaupt keinen Pfad, würde ich als Sozialwissenschaftler sagen, hin zum Fundamentalismus. Mit anderen Worten: Es gibt durchaus junge Leute, die deutsch sein wollen, religiös sein wollen und gar nicht fundamentalistisch sind.

Das waren die Grundlagen, die ich am Ende der Stellungnahme angeführt habe für diese einfache These: Es gibt keinen Grund, die Religiosität der Muslime per se als problematisch anzusehen. Um einem islamistischen Fundamentalismus vorzubeugen, sind allerdings auch gesellschaftliche Initiativen notwendig, und davon ist heute schon viel gesprochen worden. Diese Initiativen können jedoch nicht nur von der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft ausgehen, sondern sie müssen auch von den Muslimen ausgehen, und sie müssen etwas fördern können, was wir Sozialwissenschaftler immer als positive bikulturelle Identität bezeichnen. Das ist jedoch schwer umzusetzen, weil es ein wechselseitiger Prozess ist. Unsere Demokratie muss Möglichkeiten und Räume schaffen, in denen sowohl eine Identifikation mit der deutschen Aufnahmekultur als auch eine weiterhin positive Bindung an die Herkunftskultur und an die eigene Religion gewährleistet sein müssen. – Ich danke Ihnen vielmals.

(Beifall)

Frau Prof. **Dr. Schröter**: Vielen herzlichen Dank für die Einladung, für die Möglichkeit, hier vor Ihnen sprechen zu dürfen. Es wird zunehmend schwieriger, jetzt noch etwas zu sagen, was nicht schon gesagt ist. Ich versuche, ein paar Lücken aufzutun und nicht von vorne anzufangen.

Vielleicht darf ich ganz kurz auf das Forschungszentrum eingehen. Wir haben das Ende des letzten Jahres aus der Taufe gehoben. Wir haben schon seit 2008 einen Forschungszusammenhang an der Goethe-Universität in Frankfurt, konkret am Exzellenzcluster „Herausbildung normativer Ordnungen“, wo wir uns mit kulturellen und politischen Dynamiken in der islamischen Welt beschäftigen, und zwar in unterschiedlichen Ländern. Wir haben erst einmal vor allem außerhalb Europas angefangen und 2011 auch eine Studie bei allen Moscheegemeinden der Stadt Wiesbaden durchgeführt; das waren 15 an der Zahl.

Unsere Methode ist eine ethnografische, das heißt, wir machen Langzeitstudien. Unsere jungen Leute sind zum Teil mehrere Jahre mit ihrer Arbeit beschäftigt, halten sich im Minimum ein Jahr im Feld auf, sprechen die Sprachen vor Ort und können mit den Leuten kommunizieren. Uns geht es dabei um die sogenannte Akteurperspektive. Das heißt, wir wollen nicht von oben auf Phänomene schauen, sondern wir wollen wissen, wie die Leute ticken, was sie eigentlich umtreibt, und gucken uns dann natürlich den Kontext an: Wie reagieren die Politik und die Gesellschaft darauf, und was passiert da eigentlich ganz genau?

Dabei haben wir festgestellt, dass Phänomene wie beispielsweise der Extremismus eigentlich 15 Jahre, bevor sie tatsächlich an der Öffentlichkeit sichtbar werden, bereits diagnostiziert werden können. Denn es gibt ein Muster, das sich überall durchzieht. Das fängt mit kleinen Gebetsgruppen an, wo Leute zusammen den Koran lesen. Insbesondere unter diktatorischen Verhältnissen, wo der politische Islam unter Druck steht, geht man gewöhnlich in diese kleinen geheimen Zirkel. Dann geht man weiter, macht sozialarbeiterische Tätigkeiten – das ist ein Feld, das der Staat vernachlässigt –, erwirbt sich dort dann die Anerkennung der Bevölkerung, und irgendwann ist man so weit, dass man tatsächlich eine zahlenmäßige Stärke hat und in die Politik gehen und dort Forderungen stellen kann. Das sind Verhältnisse, wie wir sie beispielsweise aus Nordafrika kennen, wo nach dem Arabischen Frühling in Ägypten bei der ersten, wirklich freien Wahl nach Mubarak plötzlich die Muslimbrüder die Hälfte aller Stimmen und die Salafisten ein Viertel der Stimmen hatten. Das hat hier alle gewundert, aber das müsste einen nicht wundern, wenn man das vorher etwas genauer beobachtet hätte.

Wir in unserem Zentrum sind nicht nur außereuropäisch und dann auch partikular in bestimmten Ländern unterwegs, sondern wir schauen auch: Was hat das eigentlich mit uns zu tun? Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft, und Verhältnisse in den sogenannten Heimatländern haben Auswirkungen auf uns. Überhaupt hat das, was in der islamischen Welt vor sich geht, Auswirkungen auf uns. Ich nenne nur den Konflikt zwischen Palästina und Israel oder Syrien. Das wissen Sie alle.

Aber bleiben wir einmal bei Nordafrika, bei Tunesien. Dort habe ich ein Projekt mit einer jungen Tunesierin, die darin arbeitet. Da können wir feststellen, dass zwei Aspekte – und das ist auch symptomatisch für die gesamte islamische Welt – im Fokus stehen. Der eine ist hier noch sehr wenig genannt worden, nämlich die Geschlechterverhältnisse. In jedem islamischen Land gibt es heiße Debatten um Geschlechterverhältnisse, und daran kristallisiert sich auch, wer sich in welchem Lager positioniert. Es gibt immer diejenigen, die sagen, die Frauen müssen das Kopftuch tragen, sie müssen fromm sein dürfen, es muss Geschlechtertrennung geben etc., und die anderen sagen, eine Frau kann sich anziehen, wie sie will, Frauen müssen berufstätig sein können, sie müssen partizipieren können. Das ist jetzt vereinfacht formuliert und ein bisschen schwarz-weiß gemalt. Es gibt natürlich Grautöne, aber daran entscheidet sich vieles. Deshalb würde ich auch

dafür plädieren, dass wir diese Dimension in unsere Debatte aufnehmen. Das andere ist natürlich die Frage des politischen Islam und der Gewalt.

Aus Tunesien beispielsweise sind Einwanderer durch Abwerbeabkommen in den 60er-Jahren zu uns gekommen, und zwar auch viele, die unter den Diktaturen Bourguiba und Ben Ali verfolgt waren und außer Landes getrieben worden sind. Muslimbrüder sind nach Deutschland gekommen und haben hier sozusagen die Möglichkeit gehabt, ihre Religion relativ frei auszuüben. Nach der arabischen Revolution hat sich genau mit der tunesischen Fraktion der Muslimbruderschaft, der Ennadha, etwas Bemerkenswertes ereignet. Sie sind nämlich demokratischer geworden. Warum sind sie demokratischer geworden? Sie haben in der Wahl die Mehrheit der Stimmen bekommen, und in ihrem Schlepptau haben sich unglaublich viele Radikale eingefunden. Diese Radikalen haben angefangen, Terror auszuüben, haben Universitäten besetzt, Kunstausstellungen gestürmt und zwei Politiker umgebracht und schließlich sogar eine Polizeistation überfallen und dabei einige Polizisten getötet.

Das hat eine Gegenbewegung hervorgerufen, und der Führer der Ennadha, Rachid al-Ghannouchi, den ich im Frühjahr genau dazu interviewt habe, hat gesagt: Wir haben gesehen, dass alles auf dem Spiel steht. Wir wollten keinen Bürgerkrieg und die Macht endgültig verlieren, also sind wir auf die eher säkularen Tunesier zugegangen und haben sozusagen angeboten, in einen demokratischen Dialog einzutreten. – Das ist bei den Tunesiern in Deutschland aber nicht passiert. Die hiesigen Tunesier sind, sofern sie Ennadha-nah waren, eher in diesem vordemokratischen Stadium stehen geblieben, und Jugendliche genau aus diesen Reihen – wir haben das jetzt in Wolfsburg mitbekommen – sind in den Salafismus abgedriftet. Warum sind sie abgedriftet? Weil die Ideologie, die auch die Salafisten vertreten, bereits in den konservativen Moscheen für gut geheißen und selbst vertreten wurde in Form von Schrifterzeugnissen, aber auch in Form von Predigten. Und das ist eine Sache, die ich persönlich sehr interessant finde. Das zeigte sich auch in der Studie, die wir in Wiesbaden durchgeführt haben, wo sehr klar war, in welchen Moscheen es Gefährdungspotenzial gibt, weil Ideologien vielleicht problematisch sind, und in welchen es das nicht gibt.

Auch da, muss ich sagen, gibt es zum Teil unter den Moscheevorstehern eine grenzenlose Unkenntnis dessen, was sie da eigentlich treiben. Ich erinnere an einen Fall. Hier in einer Wiesbadener Moschee haben zwei junge Leute sich nach Syrien aufgemacht und dann von Syrien aus fröhlich auf YouTube und später im deutschen Fernsehen ihre Moschee begrüßt. Der Moscheevorsteher ist natürlich aus allen Wolken gefallen, aber was ihn am meisten umgetrieben hat, war, dass seine Moschee jetzt einen schlechten Ruf bekommt. Er hat überhaupt nicht verstanden, dass es irgendetwas mit ihm zu tun haben könnte. Wenn man sich aber die Internetseite der Moschee anschaut, stehen da unter anderem Sätze wie: Der Dschihad gegen Ungläubige ist erlaubt, wenn ein islamischer Führer ihn ausruft. – Dann kann ich mir gut vorstellen, was Jugendliche, die in der Moschee sind, sagen: Na ja, unsere Älteren sehen das doch genauso, nur denen fehlt der Mumm, das durchzuführen.

Das bringt mich zu einer Sache, die meiner Meinung nach in dieser Debatte relativ wenig beleuchtet worden ist, nämlich das Umfeld. Salafismus entsteht nicht aus dem luftleeren Raum, und die Jugendlichen sind auch nicht zuerst im Internet unterwegs, sondern sie gehören Moscheegemeinden an, und sie sind dort auch beeinflusst, und sie gehen auch in die Moscheen. Als gute Muslime sind sie freitags verpflichtet, in einer Moschee zu beten. Die Moscheen sind übersichtlich. Das heißt, man kennt sich auch.

Ich denke, da müssen Auseinandersetzungen geführt werden, auch um Inhalte der Theologie, die da gepredigt werden, damit den Leuten tatsächlich auch etwas entgegengesetzt wird. Zudem sollte man die Moscheevorstände mit ins Boot holen, mit ihnen eine ernsthafte Auseinandersetzung führen und es nicht dabei belassen, dass sie ab und zu verkünden, Islam sei Frieden, ansonsten werden dort aber problematische Schriften wie Maududi, Sayyid Qutb oder Quaradawi verteilt, und hin und wieder lädt man einen salafistischen Prediger ein, damit man ein Schauspektakel für die Jugendlichen hat.

Das, denke ich, sollte in der Debatte noch beachtet werden, sodass tatsächlich ernsthafte Diskussionen mit dem Umfeld salafistischer Jugendlicher und überhaupt mit den Moscheegemeinden geführt werden. Das würde auch dazu führen, dass wir die Muslime und Musliminnen, die sich im Moment sehr für die Verbreitung eines progressiven und demokratischen Islam einsetzen, unterstützen und ihnen nicht sozusagen in den Rücken fallen, indem wir sagen: Alles ist schon irgendwie in Ordnung.

Leute wie Mouhanad Khorchide, der vorhin hier war, werden innerhalb der muslimischen Gemeinden sehr stark angegriffen. Man hat sogar versucht, ihn von seinem Lehrstuhl abzusägen. Ich glaube, solche Leute müssen wir absolut unterstützen.

Diese Bewegung, progressiver Islam, gibt es übrigens auch in allen Teilen der Welt. Überall gibt es harte Auseinandersetzungen, überall stehen die Leute massiv unter Druck. Im Moment ist die islamische Welt – und dazu gehören wir in gewisser Weise auch – in einer großen Umwälzung begriffen. Auf der einen Seite gibt es einen massiven Zulauf zu Extremisten. Auf der anderen Seite gibt es genügend Muslime und Musliminnen, die Reformen wollen, die die Theologie auch umkrempeln wollen, die plötzlich den Koran und die Sunna neu lesen und kontextualisieren und sagen: Problematische Strophen wie „Erschlagt die Ungläubigen, wo ihr sie trefft“ haben nur eine spezifische historische Bedeutung, aber das ist keinesfalls für die Ewigkeit gedacht.

Ich denke, das könnte ein Weg sein, wie wir auch konstruktiv vorgehen können. Es ist natürlich unbequem, und viele werden sagen: Das ist islamophob. Wieso wollt ihr uns denn vorwerfen, das ist salafismusnahes Gedankengut? – Aber ich denke, da lohnt sich die Auseinandersetzung, insbesondere weil es im Moment genügend Muslime und Musliminnen und nicht nur Theologen gibt, die sich trauen, an die Öffentlichkeit zu gehen, und sagen: Wir wollen Verantwortung übernehmen, und wir wollen nicht in eine Schublade gesteckt werden, sondern wir haben eine klare Position, und es lohnt sich, dass man sich diese anhört. – Ich glaube, hiermit höre ich auf.

(Beifall)

Herr **Bräutigam**: Es ist tatsächlich schon vieles gesagt worden, aber ich möchte mich in der mir zur Verfügung stehenden Redezeit in aller Kürze an dem Fragenkatalog, der in dem Antrag, der mir zugegangen ist, enthalten war, ein bisschen entlanghangeln und dabei auch zu einigem Stellung nehmen, was hier gesagt worden ist.

Zum einen ist klar geworden: Salafismus nimmt Begriffe des religiösen Islam für sich allein in Anspruch und belegt und erklärt sie in exklusiver Weise. Ein Beispiel mag einfach nur ein Begriff des Salafismus sein, der in deutscher Sprache den sogenannten unwissenden Muslim beschreibt. Das sind alle, die keine Salafisten sind, egal, ob quietistische,

dschihadistische oder was auch immer. Dieser unwissende Muslim steht praktisch ganz nah beim Nichtmuslim und ist damit auch nicht mehr Bestandteil der muslimischen Umma. Denn Umma bezieht sich im salafistischen Verständnis nur auf die Salafisten.

Das wäre ganz wichtig. Hier ist nämlich auch ein Übergang zwischen diesen sogenannten Quietisten und den dschihadistischen Salafisten zu sehen. Denn wenn Sie sich auf YouTube die Botschaften von Pierre Vogel angucken, wie er den Dschihadisten Denis Cuspert und andere grüßt, wie er in seinen Predigten auch bestimmte Verhaltensweisen, die sozusagen direkt oder indirekt auch nach Syrien führen, gutheißt, dann sehen Sie, dass es da sicher quietistische Salafisten gibt, die nie Gewalt anwenden würden, vielleicht auch nicht zu Gewalt aufrufen, aber der weitaus größte Teil ist eine Grauzone, wo man diese Trennlinie gar nicht so genau ziehen kann. Das ist auch die Erfahrung, die ich in meiner täglichen Arbeit mache.

Zur zweiten Frage. Welche Sozialisierungsprozesse und gesellschaftlichen Faktoren führen zur Radikalisierung? – Viel ist schon zu den drei Faktoren Entfremdung, Identifikationskonflikte und -krisen bzw. Orientierungslosigkeit in Übergangssituationen gesagt worden. Ganz klar: Viele muslimische Jugendliche leben in einem Spagat. Sie haben eine traditionalistische Welt, in der sich Eltern vielfach die Autorität für ihr Handeln beim Islam holen, ohne dass das sozusagen koranisch in irgendeiner Weise abgesichert wäre; denn die Eltern kennen den Koran oft genauso wenig wie die Jugendlichen. Dann gehen diese Jugendlichen raus – das ist auch schon angesprochen worden – und kommen in ganz andere Realitäten und kriegen diese beiden Realitäten – verkürzt gesagt – so nicht zusammen und sagen: Wozu gehöre ich eigentlich?

Dann bringt eben genau der Salafismus das Angebot: „Bei uns gehörst du dazu. Wir verstehen dich. Bei uns geht es vielen so.“, und schon nimmt dieser Prozess, den man mal analog zu christlichen Strömungen die innere Mission nennen könnte, im muslimischen Bereich seinen Lauf.

Was hier auch sehr stark bestimmt wird – auch darauf ist eingegangen worden –, ist das negative Islamverständnis der Mehrheitsgesellschaft. Mir hat ein Jugendlicher einmal gesagt: Ich stehe auf und muss mich entschuldigen, dass ich Moslem bin. Ich gehe ins Bett und muss mich entschuldigen, dass ich ein Moslem bin. Und dazwischen lebe ich hier. – Das sind natürlich Aspekte – und das ist keine Einzeläußerung –, die dann solche Identifikationsstörungen befeuern und die es Extremisten sehr leichtmachen, zu sagen: „Komm zu uns, wir verstehen dich.“ Und das macht es dann den Jugendlichen leicht, zu sagen: „Deutschland? Mir doch egal. Dann gehe ich nach Syrien und helfe meinen Brüdern.“

Das Internet und die sozialen Medien bieten den Jugendlichen in ihrer Verschiedenheit auf ganz verschiedenen Ebenen tatsächlich eine salafistische Erlebnis- und Lebenswelt. Das darf man sich jetzt aber nicht so vorstellen nach dem Motto: Da gibt es ein, zwei Homepages, und da spielt sich das ab. Vielmehr sind es bestimmte Bereiche auf Facebook, n WhatsApp, YouTube, es sind bestimmte Internetseiten, und es sind tatsächlich, wie meine Vorrednerin auch sagte, bestimmte Moscheevereine, die sich auch für meine Begriffe nur sehr ungenügend gegen salafistische Inhalte abgrenzen.

Die dritte Frage ist: Wie können Radikalisierungstendenzen frühzeitig erkannt und ihnen dann frühzeitig entgegengetreten werden? – Hier wäre für mich die Schule ganz zuvorderst zu nennen. Denn, wie ein Vorredner schon sagte, die Schule ist im Grunde ge-

nommen der Bereich, in dem man die Jugendlichen insgesamt zu fassen bekommt. Das würde bedeuten, dass man auch bei Lehrplänen, möglichst auch in fächerübergreifendem Unterricht und in Projekten, Themen wie Ursachen von Migration und Flucht, die interkulturelle oder transkulturelle Vielfalt in Deutschland, nichtchristliche Religionen und, weil es die größte nicht christliche Religionsgemeinschaft in Deutschland ist, den Islam insbesondere transportiert und thematisiert. Ganz wichtig ist darüber hinaus – denn das vermittelt durchaus auch Muslimen oder Jugendlichen aus muslimischer Kultur am ehesten Wissen –, dass islamische Kultur, islamische Religion für Schüler live erlebbar wird. Dazu gehören zum Beispiel Schulpartnerschaften und Moscheebesuche. Denn in dem Augenblick, in dem solche Kontakte geschaffen werden können, fällt es schon schwerer mit den Vorurteilen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt – und in dem Bereich habe ich auch die Erfahrung gemacht, dass man viel bewirken kann –, von dem hier schon die Rede war, ist die Multiplikatoren-Weiterbildung. Das sind an der Schule Schülervertreter, Elternvertreter, Schülerzeitungsredakteure und Mediatoren. Darunter sind viele, die sich in diesem Bereich als Schüler, und zwar trotz G8 oder auch in G9, engagieren, die über ein überdurchschnittliches empathisches Verständnis verfügen und die bestimmte Sensoren haben und auch sozusagen wissen und merken, wann etwas schief läuft. Das ist in diesem Bereich durchaus für die Früherkennung zu nutzen, andererseits aber auch im Sinne eines Einwirkens auf diese Groups. Denn die jugendlichen Schülervertreter oder Schülerzeitungsredakteure oder Mediatoren sind auch oft die Chefs sogenannter Peergroups. Es ist außerdem gerade an Schulen, an denen es um Schülerschaften geht, die vielleicht sogar mehrheitlich einen anderen Kulturkreishintergrund haben als den deutschen, wichtig, Elternvertreter und Eltern weiterzubilden und Elternversammlungen – ein ganz simples Mittel – selbstverständlich mit Dolmetschern durchzuführen.

In diesem Fall ist zudem eine kommunale Beratungsinfrastruktur wichtig. Einer meiner Vorredner – ich glaube, es war der Herr aus Marburg – erwähnte bereits, dass die Leute dort zunächst einmal anrufen, weil sie nicht wissen, an wen sie sich wenden sollen. Denn wenn sich jemand radikalisiert, dann ist es in erster Linie die Familie, die damit konfrontiert wird. Es ist die Familie, die auf denjenigen auch noch Einfluss hat, wenn schon der Radikalisierungsprozess schon stattgefunden hat. Es ist dann weniger ein Lehrer oder jemand im Sportverein, sondern eher das familiäre Umfeld. Aber insbesondere das familiäre Umfeld im Migrantenbereich ist dann oft ratlos, obwohl es diese Einrichtungen teilweise gibt; zumindest in Metropolen gibt es sie, wenn auch oft nicht in erwünschter Stärke. Das heißt, man muss ihnen auch nahebringen, wo diese Initiativen zu finden sind.

Ich möchte einen weiteren wichtigen Aspekt ansprechen. Wenn wir von Polizei und der inneren Sicherheit sprechen, dann ist die Frage: Wie viel wissen Polizisten auf der Straße – und da spreche ich aus eigener Erfahrung – oder auch in Dienststellen über Islam und Islamismus? – In meiner Weiter- und Ausbildung von Polizeibeamten begegnet mir immer wieder ein großes Begriffstohuwabohu, und zwar auch bei Polizisten, die schon lange in Amt und Würden sind oder auch im Bereich der Verwaltung.

Das heißt, auch hier müsste man die Leute weiterbilden, damit, auch wenn es um Gefahrenlageabschätzung und um Prävention geht, besser agiert werden kann. Ich kann Ihnen in der Kürze der Zeit ein Beispiel nennen. Sie können sich gerne im Internet bei der Arbeitsgemeinschaft Integration und Migration der Polizei in Berlin darüber informieren, die genau diese Arbeit macht und die genau mit dieser Arbeit im Grunde genommen

zur zentralen, aber auch, da an den Polizeipräsidiien angesiedelt, dezentralen Kompetenzstelle für diese Fragen geworden ist, auch mit vielen Moscheegemeinden und Beratungsinitiativen zusammenarbeitet und so weiter und so fort.

Dann möchte ich noch auf die Aufklärungs- und Jugendarbeit sowie die Schulen zu sprechen kommen. Im schulischen Umfeld und auch bei der Jugendarbeit ist es wichtig, dass man medienpädagogische Inhalte einbringt. Es geht dabei gar nicht so sehr darum, dass man gegen etwas ist, sondern dass man die Jugendlichen für etwas gewinnt. Es geht darum, dass man gerade auf muslimische Jugendliche zugeht und sagt: „Wirkt mit, wenn es darum geht, eure Alters- und Glaubensgenossen und eure Freunde davor zu bewahren, in diese Schiene abzudriften“, dass man ihnen die Kompetenz gibt, Propagandamechanismen zum Beispiel in Videoclips und solchen Dingen zu verstehen. Denn auch das ist hier schon erwähnt worden: Mediennutzung ist gar viel vorhanden, aber Medienkompetenz über das Technische hinaus ist oft relativ wenig vorhanden, und zwar auch und insbesondere im Bereich von Schülern quer durch alle Bildungsformen.

Besonders wichtig ist das, wenn es um muslimische Jugendliche geht, und da sehe ich die Verbände etwas anders in der Pflicht. Denn sie sind nun einmal da, also sollen sie sich auch und gerade dadurch legitimieren – vereinzelt passiert das auch schon, auch hier in Hessen –, dass sie sagen: Wir helfen unseren muslimischen Jugendlichen auf dem partizipativen Weg, an solchen Dingen teilzuhaben; Extremismus, Prävention, konstruktive Jugendarbeit und so weiter und so fort. Das wäre ein wesentlicher Weg, mit dem diese muslimischen Verbände die Partizipation unterstützen müssten und auf ihre Jugendlichen einwirken könnten, damit diese sich in die Gesellschaft einbringen.

Zum Schluss bleibt die Frage offen: Wie bringt man diese Erkenntnisse unter die Leute? – Natürlich kann man das über Internetportale machen. Es gibt entsprechende Portale wie Qantara.de oder das MiGAZIN, beides von der Bundeszentrale für politische Bildung.

(Frau Dantschke: MiGAZIN ist nicht von der Bundeszentrale für politische Bildung!)

– Beides sind jedenfalls öffentlich geförderte Internetportale, die dann ein Gegengewicht sein können, die das aber nicht sind qua reduzierter Bekanntheit, teilweise auch – das ist bereits angesprochen worden – aufgrund des Frontalunterrichts im Internet. Es gilt, solche Dinge mehr auszubauen.

Ein allerletzter Punkt betrifft die mediale Berichterstattung. Natürlich verstärkt ein mediales Islambild, das sich im Grunde genommen an den vorhandenen Klischees nur entlanghangelt, bestimmte Punkte lediglich. Das hat nichts mit Medien-Bashing zu tun, aber wenn ich zu jeder Frage, die den Islam betrifft, den hier schon angesprochenen salafistischen Imam Hassan Dabbagh im Fernsehen sehe, obwohl es nicht um Salafismus geht, sondern um verschiedene andere Dinge, und der dann sozusagen uns, der Medienöffentlichkeit, den Islam erklärt, dann verstehe ich Leute, die sagen: Wenn ich das sehe, dann kann ich nur abschalten, und dann kriege ich Angst.

Das heißt, insbesondere auch aus dem politischen Raum heraus und mit der Vertretung in den Rundfunkräten wäre hier eventuell ein Diskurs darüber zu beginnen, wie man medial wieder das ganze Bild in den Vordergrund rücken könnte, ohne deswegen Probleme zu verschweigen oder zu sagen: Wie haben uns alle lieb, und das ist schöne

Soße. – Das wäre ein Diskurs, der dringend angestoßen werden müsste. Denn nicht nur in den privaten Medien, sondern auch in den öffentlich-rechtlichen ist das Islambild negativ. Das kann ich auch aus meinen Seminaren bestätigen. Wenn ich dort eine Blitzübung mache und sage: „Islam, Mohammed, Koran“, alle auffordere: „Nennen Sie mir Ihre erste Assoziation“ und die Ablehnungsquote nur 80 % beträgt, dann ist das schon ein sehr aufgeschlossenes Seminar.

Das ist ein Punkt, der nicht nur aus sich selbst heraus kommt. Das heißt, auch hier gibt es im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Medien etwas zu beachten. Darüber hinaus dürfen wir eines nicht vergessen: Die Terroranschläge des dschihadistischen Islam bedrohen uns alle gemeinsam, aber dieser sogenannte quietistische Islam mit seiner inneren Mission bedroht, wie es einer meiner Vorredner bereits gesagt hat, im Grunde genommen die Verfassungstreue und auch die Lebenshaltung und Biografie junger Muslime hier im Land, die unsere Solidarität verdienen. Das gilt es zu beachten, wenn wir auf unser eigenes Land gucken, aber auch ins Ausland. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frau **Dantschke**: Ich grüße Sie alle und freue mich, hier zu sein. Unser Haus, das „Zentrum Demokratische Kultur“ ist ein Trägerverein mit Projekten. Das eine Projekt möchte ich kurz erwähnen. Es dürfte allgemein bekannt sein und ist auch für die Arbeit hier wichtig. Es handelt sich um EXIT-Deutschland, die größte zivilgesellschaftliche Initiative, die seit 15 Jahren daran arbeitet, Ausstiegsprozesse und Aussteiger aus der rechtsextremen Szene zu betreuen und beim Ausstieg zu begleiten. Vor dem Hintergrund kann ich an das anknüpfen, was der Erziehungswissenschaftler Herr Hafenecker vorhin gesagt hat. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, wir kennen aus der Rechtsextremismusforschung schon eine ganze Menge.

Der andere Zweig bei uns im Haus, für den ich heute hier bin, ist die Beratungsstelle HAYAT. Hayat ist Türkisch und Arabisch und heißt „Leben“. Das ist unser Flyer, auf dem Sie den grünen Paradiesvogel erkennen können.

(Die Rednerin hält einen Flyer hoch.)

Damit bin ich auch bei der Art und Weise, wie wir arbeiten. Die Dschihadisten nehmen dem Mainstream-Islam seine Symbole und unterfüttern verallgemeinernde Darstellungen mit eigenen dschihadistischen Inhalten. Das machen wir genauso, indem wir ihnen das mit HAYAT wieder wegnehmen. Denn die Medienabteilung vom Islamischen Staat heißt Hayat, wie wir auch. Wir haben allerdings ein anderes Verständnis vom Leben als die Dschihadisten. So viel dazu.

Wir sind – und dabei möchte ich an die Eröffnungsrede von meinem Kollegen Jochen Müller erinnern – kein präventives Projekt, wir sind ein Projekt der Deradikalisierung – das ist mir ganz wichtig –, und wir gehören zu dem Verbund des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Dort gibt es die Anlaufstelle „Radikalisierung“. Das ist eine bundesweite Hotline, an die sich Angehörige, und zwar nicht nur Eltern, sondern das soziale und familiäre Nahfeld, wenden können, wenn sie das Gefühl haben, Sohn oder Tochter könnten sich vielleicht radikalisieren. Den ersten Schritt müssen die Angehörigen machen. Das ist auch bei EXIT so. Hilfe für einen Ausstieg muss immer nachgefragt werden. Aufsuchen-

de Arbeit hat relativ wenig Erfolg. Wenn der erste Schritt von der Person selbst gemacht wird, sind die Erfolgschancen größer.

Wenn sich herausstellt, dass dann diese ratsuchende Person quasi eine längerfristige Beratung braucht, weil sich bei dem Kind doch eine solche Entwicklung abzeichnet, dann werden diese ratsuchenden Personen an eine der vier angekoppelten zivilgesellschaftlichen Träger verwiesen. Wir sind eine davon. Wir sind für Berlin und Ostdeutschland und, weil wir am längsten mit dem Themenfeld befasst sind, quasi auch für besonders brisante Fälle bundesweit tätig. Ein weiterer Träger – Herr Mücke ist anwesend –, nämlich VPN, sitzt zwar in Berlin, deckt aber den gesamten hessischen und süddeutschen Raum ab. Dann gibt es die Beratungsstelle VAJA in Bremen, die für Norddeutschland zuständig ist und IFAK mit Sitz in Bochum für Nordrhein-Westfalen. Das heißt, die Träger sind quasi nicht nur für die Großstädte zuständig, sondern die Bundesrepublik ist mit diesen vier Beratungsstellen flächendeckend abgedeckt, personell sind wir jedoch alle völlig unterbesetzt.

Welche Familien melden sich? Welche Kinder radikalisiert sich? – Wir müssen endlich aufhören, so zu tun, als ob sich muslimische oder migrantische Kinder radikalisiert und die biodeutschen Konvertiten die Ausnahme wären. Das ist nicht der Fall, und das zeigt auch die Statistik. Wir haben es mit einer radikalen Jugendkultur zu tun, die auch weit in das Jugendfeld hineinreicht. Allein beim BAMF gehen 1.300 Anrufe ein. Jede dieser Beratungsstellen hat noch einmal direkte Anrufe bei sich zu verzeichnen. Daraus sind zwischen 450 und 500 Betreuungsfälle entstanden. Das heißt, wir haben es mit der kompletten Bandbreite zu tun. Es gibt Fälle von Anfangsradikalisierung, wo gerade erst eine Affinität bei dem Mädchen oder bei dem Jungen entsteht, wo quasi die persönliche Disposition, das familiäre Umfeld, die Kontakte, die Misserfolge, alle Kriterien gegeben sind, die dieses Kind, diesen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen anfällig machen, bis zu einem Stadium. Es gibt aber auch Fälle, in denen Jugendliche nach Syrien ausgereist, in Syrien ums Leben gekommen oder aus Syrien zurückgekehrt sind.

Das heißt, wir haben über dieses BAMF-Netzwerk empirisch gesehen wahrscheinlich den größten Überblick über das gesamte Feld. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Es betrifft faktisch von der Familienkonstellation her jede Familie in Deutschland. Es gibt keine Schwerpunktgruppe. Heute früh wurde die Erhebung des Bundesamtes für Verfassungsschutz erwähnt. Das ist eine Erhebung und keine Studie. Es handelt sich um eine Erhebung von 378 Fällen, die in der Statistik bekannt sind. Wir gehen von 800 Ausreisenden aus. Die offizielle Zahl ist 600, und dann haben wir noch ein Dunkelfeld. Das heißt, 378 von wahrscheinlich 800 Ausgereisten sind erhoben worden. Dabei geht es um Reisen nach Syrien und um den Dschihadismus und nicht um Salafismus. Salafismus ist viel mehr als nur Dschihadismus.

Aufgrund dieser ersten kleinen Erhebung zeichnet sich ab, dass der Anteil derjenigen, die aus bildungsfernen, sozial prekären, gewaltaffinen Milieus kommen, steigt, und zwar auf ungefähr 50 %. In dem breiten Feld, was sozusagen in unserer Empirie die Radikalisierung betrifft, also angefangen bei diesen Anfangsstadien bis hin zur Ausreise, sinkt diese Zahl auf maximal 30 %. Das heißt, diese 30 % sind natürlich gewaltaffiner, und die Frustschwelle ist geringer. Wenn es um den militanten Dschihad, um die Militanz, und um Männlichkeitsbilder und alles, was damit verbunden ist, geht, steigt die Zahl innerhalb der Gruppe, aber sie erreicht nicht 100 %. Das bedeutet, nur mit guter Bildung und ein bisschen Händchenhalten werden wir das Problem nicht lösen.

Welche Familien melden sich? – Es gibt keine Spaltung zwischen migrantischen und biodeutschen Familien, sondern es sind die Erziehungsstile der Familien. Familien haben Probleme mit autoritären Erziehungsstilen, und das gilt für biodeutsche, russlanddeutsche, serbisch-kroatische, türkische Familien usw. Das geht querbeet. Das kann man nicht am Islam festmachen. Das ist mir ganz wichtig. Mein Vorredner hat das ein bisschen anders dargestellt, nach dem Motto: Sie leiten quasi ihre Erziehung aus irgendeinem traditionellen Islam ab.

Es gibt traditionelle Familien, die ihre traditionelle Familienkultur sozusagen religiös unterfüttern und damit letztendlich versuchen, ihre Familie und ihre männliche patriarchale Autorität in der Familie abzusichern. Das gibt es aber auch in katholischen oder serbischen Familien, und aus allen diesen Familien, auch aus den herkunftsdeutschen, kennen wir diese Radikalisierungsverläufe.

Ganz wichtig ist: Eltern mit und ohne Migrationshintergrund suchen Rat, und zwar relativ zeitig. Es ist mir wichtig, das zu sagen. Diejenigen, die selber eine relativ weltliche Lebensform und auch eine relative Distanz zur Religion haben oder zu den sogenannten nahen Opfergruppen der Salafisten gehören – das heißt innerislamische Minderheiten bzw. selbst relativ weltliche Türken, Araber usw. –, unterscheiden sich in ihrer Aufsuche nach Hilfe überhaupt nicht von den herkunftsdeutschen Familien.

Um welche Jugendlichen geht es? – Es gibt nicht diese Unterscheidung zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Jugendlichen, die sich radikalieren und die sich in irgendeiner Form unterscheiden. Es radikalieren sich Jugendliche, die eines gemeinsam haben: Sie sind alle Konvertiten, durch die Bank. Keiner von diesen Jugendlichen ist religiös wissend sozialisiert. Es radikalisiert sich also kein gläubiger bzw. religiös praktizierender, hinterfragender, sozialisierter Christ. Das sind Weihnachtschristen. Die wissen vielleicht, was Weihnachten ist. Fragen Sie die nach Pfingsten, können die Ihnen nichts erklären. Genauso ist es bei den muslimischen Jugendlichen. Die haben keinen Umgang mit Religion, die erleben Religion vielmehr als Familientradition. Deswegen kann man mit ihnen letztendlich auch nicht über den Islam diskutieren, weil sie eben nicht auf der Suche nach dem Islam sind, sondern sie sind auf der Suche nach Anerkennung und nach Emotionen. In diesem Zusammenhang ist wichtig, was heute vonseiten der Erziehungswissenschaften gesagt worden ist. Es gibt offene Fenster in gewissen Altersphasen, in denen es um die Suche des eigenen Weges, emotionale Nähe und ein Gruppen- und Gemeinschaftsgefühl geht. Das Problem ist, dass die salafistischen Gruppen sehr vieles bieten. Sie bieten nicht nur Männlichkeit und Überlegenheit, sondern auch Orientierung, Gemeinschaft und Eindeutigkeit. Das ist mir wichtig: Zu dieser Eindeutigkeit müssen wir vordringen. Denn dort wird die Welt einfach erklärt.

Diese Jugendlichen kommen in irgendeiner Form nicht mit dem Leben zurecht. Das Leben ist Frust und Anstrengung. Das Leben ist furchtbar anstrengend, und es ist anstrengend, darin Erfolg zu haben. Gehen Sie in eine salafistische Gruppe, wird das Leben plötzlich einfach. Alles wird geregelt, alles wird schwarz-weiß. Leben Sie aber einmal als gläubiger Salafist in einer Gesellschaft wie dieser. Das wird mit der Zeit unheimlich schwierig, weil Sie sich permanent rechtfertigen müssen. Das macht dann wiederum einige ansprechbar, dorthin zu gehen, wo sie perfekt leben können. Denn die IS-Propaganda besteht nicht nur darin, zu sagen: Kommt hierher. Ihr könnt dann den Ungläubigen die Köpfe abschlagen. – IS-Propaganda bedeutet: Hier ist ein Kalifat. Hier kannst du frei leben. Hier musst du die dich nicht permanent dafür rechtfertigen, wie du lebst. Das heißt, die Motive, warum Jugendliche dorthin gehen, sind vielfältig.

Damit komme ich auf meinen letzten Punkt zu sprechen, nämlich den der Rückkehrer. Einige von denen gehen mit diesen Vorstellungen dorthin und sehen dann, dass es doch nicht das Wahre ist. Wie sie dann zurückkommen, ist noch einmal eine ganz andere Frage. Dafür reicht die Zeit nicht aus. Es ist schwierig, zurückzukommen. Man kann nicht einfach sagen: Hallo ISIS, mir gefällt es bei euch nicht. Ich gehe wieder nach Hause. – So einfach ist das nicht. Trotzdem kommen einige zurück. Ich erwähne das, weil nach mir die ganzen Sicherheitsleute an der Reihe sind.

Wir müssen bei den Rückkehrern wirklich zusammenarbeiten. Wir müssen zusammenarbeiten, um herauszufiltern. Bei uns gibt es 200 Rückkehrer. Die Sicherheitsbehörden stoßen an ihre Grenzen. Sie können nicht 200 Leute beobachten. Wir können aber auch nicht bei jedem hundertprozentig sagen, dass er kein Gefährder, sondern nur ein Traumatisierter oder Desillusionierter ist. Hier müssen wir die Spreu vom Weizen trennen. Das heißt, es muss arbeitsteilig gearbeitet werden. Dabei sind auch die Moscheegemeinden gefragt, und zwar lokal vor Ort. Gehen Sie nicht über die Verbände, gehen Sie von unten an die Sache heran. Lokal gibt es immer Ansprechpartner, die man ins Vertrauen setzen kann. Auf der oberen Eben geht es immer nur um Macht, Spielchen und Anerkennung, aber die Moscheegemeinden sind durchaus ansprechbar. Denn wir müssen versuchen, herauszufiltern: Wer braucht psychologische Hilfe? Wer ist traumatisiert? Wer braucht diese Netzwerke? Wer ist desillusioniert?

Auch die Sozialarbeit ist bei der Einbindung gefragt. Eine alternative Moscheegemeinde, darf keine Angst haben, einen Syrienrückkehrer bei sich in der Moschee zu haben und sich zu fragen, was der Verfassungsschutz dazu sagt. Diese Ängste müssen abgebaut werden.

Wer ist wirklich ein Gefährder? – Da müssen wir die Spreu vom Weizen trennen. Das können wir nur gemeinsam. Ich sehe keinen anderen Ausweg, als um diese Rückkehrer herum Netzwerke zu bilden, um zu gucken: Wessen Aufgabe ist es jetzt? Ist es die Aufgabe der Sicherheitsbehörden oder unsere? – Danke schön.

(Beifall)

Frau **Brandenburger**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich möchte mich bedanken, unter anderem bei Frau Dantschke für die Steilvorlage, die sie mir mit ihrer Äußerung „Jetzt kommen die Sicherheitsleute“ geliefert hat. Liebe Frau Dantschke, wir kennen uns auch schon so manchen Gründonnerstag, und wir haben auch schon so manchen Strauß ausgefochten in dieser Thematik. Ich will Ihnen aber grundsätzlich recht geben: Zivilgesellschaftliche Organisationen, Präventionsinstanzen und Sicherheitsbehörden müssen sehr viel enger zusammenarbeiten, als es vielleicht in der Vergangenheit der Fall war.

Heute ist schon sehr viel über den Salafismus in der Ideologie gesagt worden. Ich möchte mich jetzt ganz gerne auf den sicherheitsbehördlichen Aspekt und auf die Perspektive der Verfassungsschutzbehörde darauf konzentrieren. Bevor ich es aus dem Auge verliere, möchte ich vorher auf etwas eingehen, was Frau Dantschke eben gesagt hat. Gefährder, Ausreisende, Rückkehrer – das ist das Thema, das uns in den letzten Monaten im Bereich von Polizei und Verfassungsschutz massiv beschäftigt, mehr, als es vielleicht auch in den Medien wahrgenommen wird. Wir haben uns sehr intensiv mit den Rückkehrern zu beschäftigen. Damit haben Sie vollkommen recht: Nicht jeder Rückkehrer

rer ist ein potenzielles Sicherheitsrisiko. Nicht jeder Rückkehrer droht, Anschläge zu verüben, aber wir wissen es eben nicht genau.

Wir haben jetzt nur ein Problem. Wir haben gestern in Niedersachsen einen sehr gravierenden Fall erlebt, wie die öffentliche Hysterie – so will ich es einmal nennen –, die öffentliche Medienberichterstattung den Sicherheitsbehörden richtige Probleme bereitet hat, indem eine große deutsche Volkszeitung, die es mit der Diskretion nicht immer so ganz genau nimmt, einen Fall aufbereitet und in die Medien getragen hat, der uns jetzt in den nächsten Wochen massive Probleme bereiten wird. Es hat gestern Abend einen Zugriff gegeben. Ein Rückkehrer ist – das wird ein Verfahren vor dem Generalbundesanwalt nach sich ziehen – jetzt festgenommen worden. Alle Sicherheitsbehörden in Niedersachsen, Polizei und Verfassungsschutz, waren nicht nur an ihm, sondern an der ganzen Szenerie bzw. an diesen Personen im Kreis Wolfsburg und Braunschweig dran. Es ist nämlich nicht so, wie es manchmal in der Öffentlichkeit wiedergegeben wird, dass die Sicherheitsbehörden das Thema „Rückkehrer“ verschlafen hätten. Ganz im Gegenteil: Wir sind mit sehr vielen gefahrenabwehrenden, gefahreneermittelnden und operativen Maßnahmen genau an dieser Personengruppe dran.

Frau Dantschke hat vollkommen recht: Man kann nicht alle 180 Rückkehrer bundesweit 24 Stunden und rund um die Uhr beobachten. Das geht schlichtweg gar nicht, auch wenn wir die Sicherheitsbehörden personell noch so sehr aufstocken würden. Das ist schlichtweg unmöglich. Aber dort, wo wir die Schwerpunkte erkennen und wo wir sagen: „Das könnte einer sein, der sich nicht nur im politischen Salafismus bewegt, der vielleicht nicht traumatisiert, emotionalisiert zurückkehrt und sich dann ins Privatleben zurückzieht, sondern der möglicherweise das Potenzial hat, auch Anschläge zu verüben“, müssen wir dabei sein.

Wenn uns dann aber die öffentliche Aufregung und die Hysterie, wie ich eben sagte, einen Strich durch die Rechnung machen, indem das dermaßen in die Öffentlichkeit getragen wird, dass Sicherheitsbehörden nicht mehr im Off, im Hintergrund, ihre Arbeit machen können, dann ist damit niemandem gedient. Deswegen habe ich gestern auch in den Medien ein bisschen dafür plädiert, den Ball flach zu halten, nicht jedes Besorgnis, die irgendwo in einer Region oder Stadt besteht, gleich in die Öffentlichkeit zu tragen. Vielmehr sollte man uns lieber im Hintergrund die Arbeit machen lassen, und dann kann man im Nachhinein, wenn das Verfahren läuft und wenn die Ermittlungsergebnisse auch an die Öffentlichkeit gehen, immer noch darüber reden.

Ich möchte ganz kurz einen Blick aus Sicht des Verfassungsschutzes auf den Salafismus werfen. Der Verfassungsschutz hat manchmal vielleicht eine etwas andere Perspektive als die zivilgesellschaftlichen Akteure. Es ist eine Form des politischen Extremismus. Damit sind wir zuständig. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung wird abgelehnt. Der freiheitliche Verfassungsstaat wird abgelehnt, indem man ihn durch eine auf der Scharia basierende Ordnung ersetzen möchte.

Uns geht es in erster Linie um die salafistische Ideologie, um die rechtsstaatlich-demokratischen Grundsätze, die quasi mit Füßen getreten werden. Es geht uns dann aber in einem zweiten Schritt natürlich auch um die gefahrenabwehrenden Aspekte dabei. Denn eines ist auch klar – das ist hier auch vielfach gesagt worden –: Es geht nicht nur um den puristischen oder politischen Salafismus – und ich will mich jetzt gar nicht mit dieser Definition auseinandersetzen; wir vertreten da auch eine andere Position – und auch nicht nur um die Unterscheidung in den dschihadistischen Salafismus,

sondern es geht darum, was passieren kann. Wir sind für diese Prognose zuständig. Also sehen wir auch dorthin, wo aus dem noch politischen Salafismus etwas entstehen kann, nämlich schlichtweg Gewalt und Terrorattentate. Da müssen wir im Vorfeld aktiv werden.

Man muss allerdings auch sagen – und das betone ich immer wieder ganz gerne –, dass die überwiegende Mehrheit der Salafisten in Deutschland – nicht nur bei uns in Niedersachsen, sondern überall – dem politischen Salafismus zuzuordnen ist. Wir haben es mit einer Minderheit von dschihadistischem Salafismus zu tun, aber auch der politische Salafismus stützt nun einmal die Propagandatätigkeit auf diese Vision einer gottgewollten Staats- und Gesellschaftsform. Insofern mischt sich das auch immer mit dem politischen oder auch mit dem puristischen Salafismus.

Ich möchte ganz kurz noch einige Dinge zur Gefahrenprognose sagen. Mit Sicherheit wird gleich auch noch von einigen anderen Rednern eine Perspektive dazu geäußert werden. Wir gehen mittlerweile im Bund von etwa 7.000 Salafisten aus. Wenn ich den Schwerpunkt auf das Thema „Syrienausreise“ lenke, haben wir mittlerweile Zahlen, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz und vom Bundeskriminalamt ausgegeben werden, dass es etwa 600 Ausreisen von Dschihadisten bzw. Salafisten aus Deutschland nach Syrien gibt, mit dem Ziel, sich dort in der Region am bewaffneten Kampf zu beteiligen; wohlgemerkt mit dem Ziel, es dort zu tun. Ob sie es tatsächlich tun, ob sie tatsächlich vor Ort gekämpft haben, ist eine ganz andere Frage. Das können wir im Einzelfall nicht immer konkret beantworten. Diese Zahl der 600 Syrienausreisenden ist nur eine Circazahl, die nicht belegen kann, ob vor Ort tatsächlich eine Beteiligung an Kampfhandlungen stattfindet.

Die andere Zahl, die uns besorgt macht: Ein Drittel dieser 600 Ausgereisten – das sind zwischen 180 und 200 Personen – kehrt zurück, und von diesem Drittel hat nur eine kleine Anzahl – wir gehen mittlerweile von 35 Personen im Verbund aus – tatsächlich Kampferfahrung. Das heißt, das Zahlenmaterial reduziert sich immer sehr stark nach unten, und ich finde das für die Gefahrenprognose immer wieder ganz wichtig. Allerdings sind aus Deutschland 60 Menschen in diesen Kampfgebieten zu Tode gekommen. Das ist definitiv eine ohnehin zu hohe Zahl, und wenn wir dann davon ausgehen, dass diejenigen, die möglicherweise noch vor Ort sind, auch dort töten, ist das ein Szenario, mit dem man sich in jedem Fall beschäftigen muss.

Die internationalen, aber auch bundesdeutschen Entwicklungen haben wir genauso zu beobachten. Insofern kann nicht eine Verfassungsschutzbehörde in einem Bundesland nur in ihrer Region vor sich hinarbeiten, sondern wir haben natürlich immer auch die bundesdeutschen Entwicklungen im Auge zu behalten. Dennoch haben wir – ich möchte einen kurzen Blick auf Niedersachsen werfen – auch hier, ebenso wie im Bund, keine homogene Gruppe – auch das ist heute vielfach gesagt worden –, sondern es ist ein sehr mannigfaltiges Beziehungsgeflecht von Einzelpersonen, die im Kontext von Moscheen und Islamseminaren aktiv sind. Häufig sind es wirklich Kleinstgruppen aus zwei, drei oder vier Personen, die sich als kleinere Gruppe in einer Region oder an einem Ort zusammentun. Das Ganze ist charakteristisch für die gesamte Szene.

In Niedersachsen gibt es mittlerweile eine Personenzahl von etwa 400, die wir der salafistischen Szene insgesamt zurechnen; wohlgemerkt der gesamten salafistischen Szene. Das muss man leider immer dazusagen, damit nicht der Eindruck entsteht, als hätten wir in einem doch überschaubaren Land wie Niedersachsen 400 Dschihadisten

und damit 400 Gefährder. Diese Zahlen und Bezeichnungen gehen leider auch immer sehr stark durcheinander. Auch hier sind sie überwiegend dem Spektrum des politischen Salafismus zuzurechnen.

Wir haben aber noch eine weitere Charakteristik als Flächenland, und das ist in vielen Bundesländern der Fall. Da die salafistischen Schwerpunkte über das gesamte Land verteilt sind, in einzelnen mittelgrößeren oder auch kleineren Städten, haben wir auch sehr unterschiedliche Aktivitäten. Wir haben auch festzustellen, dass Salafisten insbesondere ihre Aktivitäten von größeren Städten aus entwickeln, allerdings da auch wieder vernetzt mit anderen Bundesländern. Das heißt, Polizei und Verfassungsschutz können nicht in einem Bundesland allein den Salafismus bekämpfen, sondern es kann eigentlich nur bundesweit und im Verbund mit anderen Verfassungsschutzbehörden geschehen.

Insbesondere in einigen Zentren in Niedersachsen – zu nennen ist der deutschsprachige Islamkreis in Hannover, aber auch die deutschsprachige muslimische Gemeinschaft in Braunschweig – gibt es immer wieder Prediger des internationalen salafistischen Netzwerkes, die auch in anderen Städten und Ländern auftreten. Wir stellen fest, dass die Anziehungskraft durch diese Erstkontaktaufnahme durch entsprechende Prediger fast noch höher ist als die Kontaktaufnahme über das Internet. Das ist heute Vormittag auch schon einige Male gesagt worden. Man darf das Internet sicherlich nicht unterschätzen, aber auch nicht überbewerten. Die Kontaktaufnahme mit salafistischer Ideologie geschieht meist eher im persönlichen Kontakt direkt in der Moschee durch einen Prediger und weniger durch die virtuelle Form der Internetpropaganda. Gleichwohl ist eine sehr professionelle Verbreitung der Lehrinhalte über das Internet festzustellen, und das ist ein Punkt, dem sich die Sicherheitsbehörden natürlich auch zu widmen haben.

Ein weiteres Charakteristikum für die salafistische Szene ist die Verflechtung der Salafisten untereinander, dieser Netzwerkcharakter. In Hannover ist zum Beispiel zu beobachten, dass die dort ansässigen Salafisten fast mehr in Hamburg und in Bremen unterwegs sind, also direkt im Umland. Das mag ein Bild darauf werfen, wie es sich in der Republik insgesamt verhält. Man kann es nicht mehr singulär nur noch als regionales Phänomen betrachten und damit Prävention eben auch nicht nur regional sehen, sondern es funktioniert wirklich nur in der Vernetzung, und soweit ich das verstanden habe, ist das auch hier in Hessen das Ansinnen, dass man auch die Salafismus-Prävention stärker miteinander vernetzt.

Zur Syrienproblematik möchte ich auch noch einiges sagen. Das ist definitiv im Moment die größte Herausforderung im Zusammenhang mit dem Salafismus. Vor einigen Jahren war eher das Thema „Ausreise nach Ägypten“ aktuell, und der Fokus war auf ganz andere Problembereiche gelenkt. Inzwischen sind es definitiv das Thema „Syrienausreise“ und die sehr intensive Reisetätigkeit in die Bürgerkriegsgebiete nach Syrien, aber auch in den Irak. Im Bund zählen wir mittlerweile – ich hatte es eben gesagt – 600 Personen aus Deutschland, die nach Syrien ausgereist sind. In Niedersachsen sind es etwa 40 Ausreisen von Islamisten in Richtung Syrien, die dort an Kampfhandlungen teilnehmen wollen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise unterstützen wollen, aber eben nicht in allen Fällen haben wir Erkenntnisse, dass die Personen dort auch tatsächlich gekämpft haben. Häufig ist es die Ausreiseabsicht. In Niedersachsen haben wir mittlerweile leider auch vier Tote bzw. in den Kampfgebieten verstorbene Islamisten aus Niedersachsen zu verzeichnen, allerdings auch vier Rückkehrer mit Kampferfahrung,

und das sind die Personen, auf die man sich in der nächsten Zeit natürlich sehr viel stärker zu konzentrieren hat.

Wenn wir die Rückkehrer in den Blick nehmen, müssen wir sehr vorsichtig mit der Beschreibung sein. Es gibt auch eine Reihe von Rückkehrern, die aus der Türkei zurückkehren, aber nie in Syrien waren, weil sie es über die Türkei hinaus meist nicht schaffen. Häufig – und das besorgt uns besonders – sind es sehr junge Leute, zum Teil minderjährige Mädchen, die sich auf den Weg nach Syrien gemacht haben, um dort an den Kämpfen teilzunehmen oder um andere Kämpfer in vielfältiger Art und Weise zu unterstützen. Die kommen meist gar nicht über die Türkei hinaus, werden häufig in der Türkei gleich wieder zurückgeschickt. Da kommt das Präventionsnetzwerk sehr gut zum Tragen, denn häufig sind es die Eltern oder die Lehrer, sprich das soziale Nahfeld dieser jungen Leute, das wiederum Polizei und Verfassungsschutz darüber informiert, dass sie den Verdacht haben, dass ihre Kinder, Schüler oder Freunde sich gerade auf den Weg gemacht haben. Manchmal gelingt es uns dann auch über entsprechende internationale Kontakte in der Türkei, weil wir mutmaßen, dass die Ausreise über die Türkei geschieht, diese jungen Leute wieder zurückzubekommen. In einigen wenigen, aber doch sehr spektakulären und dramatischen Fällen ist es gelungen, dass die Eltern ihre Kinder quasi vom Flughafen wieder haben abholen können. Uns ist allerdings auch klar, dass junge Leute, die einmal ausreisen wollen, es dann auch erneut versuchen. Es ist nicht damit getan, sie dann aus der Türkei zurückzuholen.

Ein besonderer Schwerpunkt in Niedersachsen beim Thema „Ausreise“ – ich hatte es eben bereits angedeutet – liegt im Bereich Wolfsburg. Die Festnahme, die gestern vollzogen wurde, ging durch alle Nachrichten und wird uns jetzt noch in vielfältiger Hinsicht beschäftigen, insbesondere unter dem präventiven Gesichtspunkt. Nicht zuletzt durch die Tatsache, dass es gestern dermaßen in die Medien getragen wurde, ist die Bevölkerung vor Ort ungeheuer alarmiert. Viele Medienorgane haben gestern die Nachbarschaft und das ganze soziale Nahfeld interviewt. Dort kam eine ungeheure Besorgnis zum Tragen, dass man jetzt in der Region glaubt, die Region sei ein Schwerpunkt dschihadistischer Aktivitäten. In der Bevölkerung gibt es eine derartige Besorgnis, als drohe jetzt in diesem wirklich beschaulichen und übersichtlichen Ort Wolfsburg ein Terroranschlag und als sei dort eine Zelle entstanden, von der aus quasi der Krieg vom IS nach Deutschland bzw. nach Niedersachsen getragen wird. Dem gilt es vorzubeugen. Prävention und Öffentlichkeit herstellen in allen Ehren, aber man muss wirklich verhindern, dass das Pendel jetzt umschlägt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Gefahr benennen, die heute Vormittag einige Male angeklungen ist, nämlich die Wechselwirkung zwischen Islamfeindlichkeit und dem, womit wir uns bei der Terrorbekämpfung zu beschäftigen haben; ich meine die Pegida-Demonstrationen. Wir stellen durchaus fest: Je mehr eine Art Aufregung, Hysterie oder Sorge vor potenziellen Anschlägen in der Bevölkerung geschürt wird, desto mehr schlägt das Pegel möglicherweise um in eine Form von Islamfeindlichkeit. Das muss man auch in der Präventionsarbeit bedenken.

Eine letzte Bemerkung zum Thema „Islamismusprävention“ aus Sicht der Verfassungsschutzbehörden. Vielfach ist kritisiert worden, der Verfassungsschutz sei nicht die richtige Institution, um Prävention zu betreiben. Wir haben oftmals auch darüber diskutiert, ob das Angebot zu hochschwellig ist und ob sich junge Leute überhaupt an Polizei und Verfassungsschutz wenden, wenn sie den Wunsch hegen, aus der Szene auszusteigen, oder wenn sie überhaupt Hilfe bedürfen. Ich sehe das mittlerweile etwas differenzierter.

Vor einiger Zeit war ich noch der Meinung, als Verfassungsschutzbehörde sind wir definitiv nicht die geeignete Institution, um Ansprechpartner für ausstiegswillige Islamisten zu sein. Mittlerweile erleben wir aber, dass sich so viele junge Leute auch an Polizei und Verfassungsschutz wenden, vielleicht nicht direkt diejenigen, die aussteigen wollen. Aber aus dem sozialen Nahfeld wenden sich insbesondere Eltern und Lehrer sehr oft an uns. Deshalb sehen wir uns schon eher in der Pflicht, als Verfassungsschutzbehörde ein Informationsangebot weiter zu verbreiten. Es geht nicht darum, dass wir ein Aussteigerprogramm auf die Beine stellen wollten, aber dass wir als Verfassungsschutzbehörde und natürlich auch die entsprechenden Landeskriminalämter all denen ein Informationsangebot zur Verfügung stellen, die es brauchen. Das betrifft die Lehrerfortbildung vor Ort, das betrifft eine Art Elternsensibilisierung, aber natürlich auch die Jugendpfleger und Seelsorger. Allen, die im zivilgesellschaftlichen Bereich mit jungen Salafisten zu tun haben könnten, obliegt die Aufgabe der Sicherheitsbehörden, diese Informationen über die konkreten regionalen Sachverhalte mit weiterzuberbreiten.

Ich glaube, wenn wir dann den Gedanken von Frau Dantschke aufgreifen, in dieser Hinsicht mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen eine stärkere Vernetzung zu erreichen, dann ist der Verfassungsschutz nicht mehr Akteur im Bereich der Prävention, sondern eine Art Informationsvermittler. Wir stellen unser Know-how denen zur Verfügung, die es benötigen. Denn unsere Hauptaufgabe ist sicherlich nicht die Prävention, sondern die Gefahrenabwehr, und in dem Bereich haben wir im Moment ohnehin alle Hände voll zu tun und sollten unser Hauptaugenmerk deshalb auch darauf legen. Aber ich lege sehr viel Wert darauf, dass die Expertise, die in den Verfassungsschutzbehörden nun einmal besteht – und das ist in allen Verfassungsschutzbehörden aller Länder der Fall und auch beim Bund –, dann auch mit einfließen muss. Deshalb kann ich immer wieder nur appellieren, die Scheuklappen abzulegen, auch im Bereich der zivilgesellschaftlichen Akteure, und die wirklich vorhandene Expertise der Sicherheitsbehörden immer mit einzubinden. Denn ohne Fachkenntnis kann man nicht wirklich über diese Dinge diskutieren. Es nützt nichts, sich nur mit den sozialen Implikationen zu beschäftigen, sondern wir müssen auch schauen: Wo sind tatsächlich Terrorzellen? – Wenn ich jetzt sage, in Wolfsburg ist es keine Zelle, so haben wir aber bundesweit andere Bereiche, wo wir tatsächlich von zellenartigen Netzwerkstrukturen reden müssen. – Danke schön.

(Beifall)

Herr **Paul**: Verehrter Vorsitzender, verehrte Anwesende! Ich möchte die Sicht des hessischen Verfassungsschutzes auf die Thematik lenken und mich weniger mit den Ursachen beschäftigen. Dazu ist viel gesagt worden, auch zu den unterschiedlichen Betrachtungsarten, was die jeweilige Ausprägung der Islamismus- oder Salafismusform angeht.

Der Verfassungsschutz – das möchte ich voranstellen – ist ein ganz wesentliches Instrument der wehrhaften Demokratie. Ich möchte das hier besonders hervorheben. Denn es geht um nicht mehr und nicht weniger als um den Schutz der Menschenrechte. Es geht darum, dass eine Institution vorhanden ist, die sich damit beschäftigt, dass unsere demokratischen Grundprinzipien auch wirklich umgesetzt werden können. Wenn ich hier nur die Informations-, Meinungs- oder Pressefreiheit herausgreife, dann ist die Brücke nach Paris und zu dem dort durchgeführten Anschlag nicht weit.

Die Salafisten – das ist gesagt worden – lehnen jede staatliche Autorität ab. Insofern sind sie, denke ich, richtigerweise von uns als politische Extremisten in religiöser Verkleidung eingestuft, die durch das Errichten eines islamischen Gottesstaates letztlich totalitäre Ziele verfolgen.

Wenn wir die Entwicklung des globalen Dschihadismus betrachten, so müssen wir feststellen, dass eine immer größere Internationalisierung zu beobachten ist, dass die Gebiete des Dschihad sehr leicht, schnell, direkt, spontan und auch kostengünstig zu erreichen sind und dass die Zielgruppen des Dschihad, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, auch sehr schnell und einfach über die neuen Medien oder in den Hinterzimmern von Moscheen, wo wir die entsprechenden Ansprachen finden, offen, aber auch verdeckt angesprochen werden können. Wir sehen also nach wie vor ein hohes Radikalisierungspotenzial auch außerhalb der Dschihad-Schauplätze.

Der vorläufige Höhepunkt des globalen Dschihadismus wird jetzt durch den Islamischen Staat sichtbar, der natürlich auf die Ausreisewilligen und Interessierten eine große Sogwirkung ausgeübt hat und nach wie vor ausübt. Das heißt, die jungen Menschen reisen in die Kampfgebiete und schließen sich dort den Terrormilizen an. Vorhin sind schon Zahlen genannt worden. Aus dem Personenpotenzial sind etwa 3.000 bis 5.000 Europäer dabei, die jetzt im Irak oder in Syrien tätig sind und sich an Kampfhandlungen beteiligen, wobei die Einstufung und Einschätzung, in welcher Form sie sich beteiligen, naturgemäß relativ problematisch ist. Das zeigt sich anschließend an der Beweisführung, die seitens der Strafverfolgungsbehörden geführt werden muss.

Es ist bereits angesprochen worden, dass wir mit den neuen Medien natürlich das Leitmedium der Propaganda haben. Ich sagte es bereits: Es kann verdeckt und offen als Instrument der Indoktrinierung, der Mobilisierung und auch der Rekrutierung genutzt werden. Es gibt deutschsprachige Propaganda, auch Propaganda, die von uns beobachtet und begleitet werden kann. Dabei stellen wir fest, dass die Radikalisierungsprozesse relativ schnell und einfach durchgeführt werden können, und zwar – auch das wurde bereits erwähnt – mithilfe von Hasspredigern oder bestimmten Predigern, die sich medial hervortun und durch ihre Attraktivität geradezu einen Kultstatus erreichen, wodurch natürlich ein großes Interesse entsteht.

In Hessen sind steigende Anhängerzahlen im Salafismus zu verzeichnen. Der Schwerpunkt liegt dabei im Rhein-Main-Gebiet. Der Verfassungsschutz beschäftigt sich wie die anderen Verfassungsschutzbehörden im Moment schwerpunktmäßig mit dem Personenpotenzial, das einen Syrienbezug hat. Das heißt, wir müssen unsere Beobachtungen – schließlich sind das die Haupttätigkeiten des Verfassungsschutzes – sehr sauber setzen, um aus Vermutungen Erkenntnisse und aus Erkenntnissen schließlich Folgerungen ableiten zu können, insbesondere in der Kooperation mit der Polizei und allen anderen Beteiligten in diesem Prozess. Wir betrachten sicherlich nicht nur die Ausreisenden insofern als problematisch, als wir bei der Rückkehrerproblematik nachsetzen müssen.

Abstrakt, aber auch sehr konkret bedeutet das: Wenn wir davon ausgehen, dass ein Syrienrückkehrer möglicherweise kampferfahren, verroht, ideologisch gefestigt oder technisch an Waffen und anderen Gerätschaften ausgebildet hierher zurückkehrt, dann ist natürlich die abstrakte Gefahr sehr groß und konkret, auch wenn dieser radikalisierte Effekt hier in mögliche Anschlagpläne umgesetzt wird und diese Erkenntnisse sich dann natürlich über vorhandene Netzwerke weiter ausweiten.

Wir brauchen dann zu diesem Personenpotenzial natürlich Feststellungen und Bewertungen, auch mit Blick darauf, wie hoch die Gefährlichkeit tatsächlich ist. Ist derjenige traumatisiert? Ist er desillusioniert, oder kann er als Gefährder noch weitere Personen ansprechen und erreichen? – Das stellt, wie gesagt, eine große Herausforderung für alle Verfassungsschutz- und Sicherheitsbehörden dar.

Die Prognose lautet kurz gefasst, dass die Szene weiter wachsen wird. Sie ist dynamisch und flexibel und kurzfristig auch mobilisierungsfähig. Wir befürchten, dass die Radikalisierung weiter ansteigen wird und dass durch die Sogwirkung des Kalifatstaats eine weitere Verschärfung eintreten kann.

Wie gehen wir mit dieser Herausforderung um? – Natürlich ist es jetzt wichtig, dass wir bereits im Vorfeld aufklären und eine zielgenaue Analyse der Entwicklung durchführen. Wir müssen uns beispielsweise im Inland natürlich mit einzelnen Objekten der Betrachtung beschäftigen. Wenn ich als Beispiel die Koranverteilungsaktion „Lies!“ anführe, mag sich das für den einen oder anderen relativ ungefährlich anhören. Wenn wir dann aber wissen, dass auf Basis der Erstkontakte, die Personen zu dieser Koranverteilungsaktion hatten, in der Folge viele Radikalisierungsprozesse durchgeführt werden, dann ist das ein Punkt, an dem – das ist zumindest meine persönliche Auffassung – keine falsche Toleranz gezeigt werden darf. Vielmehr müssen wir uns intensiv mit Aktionen wie „Lies!“ und anderen auseinandersetzen.

Wir brauchen als Verfassungsschutz natürlich die Kooperation mit den anderen Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder und darüber hinaus auch mit der Zivilgesellschaft. Der Netzwerkgedanke, der hier wiederholt angesprochen wurde, gilt für den Bereich des Islamismus, des politischen Extremismus per se, das heißt für rechte wie für linke Extremismusfälle. Insofern ist das, was wir in Hessen an entsprechenden Vernetzungen bereits eingerichtet haben, sicherlich der richtige Weg.

Ich möchte, wenn wir über Salafismus und Islamismus sprechen, nicht verhehlen, dass wir als Verfassungsschutz natürlich auch die Gegenbewegungen beobachten müssen. Die Pegida- und Hogesa-Bewegung und vieles andere mehr ist hier bereits erwähnt worden. Die Gefahr, dass es zu gesellschaftlichen Verwerfungen kommt, ist sehr groß. Deswegen ist es wichtig, dass alle Verantwortlichen, insbesondere die politischen Verantwortlichen, sehr klar Position beziehen und auch mit den Kräften, insbesondere der Zivilgesellschaft, gemeinsam an diesen Problemen arbeiten.

Wir werden auch weiterhin Unterstützung bei der Ausschöpfung unserer Rechtsmittel und im Bereich der repressiven Maßnahmen benötigen – das sind die Themen, die auch hier im Landtag behandelt werden –, sei es der Entzug des Personalausweises oder andere Maßnahmen, die sicherlich ihren Beitrag zu einem Problem leisten können, das nur gesamtheitlich und gesamtgesellschaftlich angegangen und gelöst werden kann. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Horst Klee: Herzlichen Danke, Herr Paul. – Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur nächsten Fragerunde. Als Erster hat Herr Ismail Tipi das Wort.

Abg. **Ismail Tipi**: Meine erste Frage richtet sich an Frau Prof. Schröter. Sie haben gesagt, der Salafismus entstehe nicht in einem luftleeren Raum. Wie sollen wir mit den Problem-moscheen umgehen, die, glaube ich, die Hauptproblemfelder darstellen?

Die nächste Frage geht an Herrn Bräutigam. Sie sprachen an, dass wir die Eltern mitnehmen sollten, insbesondere die Elternbeiräte in den Schulen. Was ist aber, wenn die Schulleitungen in den Schulen dieses Problem nicht sehen wollen oder es sogar zum größten Teil verleugnen oder verharmlosen?

Die nächste Frage richtet sich an Frau Dantschke. Sie sprachen auch die Eltern an und betonten, dass die Eltern mitgenommen werden müssen. Aber wie sollen wir mit den Eltern umgehen, die die gleiche Gesinnung tragen und sogar das Leichentuch mit in den Koffer packen, wenn sie ihre Kinder in den Märtyrertod nach Syrien schicken? Das ist eine wichtige Frage für mich.

Die vorletzte Frage richtet sich an Frau Brandenburger und Herrn Paul. Sie sprachen die Rückkehrer an. Diese stellen natürlich ein großes Gefahrenpotenzial für unsere Gesellschaft dar. Aber ich bin mir sicher, dass wir mit unseren Verfassungsschutzmitteln in der Lage sind, den Großteil derer zu beobachten. Für mich stellen Pässe, Reisedokumente und Personalausweise die noch größere Gefahr dar, die diese Jugendlichen bei der Ausreise mitnehmen und in Syrien bei al-Qaida oder IS abgeben. Die gefährlichsten Terrororganisationen der Welt, al-Qaida und IS, haben mit deutschen Personalausweisen und Reisepässen nicht nur europaweite, sondern weltweite Mobilität. Wie gehen Sie mit diesem Problem um? Wie soll die Politik mit diesem Problem umgehen? – Danke schön.

Abg. **Holger Bellino**: Ich habe auch zwei Fragen an Frau Brandenburger und an Herrn Paul, die sich mit den Rückkehrern befassen. Wir haben jetzt gehört und wussten auch schon, dass es dort sehr wohl Unterschiede gibt, dass auch diese Gruppe alles andere als homogen ist. Es gibt mit Sicherheit auch welche, die es tatsächlich bereuen. Mit denen hat man es dann vielleicht am einfachsten. Es gibt welche, die sind traumatisiert, andere weiter radikalisiert oder desillusioniert. Können Sie uns aufgrund Ihrer Erfahrungen in Niedersachsen und Hessen oder vielleicht auch aus anderen Bundesländern sagen, wie sich das in etwa prozentual darstellt und über welche Größenordnung man da spricht? Denn das ist auch für uns ganz entscheidend, gerade wenn es um die geht, die es bereuen oder die traumatisiert sind. Die muss man natürlich anders anpacken. Da hat man es auch leichter als mit denen, die man mit ganz anderen Mitteln gegebenenfalls sogar weiterhin beobachten muss.

Meine zweite Frage betrifft Niedersachsen. Ich weiß nicht, ob die Frage diplomatisch genug gestellt ist. Wie sind denn Ihre Erfahrungen bezüglich des Zugreifens auf Ihre Expertisen und Informationen, von denen andere, die sich dann noch mehr um das präventive Element kümmern, profitieren könnten? Ich hoffe, dass das mit der gebotenen Diplomatie zu beantworten ist.

Abg. **Nancy Faeser**: Ich schließe mich Herrn Bellino an. Meine Fragen richten sich auch an Frau Brandenburger und Herrn Paul. Die erste Frage bezieht sich auf die Rückkehrer. Mein Kollege Tipi hat gerade gesagt, er sei der Auffassung, dass es genügend Kapazitäten gibt, Rückkehrer zu beobachten. Mein Eindruck von den letzten Ereignissen war,

dass es dort auch zukünftig darum gehen wird, möglicherweise mehr Personal einsetzen zu müssen. Meine Frage ist, ob Sie diese Auffassung teilen.

Meine zweite Frage bezieht sich auch noch einmal auf das, was Herr Bellino gerade angesprochen hat, nämlich die Frage der vernetzten Arbeit mit der Zivilgesellschaft. Das haben Sie beide hier angesprochen. Ich halte es für einen ganz wesentlichen Punkt, dass man auch gegenseitig Informationen austauscht und somit voneinander profitieren kann. Das ist vorhin auch aus der gesellschaftspolitischen Sicht berichtet worden. Da wäre meine Frage, inwieweit das Vertrauensverhältnis inzwischen miteinander aufgebaut wurde – ich weiß, dass das aufgrund gegenseitiger Ressentiments in früheren Jahren nicht ganz so einfach war –, und inwieweit Sie möglicherweise eine Verstärkung dessen, was wir in der Politik tun können, noch wünschenswert fänden.

Herr **Bräutigam**: Herr Tipi, ich möchte eine Antwort auf Ihre Frage zu den Eltern geben. Ich weiß um diese Problematik der Schulleiter, die dieses Problem verleugnen oder sich wegduckten. Dem liegen letztendlich auch Ängste zugrunde. Das heißt, man müsste viel offensiver auch auf der Lehrerseite in die Lehrerfortbildung hineingehen bzw. die Angebote, die es gibt, den Lehrern und auch den Schulleitungen so nahelegen. Und wenn immer wieder das Argument kommt: „Wir können hier nicht weg. Wir können nicht nach Marburg oder Wiesbaden zu einer Lehrerfortbildung fahren.“, muss man schauen, ob es möglich ist, zu diesen Themen insbesondere in den Ballungsräumen, in denen dieses Problem akut ist, auch dezentrale Fortbildungen für Lehrer anzubieten.

Die Eltern haben nach dem Hessischen Schulgesetz auch für sich die Möglichkeit, dieses Thema in der Schulkonferenz auf die Agenda zu setzen, ohne dass der Schulleiter ein Veto einlegen kann. Das heißt also, die Eltern können nach dem Schulgesetz hingehen und das Thema behandeln. Die Eltern können auch als Elternvertretung eine Fortbildung auf ihrer Ebene organisieren. Schulen stehen für solche Dinge auch dezentral Mittel zur Verfügung. Ich denke, es ist wichtig – das ist jetzt ein sehr allgemeiner Aspekt –, die Eltern und insbesondere die Elternvertreter aus Familien mit Einwanderungshintergrund dazu zu bringen, diese Rechte auch wahrzunehmen. Denn hier ist oft der Punkt, dass sich Eltern nicht trauen, und zwar auch Eltern mit einem gewissen Bildungshintergrund. Dann sollte man dafür sorgen, dass es bei solchen Veranstaltungen eine Infrastruktur gibt, und zwar in Gestalt von Dolmetschern. Das heißt, man kann, sollte es wirklich der Fall sein, dass Schulleitungen solche Konflikte umgehen oder verleugnen, auch die Schulleitung umgehen, ohne deswegen gleich den Schulfrieden aufs Spiel zu setzen; denn es gibt im Rahmen von Schulgremien bestimmte Möglichkeiten.

Ich möchte eine kurze Antwort auf Ihre Frage geben, obwohl Sie mich nicht dazu gefragt haben. Für mich ist es wichtig – und das ist auch Bestandteil meiner Erfahrung in der Polizeiaus- und -weiterbildung in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin –, dass man Polizisten, die Menschen sind wie wir alle, auch in ihren Vorurteilen ernst nimmt, in der Fort- und Weiterbildung auch einer vorurteilsbewussten – in Führungszeichen – „Erziehung“ einen Raum gibt und sie ermuntert, nicht immer nur in Polizeistrukturen zu denken. Das kann für den Revierbeamten heißen: Geh doch mal in deinem Kiez in die Moschee und stelle dich vor. – Man kann sich aber auch auf höheren Ebenen vornehmen, sich nicht nur ein Bild davon zu verschaffen, welche Institutionen es gibt, sondern auch, welche Menschen dezentral vor Ort ansprechbar sind.

Sie nannten in diesem Zusammenhang die Moscheegemeinden, auf die man zugehen sollte statt auf die Verbände. Wichtig ist, dass man auch als Polizeibehörden bereit ist, über den Tellerrand zu gucken. Ich erlebe jedoch, dass viel zu viel im internen Kontext verbleibt.

Frau **Dantschke**: Ich möchte auf die Frage von Herrn Tipi antworten. Das ist alles nicht neu. Das kennen wir alles aus dem Rechtsextremismus, dass nicht einzelne Personen sich radikalieren, sondern ganze Familien, die dann schon wieder Kinder haben. Deswegen nennen wir uns nicht Elternberatung, sondern Angehörigenberatung.

Inzwischen rufen immer mehr Großmütter an, weil sich Schwiegersohn oder Sohn und Schwiegertochter usw. radikalieren, und es machen sich auch ganze Familien auf den Weg nach Syrien. Es gibt ganz interessante Fälle mit einem Mann, zwei Frauen und sechs Kindern. Und was machen sie dann mit der Großmutter, die noch hier ist? Was soll die noch machen? Die kann nicht auf sechs Leute einwirken. Da spielen diese Netzwerke eine Rolle. Diese Kinder gehen, wenn sie jetzt nicht nach Syrien ausgereist sind, sondern noch hier sind, in die Schule. Diese Kinder haben andere Bezugspersonen, zum Beispiel Großmutter, Onkel oder Tante. Auch bei migrantischen Familien ist nicht die ganze Familie radikal, sondern oft ist im nahen Umfeld nur ein Teil radikal.

Sie müssen einfach in diesem Nahfeld, das Kontakt zu diesen Jugendlichen hat, Akteure finden und dann über diese nahen Akteure arbeiten. Denn Sie brauchen eine Person, die eine Beziehung hat. Das ist alles Beziehungsarbeit. Der erste Schritt ist Beziehungsarbeit, positiv besetzte emotionale Beziehung, gemäß dem Sprichwort „Bindung kommt vor Bildung“. Das heißt, Sie müssen zuerst eine Beziehung aufbauen, und das haben Sie, wenn Sie einen Verwandtenkreis haben. Das müssen Sie suchen und nutzen, indem Sie diese Person stärken. Wenn es diese Person nicht gibt, wird es schwierig. Das heißt, es ist kein Allheilmittel. Es gibt keine hundertprozentige Erfolgsgarantie. Das geht auch nicht.

Frau Prof. **Dr. Schröter**: Die Einbindung der bzw. die Auseinandersetzung mit Moscheegemeinden ist ein äußerst schwieriger und sehr sensibler Prozess. Ich habe das in Wiesbaden erlebt. Da gibt es eine Integrationsvereinbarung mit den meisten Moscheegemeinden, und die sieht vor, dass die Moscheen selber dafür Sorge tragen, dass sie keine radikalen Prediger einladen. Aber es ist dann doch immer wieder vorgekommen, und dann führt man eine Auseinandersetzung, in der man Antworten bekommt, wie „Wir haben aber nicht gewusst, dass die radikal sind“.

Es wird viel um den heißen Brei herumgeredet, und letztendlich möchten die Moscheen natürlich alle das Siegel haben, dass sie keineswegs radikal sind. Selbst jede salafistische Moschee möchte dieses Siegel haben, und die Stadtpolitik oder die Politik im Allgemeinen möchte natürlich mit allen Moscheen auch Kontakt halten.

Das ist ein Feld, das es äußerst schwierig macht, Auseinandersetzungen zu führen, aber ich denke, es müssen irgendwelche Formate entwickelt werden, wie man dennoch tatsächlich to the point mit den Leuten spricht, damit man auch Zugriff auf Jugendliche hat, die gefährdet sind. Das weiß man auch. Viele Moscheen haben Probleme mit Jugendlichen. Dennoch laden sie radikale Prediger ein, weil sie sich sagen: Sonst gehen die Jugendlichen in eine andere Moschee, und dann haben wir sie verloren. Wir wollen aber unsere Jugendlichen behalten. Dann laden wir mal wieder Salafisten ein. Wenn es

die Stadt dann merkt, muss man sich irgendwie vor der Presse rechtfertigen. – Das ist höchst unangenehm. Also versucht man alles Mögliche, damit das schnell wieder vom Tisch ist.

Letztendlich – das sage aber ich – nützt es nichts. Man muss tatsächlich über Religion sprechen, und zwar Religion, wie sie in den Moscheen vertreten wird; und diese wird durchaus in unterschiedlichen Moscheen sehr unterschiedlich vertreten. Es gibt nur einige, von denen man tatsächlich weiß, dass dort salafistische Prediger zu Vorträgen von Veranstaltungen und Workshops zum Teil tagelang eingeladen werden oder dass es dort problematische Broschüren in der eigenen Bibliothek oder Problematisches auf der Internetseite gibt. Aber es muss meiner Meinung nach irgendein Weg gefunden werden, um darüber tatsächlich auch eine Debatte zu führen. Denn das sind die Moscheen, in denen sich genau diese Jugendlichen sammeln, die gar nicht unbedingt aus dem Stamm der eigentlichen Moschee kommen, sondern das werden dann sehr schnell Treffpunkte für Jugendliche, die dort wieder andere treffen. Dann hat man natürlich irgendwie eine ungute Gemengelage. Aber solange sie hier in den Moscheen sind, hat man auch die Möglichkeit, in irgendeiner Weise darauf einzuwirken.

Ich denke, obwohl es allen so furchtbar unangenehm ist, weil man so schnell in der Ecke steht und als Rassist oder islamophob dargestellt wird – und diese Vorwürfe gibt es permanent –, muss der Versuch gemacht werden, in eine ernste Debatte einzutreten. Ich denke, wenn wir alle Bürger und Bürgerinnen gleichermaßen ernst nehmen, heißt das in einer Demokratie auch – und davon lebt eine Demokratie –, dass wir eine ernste Debatte führen und dass es keine Redeverbote, keine Diskurspolizei und keine Denkverbote geben darf. Vielmehr muss das, was auf dem Tisch liegt, auch irgendwie behandelt werden. Dann muss man sich Gedanken über die Form machen, damit nicht gleich alle aufspringen und weggehen. Aber wir kommen nicht drum herum, weil Salafismus und Dschihadismus, wie gesagt, in einem Umfeld entstehen, das erst einmal die Ideologie bereitstellt, das es grundsätzlich gutheißt, das auch wieder in irgendeiner Weise Rückendeckung bietet. Da muss man ran, ansonsten bleibt man beim Einzelfall, wie Frau Dantschke auch schon sagte: Es ist nicht der Einzelfall, sondern es betrifft natürlich auch größere Gruppen von Menschen.

Frau **Brandenburger**: Es gab eine Frage nach den Rückkehrern. Ich glaube, Herr Tipi, Sie sagten so lapidar, das mit den Rückkehrern müsste man doch in den Griff kriegen. Viel schwieriger sei doch die Problematik mit den Reisepässen. Sehen Sie es mir nach, dass ich das etwas verkürze. Grundsätzlich würde ich Ihnen recht geben wollen. Eigentlich müsste man das in den Griff kriegen können. Es ist aber nicht so einfach. Es gibt 180 bis 200 Rückkehrer bundesweit. Wenn ich jetzt nur für Niedersachsen spreche, dann sind es – in Anführungszeichen – „nur“ vier Rückkehrer. Natürlich würden wir das noch so in den Griff kriegen, aber die Prognose ist: Wir werden es mit mehr Rückkehrern und mit mehr Ausreisen zu tun haben.

Stellen Sie sich bitte eine Observation, um es einmal deutlich beim Namen zu nennen, nicht so vor, als könnte man das mal eben 24 Stunden und das Ganze eine Woche lang 14 Tage oder vier Wochen lang mit dem Personalbestand durchexerzieren, den Sicherheitsbehörden haben. Das geht so nicht.

Das heißt, wir müssen abschichten, wir müssen gewichten, und wir müssen Schwerpunkte setzen und möglichst frühzeitig erkennen, von wem eine wirkliche Gefahr ausgeht.

Mit dem derzeitigen Personalbestand der Verfassungsschutzbehörden und auch der Landeskriminalämter kann eine solche lückendeckende Überwachung aller möglichen Rückkehrer, von denen möglicherweise eine Gefahr ausgeht, in der Form nur schwer geleistet werden. Ich möchte Ihnen nicht die Illusion nehmen, aber ich bin ein Freund des offenen Wortes: Es ist nicht so leicht, wie man sich das gemeinhin vorstellt. Denn eine Überwachung heißt nicht, man stellt einen Beamten vor die Tür, und der guckt sich das einmal an. Das ist ein durchaus opulentes Verfahren. Eine Observation bedarf mehr als nur eines Beamten, den man vor die Tür stellt.

Was das Thema „Reisepässe“ angeht, würde ich Ihnen auch gerne die Illusion nehmen wollen, dass mit einer möglichen gesetzlichen Regelung im Personalausweisgesetz das Problem gelöst ist. Diejenigen, die ausreisen wollen, tun das zur Not auch mit gefälschten Papieren, die tun das ohne Papiere, die finden Wege, um auszureisen. Wir haben es immer wieder erlebt, dass junge Leute, die ein oder zwei Mal erfolgreich an der Ausreise gehindert wurden, beim dritten Mal einen Weg finden, auszureisen. Die Art, wie das von sehr jungen Leuten klandestin und mit viel Phantasie und zum Teil auch mit einer Überzeugung vorbereitet wird, die die Unterschriften ihrer Eltern fälschen, um dann tatsächlich über die Türkei ausreisen zu können, ist schon sehr umfangreich.

Das heißt, es ist mit der bloßen Änderung nicht getan. Eine Maßnahme allein reicht nicht. Wir haben uns im Verfassungsschutzverbund auch mit den Polizeibehörden immer wieder darauf verständigt: Wenn wir über erfolgreiche Repression reden und über gefahrenabwehrende Maßnahmen, dann dürfen wir nicht nur den Fokus auf einen Aspekt richten, sondern wir müssen wirklich ein ganzes Bündel an Maßnahmen greifen lassen, und zwar eng verzahnt mit den präventiven Maßnahmen. Repression allein wird das Problem nicht verhindern können. Die Ausreise verhindern ist ganz wichtig in den Fällen, in denen wir wissen, dass sich dort jemand an Kampfhandlungen beteiligen wird. Es ist auch ganz wichtig, den Rückkehrer sehr engmaschig zu betreuen – so will ich es einmal formulieren –, aber letztlich ist das noch nicht das alleinige Mittel. Wir müssen in erster Linie alle Anstrengungen, auch im präventiven Bereich, daran setzen, zu verhindern, dass die jungen Leute überhaupt ausreisen wollen. Denn wenn sie es erst einmal wollen, dann ist es ganz schwer, sie tatsächlich flächendeckend bundesweit daran zu hindern.

Damit komme ich auf Ihre Frage zu sprechen, ob das Personal ausreicht. Ich weiß, dass in einigen Behörden im Verfassungsschutzverbund Person in diesem Bereich „Islamismus/Salafismus“ konkret auch schon aufgestockt wurde. Der operative Bereich, sprich die Observation, ist mit dem bisherigen Personalbestand bundesweit auch fast nicht mehr zu bewerkstelligen. Wir werden eine Diskussion darüber bekommen müssen, die Verfassungsschutzbehörden personell zu verstärken.

Ich würde sagen, für Niedersachsen ist der aktuelle Stand: Wir kriegen es noch mit dem vorhandenen Personalbestand relativ gut hin, aber auch nur durch interne Umschichtungen. Das heißt, wir sind auf dem Wege der Prioritätensetzung, genauso wie es im Bundesamt für Verfassungsschutz ist. Da muss man jetzt eben lageangepasst reagieren, so, wie wir nach NSU auch lageangepasst reagiert haben. Aber ich schließe nicht aus, dass wir in Kürze auch zu einer veränderten Situation kommen und tatsächlich Personalforderungen stellen müssen.

Eine Frage, die noch offen war, war die, ob es ein Vertrauensverhältnis bzw. Ressentiments gegenüber den Verfassungsschutzbehörden gibt. Ja, die gibt es, gab es immer und wird es auch immer geben, und das Vertrauensverhältnis ist nie so gut, dass es

nicht noch besser werden könnte. Aber ich stelle durchaus fest, dass wir in den letzten Jahren auf einem relativ guten Weg sind. Diese Vorbehalte gegenüber Verfassungsschutzbehörden – „Die sollten sich nicht an der Prävention beteiligen“ – hat es lange Zeit gegeben. Mittlerweile sind wir, aufgehängt am Bereich des Rechtsextremismus, einen relativ guten Weg gegangen. Wir haben dort sehr gute Erfolge erzielt, auch mit Aussteigerprogrammen und der engen Anbindung an zivilgesellschaftliche Akteure, sodass im Moment die Basis relativ gut ist, auch in dem Bereich eng zusammenzuarbeiten. Das liegt vielleicht an dem faktischen Aspekt, weil alle Akteure sehen, dass die Bedarfe so groß sind, dass sehr viele Elternvertreter, Lehrer, aber auch Bürger einfach den Bedarf haben, dass absolut die Notwendigkeit besteht, über bestimmte Sachverhalte aufzuklären. Dadurch ist die Berührungsangst inzwischen nicht mehr ganz so groß.

Dennoch wäre eines durchaus wünschenswert in der Tat hilfreich – und ich habe das ein bisschen als politisches Angebot aufgefasst; natürlich kann das durch entsprechende politische Debatten oder auch Forderungen flankiert werden –, und zwar eine Aufklärung der Bevölkerung darüber, dass der Verfassungsschutz nicht nur repressiv tätig ist, sondern dass wir auch als Ansprechpartner sehr gerne und gut zur Verfügung stehen. Ich glaube, in dieser Hinsicht können wir über die Ländergrenzen hinweggehen. Das können Sie hier in Hessen genauso tun und uns damit auch in Niedersachsen wirklich Hilfestellung leisten.

Ein letzter Punkt. Es ist angesprochen worden, Polizeibeamte sollten über den Tellerrand hinausschauen und kulturell auch stärker gebildet sein. Das ist ein wichtiger Punkt und betrifft, nebenbei bemerkt, auch Verfassungsschützer. Wir gehen in Niedersachsen inzwischen den Weg, dass wir ein internes Fortbildungsprogramm auch für alle Verfassungsschutzmitarbeiter aufgelegt haben. Wir gehen in die Moscheen, wir machen Besuche in der DITIB-Moschee, aber auch in verschiedenen Synagogen. Das heißt, ich habe den Wunsch und den Ansatz – und es sieht so aus, als würden wir es auch allmählich hinkriegen –, dass wir die interkulturelle Kompetenz nicht etwa schulisch stärken, indem wir irgendwelche komischen Fortbildungsmaßnahmen veranstalten, sondern wir konfrontieren unsere Mitarbeiter durch Erleben mit der Lebenswirklichkeit. Das führt manchmal zu interessanten Begebenheiten, wenn wir denn eines Nachmittags mit zehn, zwölf Leuten in der DITIB-Moschee aufkreuzen und Medienvertreter dann denken, dass dort eine Razzia stattfindet, wenn der Verfassungsschutz in die DITIB-Moschee marschiert. Aber es führt einfach zum Dialog. Es führt dazu, dass auch die Moscheevertreter ihrerseits Vertrauen wiederum in die Verfassungsschutzbehörde haben, weil sie sehen: Das sind Menschen, die das ernst meinen, die auch ernsthaft an der Bekämpfung des Salafismus interessiert sind.

Deshalb kann ich nur dazu ermuntern, den Dialog mit den Migrantenorganisationen und den Moscheegemeinden zu führen, auch als Verfassungsschutzbehörde, auch wenn es vielleicht ein etwas ungewöhnlicher Weg ist. Aber es hilft beiden Seiten, das Vertrauensverhältnis wieder in Gang zu bringen. Dann sind die Moscheegemeinden auch bereit, ihrerseits auf Gefährder zuzugehen. Sie müssen sie uns ja nicht melden. Wir sind gar nicht der erste Ansprechpartner. Es geht einfach nur um Sensibilisierung in dem Kontext.

Herr **Paul**: Ich möchte versuchen, die Fragen zusammenzufassen. Ich denke, es ist an der Stelle ganz wichtig, klarzumachen, dass jeder eine bestimmte Aufgabe hat – die Polizei, die Justiz, der Verfassungsschutz, aber auch die unterschiedlichen Bereiche der

Gesellschaft, die heute und vielleicht in der nächsten Veranstaltung angesprochen werden. Ich denke hierbei an die Familie, die Schule, die Gemeinden der Kirchen und vieles andere mehr.

Insofern kann die Fragestellung, ob der Ausweis weiterhelfen kann, punktuell betrachtet aus Sicht des Verfassungsschutzes mit Nachdruck bejaht werden. Klar, er verbessert die Möglichkeiten. Er erschwert es jemandem, auszureisen. Denn er stellt eine größere Hürde dar und ist nur eine von vielen Maßnahmen. Er ist natürlich nicht das Allheilmittel, um das Problem, das wir momentan haben, zu lösen. Aber für unseren Bereich ist das eine Hilfe, und deswegen bin ich dafür, dass wir diese Instrumente nutzen und damit sozusagen die Hürde anheben. Das muss in jedem Bereich passieren, denn die Sicherheitsarchitektur kann nur dann funktionieren, wenn alle zusammenwirken und auch außerhalb dieser Sicherheitsarchitektur und der Sicherheitsbehörden die Gesellschaft ihren Beitrag dazu leistet. Die Diskussion, die wir hier führen, ist bereits Ausdruck dafür, dass es vielleicht gelingt, aus den verschiedenen Bereichen heraus Position zu beziehen.

Sie wissen, dass Sicherheit und Freiheit im Zusammenhang stehen. Das kann man auch mit der Frage von Frau Faeser in Verbindung setzen, was die Anzahl des Sicherheitspersonals angeht. Wir wollen sicherlich keinen Polizeistaat haben, in dem an jeder Ecke ein Schlapphut-Verfassungsschützer oder ein Polizist stehen oder was auch immer an Schreckensszenarien gezeichnet werden können. Das wollen wir nicht. Aber wir wollen unsere Aufgabe mit ausreichend Personal wahrnehmen können, und wir möchten, dass auch die anderen Sicherheitsbehörden und die Gesellschaft ihren Beitrag dazu leisten, Position beziehen und die Probleme nicht bei einzelnen Einrichtungen abladen.

Abg. **Hermann Schaus:** Zunächst einmal einen schönen guten Tag, meine Damen und Herren. Wir haben in unserer Fraktion entschieden, dass die sozialpolitische Sprecherin, die migrationspolitische Sprecherin und der innenpolitische Sprecher sich in dieser Anhörung abwechseln. Deswegen konnte ich leider nicht allen Ihren Beiträgen folgen.

Vorsitzender Horst Klee: Das ist bereits den ganzen Tag ein übliches Verfahren, Herr Schaus.

Abg. **Hermann Schaus:** Danke schön, Herr Vorsitzender. Ich möchte es nur erklären, weil ich jetzt eine Frage stellen möchte, die mir meine Vorgängerin hinterlassen hat. Ich möchte aber zunächst – schließlich war das der Ausgangspunkt – mit einem Widerspruch beginnen, den ich in den Aussagen von Frau Brandenburger und Herrn Paul gehört habe, die beide für den Verfassungsschutz gesprochen haben.

Frau Brandenburger, Sie haben eben gesagt – so jedenfalls habe ich Sie verstanden –, wenn diese Personen ausreisen wollen, dann schaffen sie das auch, und zwar auch mit gefälschten Ausweisen usw. Deswegen frage ich Sie speziell noch einmal, was dann sozusagen aus Ihrer Sicht die Einschränkung im Personalausweis nützt. Herr Paul hat gesagt, sie nützt. Bei Ihnen habe ich es jetzt so verstanden, dass sie nichts nützt, weil sie sowieso Wege finden, entsprechend auszureisen.

Inwieweit führt denn – das wäre jetzt eine Überleitung meiner Frage und meine Bitte um Beantwortung an Frau Dantschke – so ein besonderer Personalausweis gleich zu einer

weiteren Diskriminierung – ich denke, das ist der richtige Begriff – bei einem bestimmten Personenkreis und damit zu Schwierigkeiten, diese dann auch wieder zurückzuholen?

Ich darf vielleicht eine zweite Frage anschließen, die sich an Frau Dantscke richtet, wenn Sie erlauben, Herr Vorsitzender, und die mir meine Kollegin hinterlassen hat. Sie sprachen ebenso wie Herr Prof. Hafener davon, dass die dschihadistische Jugendkultur mit rechten Kameradschaften vergleichbar sei. Jetzt gibt es eine Reihe von Erfahrungen mit rechten Kameradschaften. Mich würde in dem Zusammenhang interessieren, ob Sie sagen würden, dass man aufgrund dieser Erfahrung in gleicher Weise eine Anleihe an die Präventionserfahrung, die man da mitbekommen hat, machen kann und zum Beispiel bestimmte Programme von der Struktur her übernehmen kann. Wie schätzen Sie das im Hinblick auf die bestehenden Programme ein? Damit meine ich deren Umfang und auch die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in solchen Programmen. – Vielen Dank.

Frau Brandenburger: Einen Widerspruch zwischen dem, was ich gesagt habe und was Herr Paul gesagt hat, kann ich nicht wahrnehmen. Einen Aspekt bietet die Änderung des Passgesetzes. Natürlich kann man in dem Bereich etwas tun, und man kann Sinnvolles tun. Es erschwert die Ausreise, und so hatte ich Sie auch verstanden. Es erschwert es denjenigen, die ausreisen wollen, und das ist ein wichtiges und legitimes Mittel, das man nutzen muss. Alles, was repressiv möglich ist, sollte genutzt werden. Ich habe nur davor gewarnt, sich darauf zu konzentrieren. Es ist nicht das Allheilmittel.

Frau Dantscke: Ich fange mit der zweiten Frage an. Ich kann Ihnen diese Frage jedoch nicht umfassend beantworten. Das wäre jetzt zu umfangreich. Ich nenne vielleicht nur ein Beispiel. Ich habe vorhin kurz von EXIT-Deutschland gesprochen. Das ist die Ausstiegsinitiative. Dort, im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus, ist dieser Ansatz über die Angehörigen entwickelt worden, die wir jetzt mit dieser BAMF-Beratungsstelle bzw. dem Netzwerk quasi auf dieses ganze Feld des Islamismus, Salafismus, Dschihadismus sowie die Radikalisierung übertragen haben. Das sind alles Erkenntnisse aus der Arbeit in der Frage von Deradikalisierung im Bereich Rechtsextremismus.

Der Erziehungswissenschaftler hat heute von den Radikalisierungsprozessen gesprochen und Fragen aufgeworfen wie: Wie verlaufen Radikalisierungsprozesse? Was bietet die Szene? – Das heißt, es gibt Aspekte, die wir bereits kennen und die wir nutzen können. Somit müssen wir nicht bei null anfangen. Es gibt natürlich aber auch spezielle Ansätze. Das bedeutet, es gibt dort andere Narrative, andere Begründungsmuster, jedenfalls zum Teil. Bei einer rechtsextremen Jugendszene spielt natürlich auch Folgendes mit rein: Ich will den Jugendlichen nicht nur davon abhalten, gewalttätig zu sein, sondern ich möchte ihn natürlich schon auch aus dieser rechtsextremen Ideologie herausholen und wieder in die demokratische Gesellschaft integrieren.

Wir haben es jetzt mit einer radikalen Ideologie, mit Freiheitsfeindlichkeit, mit der Ideologie der Ungleichwertigkeit zu tun, also mit dem politischen Salafismus und Dschihadismus, aber auch mit einer Religion. Das versuchen wir den Partnern und Eltern immer wieder deutlich zu machen. Unser Ziel ist nicht, diesen Jugendlichen aus der Religion herauszuholen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Aus der Religion herausgeholt und dann vielleicht in irgendein ziemlich fundamentalistisches Christentum hineingegangene Jugendliche, die uns dann gerne im Fernsehen als Aussteiger präsentiert werden,

sind keine Aussteiger, sondern lediglich Umsteiger. Die sind nie deradikalisiert worden. Ich nenne in dem Zusammenhang nur den Namen Barino Barsoum. Das ist eine Katastrophe für unsere ganze Arbeit.

Das heißt, es geht nicht darum, ganz klar zu differenzieren, wenn jemand religiös oder spirituell ist. Vielmehr geht es um Aspekte wie die Freiheitsfeindlichkeit und die Frage: Inwieweit ist die Freiheit dieser Person und auch die Freiheit anderer Personen beschränkt? – Darum geht es.

Ich möchte noch ganz kurz auf die Frage zu dem Ausweis zu sprechen kommen. Ich habe mich bereits in der Presse ein paar Mal zu diesem Sonderpersonalausweis geäußert. Darauf zielt wahrscheinlich auch Ihre Frage ab. Der Punkt ist wirklich folgender: Die Ausreise zu verhindern heißt dann, wir haben jetzt Zeit. Das heißt, wenn das Hilfenetzwerk an der Reihe ist, zählt jeder Tag, den diese Jugendlichen noch hier sind. Wir haben es teilweise auch mit 15-, 16- und 17-jährigen Mädchen zu tun, die zum Heiraten ausreisen und schon versprochen und als Zweitfrau für Deso Dogg ausgesucht worden sind.

Zu dieser Arbeit gehört natürlich auch, Perspektiven wie zum Beispiel einen Ausbildungs- oder Schulplatz aufzuzeigen. Ich habe im Moment keine Antwort, der Ausweis ist gerade da. Das sind meine Befürchtungen. Dieser Ausweis wirkt natürlich wie ein Stigma. Wir haben in analogen Fällen, in denen wir mit Jugendlichen arbeiten, die Erfahrung gemacht, dass ein klarer Ausreisewille vorhanden ist, wir es aber über die Beratungsarbeit geschafft haben, dass auch noch eine Alternative wie ein Studium – schließlich geht es nicht nur um bildungsferne, sondern auch um bildungsnahe Jugendliche – zur Debatte stand. In einem speziellen Fall war es so, dass dieser Jugendliche den Studienplatz nur bekommen hätte, wenn er vorher ein bestimmtes Praktikum gemacht hätte. Das war die Voraussetzung, um diesen Studienplatz zu bekommen. Was meinen Sie, wie wir gerudert haben? Ich bin an den türkischen und an den arabischen Unternehmerverband herangetreten. Die haben alle Angst, einen solchen Jugendlichen, der nicht deradikalisiert ist, sondern der zur einen Hälfte mit seinen Gedanken auf dem Weg nach Syrien ist und zur anderen noch erreichbar ist, einzustellen und ihm einen Praktikumsplatz zu geben.

Jetzt können wir Überzeugungsarbeit leisten, aber mit einem solchen Ausweis ist das wie ein Stigma. Erst nach sechs Monaten wird er überprüft. Das heißt, für diesen Zeitraum von sechs Monaten ist es ganz wesentlich, an diesem Jugendlichen dranzubleiben und ihm Perspektiven zu bieten. Ich habe Angst – das ist eine These –, dass uns dieser Ausweis die Arbeit erschwert, und zwar noch mehr, als es jetzt schon der Fall ist. So würde ich es beschreiben.

Vorsitzender Horst Klee: Damit kommen wir in die letzte Runde der Anzuhörenden. Ich darf als Ersten Herrn Dr. Marwan Abou Taam vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz nach vorne bitten.

Herr **Dr. Taam:** Vielen Dank für die Einladung. Als ich eingeladen wurde, habe ich mich sehr gefreut. Dann habe ich die Rednerliste gesehen und dachte: Was soll ich eigentlich dort? Es sind so viele Experten anwesend, die bereits seit heute Morgen einiges erzählt haben. Ich werde trotzdem versuchen, etwas Neues in die Debatte einzubringen,

insbesondere deswegen, weil ich als Mainzer die Gelegenheit habe, in Wiesbaden zu reden. Das ist sicher schon eine sehr gute Sache.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Horst Klee: Das ist allerdings ein sehr erschwerender Vorgang, Herr Kollege.

Herr **Dr. Taam:** Viele von Ihnen wollen jetzt sicher lieber draußen Kaffee trinken und Kuchen essen. Ich denke aber, das Thema ist sehr wichtig und man sollte einmal einen Blick darauf werfen. Ich habe das Gefühl, das, was ich bis jetzt gehört habe, ist alles sinnvoll. Allerdings habe ich gleichzeitig das Gefühl, dass wir zu sehr an den Symptomen arbeiten. Wir werden es tatsächlich schaffen, die Temperatur zu senken, aber wir werden an der Krankheit sterben.

Das, womit wir es zu tun haben, ist viel mehr als die Tatsache, dass ein paar Jugendliche – es sind 600 – ihre Koffer packen und nach Syrien gehen, um dort zu kämpfen. Wir haben es damit zu tun, dass hier scheinbar Identitätskonflikte und -brüche dazu beitragen, dass sich diese Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zunehmend in extrem radikale Diskurse hineinbegibt und eine sehr starke Polarisierung produziert wird.

Allerdings muss man gleichzeitig zurückrudern und feststellen: Wir reden nicht über ein Massenphänomen. Wir reden nicht darüber, dass die Jugend radikal wird, und wir reden auch nicht darüber, dass die Jugendlichen, die Familien und so weiter und so fort alle in ihrer Gesamtheit problematisch sind, sondern wir reden über eine spezifische Problematik. Berufen wir uns auf die Zahlen des Verfassungsschutzes, reden wir über 7.000 Salafisten. Das sind übrigens nicht alle Jugendlichen, selbst wenn man den Jugendbegriff etwas erweitert. Es handelt sich um junge Erwachsene; der jüngste Salafist ist, glaube ich, 14, der älteste ist aber 62.

Wir haben auch hier eine sehr starke Variation. Gleichzeitig will ich aber sagen, dass die Zahl von 7.000 vielleicht zu niedrig ist. Bei optimistischer Betrachtung nehmen wir den Faktor 4; dann haben wir insgesamt immer noch eine relativ kleine Zahl.

Trotzdem muss man sich mit dieser Problematik beschäftigen. Allerdings muss man sich gleichzeitig mit einer anderen Problematik viel intensiver beschäftigen, nämlich mit der Auseinandersetzung darüber, warum eine Ideologie, die alles verbietet, was Spaß macht, für junge Menschen interessant ist. Was macht sie – scheinbar – besser als unsere Spaßgesellschaft? Wieso wird jemand radikal?

Wenn wir genau hinschauen, stellen wir fest, die meisten derjenigen, die radikalisiert werden, werden nicht radikal, weil sie nicht politisch sind, sondern weil sie besonders politisch sensibel sind. Das bedeutet für uns eine sehr gute Chance, sie über die politische Bildung anzusprechen; denn anscheinend suchen sie politische Antworten auf politische Fragen, und anscheinend finden sie diese Antworten sehr leicht in einem Diskurs, den wir als „salafistisch“ bezeichnen. Das Spannende an diesem Diskurs ist, dass der Salafismus an sich die Antithese dessen ist, was wir „freie Gesellschaft“ nennen. Er ist also die Antithese des demokratischen Prinzips. Der Salafismus lehnt alles ab, was die Demokratie darstellt. Es gibt keine Überschneidungen, und es gibt keine Möglichkeit der Versöhnung.

Wenn wir uns in die Materie hineinbegeben – das ist zugleich ein Plädoyer dafür –, stellen wir fest, wir müssten eigentlich den salafistischen Diskurs in seiner Gesamtheit, völlig egal ob er puristisch oder dschihadistisch ist, abwehren. Wir müssen eine ganz hohe Mauer bauen und im Prinzip versuchen, diesen Diskurs zurückzudrängen. Allerdings müssen wir in diese Mauer eine ganze Reihe von Türen einbauen, um junge Menschen in die Demokratie zurückzuführen. Diese Türen sind Agenten der Demokratie. Das können die Familien sein, das können insbesondere Akteure der Zivilgesellschaft sein, die einiges machen können, das kann die politische Bildung sein, und das sind vor allem auch die muslimischen Verbände. Es sind die muslimischen Verbände, der Islam an sich und vor allem die Eltern.

Ich fange bei den Eltern an. Als eines der zentralen Probleme in diesem Radikalisierungsprozess sehe ich die Tatsache, dass sehr viele muslimische Eltern – ohne dass ich verallgemeinern will – immer noch nicht verstanden haben, dass eine Identität ihrer Kinder, die auf bloßer Abgrenzung beruht, für ihre Kinder schädigend ist bei der Bildung einer positiven inklusiven Identität in einem demokratischen Gemeinwesen. Das heißt, hier gibt es eine Hausaufgabe zu erledigen. Ich weiß nicht, wie man es politisch initiiert, aber zumindest gesellschaftlich kann man es initiieren, indem man einlädt, festzustellen: Eine freie Gesellschaft ist die beste Möglichkeit, seine Religion frei auszuüben. – Das gilt im Übrigen selbst dann, wenn man religiös argumentiert.

Die zweite Institution, die hier gefragt ist, ist die Religion. Warum die Religion? – Ganz einfach: weil die Religion eine Gegennarrative zu den Angeboten des Salafismus produzieren muss. Das kann die Mehrheitsgesellschaft nicht machen, sondern das muss aus dem Islam kommen. Hier muss etwas entstehen, was ich als eine Versöhnung von religiöser Identität und demokratischer Identität bezeichnen würde. Das muss die Religion selbst leisten. Die Politik kann allerdings durchaus Einfluss nehmen auf die religiösen Institutionen und dahin gehend Druck ausüben, dass das Ganze tatsächlich gemacht wird.

Die dritte Komponente ist die gesamtgesellschaftliche Frage, die sich im Zusammenhang mit der Radikalisierung stellt. Es gibt nicht den einen Extremismus in Deutschland, sondern es gibt parallele extremistische Angebote. Im Übrigen werden die meisten türkischen Jugendlichen, die sich radikalieren, nicht Salafisten, sondern Graue Wölfe. Das ist ganz wichtig. Das heißt, es gibt einen Wettbewerb zwischen den Ideologen und den Ideologien, und den müssen wir durchbrechen, indem wir diese Menschen befähigen, die Teilhabe an der Gesellschaft zu organisieren. Wie machen wir das? – Das ist letztendlich eine Frage der politischen Konstellation.

Die Kollegin vom Verfassungsschutz hat gesagt, dass man den eigenen Mitarbeitern die Möglichkeit eröffnet, sich mit der Realität zu konfrontieren: Ich finde, die Polizei macht es besser. Warum machen wir es besser? – Ganz einfach: Wir sagen, die Polizei muss ein Spiegelbild der Gesellschaft werden. Das heißt beispielsweise – Hessen ist diesbezüglich ein Vorbild, aber auch Rheinland-Pfalz ist ganz gut –, dass man die Polizei auf den verschiedensten Organisationsebenen für Menschen mit Migrationshintergrund öffnet. Wir sagen, die Menschen müssen sich in den Institutionen wiederfinden, die für die Gesellschaft arbeiten, insbesondere wenn diese Institutionen auch Agenturen der Demokratie sind. Dann kann man nämlich auch diesen „Wir und ihr“-Diskurs durchbrechen: wir Gläubige, ihr Ungläubigen usw. Vor allem kann man dann anders mit vermeintlichen Benachteiligungen umgehen, weil es in der Realität sichtbar ist, dass dem nicht so ist.

Jetzt kommen wir zur vierten Komponente: die Frage der Repression und des Umgangs mit dem Ganzen. Wenn wir aus den Anschlägen von Paris etwas gelernt haben, dann das, dass wir nichts gelernt haben. Warum? – Eigentlich hätte man in Paris etwas aus dem lernen müssen, was in Frankfurt geschehen ist. Was meine ich damit? – Der erste Anschlag dieser Art fand am Frankfurter Flughafen statt: die gezielte Tötung von Menschen, weil man damit verhindern will, dass sie den Muslimen oder dem Islam Schaden zufügen. Die Pariser haben es kopiert. Sie haben im Prinzip ein Urteil ausgesprochen.

Was lernen wir daraus über die Strategie des Terrorismus? – Ganz einfach: Wir lernen, dass Terroristen so funktionieren wie Künstler. Sie schlagen dort zu, wo es möglich ist. Sie machen quasi das, was möglich ist. Das sollte uns Angst machen. Warum sollte uns das Angst machen? – Die Zeiten, als al-Qaida komplexe Anschläge organisiert hat, sind vorbei. Je komplexer aber ein Anschlag ist, desto eher kann man erkennen, dass etwas geplant ist, denn es gibt viele Beteiligte. Es hört sich pervers an, dass wir uns danach zurücksehnen, wie es war. Aber das hat sich – weltweit übrigens, nicht nur in Deutschland – mit der Abflachung der Debatte innerhalb des salafistischen Diskurses geändert. Daher müssen und können wir zurzeit mit Anschlägen rechnen, die einfacher strukturiert sind. Je geringer die intellektuellen Fähigkeiten der potenziellen Täter sind, desto einfacher ist es, die Anschläge im Vorfeld zu erkennen.

Das macht übrigens die Rückreisenden besonders gefährlich. Den Entzug von Ausweispapieren finde ich deswegen sinnvoll, weil wir eine UN-Resolution haben, die uns verpflichtet, zu handeln. Eine mögliche Handlungsweise ist, dass man die Leute daran hindert, auszureisen. Die Rückkehrer sind deswegen gefährlich, weil sie dort einiges gelernt haben. Wenn man ausgebildet ist, ist man professioneller. Das heißt, wir können davon ausgehen, dass die Anschläge professioneller ausgeführt werden, auch wenn sie einfacher organisiert sind.

Auf der anderen Seite müssen wir uns die Frage stellen, was mit denjenigen passiert, die wir daran hindern, auszuwandern. Was passiert, wenn wir erfolgreich sind? – Diejenigen, die es unbedingt wollen, werden es trotzdem schaffen. Aber wenn wir erfolgreich sind, haben wir ein Potenzial an Personen, die so radikal sind, dass sie kämpfen wollen. Wir sagen aber: Ihr dürft nicht weg. – Ich erinnere an die Ereignisse in Kanada: Dort wurde der Attentäter daran gehindert, nach Syrien zu gehen. Was macht er? – Er begeht einen Anschlag in Kanada.

Das heißt, wir können und müssen davon ausgehen, dass hier die Gefahr wahrscheinlich mittel- und langfristig steigen wird. Wir müssen uns im Prinzip mit der Frage auseinandersetzen: Warum gehen Menschen nach Syrien, um dort zu kämpfen? Was ist die Motivation? – Das Spannende ist, dass diese Menschen auf der einen Seite ideologisch motiviert sind. Sie sagen: Wir wollen für Gott kämpfen; wir wollen mit Geschichte schreiben. – Das ist das eine Argument. Auf der anderen Seite wollen sie Abenteuer erleben. Das sind Abenteurer. Im Übrigen ist das nichts Neues. Wir kennen es aus fast allen Bürgerkriegen, dass junge Menschen bzw. junge Männer – meistens im hormonbelasteten Alter – irgendwann entscheiden: ab in den Krieg. Warum? – Weil man im Krieg seine Männlichkeit besonders zelebrieren kann.

Diese Leute kommen irgendwann zurück. Wenn sie zurückkommen, sind sie nach wie vor belastet und dazu noch traumatisiert. Hier ist es völlig egal, ob die Menschen aussteigen wollten oder nicht: Die Traumatisierung ist in beiden Fällen vorhanden. Wenn sie vorhanden ist, sind diese Menschen entweder gefährlich, weil sie im terroristischen

Interpretationsmodus handeln, oder sie sind gefährlich, weil sie im Modus des Traumatisiertseins handeln. Im Übrigen: Das, was sie der Gesellschaft vorwerfen, nämlich dass sie übersexualisiert und unmoralisch sei, kompensieren sie, indem sie darauf setzen, im Kampf zu sterben und dann 72 Jungfrauen zu bekommen.

Ich wünsche Ihnen noch viel Spaß.

Frau **Thurau**: Herr Vorsitzender! Zunächst einmal vielen Dank für die Komplimente aus dem Nachbarland. Ich möchte Ihnen vier Punkte vortragen. Als Erstes möchte ich Ihnen etwas über das Kriminalitätsphänomen des terroristischen Islamismus sagen. Danach folgen Ausführungen über die Aufgaben des Landeskriminalamts, über die Gefahrenabwehr und, last but not least, zur Repression. Es sei mir erlaubt, auch einen ganz kleinen Link zur Prävention zu setzen – wiewohl mein Kollege noch viel ausführlicher darüber berichten wird. Außerdem hat mir Herr Bräutigam leider eine Steilvorlage gegeben, was die interkulturelle Kompetenz der Polizei betrifft, sodass ich es mir nicht sparen kann, dieses Thema ganz am Ende zu erwähnen.

Ich beginne mit dem Phänomen des terroristischen Islamismus. Für die kriminalpolizeiliche Arbeit ist dieses Phänomen in seinen Ausprägungen, den damit verbundenen strategischen, taktischen und konzeptionellen Überlegungen und in der Folge vor allem auch in seinen rechtlichen Herausforderungen ein Novum im Feld der politisch motivierten Kriminalität. Ich habe in meiner beruflichen Biografie noch nie eine solche Dynamik gesehen. Sie belastet den Sicherheitsapparat erheblich.

Die internationalen Bezüge zu unterschiedlichen Krisengebieten in der Welt, nahezu offene Grenzen, die Kommunikation über das Internet und die hohe weltweite Mobilität bestimmen das Verhalten der Täter einerseits und die erforderlichen Reaktionen und Konzepte der Sicherheitsbehörden andererseits. Hier ist eine diffuse, äußerst dynamisch wachsende Anzahl von radikalisierten Menschen zu beobachten, die eben keine homogene, in sich geschlossene und identifizierbare Gruppe bilden, sondern einzeln oder in Kleingruppen unabhängig voneinander agieren. Der gemeinsame Nenner sind das Motiv und das Ziel.

Der Anspruch der weltweiten Ausdehnung des islamischen Kalifats, dessen Ideologie auch gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet ist, bedingt im Wesentlichen die Teilnahme an Kampfhandlungen in den bekannten Krisengebieten, die Planung und Durchführung von Anschlägen sowie die weitere massive Missionierung und Radikalisierung von Akteuren. Dabei machen uns in besonderem Maß diejenigen Sorgen, die tatsächlich an Kampfhandlungen in Syrien teilgenommen haben und zu uns zurückkehren, da zu erwartende Folgen wie Traumata, Verrohung und Menschenverachtung gerade im Hinblick auf mögliche Anschlagsszenarien ein unkalkulierbares, hohes Gefährdungspotenzial bedeuten. Innerhalb der Bundesrepublik bildet Hessen wegen der besonderen Rahmenbedingungen des Rhein-Main-Gebiets neben Nordrhein-Westfalen und Berlin einen ganz deutlichen Schwerpunkt.

Zur Aufgabe des Landeskriminalamts: Unsere Behörde hat als Zentralstelle der Kriminalitätsbekämpfung auch für dieses Phänomen die Koordinierung aller Ermittlungsverfahren und der Maßnahmen auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr übernommen. Wir gewährleisten die strukturierte, standardisierte Bearbeitung des überregionalen Phänomens

durch die zentrale Befassung unter Einbindung der regionalen und der überregionalen bis hin zur internationalen Expertise.

Mit der Einrichtung der Arbeitsgruppe „AG Assur“ werden von uns landesweit die gleichen Standards in allen Polizeipräsidiën gewährleistet. In allen Präsidiën sind für diese Aufgabenstellung eigens Sonderorganisationen mit zusätzlichem Personal eingerichtet worden. Besonders komplexe und herausragende Ermittlungsverfahren werden von uns im LKA geführt. Der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit den ebenso befassten Behörden des Bundes und der Länder sowie Auswertung und Analyse der Informationen sind geübte Praxis. Wir haben das Ziel, die salafistische Szene in Hessen weiter aufzuhellen und für die Aufgaben der Gefahrenabwehr sowie für die laufenden strafrechtlichen Ermittlungsverfahren fundierte Erkenntnisse zu generieren.

Zu dem Maßnahmenpaket der Gefahrenabwehr: Die zur Verfügung stehenden rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten der Informationsgewinnung zu personenrelevanten Sachverhalten sowie zu damit verbundenen möglichen Korrelationen sollen die Polizei in die Lage versetzen, vor allem Straftaten im Inland zu verhindern und Gefahren zu beseitigen. Darüber hinaus sollen insbesondere dschihadistisch motivierte Ausreisen verhindert werden bzw. es soll die Wiedereinreise nicht deutscher Personen, die an Kampfhandlungen teilgenommen oder ein entsprechendes Ausbildungslager besucht haben, unterbunden werden.

Dabei gilt es, die sehr unterschiedlichen Lebenssachverhalte, die nach bisherigen Erkenntnissen die Radikalisierung junger Menschen mit verursachen oder auch fördern, rechtlich umfassend zu prüfen und, wenn möglich, zu korrigieren oder korrigieren zu lassen. Damit sind Beispiele wie die „Lies!“-Koranverteilungsaktion auf der Zeil in Frankfurt sowie die Eröffnung eines Mekka-Ladens mit unterschiedlichen Zugängen für Frauen und Männer, die Gründung einer sogenannten Dschihad-Polizei, das Mitnehmen von Kleinkindern in die Kriegsgebiete, aufenthaltsrechtliche und asylrechtliche Fallkonstellationen und vieles mehr angesprochen. Hier sind unter Umständen nicht nur Tatbestände des öffentlichen Rechts, sondern auch Normen des Zivilrechts einschlägig.

Zur Strafverfolgung: Synchron mit der dynamischen Zunahme der Zahl der Salafisten wächst die Anzahl der eingeleiteten strafrechtlichen Ermittlungsverfahren in immer kürzeren Zeitabständen. Für die politisch motivierten Straftaten sind im Wesentlichen die Tatbestände des § 89a StGB – Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat –, des § 129a StGB – Bildung terroristischer Vereinigungen – und des § 6 Völkerstrafgesetzbuch – dabei geht es um Völkermord – einschlägig. Zu letztgenanntem Phänomen wird – erstmalig in der Bundesrepublik – in zwei Fällen ein Verfahren durch unser LKA für die Generalbundesanwaltschaft geführt.

Die Mehrzahl der Verfahren wird jedoch nach § 89a StGB eingeleitet. Hier hatte der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom Mai 2014 ein Urteil des Landgerichts Frankfurt aufgehoben, da die Ausführungen zum subjektiven Tatbestand diesen nicht ausreichend belegt hatten. Die Urteilsbegründung belegt aus Sicht der Ermittler, dass gerade auch im Hinblick auf den subjektiven Tatbestand die Qualität der Erkenntnisgewinnung und die darauf folgende Auswertung nochmals sorgfältig in den Fokus unserer kriminalpolizeilichen Ermittlungsarbeit gerückt werden müssen.

In enger Kooperation mit der Staatsanwaltschaft wollen wir die Qualität unserer Ermittlungshandlungen bei diesem neuen Kriminalitätsphänomen im Sinne einer ausreichen-

den Subsumption des zumindest bedingten Vorsatzes – der hier gefordert ist – weiterentwickeln. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass mithilfe des uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumentariums überhaupt ausreichend Erkenntnisse gewonnen werden können.

Ich komme zum Fazit. Die aktuellen Geschehnisse in Paris, aber auch die Anschläge in Sydney, in Brüssel und aktuell in Belgien zeigen, wie irrational und unkalkulierbar auch unser Land jederzeit von einem Anschlag betroffen sein könnte, auch wenn momentan keine konkreten Hinweise für eine solche Gefahr vorliegen. Um Sicherheit gewährleisten und Gefahren wirksam abwehren zu können, ist es bei der polizeilichen Aufgabenstellung wichtig, das gesamte Instrumentarium der Strafverfolgung und des Gefahrenabwehrrechts nach Kräften zu nutzen.

Dabei wollen wir insbesondere auch präventiv interdisziplinär kooperieren. Der im LKA angebundene Landesmigrationsbeauftragte als Ansprechpartner für und Bindeglied zu den Migrationsbeauftragten der Präsidien, zu dem „Arbeitskreis Sicherheit für Alle“, zu den muslimischen Verbänden und auch zu dem türkischen Generalkonsulat ist in diesem Kontext sehr hilfreich.

Jetzt komme ich zur interkulturellen Kompetenz. Der Landesmigrationsbeauftragte, Herr Benli, hat schon vor Langem Aktivitäten gestartet, um die interkulturelle Kompetenz innerhalb der hessischen Polizei zu fördern und zu schulen. Abschließend möchte ich auch erwähnen, dass wir seit zwei Jahrzehnten im Vollzug Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund – mit und ohne deutschen Pass – einstellen.

Herr **Mücke**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung und auch für Ihre Geduld: dass Sie sich heute so lange die Vorträge mit dem verdichteten Expertenwissen anhören. Deswegen habe ich meinen schriftlichen Redebeitrag weggelegt und mir gesagt, dass ich spontan vortrage und schaue, dass ich mich nicht an irgendwelchen Punkten wiederhole.

Eine Vorbemerkung muss ich aber machen, und zwar betrifft das die gesellschaftliche Dynamik. Wir sprechen hier gerade über ein bestimmtes Extremismusphänomen, nämlich über den Neosalafismus. Aber ich glaube, entscheidend wird sein, wie die Konflikt-dynamik zwischen verschiedenen Extremismusphänomenen ist; denn wir müssen beobachten, dass sich an den gesellschaftlichen Rändern die Extremismusphänomene weiter aufschaukeln und sich gegenseitig hochputschen können. Gleichzeitig haben wir das Problem, dass wir es in einem Teil der gesellschaftlichen Mitte mit einer Ausdünnung zu tun haben, was die Identifizierung mit demokratischen Werten betrifft. Das zeigt sich gerade auch in der Pegida-Bewegung. Das macht es schwierig, vorauszusagen, was passieren wird, und deswegen müssen wir, wie gesagt, alle Radikalisierungsphänomene im Blick haben. Ich glaube, sie befinden sich auch in einer Wechselwirkung miteinander.

Zu meiner Person: Ich befasse mich seit 25 Jahren mit der Deradikalisierungsarbeit, dem Rechtsextremismusphänomen und dem religiös begründeten Extremismus. Violence Prevention Network ist seit Juli 2014 vom hessischen Innenministerium beauftragt, die „Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus“ zu betreuen. Ich werde mich auf diesen Punkt konzentrieren.

Aber zunächst zu der Frage: Was kann man bei jungen Menschen bewegen? – Das ist sehr oft eine Frage der Haltung. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Vor vielen Jahren bin ich beauftragt worden, mit einem jungen Menschen zu arbeiten, bei dem man die Sorge hatte, aus ihm könnte einmal ein dschihadistischer Selbstmordattentäter werden. Ich habe in der Institution gefragt: Woran machen Sie es fest, dass er ein Dschihadist ist? – Mir ist gesagt worden: Na ja, er betet fünfmal am Tag. – Da meinte ich: Okay, was noch? – Darauf wurde gesagt: Er spricht auch mit keinem mehr. – Das war in einer Vollzugsanstalt. Er sprach also nicht mit Vollzugsbeamtinnen und -beamten, aber auch nicht mit anderen Insassen, und er trug einen Bart. Das hat eine große Besorgnis ausgelöst.

Ich habe dann mit diesem jungen Menschen Kontakt aufgenommen und konnte einen klassischen Verlauf feststellen: Er bewegte sich in einem allgemeinen kriminellen Milieu – er hatte Drogen-, Eigentums- und Gewaltdelikte begangen – und ist dann wegen dieser Straftaten im Rahmen einer Einheitsstrafe zu zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Er hat seine Mutter im Gerichtssaal weinen sehen und festgestellt, dass er im Leben gescheitert war. Übrigens ist er vaterlos aufgewachsen; das ist ein Merkmal, das wir immer wieder feststellen können. Er hat sich gefragt: „Wer bin ich eigentlich?“, und hatte den Wunsch, ein besserer Mensch zu werden. Plötzlich hat er festgestellt, dass er religiöse Wurzeln hatte: den Islam. Aber er hatte nicht die geringste Kenntnis über seine Religion und fragte mich: Kannst du mir den Islam erklären und näherbringen?

Nun ist das eine schwierige Aufgabe für jemanden, der sich als überzeugter Atheist versteht. Ich habe es aber gemacht. Ich habe mir zu den Fragestellungen, die ihn interessierten, Texte aus dem Koran und auch aus dem Internet herausgesucht. Aber ich musste feststellen, so leicht ist das alles nicht zu verstehen. Mittlerweile kann ich verstehen, warum es Islamwissenschaftler gibt. Ich musste mich an ein Grundprinzip halten, das mein Professor uns früher immer nahegelegt hat: Wenn du etwas nicht verstanden hast, lies es noch einmal. – Ich habe das öfter lesen müssen. Wir, der Jugendliche und ich – er ist auch ein bisschen daran verzweifelt –, haben gemeinsam versucht, uns den Sinnfragen zu stellen.

Er hat alles geschafft, und ich habe ihn später als Co-Trainer und als Trainer ausgebildet. Aber vor einiger Zeit habe ich ein Interview gelesen, das er einer Zeitung gegeben hat. Er hat gesagt, er sei mir sehr dankbar, dass ich ihm den Koran beigebracht hätte. Wie gesagt, ich bin organisierter Atheist. Später hat er mir aber gesagt, dass er, wenn er in der verzweifelten Situation, in der er sich damals befunden hatte, einen anderen religiösen Ansprechpartner gehabt hätte, sehr wahrscheinlich im extremistischen Milieu gelandet wäre.

Das ist etwas, was wir sehr oft erleben: Die Jugendlichen, die Bruchlinien in ihrer Biografie haben, die innerlich in einem Chaos stecken und die auf der Suche sind, haben leider – das ist das größte Problem – die falschen Ansprechpersonen. Es fehlen die richtigen Ansprechpersonen. Es geht auch darum, diese zu organisieren.

Jetzt komme ich zu der hessischen Beratungsstelle. In Hessen ist man einen sehr mutigen Weg gegangen. Ich kann das sagen, weil ich bundesweit tätig bin und den Bundesländervergleich habe. Das ist ein politisch gewolltes Programm. Man hat gesagt, hier muss etwas mit Prävention gemacht werden. In der Beratungsstelle haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, Präventionsarbeit und Interventionsarbeit zu leisten – also mit Gefährdeten zu arbeiten – sowie Ausstiegsbegleitung durchzuführen.

Seit Juli 2014 existiert diese Beratungsstelle. Sie hat vier Mitarbeiter, von denen die meisten eine muslimische Identität haben. Erstaunlich ist, dass wir in dieser Zeit mit 56 Familien Kontakt aufnehmen konnten, die sich sehr große Sorgen darum gemacht haben, in welcher Szene sich ihre Kinder bewegen, und darum, dass sie nach Syrien ausreisen. In dieser Zeit haben wir es auch geschafft, mit 25 gefährdeten jungen Menschen Kontakt aufzunehmen und eine Arbeitsbeziehung mit ihnen aufzubauen. Einige davon sind Rückkehrer aus Syrien.

Das zeigt uns zunächst einmal, dass ein enorm großer Beratungsbedarf vorhanden ist. Wir hatten es manchmal mit Eltern zu tun, die sich noch nicht einmal getraut haben, ans Telefon zu gehen. Sie haben vielmehr aufgrund der Pressemitteilungen, die veröffentlicht worden sind, von dieser Beratungsstelle Kenntnis genommen und standen dann plötzlich vor der Tür und äußerten ihren Beratungsbedarf. Das zeigt uns einerseits, dass hier ein sehr großer Beratungsbedarf besteht. Andererseits hat es uns gezeigt, dass es durchaus möglich ist, mit jungen Menschen, die zu dieser Szene gehören, in Kontakt zu treten – das ist nicht einfach, da gibt es verschiedene Methoden, darauf gehe ich jetzt nicht ein –, eine Beziehung zu ihnen herzustellen und sie aus diesem Milieu herauszuziehen. Wir haben auch in einigen Fällen verhindert, dass sie nach Syrien ausreisen.

Übrigens müssen wir da sehr aufpassen. Manchmal gibt es emotional sehr bedeutsame Punkte, an denen sie sich entscheiden. Das ist nicht immer ein fester Plan. Dazu können ein Ereignis wie die Attentate in Frankreich oder auch eine bestimmte Presseberichterstattung führen. Es sind plötzlich auftretende emotionale Drucksituationen, die dazu führen können. Nebenbei gesagt: Einmal handelte es sich um einen Jugendlichen, der verzweifelt war, weil ein Fernsehteam auf ihn zugekommen ist und plötzlich ein Bild von ihm im Fernsehen zu sehen war. Für ihn war das der entscheidende Moment, zu sagen: Jetzt ist mir sowieso alles egal, jetzt kann ich auch abhauen. – Es sind also sehr emotionale Punkte, um die es da geht. Aber wir haben es mit der Arbeit geschafft, diejenigen, die ausreisewillig waren, dort herauszuholen.

Wir haben das durchaus auch bei den Syrienrückkehrern schaffen können. Teilweise hatten wir noch Kontakt mit ihnen, als sie drüben waren. Sie haben dann festgestellt, dass sie einen Fehler gemacht hatten. Wir haben direkt mit ihnen gearbeitet, als wir es geschafft hatten, dass sie wieder hier sind.

Wir müssen bei den Syrienrückkehrern vorsichtig sein. Hier müssen wir sehr stark differenzieren. Wir müssen auch dann aufpassen, wenn ein Jugendlicher sagt: Ich habe einen Fehler gemacht, ich will aus der Sache raus. – Der ist vielleicht nicht mehr in der Szene, aber das heißt nicht, dass er sich auch in seinen Gedanken davon verabschiedet hat. Diese Menschen müssen für eine Weile intensiv betreut und begleitet werden. Wir müssen auch darauf achten, dass wir mit ihnen über die Gedanken, die in ihnen stecken, immer wieder diskutieren. Andererseits müssen wir darauf schauen, dass sie eine Chance haben, wieder gesellschaftlich integriert zu werden. Es ist nicht einfach für diese Jugendlichen, eine Schule, die sie besuchen können, oder einen Ausbildungsplatz zu finden. Das sind Sachen, bei denen man sagen muss: Hier wird eine langfristige Arbeit notwendig sein.

Zur Prävention sage ich jetzt nicht sehr viel, weil schon sehr viel dazu gesagt worden ist. Diese Angebote machen wir. Religiöse Bildung ist wichtig. Ich betone noch einmal: Wir stellen immer wieder fest, dass die Jugendlichen, die von Extremisten angesprochen

werden, religiöse Analphabeten sind. Eine gewisse Bildung, die in der Schule vermittelt wird, hilft da sehr stark als Grundimpfung.

Aber es geht nicht nur um religiöse Bildung, sondern auch um interreligiöse Bildung. Das ist etwas, was wir jetzt zwar nicht in diesem, aber schon in einem anderen Bundesland praktizieren können. Es hat seinen Wert, wenn man mit jungen Menschen in Schulklassen arbeitet, und es gibt einen jüdischen, einen christlichen und einen muslimischen Mitarbeiter, die über Gemeinsamkeiten der Weltreligionen und über gemeinsame Werte diskutieren. Oder ein muslimischer Mitarbeiter arbeitet gemeinsam mit einem jüdischen Mitarbeiter mit Jugendlichen einer Problemschule zu dem Thema Nahostkonflikt. Das sind sehr spannende Diskussionsprozesse. Ich denke, das sind ganz wichtige Ansätze, was interreligiöse Toleranz angeht. Ich würde mir einmal einen Religionsunterricht wünschen, in dem die geistlichen Vertreter die Schüler gemeinsam über ihre Religionen unterrichten.

Bei der Prävention müssen wir übrigens aufpassen: Bei Radikalisierungsprozessen – wie immer sie laufen – geht es nicht nur um junge Menschen mit Migrationsgeschichte, sondern es sind auch deutsche Jugendliche dabei. Sie alle haben eine Gemeinsamkeit: Das sind zum Dschihad Konvertierte. Sie konvertieren nicht zu einer Religion, sondern zu einer Form des Extremismus. Es gibt Gründe, warum sie das machen. Sie haben Probleme, und diese haben sich schon seit vielen Jahren verdichtet.

Die Präventionsarbeit muss sich auf die Problemlagen von jungen Menschen konzentrieren. Identitätsangebote zu machen ist dabei ein ganz wichtiges Ziel. Natürlich muss man hierbei auch mit muslimischen Verbänden zusammenarbeiten. Aber mit der muslimischen Community zusammenzuarbeiten heißt nicht nur, mit muslimischen Verbänden zusammenzuarbeiten, sondern auch, dass man vor Ort schaut, was man mit der Moschee gemeinsam machen kann.

In Berlin z. B. führen wir jetzt ein sehr interessantes Projekt durch, bei dem wir als Nichtregierungsorganisation direkt in einer Moschee eine Beratungsstelle eröffnen konnten, an die sich betroffene Eltern und junge Menschen wenden können und in der wir mit der muslimischen Community – gerade auch mit den Jugendlichen – Sensibilisierungsworkshops zu diesem Thema veranstalten. Das sind konkrete Ansatzpunkte, bei denen ich mir denke, dass man gemeinsam sehr viel machen kann. Ich möchte darauf hinweisen, dass auch die muslimische Jugendkultur sehr interessante identitätsstiftende Angebote macht, die Sie – nebenbei gesagt – in einem muslimischen Verband nicht wiederfinden werden.

Zum Schluss möchte ich folgenden Hinweis geben: Wir von Violence Prevention Network haben immer den Anspruch – auch wenn wir uns dabei in Risikozonen bewegen; das weiß ich –, nicht über, sondern direkt mit Jugendlichen zu reden. Die gefährdeten jungen Menschen sind uns dabei sehr wichtig. Bei alledem, was wir hören und sehen, ist eine Sache sehr wichtig: Wir sprechen hier von 14- bis 21-Jährigen. Das ist die Altersgruppe, mit der wir arbeiten. Wir hatten übrigens auch schon 12- und 13-Jährige, die man versucht hat, zur Ausreise zu motivieren. Es ist schon sehr erschreckend, zu sehen, wie man versucht, an junge Menschen heranzukommen, die Probleme haben – wie sie jeder junge Mensch hat –, die auf der Identitätssuche sind und die Bruchlinien in ihrem Leben haben. Es wird versucht, die Tatsache, dass sie Probleme haben, zu missbrauchen und diese jungen Menschen dahin gehend zu instrumentalisieren, dass sie als Kindersoldaten agieren. Dagegen müssen wir dringend etwas unternehmen.

Natürlich gibt es auch sicherheitsrelevante Fälle. Gerade wir arbeiten sehr stark in diesem Bereich. Natürlich brauchen wir auch eine Kooperation mit den Sicherheitsorganen. Bei Violence Prevention Network sind wir schon lange von ideologischen Diskussionen nach dem Motto „Was geht nicht, und was geht wohl?“ weg. Wir haben in Hessen Gott sei Dank eine Kooperation mit den Sicherheitsorganen gefunden, bei der wir uns bei dem, was getan werden muss und was jeder entsprechend seiner beruflichen Rolle macht, gegenseitig respektieren und wertschätzen. Wir akzeptieren aber auch, dass wir in unterschiedlichen Berufsrollen tätig sind.

Insgesamt muss ich sagen, ich habe in Hessen bisher die Erfahrung gemacht, dass wir in der Zusammenarbeit mit allen Institutionen, mit denen wir es zu tun haben – das betrifft die Justiz, die Vollzugsanstalten und die Schulen –, eine sehr gute, konstruktive Arbeitsatmosphäre haben. Für uns war es auch sehr hilfreich, dass es das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus gibt. Dort sind ressortübergreifende Ansätze vorhanden, die uns helfen, unsere ganz alltägliche praktische pädagogische Arbeit umzusetzen.

Schlusswort: Sie waren sehr mutig, indem Sie sich entschlossen haben, diese Anhörung durchzuführen, und dem präventiven Handeln eine Möglichkeit gegeben haben. Vielleicht können Sie eines Tages auch die Idee umsetzen, zu diesem Thema eine Anhörung mit jungen Menschen zu veranstalten, die eine muslimische Identität haben. Auch sie sind bei diesem Thema Experten. Ich stelle nämlich immer wieder fest, Wir kritisieren zwar das, was in Moscheen passiert – das muss man da, wo etwas geschieht, auch machen –, aber wir übersehen dabei manchmal, dass es in der muslimischen Community viele junge Menschen gibt, die sich sehr stark für unser demokratisches Gemeinwesen engagieren und ehrenamtlich, ohne dass es groß in die Öffentlichkeit getragen worden ist, sehr viel dafür getan haben, dass andere junge Menschen nicht abdriften.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr **Dietz**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung. Zum einen möchte ich heute hier kurz das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus vorstellen, zum anderen das Hessische Präventionsnetzwerk gegen Salafismus. Beides hängt ein Stück weit zusammen.

Das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus wurde aufgrund eines Kabinettsbeschlusses Ende 2012 im hessischen Innenministerium installiert. Wir haben zu Beginn des Jahres 2013 die Arbeit aufgenommen. Insgesamt sind wir drei Personen, die dort arbeiten. Wir sind eine etwas exotische Organisation. So möchte ich es einmal ausdrücken; denn eine vergleichbare Organisation habe ich, obwohl ich viel in Deutschland unterwegs bin, noch nicht gefunden.

Wir sind im Ministerium angebunden und sind phänomenübergreifend tätig. Das heißt, wir arbeiten in den Bereichen Prävention und Intervention, Rechtsextremismus, Linksextremismus und religiös motivierter Extremismus – also in allen Phänomenbereichen –, und wir sind ressortübergreifend tätig. Das heißt, wir haben eine Lenkungsgruppe im Hintergrund, bestehend aus Vertretern des Kultusressorts, des Justizressorts und des Sozialressorts; das Innenressort ist durch das Landeskriminalamt und den Verfassungsschutz vertreten.

Das heißt, wir verfügen sozusagen schon über ein Netzwerk im System. Dass wir dieses Netzwerk haben, kommt uns in der momentanen Situation, also gerade bei diesem Thema, extrem entgegen; denn – wir haben heute schon viele Vorträge gehört – bei vielem, was sich in dem Bereich Prävention und Intervention abspielt, ist es nicht mit einer einzigen Maßnahme, indem man etwa einen Schalter umlegt, getan, sondern es gibt viele kleine Stellschrauben, die über viele Ressorts hinweg betätigt werden müssen. Ich komme später noch kurz darauf zurück, was alles davon betroffen ist. Gerade dieses Zusammenspiel ist unsere Aufgabenstellung: das Koordinieren dieser Maßnahmen. Das kommt dem Kompetenzzentrum sehr entgegen. Dadurch haben wir viel erreicht.

Unser Auftrag im Hinblick auf das Präventionsnetzwerk gegen Salafismus stammt aus dem Koalitionsvertrag der Landesregierung. Ich zitiere:

Den Gefahren des Islamismus, insbesondere des djihadistischen Salafismus, werden wir durch konsequente Ausreiseverhinderungen und Intensivierung der Präventions- sowie Deradikalisierungsmaßnahmen begegnen. Darüber hinaus werden wir das Beratungsnetzwerk ausbauen und ein eigenes Aussteigerprogramm schaffen.

Das war quasi der Auftrag an das Kompetenzzentrum. Wir haben uns zusammengesetzt und uns Gedanken gemacht: Was können wir daraus machen? Wie können wir daraus etwas Sinnvolles bauen? – Wir haben – das war zu Beginn des Jahres 2014 – als Erstes eine kleine Aktenauswertung vorgenommen. Wir haben uns die Akten zu allen 23 hessischen Syrienausreisenden angeschaut: Was für Menschen sind das? Was zeichnet sie aus? Wo hätte man möglicherweise intervenieren können? – Dann haben, wir viele Gespräche darüber geführt, gerade mit Fachleuten; denn wir selbst sind nicht als Fachmann oder Fachfrau in diesem Thema verwurzelt. Das heißt, wir haben auch mit vielen gesprochen, die heute hier referiert haben. Wir haben uns sozusagen deren Expertisen geholt.

Dann haben wir uns überlegt: „Was brauchen wir jenseits der Repression?“, und haben einen Maßnahmenkatalog entwickelt, der sich in Präventions- und in Interventionsmaßnahmen gliedert. Ganz dringend war es aus unserer Sicht, Interventionsmaßnahmen zu entwickeln; denn da gab es nichts außer der Angehörigenbetreuung über die Beratungsstelle Radikalisierung beim BAMF. Die war aber, als wir anfangen, in Hessen noch nicht vertreten. Die allererste Maßnahme war, sie – über VPN – nach Hessen zu holen. So sind wir an den Verein „Violence Prevention Network (VPN)“ überhaupt erst herangekommen. Die Angehörigenbetreuung ist extrem wichtig. Sie müssen sehen, welche Tragödien sich bei Eltern von Kindern abspielen, die nach Syrien ausreisen: wie verzweifelt diese Leute sind. Daran wird deutlich, dass diese Maßnahme absolut notwendig ist. Dass der Vertreter von VPN erklärt hat, sie würden jetzt mit über 50 Angehörigen arbeiten, zeigt, was hier geleistet wird.

In diesem Kontext haben wir sehr schnell festgestellt, es reicht nicht, mit Angehörigen zu arbeiten. Wir müssen auch mit Radikalisierten arbeiten, und zwar schon in einem frühen Stadium. Das haben wir sehr schnell gemerkt, als wir an Lehrerveranstaltungen teilgenommen haben. Die Lehrer wussten sehr schnell, was Salafismus ist – das erfährt man aus der Zeitung, man kann es nachlesen –: Was ist das? Wie erkenne ich das? – Das wussten sie nach einer gewissen Zeit. Aber spätestens, wenn einer gesagt hat: „Ich habe einen Radikalisierten in meiner Klasse; wohin kann ich mich wenden?“, herrschte Totenstille. Da gab es nichts, zumindest landesweit nicht. In einigen Kommunen gibt es

natürlich schon etwas, aber das sind keine Profis, die schon jahrelang in der Deradikalisierungsarbeit sind. Deswegen haben wir gesagt, wir brauchen ein solches Modul gerade für junge Menschen, die am Beginn einer Radikalisierung stehen.

Dann wollten wir natürlich auch ein Ausstiegsprogramm auflegen. Das stand im Koalitionsvertrag, aber darüber hinaus sehen wir es als absolut notwendig an, dass wir etwas anzubieten haben, wenn Leute aus dieser Szene herauswollen oder wenn Leute aus Syrien zurückkommen, die traumatisiert oder desillusioniert sind, sich vielleicht auch nur in einer Mitläuferrolle befinden und den Wunsch haben, auszusteigen. An wen wenden sie sich? – Wir brauchen auch dort professionelle Hilfe. So sind wir auf die Idee gekommen, eine Beratungsstelle zu machen – und zwar mit VPN; denn wir haben diese Leute mittlerweile gut kennengelernt und sind davon überzeugt, dass das der richtige Weg ist.

Neben den Interventionsmaßnahmen spielen natürlich die Präventionsmaßnahmen eine entscheidende Rolle; denn wir wollen irgendwann einmal so weit sein, dass wir nicht mehr intervenieren müssen, weil wir es im Rahmen der Präventionsarbeit schaffen, dass die Leute erst gar nicht mehr in dieses Milieu geraten. Daher haben wir gesagt, wir brauchen Präventionsmaßnahmen, die sich aus der allgemeinen Präventionsarbeit ableiten und dann ausdifferenziert werden. Dazu ist heute schon viel gesagt worden. Da ist allgemein an Demokratieerziehung, politische Bildung und an Begriffe wie „Respekt“ und „Toleranz“ zu denken. Das stellt eine Art Grundimmunisierung dar.

Dann brauchen wir auch spezielle Präventionsmaßnahmen, die von den Angehörigen bestimmter Zielgruppen durchgeführt werden, etwa von Lehrern, Mitarbeitern in Jobcentern oder von Sachbearbeitern. Sie müssen das Wissen vermittelt bekommen, wie sie – auch pädagogisch – mit solchen jungen Menschen umgehen.

Wir haben dann für unser Netzwerk ein paar Merkmale kreiert, indem wir gesagt haben: Wir wollen für diese pädagogische Arbeit nicht die Sicherheitsbehörden hinzuziehen. Das ist nicht die Kernkompetenz der Sicherheitsbehörden. Wir brauchen hier vielmehr eine pädagogische Kernkompetenz, und die ist bei zivilgesellschaftlichen Trägern vorhanden. – So kamen wir für diesen Bereich auf Violence Prevention Network.

Wir haben auch gesagt, wir brauchen eine definierte Schnittstelle zu den Sicherheitsbehörden. Herr Mücke hat es angedeutet: Wenn man als Mitarbeiter von VPN mit Radikalisierten arbeitet, bewegt man sehr schnell im Vorfeld möglicher Straftaten, und dann braucht man definierte Verfahren dafür, wie man diese Informationen an die Sicherheitsbehörden übermitteln kann, damit nichts weiter passiert. Wie Herr Mücke gesagt hat, arbeitet jeder immer unter Wahrung seiner Rolle. Natürlich brauchen die Mitarbeiter von VPN eine Vertrauensstellung. Aber wir haben das sehr gut hinbekommen. Alle Seiten – Verfassungsschutz, Polizei und auch VPN – sind mittlerweile sehr zufrieden. Da waren übrigens auch Datenschutzprobleme und andere zu lösen. All das konnte rechtlich gelöst werden.

Ganz wichtig war uns, dass wir eine landesweite Zuständigkeit kreieren. Es gibt Bundesländer, in denen es schon einzelne Modelle gibt, z. B. „Wegweiser“ in Nordrhein-Westfalen. Die sind aber auf einzelne Städte fixiert. Ich glaube, in Nordrhein-Westfalen sind es drei, vier oder fünf Städte. Wir wollten nicht nur in Frankfurt, in Offenbach oder in Hanau etwas aufbauen, um dann, wenn in Kassel etwas passiert, dort bei null anzufangen. Das heißt, wir wollten die Beratungskompetenz von VPN hessenweit zur Verfügung stellen. Deswegen haben wir von Anfang an einen landesweiten Ansatz gewählt.

Wir haben gesagt, wir wollen die kommunalen Beratungsstrukturen nutzen. Es gibt in den Städten bereits kommunale Beratungsstrukturen. Die müssen genutzt werden, wenn es darum geht – auch das wurde schon angedeutet –, Jugendliche zu reintegrieren. Für die Angehörigenberatung wollten wir die Beratungsstelle des BAMF nutzen; denn sie wird von dort finanziert. Das konnten wir sehr gut in unser Netzwerk einbinden.

Last, but not least haben wir gesagt, dass es zwar auch ein Sicherheitsproblem ist, aber nicht im Kern. Letztlich ist die Radikalisierung ein gesamtgesellschaftliches Problem, wie wir auch heute vielfach gehört haben. Deswegen haben wir gesagt, wir wollen eine Expertise aus der Gesellschaft haben, und haben einen Fachbeirat mit 23 Mitgliedern gegründet. Einige Mitglieder dieses Fachbeirats haben ebenfalls heute vorgetragen. Als Mitglieder des Beratungsnetzwerks wollen wir uns dort beraten lassen und uns Input holen: Wie gehen wir mit diesem Thema künftig um?

Die bisherigen Erfahrungen sind durchweg positiv. VPN wird vom hessischen Innenministerium mit jährlich 400.000 € unterstützt. Sie haben am 30.07.2014 ihr Büro in Frankfurt-Bockenheim eröffnet. Vorher haben sie zwei, drei Monate lang ohne Büro gearbeitet, quasi nur über das Telefon. Wir können feststellen – Herr Mücke hat die Zahlen schon genannt, ich will sie nicht wiederholen; das ist aber das Entscheidende, das Positive –, es gelingt VPN, Zugang zu Radikalisierten zu bekommen. Das ist im Grunde die erste, die allerwichtigste Hürde. Wir hatten in Deutschland nämlich schon andere Aussteigerprogramme, bei denen dies anscheinend nicht gelungen ist.

Die spannende Frage war, ob das hier gelingt. Es gelingt, den Zugang zu diesen Personen zu bekommen und dann auch in die Ausstiegsarbeit einzusteigen. Warum gelingt das? – Es gelingt, weil die Berater von VPN – ich kenne sie nun persönlich und bin immer wieder begeistert – tolle junge Leute sind, die es verstehen, mit diesen Radikalisierten ins Gespräch zu kommen. Sie haben ein authentisches Auftreten und eine Kompetenz, und deswegen schaffen sie das. Sie haben die nötigen Schlüsselqualifikationen, sie sind jung, sie sind Migranten, sie sind mehrsprachig, sie sind selbst praktizierende Muslime, sie sind Islamwissenschaftler – alle haben an der Goethe-Universität in Frankfurt studiert –, und sie sind seit Jahren ehrenamtlich in der Jugendarbeit von Moscheevereinen tätig.

Das ist eine Kombination, mit deren Hilfe man mit den jungen Leuten authentisch ins Gespräch kommen kann. Wenn sie mit den jungen Leuten erst einmal im Gespräch sind, können sie mit ihren theologischen Kenntnissen Vorstellungen dekonstruieren und dann zu den eigentlichen Problemen vorstoßen; denn in der Regel – so heißt es jedenfalls bei VPN – stecken nicht religiöse, sondern soziale Probleme dahinter.

Deswegen kann ich nur sagen: Bisher sind wir in Hessen da auf dem richtigen Weg. Wir haben als Einzige ein landesweites Präventionsnetzwerk. Es gibt kein anderes Bundesland, das ein landesweites Präventionsnetzwerk anbietet. Wir führen auch als Einzige eine landesweite Ausstiegsbegleitung durch. Die vielen Anfragen aus anderen Bundesländern belegen, dass es dort ein sehr großes Interesse an dem hessischen Modell gibt. Ich bin schon aus zig Bundesländern angefragt worden und bin deswegen häufig unterwegs. Ich sitze nicht so oft am Schreibtisch, wie ich es eigentlich sollte.

Neben den bekannten Interventionsmaßnahmen wird sich das HKE künftig noch mehr auf die allgemeine Prävention fokussieren. Wir haben – das kam heute hier schon deutlich zum Ausdruck – das Handlungsfeld Schule identifiziert. Das Stichwort „Leitfaden für Lehrer“ wurde erwähnt. Wir führen mit Vertretern des Kultusministerium über genau die-

se Themen Gespräche: Gibt es einen Leitfaden für Lehrer, wie man mit diesen religiösen Fragestellungen umgeht? Oder gibt es Workshops mit Jugendlichen? – All das will organisiert sein.

Handlungsfeld Justizvollzug: Wir stehen mit der Justiz in ganz engem Kontakt. VPN arbeitet dort schon erfolgreich mit acht Radikalisierten. Es stellt sich die Frage, ob z. B. muslimische Gefängnisseelsorger ein kleiner Baustein einer Extremismusprävention sein können. Auch über diese Fragestellungen sind wir mit der Justiz im Gespräch. Wir sind da auf einem guten Weg.

Wir haben außerdem, was die Handlungsfelder Moscheegemeinden, Jugend- und Jugendsozialarbeit sowie Migration und Integration betrifft, jetzt ein tolles Modellprojekt an Land gezogen, für das sich die Uni Frankfurt im Rahmen der Ausschreibung des Bundesfamilienministeriums beworben hat. Die Uni Frankfurt hatte den Zuschlag bekommen. Das Land Hessen ist Kofinanzierer; VPN ist mit im Boot. Insgesamt sind noch die DITIB und vier Moscheegemeinden aus dem Rhein-Main-Gebiet mit im Boot. In den nächsten fünf Jahren werden wir zusammen mit der Uni ein Modell anschieben, bei dem wir in Moscheen gehen und für die Jugendlichen sowohl religiöse als auch politische Bildung anbieten. Ich denke, wir befinden uns da auf dem richtigen Weg.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Herr **Trusheim**: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal darf auch ich mich für die Einladung zu dieser Anhörung bedanken. Ich freue mich, hier zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Einleitend kann ich sagen, dass ich mich in den letzten zehn Jahren meiner bisher 20-jährigen Tätigkeit für den Staatsschutz Frankfurt fast ausschließlich mit dem Thema „Islamismus, Salafismus und islamistischer Terrorismus“ beschäftigt habe. Das möchte ich Ihnen heute aber nicht alles vortragen, sondern ich möchte mich auf die Aktivitäten der Frankfurter Salafistenszene bei der Missionierung und Radikalisierung junger Menschen, auf die sich daraus ergebenden Präventionsaspekte – die wir in einer Art und Weise umsetzen, die ich kurz darlegen werde – sowie auf die Bekämpfungsansätze und -strategien beschränken, die wir aus unserer Arbeit in Frankfurt ableiten können.

Damit Sie einen Eindruck haben, über welches Potenzial ich hier spreche, möchte ich vorausschicken: Wir haben in Frankfurt momentan etwas mehr als 300 gewaltbereite Salafisten identifiziert, wobei das Wort „gewaltbereit“ in Anführungszeichen zu setzen ist, denn das sind keine Leute, die permanent mit der Machete durch die Stadt streifen, sondern das sind Leute, die bei bestimmten Gelegenheiten durchaus bereit sind – und es auch in die Tat umsetzen –, ihren Glauben mit Gewalt zu verteidigen.

Wenn man die Aktivitäten betrachten will, muss man zunächst einmal wissen, welche Gruppe im Zielspektrum der Salafisten steht. Die Da'wa, d. h. die Missionierungsarbeit der Salafisten, zielt auf junge Menschen ab. Es wurden schon Altersdurchschnitte genannt; die können wir bestätigen. Wir haben schon Zwölfjährige erlebt, die sich mit der salafistischen Ideologie beschäftigen. Das Altersspektrum der Einsteiger reicht ungefähr bis Mitte Zwanzig. Das kann sich etwas nach oben oder unten verschieben, das ist aber nicht so relevant.

Diese jungen Menschen haben fast alle eines gemeinsam: Sie leben in sehr schwierigen Konfliktsituationen, verstärkt durch bestimmte Faktoren, die ich nachher noch kurz darstellen werde. Es handelt sich dabei zum einen um „Geburtsmuslime“ – das Wort habe ich letzte Woche gelernt; es scheint mir treffend zu sein –, also um junge Menschen, die in muslimische Familien hineingeboren worden sind, aber mit der Religion Islam nichts am Hut haben. Zum anderen geht es um Ungläubige, d. h. um Kuffar. Das ist das Schimpfwort, mit dem Ungläubige durchgängig bezeichnet werden. Das sind interessante Menschen, wenn es sich um potenzielle Konvertiten handelt. Wenn man gleich zu Anfang merkt, dass bei ihnen nichts zu holen ist, wendet man sich von ihnen ab und hat auch keinen weiteren Kontakt mit ihnen. Dann gibt es noch die Konvertiten, um die man sich kümmert, die man in seine Obhut nimmt und in seinem Sinne radikalisiert.

Was diejenigen betrifft, die aus dem Spektrum der Geburtsmuslime stammen, also der gemäßigten Muslime, die keine Gewaltfantasien in Richtung Dschihad hegen: Das sind junge Menschen, die sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden. Ich sagte es schon: Das ist die Zeit der Pubertät, in der auch jeder Nichtmuslim irgendwann Probleme hat. – Bei mir war es genauso. Da gibt es Probleme mit dem Elternhaus, die ausgeglichen werden müssen. Das geht nicht anders. Außerdem gibt es bei diesen muslimisch geborenen Menschen negative Migrationserlebnisse; das Gefühl, ausgegrenzt zu werden, stellt sich ein. Daraus folgt, dass es in der Schule nicht so läuft, wie es laufen sollte. Das heißt, die Bildung funktioniert nicht, und damit fehlen alle Voraussetzungen, um in dieser Gesellschaft bestehen zu können.

Ein wichtiger Faktor, den wir bei unserer Arbeit immer wieder feststellen, ist, dass in vielen solchen Familien die Vorbildfigur des Vaters fehlt. Das sind Familien, die nicht vollständig sind, in denen alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern ihr Tagwerk verrichten. Da ergibt sich ein Ansatzpunkt für die Salafisten.

Bei Nichtmuslimen sind es fast die gleichen Voraussetzungen: persönliche Konfliktsituation mit dem Elternhaus und mit den Lehrern, eine empfundene allgemeine Perspektivlosigkeit. Oftmals mündet das bei beiden Gruppen in erste kriminelle Erfahrungen. Das kann vom Rauschgiftkonsum über den Kleinhandel und Eigentumskriminalität bis zur Gewaltkriminalität reichen. Die Salafisten steigen in der Art der Sozialarbeiter genau dort ein.

Ich habe vor einigen Jahren einmal eine Meldung bekommen. Kräfte, die draußen auf der Straße mit Kleinkriminellen arbeiten, kamen zu uns und sagten: Bei uns im Stadtteil stimmt etwas nicht. All die Kleinkriminellen, die vorher den ganzen Tag nichts anderes gemacht haben, als Straftaten zu begehen, laufen jetzt im Nachthemd herum, setzen eine Kappe auf und fangen an, zu missionieren. Die sagen den anderen, dass das, was sie machen, nicht gut ist, und dass sie zu ihnen in die Moschee kommen müssen. – Da haben wir gedacht: Perfekt, die Leute müssen wir einstellen; denn das sind die, die uns helfen. – Dass das zu kurz gesprungen war, haben wir sehr schnell gemerkt; denn diese Missionierung, die in bestimmten Kleingruppen stattfindet, hört nicht bei der Religion auf, sondern da geht es sehr schnell in Richtung Radikalisierung und Dschihad.

Allein an dem, was wir jetzt hier festgestellt haben, kann man eine ganze Reihe von möglichen Präventionsansätzen erkennen. Wir arbeiten da sehr eng mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt zusammen. Wir müssen uns um Schulen, um Jugendämter, um Jugendklubs und auch um Moscheen kümmern.

Auch das war eine interessante Erfahrung: Wir haben vor den Vorsitzenden eines Moscheevereins einen Vortrag zu dem Thema Salafismus gehalten. Dann kam irgendwann die Frage: Was meinen Sie überhaupt mit Salafismus? Können Sie uns das irgendwie erklären? Ihr habt auf eine bestimmte Gruppe, auf bestimmte Hassprediger abgestellt, die in bestimmten Moscheen ihr Unwesen treiben. – Da habe ich gesagt: Okay, das könnt ihr haben, ich halte euch einmal einen Vortrag über Salafismus. – Ich habe ziemlich weit ausgeholt und war mir auch nicht sicher, wie das ausgeht. Ich habe aber durchaus eine positive Erfahrung gemacht; denn die Vorsitzenden des Moscheevereins waren sehr interessiert und haben das auch aufgenommen. Das ist ein Punkt, auf den ich später noch einmal zurückkomme. Auch die Moscheen haben eine bestimmte Rolle; das sehen wir so, und das fordern wir ein. Wir arbeiten mit ihnen.

Die Salafisten haben ein dreistufiges Vorgehenskonzept: die Anwerbung, die Bindung und die Radikalisierung. Sie müssen also erst einmal mit den Leuten ins Gespräch kommen und sie an ihre Gruppe binden. Natürlich wollen sie sie in ihrem Sinne radikalieren. Das geht über bestimmte Veranstaltungen, z. B. die Einbindung in Koranverteileraktionen. Da haben wir das „Lies!“-Projekt – das wurde schon einmal angesprochen –, das wir für außerordentlich gefährlich halten; denn es ist das Einfallstor für den Salafismus. Die jungen Leute werden hier mit kleinen Aufgaben betraut. Im Rahmen dieser Aufgabenerfüllung wachsen die Bindung und das Zusammengehörigkeitsgefühl. Gleichzeitig erleben sie, wenn sie im Kaftan durch die Stadt laufen, Anfeindungen. Das führt wiederum dazu, dass sie sich ihrer Gruppe noch stärker zugehörig fühlen und mit dieser zusammen versuchen, ihre Religion weiter zu lernen und zu praktizieren.

In Frankfurt gibt es eine Szene, die von uns als Unterstützerszene gesehen wird. Wir haben ihr den Arbeitsnamen „Akhi-Szene“ – „akhi“ heißt „mein Bruder“ auf Arabisch – gegeben. Das sind Leute aus genau diesem Milieu. Es sind die Kleinkriminellen, die in Frankfurt auf der Zeil herumvagabundieren, mit Rauschgift handeln und alle möglichen Arten von Straftaten begehen. Das ist genau das Milieu, aus dem Salafisten ihren Nachwuchs rekrutieren. Dann gibt es eine Wechselwirkung: Die Mitglieder dieser Bezugsgruppe sind auf der Zeil unterwegs und nehmen für sich in Anspruch, die Koranverteiler zu beschützen. Das heißt, wenn die angefeindet oder von Journalisten angegangen werden, kommt diese Gruppe an. Die Koranverteiler haben den friedlichen Part inne, während diese Gruppe militant-aggressiv – zunächst verbal, aber durchaus auch handgreiflich – gegen die Menschen vorgeht.

Jetzt gebe ich Ihnen noch ein Beispiel. Das ist ein authentischer Auszug aus einem psychiatrischen Gutachten über einen Terroristen, der in Frankfurt missioniert und radikalisiert wurde, ausgereist ist, gekämpft hat, zurückkam und verurteilt wurde. Über seinen Einstieg in die Szene hat er laut dieses Gutachtens gesagt, er sei damals in Frankfurt in die Moschee gegangen und habe Angst vor den radikalen Islamisten gehabt. Die seien aber so sympathisch und so lieb zu ihm gewesen, dass er diese Angst verloren habe. Er hat gedacht, alles, was ihm draußen erzählt werde, stimme nicht. Er hat sich dann in diese Gruppe integriert und wurde radikalisiert, bis er letztendlich ausgereist ist und gekämpft hat.

Das soll es erst einmal gewesen sein. Ich stehe natürlich zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Herr **Dr. von Ungern-Sternberg**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Auch im Namen des Magistrats der Stadt Frankfurt – namentlich durch unsere Integrationsdezernentin Dr. Eskandari-Grünberg – möchten wir uns für die Einladung bedanken. Gegen Ende dieser sehr langen Anhörung haben Sie sehr viele wissenschaftliche Ausführungen gehört, auch eine Menge zu sicherheitspolitischen Aspekten. Jetzt ruht im Prinzip auf unseren schmalen Schultern die Beantwortung der ersten Fragen: Wie reagieren die Kommunen auf all das, und noch dazu in der kurzen Zeit?

Um das ganz kurz vorwegzuschicken: Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten ist eine Besonderheit. Wir haben mit unseren 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Querschnittsfunktion. Bundesweit ist es damit die größte kommunale Behörde.

Wir haben es gehört: Wir haben es nicht nur mit einer erheblichen Gefährdungslage zu tun, sondern letztendlich mit einer weltanschaulichen Herausforderung durch ein Gedankengut, das man ganz abstrakt mit dem Adjektiv „totalitär“ beschreiben könnte.

Die erste Frage, die Sie sich als Landespolitiker jetzt stellen könnten, wäre: Wissen die Mitarbeiter in den Fachbehörden eigentlich das, was heute ausgeführt wurde? – Diese Frage würde ich mit Ja beantworten. Wir wissen es nicht nur, sondern in Frankfurt arbeiten wir auch mit den hier vorhandenen hessischen Behörden eng zusammen – mit dem Polizeipräsidium oder dem Landesamt für Verfassungsschutz phasenweise wöchentlich und mit den anderen zumindest regelmäßig. Anders sieht es mit anderen Fachbehörden aus, z. B. mit der Kultus- und mit der Sozialverwaltung. Das müsste noch organisiert werden. In Frankfurt sind wir dabei; darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Die Fachleute, die heute hier waren, kennen aber nicht nur das, was hier vorgetragen wurde, sondern auch die hier deutlich gewordenen Kontroversen. Das möchte ich noch einmal betonen. Es ist heute ein durchaus differenziertes Bild gezeichnet worden. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass wir hier ein eher schmales Fundament empirisch klarer Erkenntnisse haben. Die klarsten Erkenntnisse haben wir sicherlich durch Untersuchungen aus dem Sicherheitsbereich. Aber es fehlen z. B. wirklich tragfähige, umfassende Untersuchungen zum Weltbild und zu politischen Erwartungen migrantischer muslimischer Jugendlicher, geschweige denn, dass das geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselt wäre.

Dieser Hinweis auf eine Lücke ist deswegen wichtig, weil es, wie gesagt, kein flächendeckendes, sondern ein sehr spezifisches Problem ist, das sehr genaue und passende Antworten erfordert, und zwar nicht nur in Bezug auf die Personengruppe, über die wir reden, sondern auch in Bezug auf ihren Kontext, also in Bezug auf das, was hier einmal als „Nahfeld“ beschrieben wurde: Familien, Moscheegemeinden, Communities. Genau das ist in der Kommune – das liegt nahe – besonders wichtig.

Es ist nicht nur ein komplexes, sondern letztlich auch ein neues Problem. Kulturgeschichte und Kolonialzeit hin oder her – es gibt in den letzten Jahren eine Dynamik. Das bedeutet für uns Folgendes: Während wir noch über Ursachen, Rahmenbedingungen und Biografien nachdenken, sind wir schon zum Handeln gezwungen. Obwohl viel von Information und Bildungsarbeit die Rede war, gibt es de facto kaum brauchbare Materialien. Die wenigen Institutionen und Personen, auf die man zurückgreifen könnte, sind stark nachgesucht, was Sie in der Vorbereitung auf die heutige Anhörung gemerkt haben werden.

Für Politik und Verwaltung hat das diese Konsequenzen – erst sage ich es ganz abstrakt, und dann werde ich konkret –: Die erste, noch offene Frage ist die des Ressourceneinsatzes. Man braucht Mittel, die man heutzutage nicht ohne Weiteres hat, und man braucht Personen mit Kompetenzen, wie sie in dieser Zahl nicht ohne Weiteres zur Verfügung gestellt werden können.

Die zweite Frage ist die nach den Handlungsmöglichkeiten und danach, wie sie organisiert werden. Wir bewegen uns in einem föderalen Mehrebenensystem, in unserem Fall auf der kommunalen Ebene, und da gibt es, wie auf jeder anderen Ebene auch, Zuständigkeiten, aus denen eigene Sachlogiken und Abhängigkeiten resultieren. Ich sage es einmal so: Wenn all das, was hier gesagt wurde, umgesetzt werden soll, kann das zu einem schrecklichen Durcheinander führen. Wer einmal versucht hat, so etwas zu koordinieren oder eine Federführung zu organisieren, ahnt, worauf ich hinweise.

Drittens haben wir die offene Frage der Erwartungen oder auch der kommunizierten Erwartungen. Es kann hier offensichtlich keine schnellen Lösungen geben, sondern das ist eigentlich die Frage einer Generation – in dem Fall einer jungen Generation, die noch einen langen Lebensweg vor sich hat.

Viertens stellt sich die Frage, wie weitgehend die Antwort ausfallen soll. Offenkundig haben wir es hier mit einer sehr umfassenden und radikalen Herausforderung zu tun, die man dadurch konkretisieren kann, wenn man die Frage stellt, was den Jugendlichen fehlt. Wenn man diese Frage ähnlich radikal stellt, wie es diese Jugendlichen tun, erkennt man, dass nicht ein einzelnes Jugendzentrum, längere Öffnungszeiten oder ein einzelnes Bildungsprojekt – oder ein sonstiges Projekt – etwas Wesentliches bewirken werden. Vielmehr bedarf es eines viel umfassenderen Ansatzes, dem wir in Frankfurt dadurch gerecht werden, dass wir die Frankfurter Integrationspolitik als Diversitätspolitik auffassen, also Unterschiede von vornherein in ein Gemeinschaftsbild integrieren.

Was heißt das konkret? Es gibt politisch verschiedene Aufgaben, z. B. auch auf kommunaler Ebene die Diskussionskultur der freien Gesellschaft – so hieß das heute einmal – zu organisieren. Das kann durch ein Agendasetting geschehen, durch Versachlichung, durch die Differenzierung einer politischen Haltung, durch eine Selbstpositionierung, die gemeinschaftsstiftend ist, oder auch durch die Frage, die heute hier anklang, welche Partner man sich wählt.

Vier konkrete Aspekte aus Frankfurt will ich dazu nennen. Eine Frage, die wir uns stellen, ist: Wie organisieren wir die Selbstrepräsentation der Stadt, z. B. im städtischen Protokoll? Welche Anlässe gestalten wir wie – durch welche Gästelisten und durch welche Ausgestaltung? Welche Haltung nehmen wir dabei z. B. zu Religionen – im Plural – und zum Islam im Besonderen ein?

Die zweite Frage ist: Wie gestalten wir die Selbstdarstellung der Stadt in Wortwahl und Bildgebung? Wir machen im Amt Workshops mit den Öffentlichkeitsarbeitern von Ämtern und Behörden.

Drittens. Die schiere Tatsache, dass es ein Amt wie unseres gibt, ist für weite Bevölkerungsteile ein Hinweis darauf, dass wir es ernst meinen.

Viertens. Wir organisieren auch die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung, z. B. bei der Personalgewinnung, aber auch in Schulungen. Wir schulen die Mitarbeiter der

Stadtpolizei, der Verkehrsbetriebe und die anderer Behörden, die einen ordnungspolitischen Ansatz haben, und wir führen in der Stadt für alle Mitarbeiter das Beurteilungsmerkmal „interkulturelle Kompetenz“ bei Beförderungen ein. All das sind Dinge, die zunächst zwar soft wirken, aber auf dieses Problem einen strukturellen Einfluss haben.

Ein letztes konkretes Beispiel dazu: Die Stadt Frankfurt – dazu gibt es eine Broschüre von uns, die zusammen mit dem Grünflächenamt und dem Friedhofsamt erstellt worden ist – geht sehr offensiv mit der Frage islamischer Bestattungen um. Auch das ist ein Ausdruck dafür, dass den Menschen hier eine Heimat geboten werden soll – im Gegensatz zu den Ausgrenzungserfahrungen, die für sie eine Rolle spielten.

Ich möchte in aller Kürze sechs weitere konkrete Vorhaben erwähnen. Wir haben in Frankfurt in der Koordination unseres Amtes ein Ämternetzwerk gegründet, bei dem es genau um die organisatorischen Aufgaben und Kompetenzen geht, von denen ich vorhin sprach. Darin wirken auch die Vertreter von Landesbehörden mit – im Prinzip alle, die heute hier sind.

Wir organisieren damit auch Schnittstellen zu Stadtteilen und zu den vielen professionellen Arbeitern. Sie müssen sich vorstellen, dass sich in einer Stadt wie Frankfurt die Zahl der Menschen, die in der Familienarbeit, in der Sozialarbeit oder in einer anderen Arbeit tätig sind, im mittleren dreistelligen Bereich bewegt. Es ist ganz wichtig, dass man auf die Vielzahl dieser längst vorhandenen professionellen Kräfte hinweist, bevor man mit weiteren Pilotmodellen beginnt. Es gibt personelle Ressourcen; sie müssen nur geschult werden.

Damit sind wir schon bei dem zweiten Stichwort: Fortbildung. Die organisieren wir gemeinsam mit dem Sozialamt, dem Stadtschulamt und dem Staatlichen Schulamt an der Schnittstelle von Schule und sozialer Arbeit. In den letzten zwei Monaten haben wir 200 Fachleute geschult. Wir hatten schon vor Jahren, als das Thema noch nicht wirklich in der Öffentlichkeit war, eine Fortbildungsreihe zu dem Thema „Extremismus in der Einwanderungsgesellschaft“. Das erwähne ich auch deswegen, weil es hier nicht nur um Islamismus geht.

Drittens beginnen wir, stärker eine im weitesten Sinne interkulturelle Jugendarbeit zu machen, indem wir Jugendliche dazu ausbilden werden, mit anderen überzeugend und glaubwürdig über solche Fragen zu sprechen. Wir organisieren ebenfalls, auch durch die Bundesregierung gefördert, ein Projekt, das die Jugendarbeit in Moscheegemeinden professionalisiert und Anschlüsse an andere Formen der Jugendarbeit, z. B. die der Kirchen, oder an die Öffentlichkeit herstellen soll.

Viertens organisieren wir in direktem Kontakt mit Schulen Elternansprache, aber auch etwas, woran man vielleicht gar nicht denkt, nämlich Schulen auf Elternarbeit auszurichten und sie auf die Bedeutung von Mehrsprachigkeit hinzuweisen – ein etwas sensiblerer Umgang mit dem Thema „Deutsch als Zweitsprache“. All das sind Dinge, die mittelbar präventiv wirken, und zwar in genau diesem sozialen Nahfeld, von dem heute schon häufiger die Rede war.

Das ist der fünfte Aspekt: Wir stehen selbstverständlich in sehr engem Kontakt mit Moscheegemeinden und kennen uns da sehr gut aus. Wir haben schon vor Jahren eine Imamfortbildung organisiert, die im Prinzip das Ziel hatte, die hier zum Teil nur kurzzeitig anwesenden und schlecht Deutsch sprechenden Würdenträger mit der lokalen Gesell-

schaft zu vernetzen. Wichtig ist auch der interreligiöse Dialog, den wir von der Stadtverwaltung zwar nicht führen, aber fördern können. An der Stelle möchte ich auf unsere Kooperation mit dem Rat der Religionen hinweisen.

Der sechste Punkt, der wichtig ist – damit komme ich zum Schluss –, ist die Aufklärungsarbeit. Wir arbeiten durch unsere schiere persönliche Anwesenheit in Jugendklubs, Moscheegemeinden und Schulen – wo auch immer –, aber auch über das Internet, durch Veranstaltungen und gern durch Einladungen zu Anhörungen wie dieser. Das klingt ganz besonders soft, ist aber besonders wichtig, wenn das, was hier häufiger gesagt wurde, gelten soll, nämlich dass das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr **Malik**: Guten Abend, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Für einen Offenbacher ist es ein schönes Gefühl, dort zu stehen, wo sonst Tarek Al-Wazir steht. Das macht mich stolz. Eigentlich habe ich eine große Rede vorbereitet und wollte die Welt erklären. Aber ich werde es jetzt so machen, dass ich Ihnen und euch berichte, was wir im Boxclub Nordend Offenbach machen. Wir sind diejenigen, die in Offenbach mit dafür sorgen, dass Leute – gerade junge Menschen – nicht auf die Idee kommen, sich zu radikalisieren.

Wir wissen, dass Religion gerade in der Jugendszene an Bedeutung gewinnt; denn sie bietet Halt, und man erfährt Wertschätzung und Respekt. Gerät man in die Salafisten-szene, kann man sogar noch den Heldentod sterben. – Das war jetzt ein bisschen überspitzt.

Ich werde Ihnen zunächst einmal sagen, was der Boxclub Nordend Offenbach macht und wie wir entstanden sind. Der Boxclub ist vor elf Jahren im Jugendzentrum Nordend entstanden; denn wir haben mitbekommen, dass man gewaltbereite Jugendliche in den Jugendzentren nicht erreicht. Der Kampfsport ist eine Methode, eine Brücke zu schlagen. Ich muss aber ganz klar sagen: Kampfsport bleibt Kampfsport. Er ist nicht gewaltpräventiv, sondern es kommt darauf an, was man daraus macht.

Damit sind wir schon beim Boxclub Nordend Offenbach. Von jedem jungen Menschen, der zu uns kommen will – Männer und Frauen; es ist für sie sehr interessant, zu boxen –, wollen wir vorher die Noten sehen. Das heißt, die Leute müssen ihre Zeugnisse mitbringen. Wer eine schlechtere Note als eine Drei hat, muss zur Nachhilfe. Die Nachhilfe ist bei uns verpflichtend. Wir haben mittlerweile acht Nachhilfelehrer und können schon die ersten Erfolge vermelden: Jugendliche, die Schulversager waren und ihr Selbstwertgefühl einzig und allein aus ihrer Gewaltbereitschaft auf dem Schulhof bezogen, haben gemerkt, sie werden respektiert, weil sie auf einmal bessere Noten schreiben.

Damit sind wir bei der Diskussion über die Frage: Was ist der Unterschied zwischen Respekt und Angst? – Wenn man junge Menschen fragt: „Vor wem hast du Respekt?“, bekommt man als Antwort: Der steht an dieser Tür, der hat den geboxt, der war soundso oft im Knast. – Wenn ich frage: „Warum hast du vor mir Respekt? Ich bin ein Mann mit Behinderung und kann dir kaum auf den Bauch schauen“, höre ich: Du machst gute Sachen, Wolfgang. – Damit sind wir in der Diskussion. Zum ersten Mal erfahren die jungen Leute nämlich, dass sie, wenn sie sich bemühen, die Möglichkeit haben, im Leben etwas zu erreichen. Zunächst einmal ist das ein wesentlich besserer Schulabschluss.

Der nächste Schritt war, dass wir gesagt haben: Wir sind ein Ausbildungsbetrieb in Kooperation mit dem Sana Klinikum Offenbach. – Mittlerweile bilden wir zwei Leute zum Sport- und Fitnesskaufmann aus. Das sind Leute, die ohne uns überhaupt nicht in der Lage wären, eine Ausbildung zu machen. Die wiederum haben im Boxclub möglicherweise eine Vorbildfunktion. Das sind Leute, die schon länger dabei sind und sich schulisch verbessert haben. Sie bekommen bei uns eine echte Perspektive.

Wir sind davon überzeugt, dass junge Menschen, wenn man ihnen eine echte Perspektive gibt, weniger zur Radikalität neigen. Ich bin davon überzeugt – ich habe selbst die Erfahrung gemacht –, Radikalität gehört ein Stück weit zur Adoleszenz. Ich bin in einem Offenbacher sozialen Brennpunkt groß geworden. Ich war Mitglied im KBW. Der KBW hat mich damals abgefischt. Ich hatte das Gefühl, die Demokratie macht nichts für mich, die sind alle zu schwach, die haben etwas gegen mich, weil ich aus dieser Gegend komme. Die KBW-Kollegen haben zu mir gesagt: Wolfgang, du bist ein Proletarier, du bist ein Held. – Die Mädels fanden mich spannend. Also war ich dabei und habe lange überhaupt nicht kapiert, wo ich bin. Das kam erst später, und dann habe ich den Verein verlassen. Aber so ähnlich funktionieren auch die Salafisten: Man wird erst einmal in seinem Männlichkeitsbild bestätigt.

Wir haben noch ein interessantes Projekt – übrigens schon sehr lange. Wir arbeiten sehr eng mit einem Offenbacher Altenheim zusammen. Beides sind Randgruppen in unserer Gesellschaft: die Alten und unsere Jugendlichen. Die jungen Menschen, die wir haben, haben einen Migrationshintergrund. Wir müssen uns allerdings überlegen, wie lange wir dieses Wort noch benutzen wollen, wenn schon ihre Eltern und Großeltern in Deutschland geboren sind. Eigentlich sind das Deutsche. Wir sind diejenigen, die sie permanent mit dem Etikett „Migrationshintergrund“ versehen. Irgendwie ist es auch ein Markt: Wenn ich EU-Mittel beantragen würde und bei keinem Jugendlichen einen Migrationshintergrund angäbe, weil sie für mich eigentlich Deutsche sind, würde ich kein Geld mehr bekommen. Wenn man sich das anschaut, stellt man fest, auch das grenzt aus.

Deswegen haben wir uns überlegt: Die alten Menschen mit Migrationshintergrund werden in der Regel nicht in der Heimat alt oder krank, sondern sie bleiben bei uns in der Bundesrepublik Deutschland. Junge Männer und junge Frauen, die unser duales Ausbildungssystem eigentlich nicht kennen, arbeiten in dem Altenheim: Sie gehen für und manchmal auch mit den alten Leuten einkaufen, und sie veranstalten Spielabende. Die Omas freuen sich schon zwei Tage vorher, wenn unsere jungen Athleten ins Altenheim kommen; sie streiten sich um jeden Jungen, der von uns kommt. Wir haben schon zwei, die für sich entdeckt haben, dass der Altenpflegeberuf ihre Perspektive ist. Da ist der Markt: Die Menschen, die in die ambulante Pflege gehen und dabei den ganzen kulturellen Hintergrund haben, die Schamgrenze kennen und die Sprache beherrschen, verdienen Geld.

Das sind Sachen, bei denen wir uns überlegen: Die sind dankbar, wenn wir ihnen in der Gesellschaft nicht nur sagen – dabei sind wir wirklich nur ein kleines Modul –, sie müssten dieses und jenes machen, sondern auch erklären: Wir geben euch eine Perspektive. Dazu gehört aber auch eine wirklich hohe Bringschuld. Du bist verpflichtet, gute Noten zu schreiben. – Wir haben Nachhilfelehrer, die in der Regel aus unserem Beritt sind und noch einmal andere Vorbilder darstellen. Sie waren früher im kriminellen Milieu unterwegs und haben ihr Leben radikal verändert. Sie sind jetzt junge Akademiker und sagen: Das ganze pseudokriminelle Ding rechnet sich nicht längerfristig, sondern wenn du

eine echte Perspektive in Deutschland haben willst, musst du arbeiten gehen; denn Arbeit bedeutet nicht nur, Geld zu verdienen, sondern sie gibt auch Würde.

Darüber muss bei uns in der Jugendarbeit noch einmal ernsthaft diskutiert werden. Dass es viele junge Menschen gibt, die die Demokratie nicht verstehen oder sagen: „Sie hilft mir nicht, sie ist so schwach“, hängt damit zusammen, dass die wenigsten in unseren demokratischen Strukturen verwurzelt sind. Wir haben in Offenbach zwar ein Kinder- und Jugendparlament, aber man muss sich einmal anschauen, wer dort eigentlich sitzt. Eigentlich müssten genau die jungen Menschen, die unserer Demokratie nicht vertrauen und auch keinen Respekt davor haben, weil sie ihnen in ihrem Sinne überhaupt nicht geholfen hat, in diese Struktur gehen und erfahren: Ich kann etwas erreichen, wenn ich mich ernsthaft beteilige und es aushalte, dass ich nicht immer recht habe, sondern anerkenne, dass es eine Ochsentour ist, wenn man etwas bewirken will. – Wenn man es hinbekommt, dass die wirklich etwas erreichen – im Kleinen, step by step –, bleiben sie dabei. Davon bin ich fest überzeugt.

Unser neuestes Projekt: Wir haben bei uns junge Mädchen, die Leistungssport machen wollen. Sie sind zwischen 12 und 14 Jahre alt. Sie sind auf dem Schulhof als sehr gewaltbereit aufgefallen. Die Gewaltbereitschaft ist nicht mehr nur ein Jungenproblem, sondern es gibt auch immer mehr weibliche Peergroups, die dadurch auffallen. Sie haben echte Macht. Sie sind auf der Straße, und die Jüngeren haben vor ihnen Angst. Sie bekommen die Handys, die sie haben wollen. Wenn wir kein gutes Gegenangebot organisieren, wieso sollen sie dann dieses Gefühl aufgeben?

Bernd Hackfort, unser Geschäftsführer, ist auf die Idee gekommen, das Projekt zu erweitern und eine Mädchenleistungssportgruppe aufzubauen. Sie funktioniert auch sehr gut, und siehe da, es kommen immer mehr junge Frauen. Das ist natürlich auch für unsere jungen Männer ganz gut; denn die überdenken ihr Männlichkeitsbild noch einmal. Jungen und Mädchen – Männer und Frauen – werden bei uns nämlich gemeinsam trainiert. Sehr viele Jungen haben ein völlig überzogenes Männlichkeitsbild, und wenn sie dann mit einer jungen Frau trainieren, die wirklich talentiert ist, und merken, es wird heute höchstwahrscheinlich dunkel, kommen sie ins Grübeln. Ich sage das jetzt einmal etwas überspitzt. Das sind Sachen, die im Kleinen eine richtige Nachwirkung haben.

Es ist schon so, dass wir junge Männer haben – ich habe mit denen geredet –, die ihre Religion leben wollen. Die merken mit 14, 15 oder 16 Jahren, unsere demokratische Gesellschaft verhindert, dass sie die Rolle, die ihnen ihre Familie zugeordnet hat, nämlich dass sie eine Familie gründen und ernähren, ausfüllen können, weil sie keinen guten Schulabschluss haben – es gibt immer noch eine Bringschuld, das ist mir klar; aber das ist das Gefühl, das sie haben –, und dann kommt jemand und sagt: Das sind die Demokraten, das ist die Bundesrepublik Deutschland, die verhindert, dass du einmal eine Familie hast und die ernähren kannst. Du kommst zu uns; denn du bist ein Mann und per se gut; du hast die Macht über deine Schwester und über deine Cousine, und du hast Respekt vor den anderen.

Die Peergroup ist für junge Männer und für junge Frauen – aber es sind eher die Männer – unheimlich wichtig, um ein Selbstwertgefühl zu haben. Das haben viele nicht. Deswegen sagen wir immer, wir brauchen da ein Gegenangebot. Wir machen in Deutschland schon sehr viel. Man kann nicht sagen, dass hier nichts passiert. Aber wir müssen noch einmal darüber nachdenken, ab wann das wirklich nachhaltig ist. Wir haben nämlich sehr viele Durchlauferhitzer, die richtig viel Geld kosten. Wir müssen jetzt langsam

schauen, wo der Punkt ist, an dem wir sagen können: Da müssen wir noch mehr Geld in die Hand nehmen, da wird es wirklich perspektivisch.

Wir haben jetzt auch vor, die Arbeit des Boxclubs Nordend Offenbach von der Universität – ich habe mit denen geredet – evaluieren zu lassen. Mir ist das wichtig; denn all die Akteure, die bei uns mitmachen – auch die Trainer sind alle aus unserem Beritt –, sagen: Wir haben das Gefühl, dass es greift. – Wir haben natürlich auch Leute, für die wir zu straight sind; die werden wir nicht gewinnen. Wir können aber nicht jeden einfangen; auch das müssen wir akzeptieren. Aber es ist wichtig, dass wir nach den elf Jahren langsam nachweisen können, dass das, was wir machen, Hand und Fuß hat. Bundesweit sind wir mittlerweile akzeptiert und bekannt und bekommen ganz viele Preise, und ich kann meine Eitelkeit bedienen – das ist wunderbar –, wenn ich einmal nach Berlin fahre und da der Held bin. Aber dass das etwas bewirkt, muss wissenschaftlich nachgewiesen werden.

An einzelnen Biografien sehen wir das jetzt schon. Wir haben bei uns Leute, die früher im Türstehermilieu waren. Einer ist mit einer abgesägten Pumpgun herumgerannt und hat eine Sparkasse überfallen. Der junge Mann ist jetzt ein glänzender Sozialarbeiterkollege in Frankfurt. Der war schon abgeschrieben. Aber der ist über den Boxsport richtig bekannt geworden: Hessenmeister im Superschwergewicht. Er hat ein Praktikum bei mir im Jugendzentrum gemacht und dann für sich entschieden: Ich mache Abitur und werde Sozialarbeiter; denn ich will die Welt retten. – Natürlich ist das erst einmal ein Einstieg. Dass das nicht so einfach funktioniert, hat er später an der Universität und in der Praxis erfahren. Er ist ein Vorbild für sehr viele.

Das sind die Punkte, an denen jeder Einzelne von uns im Kleinen versuchen kann, etwas zu machen, und das ist das Wichtige; denn das transportiert sich sofort weiter. Der Boxsportclub Nordend Offenbach ist mittlerweile nicht nur in Offenbach ein fester Begriff. Ich weiß, dass manche Frankfurter neidisch auf uns schauen. Aber wir können da weiterhelfen. Das mache ich sehr gern; ich bin gerade dabei. Wir können uns da etwas überlegen.

Jetzt bin ich mit meinem Latein am Ende. Wenn es Fragen gibt: Ich bleibe noch ein bisschen hier. Wir können auch telefonieren, oder Sie können mir eine E-Mail schicken. Ich lade auch jeden gern ein, sich anzuschauen, was wir im Boxclub Nordend Offenbach machen, damit er erlebt, was echte Integration ist und wie dankbar die Jungen und Mädchen dafür sind, dass sie bei uns eine reale Chance haben. Sie merken, jeder, der bei uns ist, hat Empathie und meint es ernst und sagt das nicht nur so dahin, weil das sein Beruf ist.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Herr Malik, ich kann versichern: Falls die Aggressionen im Hessischen Landtag einmal überschwappen, schicken wir die Betreffenden zu Ihnen in den Boxclub. Dann wird das besser.

Wir kommen jetzt zur Fragerunde der Abgeordneten. – Der Kollege Tipi ist wie immer der Erste, und dann folgt Herr Schaus; auch das habe ich erwartet.

Abg. **Ismail Tipi:** Die erste Frage geht an Herrn Dr. Abou-Taam. Sie haben auch über die aktuellen Zahlen gesprochen, die der Öffentlichkeit immer bekannt gegeben werden: wie viele Hundert Salafisten es gibt, wie viele gewaltbereit sind und wie viele ausgereist sind. Sind das die tatsächlichen Zahlen? Ich kann mich nämlich an ein Interview des ausgeschiedenen BKA-Präsidenten erinnern, in dem er gesagt hat: Die aktuellen Zahlen, die in der Öffentlichkeit bekannt sind, sollte man mindestens mal vier nehmen. – Ist das auch Ihre Überzeugung?

Sie haben auch gesagt, dass diejenigen, die nicht ausreisen können, eine große Gefahr für unsere Gesellschaft bedeuten. Für wie groß halten Sie die Gefahr, die von denen ausgeht, deren Ausreise verhindert worden ist, oder von den salafistischen Schläfern in unserer Gesellschaft?

Die nächste Frage geht an Frau Thureau, die Präsidentin des Hessischen Landeskriminalamts. Mich würde die Zusammenarbeit mit den ausländischen Vertretungen in Hessen interessieren, z. B. über die Konsulate, über Interpol oder über Partnerländer wie die Türkei; den die meisten reisen über die Türkei nach Syrien und kommen über die Türkei auch wieder zurück. Wie wird der Kontakt eigentlich gepflegt?

Die nächste Frage richtet sich an Herrn Dietz. Sie haben uns viele Informationen gegeben. Aber mich würden Ihre Beobachtungen interessieren: Wir wissen, dass die Salafisten versuchen, Einfluss auf die Urteilsfindung in unseren Gerichten zu nehmen. Zum Beispiel spaziert Bernhard Falk, der ehemalige Linksterrorist, von einer Gerichtsverhandlung zur anderen und versucht, den Leuten den Finger zu zeigen: Wenn du jetzt hier sprichst und die Da'wa gefährdest, dann seid ihr, du und deine Familie, dran. – Wie wird das verhindert? Oder: Warum kann man nicht verhindern, dass solche Linksterroristen Gerichtsverhandlungen besuchen und die Leute einschüchtern?

Meine nächste Frage geht an Herrn Trusheim. Mich würden diese Phasen interessieren: die Phase nach dem Kontakt, die Konvertierung, die Radikalisierung und dann die Ausreise zum Dschihad. In welchen Zeitabständen findet das statt?

Sie sprachen auch über gute Kontakte zu Verbänden und Vereinen. Ich möchte wissen: Wie ehrlich sind die Kontakte Ihrem Gefühl nach? Oder: Wie hoch oder wie gering sind, wenn Sie sich mit ihnen unterhalten, die Anteile der „Taquieh“? Wenn Sie darauf ein paar Antworten geben könnten, würde ich mich freuen.

Meine letzte Anmerkung geht an Herrn Malik: Vielen herzlichen Dank für die tolle Arbeit, die Sie in Offenbach leisten! Sie haben meinen höchsten Respekt und auch meine Hochachtung. Alles Gute für die Zukunft und Gottes Segen für Ihre Arbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Abg. **Hermann Schaus:** Ich habe drei Fragen. Die erste Frage richtet sich an Herrn Dr. Abou-Taam. Sie haben Kanada als ein Beispiel dafür genannt, dass die Verhinderung einer Ausreise zu einer Erhöhung der Gefahr durch einzelne Personen geführt hat. Das macht mich in der Diskussion ein bisschen ratlos. Deswegen will ich da nachfragen. Wir diskutieren darüber, die Ausreisen zu verhindern. Jetzt sagen Sie – so habe ich Sie verstanden –, man müsse sehen, dass es, wenn man eine Ausreise verhindert, eine Gefahr

im Inland geben kann. Vielleicht können Sie das kanadische Beispiel konkretisieren und meine Ratlosigkeit an dieser Stelle beseitigen; denn das ist eine aktuelle Diskussion.

Herrn Mücke möchte ich zwei Fragen stellen. Die erste Frage schließt an das an, was ich gerade gesagt habe. Sie haben in Ihrem Beitrag von Syrienrückkehrern berichtet, die wohl schon aus dem Ausland mit Ihnen Kontakt aufgenommen haben. Ich wüsste gern, welche Motive diese Personen hatten, mit Ihnen Kontakt aufzunehmen: was sie dazu veranlasst hat.

Zweite Frage: Sie haben zum Schluss davon gesprochen – wie ich finde, zu Recht –, dass man auch muslimische Jugendliche anhören muss, dass es also sinnvoll sei, eine Anhörung zu dem Thema zu veranstalten, zu der muslimische Jugendliche eingeladen werden. Am nächsten Donnerstag, also beim zweiten Teil dieser Anhörung, ist die muslimische Jugend vertreten. Das finde ich auch gut. Aber vielleicht können Sie noch einmal zwei Sätze dazu sagen, warum das aus Ihrer Sicht wichtig ist: welches die Aspekte sind, die für uns da wichtig sind.

Meine letzte Frage geht an Herrn Malik: Herr Malik, ich docke das bei Ihnen an, weil mir diese Frage in dem Zusammenhang ganz wichtig ist. Mir geht es um Sport und Integration. Ich glaube, es wird gesellschaftlich immer noch nicht hoch genug geschätzt, welche Integrationsleistung die Sportvereine – und natürlich im Besonderen das, was Sie machen – erbringen. Aber vielleicht könnten Sie noch etwas zur Integration der Jugendlichen sagen, und zwar gerade im Hinblick auf den Migrationshintergrund, die muslimische Herkunft usw. Mit welchen Jugendlichen arbeiten Sie? Wie sind Ihre Erfahrungen?

Frau **Thurau**: Zur Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen – Generalkonsulate und andere Behörden wie Interpol, Europol und BKA – ist Folgendes zu sagen: Wir haben uns als Erstes mit den Mitarbeitern des türkischen Generalkonsulats zusammengesetzt, weil die türkische Gemeinde hier die größte ist.

Es gibt eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit zwischen unserem Landesmigrationsbeauftragten und unserer Behördenleitung; denn hier können wir verschiedene Aspekte besprechen. Wir haben natürlich unterschiedliche Rollen; das müssen wir auch beibehalten. Aber wir haben hier eine sehr gute Verbindung, auch zu der Community der türkischen Bürgerinnen und Bürger. Wir können uns abstrakt-generell, aber auch in ganz konkreten Dingen in unseren Aufgabenstellungen unterstützen.

Wir haben im Übrigen auch zu anderen Generalkonsulaten im Zusammenhang mit anderen Fragestellungen Kontakt aufgenommen. Das betrifft aber nicht das heutige Thema.

Interpol und Europol stellen ein weiteres Paket dar. Ich habe vorhin gesagt, dass im Grunde genommen alle Verfahren ausländische Bezüge haben. Insofern sind wir über das BKA auch in ständigem Kontakt insbesondere mit Europol, in einigen Fällen auch mit Interpol. Hier werden wir uns vermehrt anstrengen müssen. Wir haben Kollegen, die für mehrere Jahre zu Europol abgeordnet sind, um sich dort sozusagen als Verbindungsbeamte mit den entsprechenden Aufgabenstellungen intensiv vertraut zu machen. Das betrifft insbesondere auch die europaweite Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.

Herr **Mücke**: Mir sind zwei Fragen gestellt worden. Die eine betrifft die Ausreisen. Wir haben die Situation, dass die Eltern merken, dass etwas passiert. Die Eltern nehmen Kontakt mit uns auf. Dann gibt es auch telefonische Kontaktmöglichkeiten mit den Jugendlichen, die durchaus im Zweifel sein können, ob das, was sie machen, richtig ist. Oder sie machen desillusionierende Erfahrungen, wenn sie in Syrien sind. Dann versuchen wir über die Eltern, sie zur Rückreise zu motivieren und diese zu organisieren. Wir nehmen die Jugendlichen dann direkt in die Betreuung auf.

Das macht noch einmal deutlich, dass es Ad-hoc-Entscheidungen sind, die diese Jugendlichen treffen. Das kann sich, wenn sie auf der Reise oder schon dort drüben sind, auch wieder verändern. Sie können auch zu der Einsicht kommen, dass sie einen Fehler gemacht haben. Wichtig ist, dass wir sehr nah an den Eltern dran sind und dass wir die Jugendlichen sehr engmaschig betreuen, wenn sie wieder in Deutschland sind.

Die zweite Frage betrifft das Verhindern von Ausreisen. Ausreisen müssen immer verhindert werden, egal welche Gefahrensituation hier besteht. Die jungen Menschen haben sich in Deutschland radikalisiert, und wir müssen sie hier auch wieder deradikalisieren. Das ist unsere Aufgabe hier; die können wir nicht einfach exportieren. Ich möchte nicht, dass Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, auf Bildern zu sehen sind, wie sie gerade im Internet kursieren: dass ein Zwölfjähriger, der von IS rekrutiert worden ist, andere Menschen hinrichtet, weil er dieser Szene angehört. Es besteht auch die Gefahr einer weiteren Radikalisierung, wenn die jungen Menschen erst einmal im Ausland sind. Deswegen müssen wir das verhindern. Wir müssen versuchen, hier mit den Menschen zu arbeiten, unabhängig davon, welche Gefahr von ihnen ausgeht.

Ich rede immer viel mit jungen Menschen, um zu schauen, was für Unterstützungsangebote sie brauchen. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass junge Menschen muslimischer Identität, die sich engagieren, auch sehr viel Expertenwissen haben und auf sehr kluge Antworten kommen können, so, wie wir als Experten sie heute zu geben versucht haben. Für mich hat es auch einen partizipativen Anteil, dass diese jungen Menschen gehört werden möchten. Sie möchten auch hören, dass sie ein Teil dieser Gesellschaft sind.

Herr **Dr. Abou-Taam**: Ich möchte mit der Frage nach den verhinderten Ausreisen anfangen. Zunächst einmal muss man feststellen, dass Deutschland völkerrechtlich verpflichtet ist, Ausreisen zu verhindern; denn wir dürfen keinen Terrorismus exportieren. Würden wir das hier zulassen und einfach die Augen zumachen, könnte sich die Bundesrepublik sehr schnell von internationalen Institutionen zurechtweisen lassen müssen. Diese Frage stellt sich also zum einen.

Zum anderen gibt es eine moralische Verpflichtung; denn im Prinzip ist es so, dass Personen, die sich hier radikalisiert haben, in Bürgerkriegsregionen reisen und dort Massensterben verüben. Es gibt in Syrien und im Irak mittlerweile eine ganze Reihe von Selbstmordattentätern, die in Deutschland radikalisiert worden und dorthin gegangen sind. Wir haben vor allem Rekrutierer, die sich in Deutschland radikalisiert haben und deren Vereinigungen aufgelöst, also verboten wurden. Ein Verein ist verboten worden, dessen Spitzenleute dann nach Syrien gegangen sind. Von dort aus motivieren sie junge Menschen, nachzuziehen, um am Dschihad teilzunehmen. Das heißt, wir reden über eine Verpflichtung, die Ausreise zu verhindern.

Die Verhinderung von Ausreisen stellt uns vor die große Aufgabe – ich habe vorhin versucht, das zu betonen –: Wie verhindere ich, dass jemand, der daran gehindert wurde, auszureisen, sich aber so weit radikalisiert hat, dass er den Entschluss gefasst hat, Dschihad zu üben, das hier macht? – Hier stellt sich uns eine große Herausforderung, der wir nicht nur mit repressiven Mitteln begegnen dürfen, sondern wir müssen Wege finden, wie diese Menschen in die Demokratie zurückgeführt werden: Wie kann man sie dazu motivieren, oder – anders gesagt – wie kann man sie deradikalisieren?

Hier stellt sich für uns die große Frage: Was bedeutet eigentlich Deradikalisierung? Bedeutet sie nur, dass sie nicht mehr gewalttätig sind? Reicht das, oder geht es darum, dass sie aus der Ideologie aussteigen? – Hieran merken Sie, wie differenziert das Ganze zu betrachten ist und wie viele unterschiedliche Institutionen, die miteinander kooperieren, wir brauchen, um das Ganze zu bearbeiten.

Es wurde die Frage gestellt, wie gefährlich diese Leute sind. Ich habe vorhin das Beispiel Kanada genannt. Das sollte nur symbolisch sein. Natürlich gibt es auch Beispiele außerhalb von Kanada. Hier geht es um den Entschluss, am Dschihad – insbesondere am militanten – teilzunehmen, und vor allem um das projizierte Bild, es sei die Aufgabe eines Muslims, anderen Muslimen zu helfen. Das ist nämlich die wichtigste Motivation: Ich will in den Krieg ziehen, weil ich sehe, dass den Muslimen dort etwas angetan wird.

Kanada hat natürlich eine ganz andere Position als Deutschland; denn die deutsche Außen- und Militärpolitik sieht ein bisschen anders aus als die kanadische. Nichtsdestoweniger kann hier eine entsprechende Motivation gesehen werden, insbesondere deswegen, weil Deutschland zunehmend involviert wird. Denken Sie an die Bewaffnung der Kurden im Norden Iraks, und denken Sie an die militärische Beratung, die es gibt. Sie dürfen vor allem eine Sache nicht vergessen: Deutschland hat Verbündete am Golf. Saudi-Arabien, der Staat gewordene Salafismus, ist einer der wichtigsten außenpolitischen Partner der Bundesrepublik Deutschland in der Golfregion.

Dieser Widerspruch führt dazu, dass Aktivitäten produziert werden – vorhin wurde Bernhard Falk erwähnt, es gibt aber auch andere –, die genau auf dieses Verhältnis abstellen, um zu zeigen, dass es die Hauptstrategie der westlichen Politik ist, die Muslime zu schwächen. Durch diese Argumentation entstehen Gefahren, denen meines Erachtens sowohl mit repressiven als auch mit präventiven Maßnahmen begegnet werden muss.

Dann wurde eine Frage nach den Zahlen gestellt. Es gibt im Chinesischen ein Sprichwort: Wenn man lügen will, sollte man möglichst viele Zahlen zitieren. – Das ist ein Problem. Zahlen geben uns das Gefühl, dass wir alles im Griff haben; denn das ist Mathematik, und das ist in sich logisch. Ich würde gar nicht so sehr auf die Zahlen abstellen. Wenn man die Frage als Wissenschaftler beantworten soll, ist es üblich den Faktor 4 zu nehmen. Deswegen hat der scheidende BKA-Chef das wahrscheinlich gemacht.

Warum? – Das ist ganz einfach: Wir wissen, dass bei den Dunkelziffern in etwa das Verhältnis 1 : 4 gegeben ist. Das, was belegbar ist, also die Zahlen, die wir qua polizeilicher Beobachtungen und qua Beobachtungen durch den Verfassungsschutz belegen können: Das sind die Zahlen, die im Verfassungsschutzbericht hinsichtlich der Anzahl der Salafisten in der Bundesrepublik Deutschland auftauchen, und die Zahlen, die in Verlautbarungen des Innenministeriums im Zusammenhang mit den Ausreisenden immer wieder reproduziert werden. Ihre Zahl wird mit etwa 600 beziffert.

Das sind die 600 bekannten Personen. Allerdings werden wir, wenn wir recherchieren, immer wieder damit konfrontiert, dass Personen es schaffen, nach Syrien auszureisen, ohne dass wir diese Entwicklung rechtzeitig erkannt haben. Oder wir bekommen Informationen von befreundeten Diensten, die uns mitteilen: Da gibt es noch einen Deutschen. Kennt ihr den? – Das lässt es zu, die Hypothese aufzustellen – wissenschaftlich gesehen jetzt –, dass wir eine Dunkelziffer beim haben, allerdings in Bezug auf den Salafismus, nicht in Bezug auf die bekannten militanten Aktivisten.

Ich würde sagen, dass wir mit der Zahl 7.000 lediglich diejenigen erfassen, die organisierte Salafisten sind. Aber wenn wir davon ausgehen, dass der Salafismus eine mentale Einstellung ist, insbesondere dort, wo Brücken zum orthodoxen Islam existieren, sage ich, dass wir wahrscheinlich ein viel größeres Potenzial haben. Das trifft insbesondere zu, wenn es um Weltbilder und ideologische Vorstellungen geht. Der Salafismus mit seiner Weltanschauung ist Teil eines sunnitisch-orthodoxen Islams. Diese Parallelen und Überschneidungen lassen das Wandern zwischen unterschiedlichen religiösen Einstellungen zu. Damit wird die Zahl wahrscheinlich viel höher sein.

Herr **Malik**: Ist der Offenbacher wieder der Letzte, oder kommt noch einer nach mir? – Zur Integration durch Sport möchte ich sagen: Wir müssen höllisch aufpassen, dass wir damit kein schönes Schaufenster dekorieren. Die allermeisten Vereine werden schließlich ehrenamtlich geführt. Es sind Familienmütter und Familienväter, die das machen, sei es bei den Tischtennisvereinen, den Fußballvereinen oder bei anderen. Die meisten Vereine sind, wenn sie Fördermittel haben wollen, darauf angewiesen, dass sie Leistungsträger hervorbringen. Das heißt, sie sind mit den Problembären und den Problembärinnen – die es auch gibt – völlig überfordert. Die Leute arbeiten den ganzen Tag, und dann haben sie nicht unbedingt den Kopf frei, um sich um Jugendliche zu kümmern – das machen sie punktuell, aber oft sind sie überfordert –, die abgesehen von der Leistung im Sport vielfältige Probleme haben.

Der Boxsportclub Nordend Offenbach hat das große Glück, dass er durch die Stadt Offenbach – von der Stadtwerke Offenbach Holding –, den Sportbund und durch andere unterstützt wird und dass er einen hauptamtlichen Geschäftsführer, Bernd Hackfort, hat. Ich nenne ein Beispiel: Wir haben gemerkt, dass es in den Kitas ein großes Problem gibt. Sehr viele Kinder können sich gar nicht mehr richtig bewegen. Sie können nicht mehr auf einem Bein stehen, und sie beherrschen keinen Purzelbaum. Wir haben uns überlegt, dass wir da AGs anbieten. Die Kitas streiten sich mittlerweile darum, wer uns bekommt. So etwas kann ein privat geführter Verein überhaupt nicht abdecken.

Deswegen müssen wir oder auch die Politiker wirklich einmal darüber nachdenken. „Integration durch Sport“ – das ist schön gesagt, aber es kostet auch Geld. Da muss man sich sehr genau überlegen, was man will und was man nicht will. Bei allem Respekt: Die Ehrenamtler, die in unserer Gesellschaft wirklich viel tragen und die das jeden Tag von Neuem machen – die anderen gehen in die Kneipe und trinken ein Pils, während sich die Leute um andere Menschen kümmern –, sind an vielen Punkten völlig überfordert, weil es sehr viele Jugendliche gibt, die eine Menge Probleme haben. Da müssen wirklich die Sozialarbeiter ran.

Deswegen sage ich: Denkt darüber nach, wie man die Vereine und den Landessportbund unterstützt. Der Landessportbund ist da sehr bemüht; das weiß ich. Die Integration

ist dort ein Thema. Aber ich habe den Eindruck, dass das oft Schaufensteranträge sind und dass die Vereinswelt mit der neuen Situation völlig überfordert ist.

Herr **Trusheim**: Herr Tipi hat mir zwei Fragen gestellt. Auf die zweite Frage möchte ich zuerst eingehen, weil sie einfacher zu beantworten ist. Sie fragten, wie hoch der Anteil der Takfiri an den Salafisten ist. Das ist einfach zu beantworten: So, wie wir die Ideologie des Takfir verstehen, sind das 100 %; denn alle Salafisten bezeichnen andere Muslime als Ungläubige – als Kuffar –, genauso wie Christen oder Atheisten. Das fängt ganz früh an.

Das ist schon Teil der zweiten Frage. Sie fragten, wie der Radikalisierungsprozess zeitlich einzuschätzen ist: von der Anwerbung – dem ersten Kontakt – bis zur Ausreise in den Dschihad. Das kann man nicht pauschal beantworten; das ist individuell sehr verschieden. Der weitaus größte Teil der radikalisierten Salafisten reist nicht in den Dschihad. Bei denen, die wir kennen, beträgt der Anteil derjenigen, die ausgereist sind, etwas mehr als 10 %.

Die Verläufe sind sehr unterschiedlich. Bei vielen können wir es gar nicht nachvollziehen; eine ganze Reihe von Salafisten haben wir nämlich erst dann kennengelernt, als wir die Todesnachrichten bekommen haben. Das heißt, wir haben die im öffentlichen Leben überhaupt nicht wahrgenommen und haben erst später erfahren, dass sie bei Kampfhandlungen in Syrien zu Tode gekommen sind.

Wir haben Radikalisierungsverläufe, bei denen wir es nachvollziehen können, z. B. bei dem Attentäter vom Flughafen. Er hat sich innerhalb weniger Monate radikalisiert. Das hängt mit Tatgelegenheiten, mit Kontaktpersonen usw. zusammen. Das kann man nicht verallgemeinern. Wir schauen auf diese Leute ab dem ersten Tag, an dem wir sie kennenlernen, und beobachten dann, wie sich die Radikalisierung weiter darstellt. Das mündet sehr frühzeitig in gefahrenabwehrenden Maßnahmen, bei einem großen Teil aber auch in Strafverfahren, die bei uns mit allen strafrechtlichen Möglichkeiten geführt werden.

Vorsitzender: Ich bin jetzt versucht, auf den Wortbeitrag von Herrn Malik einzugehen; denn ich führe einen Breitensportverein, in dem knapp 400 Kinder und Jugendliche Mitglied sind. Dort wird ausschließlich Fußball gespielt. 78,2 % der Kinder haben mindestens ein Elternteil mit ausländischer Herkunft. Ich benutze diesen anderen Begriff seit geraumer Zeit bewusst nicht mehr.

Die Integrationsleistung der Breitensportvereine ist erheblich. Die Bundesligisten oder die Profisportvereine suchen sich nur Leistungsträger; die anderen schicken sie alle weg. Die ehrenamtlich Tätigen machen dann die Kleinarbeit. Die großen Vereine könnten aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten da viel mehr machen. Aber das ist ihnen zu popelig; das bleibt bei den Amateurvereinen.

Ich mache das schon seit einigen Jahrzehnten, ich mache es immer noch gern, und ich freue mich, wenn die Kinder eine Heimat haben, zweimal die Woche ins Training kommen und samstags spielen. Das ist für meine Begriffe eine nicht zu unterschätzende Integrationsleistung. Mit den heutigen Themen hat das relativ wenig zu tun. Aber die, die wir damit beschäftigen, die im Alter von vier, fünf oder sechs Jahren in die Vereine

kommen, hauen sich als 16-Jährige nicht mit Baseballschlägern, und das ist der entscheidende Punkt.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Das war der Werbeblock!)

– Das war der Werbeblock. Ich habe den Verein nicht beim Namen genannt. Er befindet sich weder in Offenbach noch in Frankfurt, sondern in meiner Heimatstadt Wiesbaden. Er hat einen großen Sohn hervorgebracht: Jürgen Grabowski. Die Leute können sich jetzt Gedanken darüber machen, welcher Verein das ist.

Ich will mich bei allen sehr herzlich bedanken, vor allem auch beim Innenminister, der an dieser Anhörung von Anfang an teilgenommen hat. Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen jetzt einen guten Nachhauseweg.

Für die Abgeordneten habe ich noch die Information: Am nächsten Donnerstag gehen wir in die zweite Runde, die aus meiner Sicht genauso lang dauern wird wie die heutige. Einen schönen Abend und alles Gute!

Wiesbaden, 15. April 2015

Für die Protokollierung

Dr. Ute Lindemann

Der Vorsitzende
des Innenausschusses:

Der Vorsitzende
des Kulturpolitischen
Ausschusses

Die Vorsitzende
des Sozialpolitischen
Ausschusses

Horst Klee

Lothar Quanz

Claudia Ravensburg